

Sicherheit 2001

**Aussen-, Sicherheits- und
Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend**

Karl W. Haltiner, Andreas Wenger, Jonathan Bennett, Tibor Szvircsev

Hrsg.: Karl W. Haltiner, Kurt R. Spillmann, Andreas Wenger

Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich und
Militärische Führungsschule an der ETH Zürich

Vorwort	7
Kurzzusammenfassung	9
Sommaire	9
Breve riassunto	10
Abstract	11
Zusammenfassung der Studie „Sicherheit 2001“	13
Résumé de l'étude « Sécurité 2001 »	21
“Security 2001” – Summary	29
1 Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse 2000/2001	37
1.1 Aussenpolitik 2000: Präsenz und Kooperation als konzeptionelle Leitgedanken	37
1.2 Vom Konzept zur Umsetzung: Aussenpolitische Kontroversen rund um die Initiative „Ja zu Europa“	38
1.3 Vom Konzept zur Umsetzung: Verteidigungs- und armeepolitische Kontroversen rund um die Halbierungsinitiative und die Militärgesetzreferenden	40
1.4 Vom Konzept zur Umsetzung: Stille Reformen im Bereich Bevölkerungsschutz und innere Sicherheit	43
2 Untersuchungsdesign	45
3 Datenbasis	47
4 Sicherheits- und Bedrohungsempfinden	49
4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden	49
4.2 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte von Sicherheit	51
5 Wahrnehmung der Schweiz und der Welt	55
5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz	55
5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage	55
5.3 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitspolitik	58

6	Vertrauen in Behörden und Institutionen	59
6.1	Vertrauensindex	59
6.2	Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden	60
7	Öffnung versus Autonomie – die Wahrnehmung aussen- und sicherheitspolitischer Optionen	61
7.1	Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage	61
7.2	Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend	62
7.3	Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU, EWR und die Frage der europäischen Armee	64
7.4	Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato bzw. die Uno	66
7.5	Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung	68
7.6	Betonung der nationalen Autonomie	70
7.7	Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationstypen im Trend 1993-2001	72
7.8	Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung	74
7.9	Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt	75
7.10	Mögliche Gründe für die aussenpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU	76
8	Die Neutralität	79
8.1	Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen	81
8.2	Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-2001	81
8.3	Neutralitätsauffassungen – eine Typologie	89
8.4	Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Diskussion um das Geschichtsbild	97
9	Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation	101
9.1	Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation	101
9.2	Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie	103
9.3	Abkommen mit der Nato: „Partnership for Peace“ (PfP)	105

9.4	Europäische Kooperationsbereitschaft nach internationalen Kooperationstypen und Neutralitätstypen	107
9.5	Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen	109
9.6	Einstellung zu einer allfälligen Blauhelm-Vorlage	112
9.7	Swisscoy – Der Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo	113
10	Zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten in internationalen Einsätzen	119
10.1	Die Meinungsbildung zu den Militärvorlagen vom 10. Juni 2001	119
10.2	Soziodemographische Merkmale zur Bewaffnungsfrage im Vorfeld der Abstimmung	126
10.3	Entsendung von bewaffneten Soldaten und die Neutralität	129
10.4	Der Zweck der Bewaffnung und die Bedeutung der Freiwilligkeit	131
11	Verteidigungsausgaben	135
12	Wehrstruktur und Armee	137
12.1	Militärische Landesverteidigung	137
12.2	Armeeakzeptanz und -umfang	137
12.3	Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee	140
12.4	Prestigewert einer milizmilitärischen Kaderposition	144
13	Sicherheitspolitisches Interesse	149
	Literaturverzeichnis	151
	ANHANG I	155
I.	Die Qualität der Variablen	155
II.	Korrelationen und Koeffizienten	155
III.	Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test	156

IV.	Die Clusteranalyse	157
V.	Die Korrespondenzanalyse	158
ANHANG II		159
I.	Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung	159
II.	Korrespondenzanalyse verschiedener Sicherheitsaspekte	166
ANHANG III		169
	Fragebogen und prozentuale Häufigkeiten	169

VORWORT

Der vorliegende Jahresband 2001 ist der dritte der 1999 begonnenen Reihe „Sicherheit“. Ziel dieser Publikation ist es, Tendenzen und längerfristige Trends in der aussen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsbildung der Schweizer Bevölkerung mittels Repräsentativumfragen aufzuzeigen und verständlich zu machen. Damit werden Studien zusammengefasst und leichter greifbar gemacht, die seit 1991 von der *Militärische Führungsschule (MFS) an der ETH* und von der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse (FSK) der ETH Zürich* in enger Zusammenarbeit, aber zum Teil in separaten Publikationen vorgelegt wurden. Diese Reihe entspricht einerseits dem grossen öffentlichen Interesse an sicherheitspolitischen Fragen. Andererseits soll sie eine leicht zugängliche Informationsgrundlage für die Beobachtung längerfristiger Trendentwicklungen abgeben. Zu diesem Zwecke werden – wie schon bisher – wichtige Fragen zu Grundeinstellungen und zu anderen zentralen Themenkreisen in unveränderter Weise erhoben und im Entwicklungsvergleich dargestellt und interpretiert. Die Herausgeber hoffen, damit auch den langfristigen Interessen der Politik, der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zu dienen. Ergänzend ist dem Band eine „Chronologie potenziell meinungsbildender Ereignisse“ sowie ein *Abstract* in vier Sprachen und eine Zusammenfassung der Ergebnisse in Deutsch, Französisch und Englisch beigegeben.

Die Umsetzung der neuen sicherheitspolitischen Konzeption „Sicherheit durch Kooperation“ hat erwartungsgemäss zahlreiche Diskussionen ausgelöst. Kristallisationspunkt der politischen Kontroverse bildete die Teilrevision des Militärgesetzes betreffend die Bewaffnung von Schweizer Soldaten in multinationalen Friedensoperationen und die Ausbildungskooperation mit ausländischen Armeen. Neben Standardfragen werden jedes Jahr auch vertiefende Spezialfragen zu konkreten Themen gestellt und ausgewertet. Aufgrund der aktuellen Debatte sind dies insbesondere Fragen rund um die Bewaffnung von Schweizer Soldaten in internationalen Einsätzen.

Die Herausgeber und Autoren danken Barbara Gleich, Petra Y. Barthelmeß, Niklaus Meier, Danny Schlumpf und Marco Zanoli von der FSK für die Projektkoordination, die Datenbeschaffung zur Chronologie und die Herstellung des Layouts. Sie bedanken sich bei Silvia Rüesch, Elisabeth Matousek und Luca Bertossa für die

Abbildungen sowie die französische und italienische Übersetzung. Für die Durchsicht des Manuskripts bedanken sie sich bei Christian Nünlist und Thomas Hunziker.

Prof. Dr. Kurt R. Spillmann

Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse

Dr. Karl W. Haltiner

Militärische Führungs-
schule

Prof. Dr. Andreas Wenger

Forschungsstelle für
Sicherheitspolitik und
Konfliktanalyse

Kurzzusammenfassung

Im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre ist die allgemeine Stimmungslage in der Schweiz gegenwärtig – wie schon in den letzten beiden Erhebungen – von Optimismus geprägt. Dies gilt sowohl für die Einschätzung der Zukunft des eigenen Landes als auch für die erwartete Entwicklung der weltpolitischen Lage.

Wenn auch die grundsätzliche Bereitschaft zu internationaler Zusammenarbeit in der Schweizer Bevölkerung weit verbreitet ist, so hat die europapolitische Skepsis doch stark zugenommen. Mehr Handlungsspielraum besteht im Bereich der sicherheitspolitischen Öffnung des Landes. In Zusammenhang mit dem Engagement von Schweizer Soldaten im Ausland wird heuer unter den verschiedenen denkbaren Formen von Einsätzen erstmals deutlich die Variante der Friedenssicherung mit einer Bewaffnung zum Selbstschutz favorisiert. Dafür steht letztlich die – allerdings knappe – Annahme der beiden Militärvorlagen am 10. Juni dieses Jahres.

Die Zustimmung zum „Prinzip Neutralität“ ist ungebrochen hoch. In der Detailanalyse zeigt sich allerdings, dass das traditionalistische integrale Neutralitätsdenken zunehmend einem pragmatisch differenziellen Neutralitätsverständnis Platz macht.

Die Akzeptanz der Milizwehrform und das Prestige einer Militärkarriere schwächen sich im langfristigen Trend merklich ab.

Sommaire

Comparé à la première moitié des années 90, la perception générale de la situation en Suisse est aujourd'hui, comme dans les deux précédentes enquêtes, empreinte d'optimisme. Cette attitude positive se reflète également dans l'appréciation de l'avenir de la Suisse et l'évolution de la situation politique internationale.

Bien que la volonté de coopération internationale soit largement répandue au sein de la population suisse, l'eurosepticisme s'est fortement accru. Quant à l'ouverture en matière de politique de sécurité, celle-ci jouit d'une plus grande marge de manœuvre. Dans le domaine des engagements de soldats suisses à l'étranger, pour la première fois, la forme d'engagement pour le maintien de la paix avec des soldats armés pour l'autodéfense l'emporte clairement sur toutes les autres formes d'engagement envisageables. Cette préférence s'est confirmée – toutefois de justesse – à travers les résultats de la votation sur la loi militaire le 10 juin de cette année.

Le taux d'approbation de la neutralité en tant que principe demeure élevée. Cependant, l'analyse détaillée montre que la perception traditionnelle et intégrale de la neutralité cède de plus en plus le pas à une perception différenciée et pragmatique.

Une tendance à long terme révèle que l'acceptation de la milice comme système de défense et le prestige d'une carrière militaire sont en forte baisse.

Breve riassunto

In paragone alla prima metà degli anni novanta, il clima generale è caratterizzato da un certo ottimismo – a conferma di quanto già costatato nel corso delle due ultime inchieste. Questa visione improntata alla fiducia, caratterizza sia il giudizio sul futuro del proprio Paese che l'opinione sullo sviluppo della politica mondiale.

Malgrado la disponibilità di base nei confronti di una collaborazione internazionale sia relativamente grande, lo scetticismo verso la politica europeista è aumentato. Uno spazio di manovra più ampio è presente per ciò che concerne l'apertura del paese da un punto di vista della politica di sicurezza. Per la prima volta, fra le diverse forme d'impiego di soldati svizzeri all'estero, la variante favorita risulta essere quella che prevede missioni atte a garantire la pace, con la possibilità per i soldati di avere un'arma personale a scopo di difesa. Una variante, questa, accettata in votazione dal popolo svizzero il 10 giugno di quest'anno, anche se di stretta misura.

Il consenso riscosso dal principio della neutralità rimane molto elevato. L'analisi dettagliata dei risultati mostra però come la visione tradizionale e integrale della neutralità lasci sempre più spazio ad una concezione differenziata e pragmatica del voler essere neutrali.

La tendenza a medio termine mostra un evidente calo del prestigio offerto dalla carriera militare e del sostegno dato alla difesa militare basata sul principio della milizia.

Abstract

Compared to the first half of the nineties, the general mood in Switzerland is currently dominated by optimism, as it has been for the last two years. This holds true regarding both the assessment of Switzerland's near future and the expected development of the global political situation.

Skepticism about the European Union and the European integration in general has mounted considerably, even though the general readiness for international cooperation is widespread among the Swiss population. As far as a further opening of Switzerland is concerned, there is somewhat more leeway in the area of security policy. This year's survey is the first in which the Swiss public – when confronted with different potential missions for Swiss soldiers abroad – favors peacekeeping missions, including an armament for self-defensive purposes, over strictly humanitarian missions. This was confirmed on 10 June 2001 when – albeit by a very narrow margin – Swiss voters passed two revisions of the military law concerning the armament of Swiss soldiers abroad and training cooperation with foreign armies.

The general support for the principle of Swiss neutrality is as strong as ever. Detailed analysis, however, reveals that the traditional, comprehensive understanding of neutrality is increasingly giving way to a more pragmatic and differential perception.

The long-term trends show that the acceptance of the militia army format and the prestige of a military career have waned notably.

ZUSAMMENFASSUNG DER STUDIE „SICHERHEIT 2001“

Ziele und Datenbasis

Die Jahresstudien „Sicherheit“ der *Militärischen Führungsschule an der ETH* in Zusammenarbeit mit der *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktforschung der ETH Zürich* dienen der Trendermittlung in der sicherheits- und wehrpolitischen Meinungsbildung in der Schweiz. Sie stützen sich auf im Jahres- oder Zweijahresrhythmus durchgeführte repräsentative Befragungen der Schweizer Stimmbevölkerung. Die Datenerhebung fand dieses Jahr von Mitte Januar bis Mitte Februar telefonisch bei 1235 Personen in allen Sprachregionen statt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach dem „random-quota“-Verfahren. Die \pm -Prozentzahlen in Klammern geben die Differenz zum Vorjahr bzw. zur vorangehenden Erhebung an. In der Befragung 2001 liegt der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% im ungünstigsten Fall bei $\pm 3\%$. Differenzen von weniger als $\pm 3\%$ zur vorgängigen Erhebung müssen als zufällig bzw. als nicht signifikant eingestuft werden.

Trends und Tendenzen

Sicherheits- und Bedrohungsempfinden: Fast neun von zehn Schweizer StimmbürgerInnen geben an, sich „in der heutigen Zeit“ sehr oder eher sicher zu fühlen (87%, +5%). Das allgemeine Sicherheitsempfinden ist auf hohem Niveau relativ stabil. Es hat sich im Vergleich zur ersten Hälfte der 90er Jahre sogar noch leicht verstärkt.

Unter verschiedenen Sicherheitsaspekten rangiert an Wichtigkeit die familiäre Geborgenheit ganz zuoberst (für 56% „ausserordentlich wichtig“) gefolgt von der Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität (42%) sowie der Gewährleistung der demokratischen Grundrechte (41%). Es folgen die soziale und ökologische Sicherheit sowie die Arbeitsplatz-Sicherheit. Demgegenüber rangiert die militärische Sicherheit am Schluss von zehn Vorgaben (für 16% „ausserordentlich wichtig“). Seit 1996 steigt die Zahl jener, welche die nähere Zukunft der Schweiz optimistisch einschätzen, kontinuierlich an: Lag sie 1998 noch bei 60%, so neigten 2000 bereits 71% zur Zuversicht. In diesem Jahr sind es beinahe acht von zehn Befragten, die „sehr“ (10%) bzw. „eher optimistisch“ (68%) in die Zukunft blicken. Auch die Einschätzung der weltpolitischen Lage fällt zuversichtlich aus: 59% (+3%) der

Befragten gehen von einer Verbesserung und Entspannung in den nächsten fünf Jahren oder von einer gleichbleibenden Lage aus. Dabei überwiegt insbesondere der Glaube, die Weltlage entwickle sich stabil („gleich wie heute“: 51%).

Fazit: Es scheint, als hätten die SchweizerInnen endgültig aus der Zukunftsdepression herausgefunden, in der sie in der ersten Hälfte der 90er Jahre steckten. Die allgemeine Stimmungslage ist derzeit geprägt von Optimismus bezüglich der Entwicklung der Weltlage und von nationaler Zuversicht.

Zwischen der Einschätzung der Zukunft der Schweiz und der Entwicklung der politischen Weltlage besteht ein relativ enger statistischer Zusammenhang ($CC=0.27$). Ebenso besteht ein Zusammenhang zwischen dem allgemeinen Sicherheitsempfinden und der Wahrnehmung der Zukunft der Schweiz ($\gamma=0.39$). Keine Zusammenhänge bestehen jedoch zwischen der Einschätzung der Binnenbefindlichkeit sowie der Weltlage und verschiedenen Einstellungen zur Landesverteidigung (Armeeakzeptanz, Wehrstruktur, Verteidigungsausgaben). Es kann also nicht gesagt werden, dass Personen, welche die Zukunft der Schweiz oder die Entwicklung der weltpolitischen Lage pessimistischer einschätzen, sich durch eine höhere Armeeakzeptanz auszeichnen.

Vertrauen in Behörden und Institutionen: Befragt nach dem Vertrauen, das sie sieben verschiedenen Institutionen auf einer Skala von 1 bis 10 schenken (Bundesrat, Parlament, Gerichte, Polizei, Armee, Medien, Schweizer Wirtschaft), verteilen SchweizerInnen wie in den vergangenen Jahren den höchsten Wert an die Polizei (6.99, +0.19). Während der Bundesrat und das eidgenössische Parlament zwischen 1997 und 1999 einen Vertrauenszuwachs verzeichneten, war für beide im Jahr 2000 eine leichte Vertrauenseinbusse zu konstatieren. In diesem Frühjahr verbuchen Bundesrat und Parlament in diesem Frühjahr wieder deutliche Vertrauenszuschüsse (Bundesrat: 6.90, +0.64; Parlament: 6.32, +0.56). Übertroffen wird der Vertrauenszuwachs in den Bundesrat nur noch von jenem in die Schweizer Wirtschaft (6.76, +0.68). Diese musste noch im Vorjahr einen leichten Vertrauensrückgang hinnehmen (2000: 6.08, -0.18). Dieser Zuwachs unterstreicht die konstatierte allgemein optimistische Grundstimmung im Lande. Einen leicht höheren Vertrauenswert als im Vorjahr weist einmal mehr auch die Armee auf (6.37, +0.10). Besser als im Vorjahr werden auch die Gerichte bewertet (6.74, +0.32). Die Medien bilden zwar auch in diesem Jahr das Schlusslicht der „Vertrauensrangliste“. Sie können sich aber ebenfalls über einen recht deutlichen Zugewinn an Vertrauen ausweisen (4.96, +0.25).

Internationale Kooperationsbereitschaft: Die Annäherungsbereitschaft an die EU liegt im Februar 2001 mit 59% (-7%) deutlich unter den Werten der letzten Erhebung. Bestätigt wird der Eindruck einer gewachsenen Distanz zur EU auch bezüglich eines EU-Beitritts. Einen solchen befürworten lediglich 40% (-8%). Der

Zustimmungsrückgang im Februar 2001 gegenüber dem bisher höchsten gemessenen Wert im August 1999 fällt deutlich aus (-17%). Zweifellos muss dieser tiefe Zustimmungswert auch in Zusammenhang mit der zur Zeit der Erhebung geführten öffentlichen Diskussion um die Initiative „Ja zu Europa“ gesehen werden, die den Bundesrat zu sofortigen Verhandlungen über eine Aufnahme der Schweiz in die EU gezwungen hätte. Die Ablehnung der Vorlage am 4. März 2001 kündigte sich somit in unserer Trenderhebung an, übertrifft aber in ihrer Deutlichkeit die Erwartungen.

Zwischen 1994 und 1999 nahm die Zahl der *Uno*-BeitrittsbefürworterInnen relativ kontinuierlich zu. Seit August 1999 (66%) ist diesbezüglich zwar ein leichter Rückgang, aber gleichzeitig eine Stabilisierung auf dem Drei-Fünftel-Zustimmungsniveau zu verzeichnen (2001: 60%, 2000: 57%). Praktisch unverändert werden hingegen die Schweizer *Uno*-Friedenstruppen gutgeheissen (68%, -3%). Gelange die *Blauhelm-Vorlage* von 1994 heute zur Abstimmung, so glauben 46% (+5%), dass die Vorlage vom Volk angenommen würde. Die Befragten selbst würden dagegen zu 65% (-1%) Ja zur Vorlage sagen.

Mit 44% (-3%) ist der Anteil der Schweizer StimmbürgerInnen, die einer Annäherung an die Nato positiv gegenüber stehen minim geringer als im Vorjahr. Die Zahl der Nato-Beitrittswilligen liegt mit 28% exakt gleich hoch wie 2000 und erweist sich somit seit 1999 als relativ stabil. Alles in allem ist die sicherheitspolitische Öffnungsbereitschaft damit grösser als die aussenpolitische.

Dies ist die siebte Erhebung in Folge, in der sich drei von vier Befragten für eine aktivere Rolle der Schweiz bei internationalen Konferenzen aussprechen (77%, $\pm 0\%$). 72% (+5%) der Schweizer Stimmberechtigten wünschen sich zudem eine häufigere Konfliktvermittlung durch die Schweiz. Die Zustimmung zu einer Erhöhung der Entwicklungshilfe übersteigt wie schon im Vorjahr die 50%-Grenze deutlich (55%, $\pm 0\%$). Zwischen der Befürwortung einer erhöhten Entwicklungshilfe und optimistischen Zukunftserwartungen besteht ein positiver Zusammenhang. Sieben von zehn Befragten möchten den Stellenwert der Schweiz als Sitz des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes (IKRK) mehr ins Spiel gebracht sehen ($\pm 0\%$).

Der auf 19 Fragen beruhende *Index der internationalen Kooperationsbereitschaft* weist in Richtung Anstieg der zurückhaltenden („weichen“) auf Kosten der „harten“, auf die europapolitische Integration abzielenden, Öffnungswilligen. Insgesamt überwiegt die Öffnungsbereitschaft wie seit jeher deutlich den Autonomismus, aber Uneinigkeit über den Grad der Öffnung kennzeichnet weiterhin die Lage. Die „harten“ Öffnungswilligen, die einer internationalen Kooperation der Schweiz mit institutionellen Beziehungen das Wort reden und bereit sind, dafür auch nationale Souveränitätseinbussen hinzunehmen, sind nach einem deutlichen Terraingewinn

1999 (Februar: 35%, August: 37%) 2000 wieder geschrumpft (32%).¹ Ihr Anteil beträgt weiterhin 32% ($\pm 0\%$). Die Gegner eines Ausbaus internationaler Beziehungen, von uns als „Autonomisten“ bezeichnet, können 2001 ihren letztjährigen Zuwachs behaupten (34%, $\pm 0\%$). Der stete Rückgang des Autonomismus seit 1994 scheint einer Stabilisierung dieser Position bei etwa einem Drittel gewichen zu sein. Leicht zugenommen haben im Februar 2001 die „weichen“ Öffnungswilligen (34%, +2%), die an einer weiteren Öffnung der Schweiz zwar interessiert sind, diese aber möglichst ohne Preisgabe der eigenen Souveränität vollzogen haben möchten.

Auf die gesamte Stimmbevölkerung bezogen, d.h. wenn auch jene rund 21% der Befragten einbezogen werden, die sich keinem Typ des Kooperationsindex zuordnen lassen, findet eine Intensivierung der internationalen Kooperation und der Öffnung des Landes derzeit bei 52% (+2%) Zuspruch.

Fazit: Mehrheitlich überwiegt unter den Stimmberechtigten auch weiterhin die Bereitschaft zur internationalen Öffnung des Landes. Das Stimmungsbarometer in Sachen aussenpolitischer Kooperation ist aber von einer grundsätzlichen „Ja“-Haltung zur „Ja, aber“-Position zurückgefallen. Dabei ist die gestiegene Europa-Skepsis die Hauptursache. Die sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft bleibt demgegenüber, wie unten zu zeigen sein wird, weiterhin überdurchschnittlich hoch.

Neutralität: Die traditionell hohe Zustimmung zur Neutralität als Prinzip schweizerischer Aussen- und Sicherheitspolitik ist im Jahr 2001 so ausgeprägt wie in den Vorjahren und liegt bei 83% ($\pm 0\%$). Diese Stetigkeit in der Befürwortung der Maxime als Leitlinie ist bemerkenswert. Unterschiedlich beurteilt werden demgegenüber einzelne ihrer Funktionen. 1999 waren erstmals weniger als die Hälfte der Befragten mit der Vorgabe einverstanden, dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitrage (46%). Derzeit liegt dieser Wert wie schon letztes Jahr wieder deutlich über der 50%-Grenze (56%, $\pm 0\%$). Kaum bestritten wird die Aussage, dank der Neutralität könne die Schweiz „bei Konflikten vermitteln und international Gute Dienste leisten“. 84% (-4%) sind mit dieser Vorgabe einverstanden. Eine knappe Mehrheit von 52% (+1%) ist indes auch der Meinung, die Neutralität könne heute nicht mehr glaubhaft geschützt werden. Und erstmals seit Beginn der Befragungsreihe 1993 teilen weniger als 50% die Meinung, dank der Neutralität werde die Schweiz nicht in internationale Konflikte einbezogen (48%, -4%).

¹ Zu beachten ist, dass sich 21% der Befragten keinem der drei Kooperationstypen zuordnen lassen. Die Prozentanteile der verschiedenen Typen beziehen sich deshalb nicht auf die Gesamtstichprobe, sondern auf die Gesamtheit der „typologisierbaren Personen“. Bei den nicht typologisierbaren Personen handelt es sich insbesondere um StimmbürgerInnen mit aussenpolitisch widersprüchlichen Meinungen

Festzuhalten ist, dass unsere langjährigen Erhebungen zwar eine ungebrochen hohe Zustimmung zum „Prinzip Neutralität“ belegen (um 80% schwankend), dass aber das traditionalistische integrale Neutralitätsdenken zunehmend einem pragmatisch differenziellen Neutralitätsverständnis Platz macht.

Im Vergleich zur letzten Befragung haben sich die Prozent-Anteile verschiedener Typen von Neutralitätsauffassungen allerdings nur geringfügig verschoben. Danach können 28% ($\pm 0\%$)² der Befragten als „Neutralitätstraditionalisten“ bezeichnet werden. Traditionalisten betonen vor allem den Ziel- und Identitätscharakter der Schweizer Neutralität. Noch 1993 betrug der Anteil der Personen mit traditionellem Neutralitätsverständnis 48%. 29% (+3%) können heute als VertreterInnen einer pragmatischen Neutralitätshaltung bezeichnet werden. Ähnlich gross wie im Vorjahr ist auch die Zahl derjenigen, die das Prinzip Neutralität kritisch betrachten oder es schlichtweg ablehnen (18%, +1%). Als diffus widersprüchlich muss die Neutralitätsauffassung von 25% (-4%) der Befragten eingestuft werden.

Sicherheitspolitische internationale Kooperation: Seit 1997 hatten stets sechs von zehn Befragten der Vorgabe zugestimmt, die nationale Sicherheit der Schweiz werde immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt. 2001 sind es lediglich 53% (-4%), die sich zu dieser Sichtweise bekennen. Auch dies ein deutlicher Hinweis auf das wieder gewachsene nationale Selbstvertrauen.

Die Frage „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“ stellen wir seit 1993 im Rahmen unserer Befragungen. Von 1993 bis 1999 zog eine relative Mehrheit der befragten Personen einen rein *unterstützenden* Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland allen anderen Einsatzarten vor (z.B. medizinische Versorgung). Im Jahr 2000 war erstmals der *friedenssichernde* Einsatz, der zum Selbstschutz auch eine Bewaffnung vorsieht, jene Form des internationalen Engagements durch Schweizer Soldaten, die man sich am ehesten vorstellen könnte. Dieser Trend bestätigt sich 2001 deutlich: Mit 49% (+7%) wird der friedenssichernde Auslandseinsatz am häufigsten genannt, während der rein unterstützende Einsatz von 31% (-7%) bevorzugt wird. Die Akzeptanz von *Kampfeinsätzen* ausserhalb der Landesgrenzen liegt dagegen weiterhin bei weniger als einem Zehntel (7%, $\pm 0\%$). Auch der Anteil jener, die sich einen Auslandseinsatz von Schweizer Truppenangehörigen gar nicht vorstellen können, bleibt im Vergleich zum Vorjahr praktisch unverändert (12%, +1%).

² 19% der befragten Personen lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die Prozentanteile der verschiedenen Typen beziehen sich deshalb nicht auf die Gesamtstichprobe, sondern auf die Gesamtheit der „typologisierbaren Personen“.

Zusammenfassend kann damit wie schon anlässlich der drei letzten Erhebungen festgehalten werden, dass sich ungefähr neun von zehn SchweizerInnen mit einer der drei denkbaren Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten anfreunden können. Was die bevorzugte Art des militärischen Engagements im Ausland angeht, so schlägt das Meinungspendel erstmals eindeutig in Richtung friedenssichernder Aufgaben mit einer Bewaffnung zum Selbstschutz aus.

Swisscoy im Kosovo: Nachdem 2000 ein leichter Rückgang in der Befürwortung des Schweizer Armeekontingents im Kosovo zu konstatieren war (1999: 81%, 2000: 75%), bewegen sich die Zustimmungswerte 2001 wieder auf dem hohen Niveau von 1999. 80% (+5%) begrüßen den seinerzeitigen Entscheid des Bundesrates, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee in den Kosovo zu entsenden sehr bzw. eher. Nur 19% (-5%) sprechen sich dagegen aus. Wie schon in den beiden Vorjahren stimmen fast drei Viertel der Befragten einer Bewaffnung der Soldaten im Kosovo zum Selbstschutz zu (73%, -2%). Nur 22% (+1%) sind der Meinung, das Kosovo-Kontingent sollte unbewaffnet bleiben.

30% (-1%) sind der Auffassung, ein Einsatz von Schweizer Militär im Ausland könne den Flüchtlingszustrom aus dem Ausland vermindern. Dieser Wert bewegt sich im Rahmen des Vorjahres, liegt aber deutlich über jenen des Jahres 1999, als im Januar bloss 11% und im August 22% einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Friedenseinsatz und Eindämmung des Flüchtlingsstroms gelten liessen.

Neues Militärgesetz – „Bewaffnung von Schweizer Soldaten in internationalen Einsätzen“ Referendumsabstimmung vom 10. Juni 2001: Auf die unter Hinweis auf die Revision des Militärgesetzes grundsätzlich gestellte Frage „Sind Sie damit einverstanden, mit Vorbehalt einverstanden oder nicht einverstanden, dass Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland bewaffnet werden können?“ erklären sich im Februar 52% (-5%) vorbehaltlos und 31% (+8%) mit Vorbehalt einverstanden, 15% (-2%) lehnen ab (2% geben keine Antwort). Im Verlaufe des Abstimmungskampfes schrumpfte, wie zwei Zusatzbefragungen anfangs Mai und anfangs Juni belegen, die hohe grundsätzliche Zustimmung auf eine knappe relative Mehrheit zusammen, die an der ursprünglichen Absicht festhielt. Dabei weitete sich die Geschlechterdifferenz beträchtlich: Kurz vor der Abstimmung erklärten sich 47% der männlichen, aber bloss noch 29% der weiblichen Befragten mit der Bewaffnung einverstanden. Wussten im Februar bloss 53% (+7%) Bescheid über die Militärgesetz-Revision, so waren dies in den Tagen vor der Abstimmung neun von zehn Befragten.

Das Gesetz schaffte schliesslich mit einer hauchdünnen Mehrheit von 50.7% die Abstimmungshürde.

Im Vorfeld der Abstimmung haben die folgenden Aspekte für die Meinungsbildung eine Rolle gespielt: Die grosse Mehrheit (72%, -2%) macht im Februar einen Unter-

schied zwischen einer Bewaffnung, die dem Eigenschutz dient, und einer, die kombattanten Charakter hat. Das Wissen um die Freiwilligkeit solcher Einsätze scheint die Zustimmung zur Bewaffnung begünstigt zu haben. 78% (-4%) billigen im Februar die Vorgabe „Soldaten im Ausland sind Freiwillige, da ist eine Bewaffnung zumutbar, denn die Risiken sind ihnen bekannt“. Konsequenterweise wird die Behauptung, es sei unverantwortlich, unbewaffnete Soldaten in Friedenseinsätze zu schicken, ebenfalls mehrheitlich gutgeheissen (57%, -3%). Die relativ hart zuge-spitzte Vorgabe, wonach „unsere Soldaten einen Auftrag auch mit Waffengewalt durchsetzen sollten, wenn das nötig ist“, erhält im Februar die Billigung von 45% (-2%). Mit dem militärischen Begriff „Auftrag“ wissen, wie die Vortests zur Befragung im Jahr 2000 gezeigt haben, auch im Februar viele SchweizerInnen wenig anzufangen.

64% (-3%) der Befragten stimmen im Februar der Vorgabe zu, eine „Bewaffnung bei Friedenseinsätzen sei mit der Neutralität zu vereinbaren“. 45% (-4%) billigen indes auch die Gegenvorgabe, nämlich die Neutralität werde durch die Entsendung bewaffneter Soldaten ins Ausland verletzt. Dieser offensichtliche Widerspruch weist auf eine Verunsicherung im Verhältnis zwischen der Neutralitätsmaxime und bewaffneten Auslandseinsätzen hin, die sich, wie unsere Ergänzungserhebungen zeigen, im Abstimmungskampf verstärkt haben dürfte. Zwei Drittel (69%, +1%) geben im Februar an, dass eine vor allem dem eigenen Schutz dienende Bewaffnung die Neutralität nicht tangiere. Tatsächlich scheint jedoch vom Neutralitätsargument die vergleichsweise grösste Hemmwirkung für eine vorbehaltlose Zustimmung zu den Vorlagen vom 10. Juni 2001 ausgegangen sein.

Die im Vorfeld der Abstimmung vom 10. Juni 2001 ermittelte hohe Zustimmung zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland schmolz im Abstimmungskampf beträchtlich zusammen. Ergänzende Erhebungen während des Abstimmungskampfes legen den Schluss nahe, dass es den Gegnern der Vorlage in der emotional geführten Kampagne gelungen ist, insbesondere bei der weiblichen Stimmbevölkerung Zweifel zu wecken. Ein eigentlicher Meinungsumschwung bezüglich verschiedener Einstellungen zur Vorlage scheint aber nicht stattgefunden zu haben. Das Neutralitätsargument erfuhr eine signifikante, aber nicht ausgeprägte Höherbewertung.

Rüstungsausgaben: Die Aussage, die Schweiz gebe zu viel für ihre Verteidigung aus, fand zwischen 1986 und Januar 1999 stets mehrheitlich Zustimmung. Nachdem im August 1999 und 2000 nur noch 50% die Rüstungsausgaben als zu hoch einstufen, sind es nun wieder 53% der Befragten, welche die Höhe der Aufwendungen für den militärischen Bereich kritisieren.

Militärische Landesverteidigung: Die Zustimmung zur Armee als notwendiger Institution ist unverändert hoch. Sie liegt auch im Jahr 2000 bei 71% ($\pm 0\%$). Diese

Haltung ist indes stark vom Alter der Befragten abhängig. So erachten 54% (-2%) der 18-29-Jährigen die Armee für unbedingt oder eher notwendig, doch ist dies ein weit geringerer Anteil als etwa bei den 30-59-Jährigen (68%) oder gar bei den über 60-Jährigen (90%). Es darf allerdings nicht vergessen werden, dass 1999 weniger als die Hälfte der 18-29-Jährigen die Armee befürwortete. Insofern ist die diesjährige Armeebefürwortung von 54% in dieser Altersgruppe als relativ hoch einzustufen.

Milizkader: Im Trend ist das gesellschaftliche Prestige von militärischen Kaderpositionen weiter gesunken. Die Zahl jener, die einem Bekannten raten würden, einen Vorschlag als Korporal anzunehmen, liegt nurmehr bei 52% (1985: 64%, 1998: 60%). Gleiches gilt für einen Offiziersvorschlag (1976: 70%, 1998: 63%, 2001: 56%). Zudem sind immer weniger Befragte davon überzeugt, dass eine militärische Führungserfahrung auch im Zivilen Vorteile bringe (1983: 85% Zustimmung, 2001: 60%). Fast drei Viertel sind der Meinung, dass, wenn sich nicht genügend Milizkader finden lassen, diese durch mehr Berufskader auszugleichen seien (1998: 75%, 2001: 73%). In diesen Zahlen spiegeln sich die gewachsenen Schwierigkeiten, für die Armee genügend junge Milizkader guter Qualität zu finden.

Miliz und Wehrpflicht: Seit dem August 1999 liegen BefürworterInnen einer Berufsarmee anteilmässig gleichauf mit jenen Personen, die in der Milizarmee die geeignete Wehrstruktur der Zukunft sehen (je 45%, -1%). Die Bevorzugung des einen oder anderen Armeemodells ist nicht zuletzt vom Alter der Befragten abhängig: Während die 18-29-Jährigen eindeutig eine Berufsarmee präferieren (60% pro Berufs- versus 33% pro Milizarmee), bevorzugen die über 60-Jährigen ebenso deutlich das Milizprinzip (57% pro Miliz- versus 32% pro Berufsarmee). Völlig ausgeglichen präsentiert sich die Situation bei den 30-59-Jährigen (45% pro Miliz-, 45% pro Berufsarmee).

RÉSUMÉ DE L'ÉTUDE « SÉCURITÉ 2000 »

Buts et base de données

Les études annuelles « sécurité » effectuées par l'Ecole militaire supérieure à l'ETH en collaboration avec le Centre de recherche sur la politique de sécurité et la polémologie de l'ETH de Zurich servent à évaluer les tendances de l'opinion suisse en matière de politique de sécurité et de défense. Ces études se basent sur des enquêtes représentatives, annuelles ou bisannuelles, menées auprès de la population suisse. Cette année, les relevés ont été effectués par téléphone entre la mi-janvier et la mi-février auprès de 1235 personnes de toutes les régions linguistiques et ayant le droit de vote. L'échantillonnage a eu lieu selon le processus « random-quota ». Les pourcentages \pm entre parenthèses indiquent la différence par rapport à l'année précédente, soit par rapport au précédent relevé. L'erreur d'échantillonnage possible du sondage 2001 est, dans le cas le plus défavorable, de $\pm 3\%$ pour un degré de fiabilité de 95%. Les différences de moins de $\pm 3\%$ par rapport au précédent relevé doivent être considérées comme fortuites et donc insignifiantes.

Courants et tendances

Perception de la sécurité et de la menace: Près de 9 Suissesses et Suisses sur 10 ayant le droit de vote disent se sentir « aujourd'hui » très en sécurité ou plutôt en sécurité (87%, +5%). La perception générale de la sécurité est élevée et relativement stable. Elle s'est même légèrement renforcée par rapport à la première moitié des années 90.

Parmi les divers aspects de la sécurité, la sécurité familiale est la plus importante (pour 56% « très important ») suivie de la prévention des crimes et de la criminalité (42%) et de la garantie des droits démocratiques fondamentaux (41%). Plus loin figure la sécurité sociale et écologique ainsi que la sécurité de l'emploi. Par contre, des dix aspects proposés, la sécurité militaire se retrouve au dernier rang (pour 16% « très important »). Depuis 1996, le nombre des optimistes quant au proche avenir de la Suisse est en constante augmentation. Si en 1998 ils n'étaient encore que 60%, ils étaient déjà 71% en 2000. Cette année, presque huit personnes interrogées sur dix sont « très » (10%) ou « plutôt optimistes » (68%) en ce qui concerne l'avenir de la Suisse. L'appréciation de la situation internationale est aussi positive: 59% des personnes sondées s'attendent à une amélioration et une détente dans les cinq pro-

chaines années ou à une situation inchangée (+3%). Une majorité pense que la situation internationale demeurera stable (« comme aujourd'hui »: 51%).

Bilan: Il semble que les Suissesses et Suisses se sont définitivement débarrassés du pessimisme quant à l'avenir de la Suisse qui les a marqués pendant la première moitié des années 90. La perception générale de la situation internationale et nationale est aujourd'hui empreinte d'optimisme.

Deux corrélations statistiques relativement étroites apparaissent. L'une, entre l'appréciation de l'avenir de la Suisse et l'évolution de la situation politique internationale ($CC=0.27$), l'autre, entre la perception de la sécurité et la perception de l'avenir de la Suisse ($\gamma=0.39$). Mais aucune relation n'existe entre l'appréciation de la situation nationale et internationale d'une part et les diverses opinions relatives à la défense nationale d'autre part (acceptation de l'armée, structure de l'armée, dépenses d'armement). On ne peut donc en conclure que les personnes qui ont une opinion plus pessimiste concernant l'avenir de la Suisse ou l'évolution de la situation internationale se distinguent par une acceptation de l'armée plus élevée.

Confiance: dans les autorités et les institutions politiques: Interrogés sur la confiance accordée à sept institutions publiques différentes (Conseil fédéral, Parlement, tribunaux, police, armée, médias, économie suisse) les Suissesses et Suisses octroient, comme les années précédentes, la valeur maximale à la police (6.99 sur une échelle de 10 points, +0.19). Alors que le Conseil fédéral et le Parlement enregistraient une confiance croissante entre 1997 et 1999, ces deux institutions subissent une légère baisse de confiance en 2000. Cependant, ce printemps le Conseil fédéral et le Parlement jouissent à nouveau d'une confiance accrue (Conseil fédéral: 6.90, +0.64; Parlement: 6.32, +0.56). Seule la confiance accordée à l'économie suisse (6.76, +0.68) dépasse celle accordée au Conseil fédéral ce qui n'était pas le cas l'année précédente où un léger recul était constaté (2000: 6.08, -0.18). Cette augmentation reflète l'optimisme général constaté dans notre pays. Une fois de plus, la valeur de confiance attribuée à l'armée est légèrement plus élevée (6.37, +0.10) que l'année précédente. L'appréciation des tribunaux est elle aussi meilleure que l'année précédente (6.74, +0.32). Bien que les médias fassent aussi cette année figure de lanterne rouge en termes de confiance, ils peuvent néanmoins aussi enregistrer une confiance accrue cette année (4.96, +0.25).

Volonté de coopération internationale: En février 2001, la valeur relative à la volonté de rapprochement avec l'UE est nettement en dessous de celle du relevé précédent (59% d'approbation, (-7%). L'impression d'une distance croissante par rapport à l'UE et l'adhésion à l'UE se confirme. Seuls 40% (-8%) sont en faveur d'une adhésion. Comparé à la valeur maximale atteinte en août 1999, le recul enregistré en février 2001 est net (-17%). Sans doute y a-t-il corrélation entre cette valeur peu élevée et la discussion publique autour de l'initiative « oui à l'Europe » qui aurait forcé le Conseil fédéral à ouvrir immédiatement des négociations d'adhésion avec l'UE. Le rejet de l'initiative le 4 mars fut plus massif que la tendance annoncée dans nos relevés.

Entre 1994 et 1999, le nombre des partisans d'une adhésion à l'ONU a constamment augmenté. Bien que, depuis août 1999, on enregistre une légère baisse, on constate parallèlement une stabilisation au niveau de trois cinquièmes (2001: 60%, 2000: 57%). Par contre, l'approbation des troupes suisses onusiennes de maintien de la paix est presque inchangée (68%, -3%). Si la votation de 1994 sur la création d'un bataillon de *Casques bleus* était répétée aujourd'hui, 46% (+5%) croient que le texte soumis à la votation serait accepté par le peuple. Par contre, les personnes interrogées, elles, diraient « oui » à 65% (-1%).

44% des Suissesses et Suisses ayant le droit de vote ont une attitude positive en ce qui concerne un rapprochement avec l'OTAN, ce qui signifie une légère baisse par rapport à l'année précédente (-3%). Le taux de personnes souhaitant une adhésion à l'OTAN est, avec 28%, identique à celui de 2000 et s'avère relativement stable depuis 1999. Ces chiffres montrent que la volonté d'ouverture est plus grande en matière de politique sécurité qu'en matière de politique extérieure.

Les sept derniers relevés montrent que trois personnes interrogées sur quatre (77%, $\pm 0\%$) se déclarent favorables à un engagement accru de la Suisse dans les conférences internationales. De plus, 72% (+5%) des Suisses ayant le droit de vote souhaitent une intensification du rôle de médiation de la Suisse dans les conflits. Comme l'année précédente, le taux des personnes en faveur d'une augmentation de l'aide au développement dépasse largement les 50% (55%, $\pm 0\%$). L'approbation d'une augmentation de l'aide au développement est donc liée à l'optimisme face à l'avenir. Sept personnes sondées sur dix sont d'avis qu'il faudrait souligner davantage l'importance de la Suisse comme siège de la Comité International de la Croix-Rouge (CICR) ($\pm 0\%$).

L'index de volonté à la coopération internationale, basé sur 19 questions, montre une augmentation des partisans d'une ouverture réservée (« douce ») au détriment de ceux qui souhaitent une ouverture « dure » (intégration en matière de politique européenne). Comme depuis toujours, la volonté d'ouverture est plus élevée que l'autonomisme, mais un désaccord subsiste sur le degré d'ouverture. Le taux des

partisans d'une ouverture « dure », qui préconisent une coopération internationale impliquant des liens institutionnels et qui sont prêts à accepter des restrictions de souveraineté a, après avoir nettement augmenté en 1999 (février: 35%, août: 37%), de nouveau baissé en 2000 (32%)³. Leur taux reste à 32% ($\pm 0\%$). Les opposants à un développement de liens internationaux – ceux que nous avons définis comme « autonomistes » – confirment leur position en 2001 (34%, $\pm 0\%$). Le nombre des autonomistes, en constant recul depuis 1994, semble s'être stabilisé à environ un tiers. En février 2001, le nombre des partisans d'une ouverture « douce », soit ceux qui souhaitent une ouverture de la Suisse, mais si possible sans abandon de la souveraineté, a légèrement augmenté (34%, +2%).

En se référant à l'ensemble de la population ayant le droit de vote, c'est-à-dire en incluant les personnes interrogées ne pouvant être assimilées à aucun type de l'index de coopération (21%), une intensification de la coopération internationale et de l'ouverture du pays recueille 52% (+2%) d'approbation.

Conclusion: La majorité des personnes ayant le droit de vote approuvent la volonté d'ouverture du pays à l'échelon international. Néanmoins, l'attitude fondamentale en matière de coopération internationale a passé du « oui » au « oui, mais ». Le scepticisme accru envers l'Europe est la cause principale de ce changement. Par contre, la volonté de coopération en matière de politique de sécurité demeure supérieure à la moyenne comme il sera démontré ci-dessous.

Neutralité: En tant que principe de politique étrangère et de politique de sécurité, la neutralité jouit d'une cote de popularité traditionnellement élevée. En 2001 elle est autant prononcée que les années précédentes et atteint 83% ($\pm 0\%$). Cette constance dans l'approbation de la maxime en tant que ligne directrice mérite d'être soulignée. Pourtant, les avis divergent quant à l'appréciation de certaines de ses fonctions. Pour la première fois en 1999, moins de la moitié des personnes questionnées étaient d'avis que la neutralité armée contribuait à la sécurité et stabilité en Europe (46%). Actuellement cette valeur dépasse à nouveau nettement la limite des 50%, comme c'était déjà le cas l'année précédente (56%, $\pm 0\%$). La perception de la neutralité comme instrument permettant à la Suisse de « jouer un rôle de médiateur dans les conflits et d'offrir ses bons offices sur la scène internationale » est pratiquement incontestée (84%, -4%). Une faible majorité (52%, +1%), est cependant aussi d'avis que la neutralité ne peut plus être protégée d'une manière crédible. Et

³ Il faut considérer que 21% des personnes interrogées ne peuvent être assimilées à aucun des trois types de coopération. Il s'agit ici, en particulier, de personnes ayant des opinions contradictoires en matière de politique étrangère. C'est pourquoi les pourcentages des divers types ne se réfèrent pas à l'ensemble de toutes les personnes interrogées mais au total des personnes à classer selon les principes de la typologie.

pour la première fois depuis le début de notre série d'enquêtes (1993), moins de 50% sont de l'avis que la Suisse reste en dehors des conflits internationaux grâce à la neutralité (48%, -4%).

Soulignons que, bien que nos relevés montrent depuis plusieurs années une approbation élevée inchangée de la « neutralité » en tant que principe (oscillant vers les 80%), la perception traditionnelle et intégrale de la neutralité cède de plus en plus le pas à une perception pragmatique et différencielle de la neutralité.

Toutefois, comparé au dernier sondage, les pourcentages des différents types de perception de la neutralité ont peu changé. Ainsi, 28% ($\pm 0\%$)⁴ des personnes interrogées peuvent être définies comme « traditionalistes quant à la neutralité ». Ceux-ci mettent surtout l'accent sur la fonction de finalité et identité de la neutralité suisse. En 1993, 48% des personnes questionnées avaient encore une perception traditionnelle de la neutralité. Aujourd'hui, 29% (+3%) peuvent être considérés comme les représentants et représentantes d'une attitude pragmatique envers la neutralité. Le pourcentage de ceux qui ont une attitude critique, voire de refus, envers la politique de neutralité stagne au même niveau que l'année précédente (18%, +1%). Pour 25% (-4%) des personnes questionnées la perception de la neutralité est diffuse et contradictoire.

Coopération internationale en matière de politique de sécurité: Depuis 1997, six personnes questionnées sur dix étaient toujours d'avis que notre sécurité nationale était de plus en plus déterminée par d'autres pays et de moins en moins par nous-mêmes. En 2001, seuls 53% (-4%) partagent cette opinion, ce qui montre aussi clairement que la confiance en soi au niveau national s'accroît à nouveau.

Dans nos sondages « sécurité », nous posons depuis 1993 la question « Pouvez-vous vous imaginer un engagement de soldats suisses à l'étranger à l'avenir? ». De 1993 à 1999 une majorité relative des personnes interrogées préféraient un engagement des soldats suisses à l'étranger uniquement dans le cadre de missions d'*appui* à toute autre forme d'engagement (p. ex. soins médicaux). Pour la première fois en 2000, l'engagement pour le *maintien de la paix* de soldats armés pour l'autodéfense était la forme d'engagements internationaux avec des soldats suisses la plus souvent envisageable, voire approuvée. Cette tendance se confirme clairement en 2001: avec 49% (+7%) l'engagement pour le maintien de la paix à l'étranger recueille le plus de voix, alors qu'un engagement uniquement dans le cadre de missions d'*appui* est préféré par 31% (-7%). Par contre, l'acceptation des *engagements au combat* au-

⁴ 19% des personnes ne peuvent être classées dans aucun des type de neutralité. C'est pourquoi les pourcentages des divers types ne se réfèrent pas à l'ensemble de toutes les personnes interrogées mais au total des personnes à classer selon les principes de la typologie.

delà de nos frontières est toujours inférieure à 10% (7%, ±0%). Par rapport à l'année précédente le pourcentage de ceux qui ne peuvent en aucun cas imaginer un engagement de troupes suisses à l'étranger est presque inchangé (12%, +1%).

Comme déjà constaté lors des trois précédentes enquêtes, on peut conclure qu'une des trois formes envisageables d'engagement de soldats suisses à l'étranger trouve un écho favorable auprès de neuf Suissesses et Suisses sur dix environ. Quant à la forme préférée d'engagement militaire à l'étranger, l'opinion publique penche, pour la première fois, clairement en faveur des missions pour le maintien de la paix avec des soldats armés pour leur autodéfense.

Swisscoy au Kosovo: Tandis qu'en 2000 le nombre des partisans d'un contingent suisse au Kosovo a légèrement reculé (1999: 81%, 2000: 75%), il a de nouveau augmenté en 2001 pour atteindre le niveau élevé de 1999. 80% (+5%) approuvent la décision prise alors par le Conseil fédéral d'envoyer au Kosovo 160 soldats volontaires et non armés (tout à fait d'accord ou plutôt d'accord). Seuls 19% (-5%) sont contre. Comme déjà les deux années précédentes, près de trois quarts des personnes interrogées se montrent favorables à un armement des soldats pour l'autodéfense au Kosovo (73%, -2%); seuls 22% (+1%) sont d'avis que le contingent du Kosovo devrait rester non-armé.

30% (-1%) pensent qu'un engagement de soldats suisses à l'étranger peut diminuer le nombre des réfugiés de l'étranger. Ce taux est comparable à celui de l'année précédente, mais est nettement supérieur à ceux de 1999, lorsqu'en janvier seulement 11% et en août 22% voyaient une relation entre l'engagement pour la paix et la diminution du flux de réfugiés.

Nouvelle loi militaire – l'armement des soldats suisses dans les engagements internationaux, le referendum du 10 juin: En vue de la révision de la loi militaire, la question de principe suivante fut posée: « Etes-vous d'accord, d'accord avec réserves ou pas d'accord que des soldats suisses puissent être armés lors de missions de maintien de la paix à l'étranger? ». En février, 52% (-5%) se déclarent d'accord sans réserves et 31% (+8%) sont d'accord avec réserves. 15% (-2%) refusent (2% ne donnent pas de réponses). Durant la campagne menée avant la votation, deux sondages supplémentaires (début mai et début juin) ont montré que le taux élevé d'approbation se réduisait à une faible majorité relative représentant les convaincus de la première heure. De plus, le clivage s'est agrandi selon le sexe des personnes interrogées. Peu de temps avant la votation, 47% des hommes interrogés et seulement 29% de femmes interrogées se déclaraient en faveur de l'armement des soldats suisses à l'étranger. Dans nos sondages, le nombre des personnes qui connaissaient les projets de loi soumis à la votation a passé de seulement 53% (+7%) en février à 90% quelques jours avant la votation.

Le 10 juin, la loi fut finalement approuvée de justesse par 50,7% des personnes qui se sont rendues aux urnes.

Avant la votation, divers aspects ont influencé l'opinion publique. En février, la grande majorité (72%, -2%) sait parfaitement distinguer entre un armement servant à l'autodéfense et un armement à caractère combattant. Il semble que le fait de savoir que ces engagements sont volontaires a favorisé l'approbation d'armer les soldats. 78% (-4%) se déclarent, en février d'accord avec l'affirmation « Comme les soldats à l'étranger sont des volontaires, un armement est raisonnable, car ils connaissent les risques ». Par conséquent, l'affirmation selon laquelle il est irresponsable d'envoyer des soldats non-armés pour des missions de paix est également clairement approuvée (57%, -3%). En outre, l'affirmation relativement dure préconisant que « Nos soldats devraient accomplir une mission en faisant usage de leurs armes si nécessaire » recueille, en février, un taux d'approbation de 45% (-2%). Comme l'ont montré les tests effectués avant notre enquête de 2000, cette année aussi (en février) beaucoup de Suissesses et Suisses ne comprennent pas la notion de « mission ». 64% (-3%) des personnes interrogées en février sont d'avis que des « engagements de soldats armés pour le maintien de la paix » sont compatibles avec la neutralité, tandis que 45% (-4%) pensent que l'envoi de soldats armés à l'étranger est une violation de la neutralité. Cette apparente contradiction montre qu'il y a une incertitude entre la neutralité en tant que maxime et les engagements armés à l'étranger qui, comme le reflètent nos enquêtes complémentaires, se serait accentuée durant la campagne précédant la votation. En février, deux tiers (69%, +1%) sont convaincus que le fait d'armer les soldats avant tout pour l'autodéfense n'est pas une atteinte à la neutralité. Cependant, comparé à l'ensemble des arguments, l'argument de la neutralité semble avoir été le plus grand frein à une approbation sans réserve des projets de loi soumis à la votation du 10 juin.

Dans le cadre de la votation du 10 juin, on constate que l'approbation élevée en faveur de l'envoi de soldats suisses armés à l'étranger a considérablement diminué au cours de la campagne précédant la votation. Les enquêtes complémentaires effectuées pendant la campagne montreraient que les opposants réussirent, au cours de leur campagne menée sur le plan émotionnel, à éveiller les doutes des citoyens, en particulier des citoyennes. Mais il ne semble pas que les différents points de vue relatifs à la votation aient radicalement changé au sein de l'opinion publique. La valeur attribuée à la neutralité en tant qu'argument de l'opinion publique a augmenté de manière importante sans être toutefois spécialement élevée.

Les dépenses d'armement: Entre 1986 et janvier 1999 une majorité des personnes sondées a toujours pensé que la Suisse dépensait trop pour sa défense. Alors qu'en août 1999 et 2000 seuls 50% estimaient les dépenses d'armement trop élevées, ce taux a de nouveau augmenté pour atteindre 53% en 2001.

Défense nationale: L'armée, comme institution nécessaire, jouit d'un taux d'approbation élevé inchangé et s'élève en 2000 à 71% ($\pm 0\%$). Toutefois, cette attitude dépend fortement de l'âge de personnes interrogées. Ainsi, 54% (-2%) des jeunes de 18 à 29 ans estiment que l'armée est absolument ou plutôt nécessaire. Ce taux est nettement inférieur au taux des personnes âgées de 30-59 ans (68%), voire des personnes de plus de 60 ans (90%). Cependant, il ne faut pas oublier qu'en 1999 moins de la moitié des jeunes de 18 à 29 ans pensaient qu'une armée était nécessaire. Par conséquent, le taux actuel de 54% doit être considéré comme relativement élevé.

Cadres de milice: Une tendance montre une baisse continue du prestige social des positions de cadre militaires. Le taux de ceux qui conseilleraient à une de leurs connaissances d'accepter la proposition de devenir caporal n'atteint plus que 52% (1985: 64%, 1998: 60%). Il en va de même pour la proposition de devenir officier (1976: 70%, 1998: 63%, 2001: 56%). De plus, toujours moins de personnes interrogées sont convaincues que l'expérience militaire en matière de conduite présente des avantages pour la vie civile (1983: 85% d'approbation, 2001: 60%). Près de trois quarts sont d'avis qu'une pénurie éventuelle de cadres de milice, devrait être compensée en engageant davantage de cadres professionnels (1998: 75%, 2001: 73%). Ces chiffres reflètent les difficultés accrues de l'armée à trouver un nombre suffisant de jeunes cadres qualifiés.

Milice et obligation de servir: Depuis août 1999, le nombre des partisans d'une armée de métier est égal à celui des personnes qui pensent qu'une armée de milice est la structure la plus appropriée pour l'avenir (chacun 45%, -1%). La préférence accordée à l'un ou l'autre des modèles dépend de l'âge des personnes questionnées. Alors que les jeunes de 18 à 29 ans sont nettement en faveur d'une armée de métier (60% pour une armée de métier versus 33% pour une armée de milice), les plus de 60 ans préfèrent, de manière tout aussi claire, le principe de la milice (57% pour une armée de milice versus 32% pour une armée de métier). Les taux enregistrés chez les personnes âgées de 30 à 59 ans s'équilibrent totalement (45% pour une armée de milice et 45% pour une armée de métier).

“SECURITY 2001” – SUMMARY

Aims of the Survey and Basis of Data

The annual survey “Security”, carried out by the *Swiss Military College at the Federal Institute of Technology* in cooperation with the *Center for Security Studies and Conflict Research of the Swiss Federal Institute of Technology Zurich*, serves to determine trends in the shaping of public opinion on security and foreign policy issues in Switzerland. The research studies are based on representative annual and biannual polls. This year, the survey was carried out from mid-January to mid-February by questioning 1235 Swiss citizens entitled to vote (i.e. at least 18 years old). The applied sampling procedure was “random quota” and the interviews were performed by telephone and with computer assistance. The \pm -percentages in parentheses show differences in comparison to figures given in the survey of 2000. In the 2001 poll, sampling error lies at $\pm 3\%$ with a probability of 95%. Differences to the preceding survey smaller than $\pm 3\%$ must be considered random and are statistically non-significant.

Trends Regarding the Shaping of Opinion in Security and Foreign Policy

General Feelings Regarding Security and Threat Perception: Nearly nine out of ten Swiss voters (87%) consider themselves very or rather secure “in our time” (+5%). The general feeling of security is stable on a high level. Compared to the first half of the nineties, more people are feeling secure.

Among different aspects of security, the security that one finds in one’s family is considered most important (56% find it “extremely important”). To be secure from crime (42%) and the guarantee of democratic rights (41%) follow next. They, in turn, are followed by social (40%) and ecological security (37%) as well as the security of one’s job (36%). At the bottom of the list is the military aspect of security, which comes in last among ten aspects (considered “extremely important” by only 16%).

Since 1996, the number of people who view Switzerland’s near future optimistically has been continuously on the rise. Hovering at 60% in 1998, optimism had reached a level of 71% in 2000. This year, not quite eight out of ten are optimists

when it comes to Switzerland's future (10% are very optimistic and 68% are quite optimistic). The global political situation is also perceived with considerable confidence. 59% (+3%) expect an improvement or at least a stable situation in world politics in the next five years. Among these 59% the overwhelming majority holds the belief that the global situation will develop evenly ("the same as today": 51%).

Conclusion: It seems as though the Swiss have said goodbye to the pessimistic view of the future that was very common during first half of the nineties. The general mood concerning national and global development is currently that of confidence.

There is a rather close relation between the evaluation of Switzerland's future and the development of the global situation ($CC=0.27$). There is also a relation between the general feeling of security and the perception of the future of Switzerland ($r=0.39$). However, there is no relationship between domestic confidence or an optimistic view of the global situation and different attitudes towards national defense (acceptance of the military, army format, defense expenditures). Therefore, it cannot be said that those people who are more pessimistic concerning the future of Switzerland or the global political situation have a greater acceptance of the military.

Trust in Public Authorities and Institutions: Asked to indicate – on a rating scale of 1 to 10 – how much trust they have in seven different institutions (government, parliament, courts, police, military, media, Swiss economy) the Swiss give their highest rating again to the police (6.99, +0.19). While the government and parliament had seen a rise in their ratings in the period between 1997 and 1999, this trend was interrupted in 2000 when they both received a slightly lower rating. Now, government and parliament have again clearly improved their rating (government: 6.90, +0.64; parliament: 6.32, +0.56). Only the Swiss economy, bouncing back from a less favorable rating a year ago, has gained even more trust than the government (6.76, +0.68). This gain in trust confirms the current optimistic attitude in Switzerland. The military, as well, has slightly improved its rating (6.37, +0.10) as have the courts of justice (6.74, +0.32). The media are still at the end of the "trust-ranking" but they, too, have gained a fair amount of trust (4.96, +0.25).

Willingness for International Cooperation: The readiness to further approach the EU is clearly lower than in the last survey (59%, -7%). The impression that the gap between Switzerland and the EU has widened is confirmed with regard to an actual joining of the EU. Merely 40% (-8%) are in favor of joining the EU. There is a sharp decrease in support of EU-membership compared to the highest support rating in August 1999 (-17%). Doubtless, this low support rating must be viewed in connection with the public discussion about the people's initiative "Ja zu Europa" at the time of the survey. An acceptance of the initiative would have forced the government to take up immediate membership negotiations with the EU. While our data

indicate that chances of an acceptance of this initiative are slim, the actual extent of its refusal on 4 March 2001 was greater than expected.

From 1994 to 1999 the number of people in support of joining the UN mounted continuously. Since August of 1999, a slight decline can be noticed and at the same time the number of supporters has stabilized around three fifths of the questioned persons (2001: 60%, 2000: 57%). On the other hand, support for UN peacekeeping troops is practically undiminished (68%, -3%). If the 1994 vote on the deployment of a battalion of blue helmets were to be repeated today, 46% believe that a majority would vote in favor of the deployment (+5%). What is more, 65% (-1%) say they themselves would support Swiss "blue helmets" in a vote "next Sunday".

At 44%(-3%), the share of Swiss citizens who take a stance for approaching NATO is slightly lower than in 2000. The number of people actually willing to join NATO lies at 28%, the exact same figure as in 2000. This issue has been drawing a stable share of supporters since 1999. On the whole, the willingness for an opening-up of Switzerland is greater in the area of security than it is in general foreign policy issues.

This is the seventh survey in a row, in which three out of four people questioned are in favor of Switzerland playing a more active role at international conferences (77%, $\pm 0\%$). Furthermore, 72% (+5%) of the Swiss voters would like to see Swiss mediation in international conflicts more often. The support of a raise of developmental aid is once more clearly above the 50% mark (55%, $\pm 0\%$). There is a positive relationship between the support of increased developmental aid and an optimistic view of the future. Seven out of ten people questioned want the importance of Switzerland as host of the International Committee of the Red Cross (ICRC) to be stressed more clearly ($\pm 0\%$).

Based on 19 questions, the *Index of Willingness for International Cooperation* indicates that the number of "cautious" openers is on the rise, while the share of "unambiguous" openers, who aim at an European integration of Switzerland, has decreased. On the whole, the willingness for an opening of Switzerland clearly outweighs the autonomistic, isolationist tendencies. There is, however, a great deal of disagreement as to the degree of openness that should be achieved. The "unambiguous" openers take a stance for international cooperation and are even ready to accept certain losses of sovereignty in return. After gaining ground in 1999 (February: 35%, August: 37%) they have shrunk to 32% in the year 2000. They are currently standing at 32% ($\pm 0\%$)⁵. The opponents of extended international relations

⁵ Percentages given for this typology are based on those people who could be allocated to a certain type of attitude on international cooperation. This is not the case for 21% of the original sample. Among these 21% there are many who have self-contradictory opinions on foreign policy.

have consolidated their increase in numbers from last year (34%, $\pm 0\%$). The gradual decrease in autonomism since 1994 seems to have made room for a stabilization at the level of one third. The number of “cautious” openers, who are interested in further opening Switzerland as long as it does not affect its sovereignty, has slightly increased (34%, +2%).

If one takes into account the complete voting body, i.e. including the 21% who cannot be allocated to a specific type of the *index of cooperation*, 52% (+2%) are in favor of an intensification of international cooperation and an opening of the country.

Conclusion: A majority of the voting body is in favor of an opening of the country and of international cooperation. However, what was once a clear “yes” to foreign policy cooperation has developed into a “yes, but...”-position. The main reason for this is the increase in skepticism concerning Europe. On the other hand, the willingness for cooperation in the area of security policy remains at a remarkably high level.

Neutrality: Support of neutrality as the main ingredient of Swiss foreign and security policy has always been strong, and the present survey makes no exception: 83% ($\pm 0\%$) want to keep up neutrality. The steady approval of this maxim as a kind of guiding line is remarkable. Some of the specific functions of neutrality, however, are evaluated in differing ways. For the first time in the course of the “Security” surveys, in 1999 less than half of the surveyed persons agreed that an armed neutrality contributes to the security and stability of Europe (46%). Currently, this figure is – as in the past year – well above the 50%-mark again (56%, $\pm 0\%$). The claim that – thanks to its neutrality – Switzerland is able to “mediate in conflicts and offer its ‘Good Services’ on an international level” is hardly contested. It is agreed upon by 84% (-4%). A slight majority believes that neutrality can no longer be protected in a credible way (52%, +1%). Less than 50% are of the opinion that neutrality keeps Switzerland out of international conflicts (48%, -4%). This is the lowest approval rate for this statement since it was first presented to Swiss voters in 1993. While our annual surveys confirm an undiminished approval of the general principle of neutrality (hovering around 80%), it must nevertheless be noted that the traditional, comprehensive way of thinking about neutrality is increasingly being replaced by a pragmatic and differential understanding of neutrality.

The percentages of the different types of understanding neutrality have only slightly changed in comparison to the last survey. Accordingly, 28% ($\pm 0\%$)⁶ of the persons

⁶ The percentages given for this typology are based on those people who could be allocated to a certain type of neutrality attitude. This is not the case for 19% of the original sample.

questioned can be called “neutrality traditionalists”. As shortly back as 1993, the share of people with a traditional understanding of neutrality was at 48%. 29% (+3%) can be described as the faction of “neutrality pragmatists”. The number of people who are critical of neutrality or even oppose it is comparable to that of last year (18%, -1%). 25% (-4%) of the surveyed persons have a conception of neutrality that is self-contradictory.

International Security Policy Cooperation: From 1997 to the year 2000 the statement that Switzerland’s national security is increasingly being determined by other states had always been agreed on by six out of ten persons asked. This year, only 53% (-4%) support this claim. This is another clear indicator of the grown national confidence.

The question “Can you imagine Swiss soldiers being deployed on missions out of Swiss territory?” has been asked in this survey series since 1993. From 1993 to 1999 a relative majority of the questioned persons preferred a merely *supportive* mission of Swiss soldiers abroad (e.g. medical support). By the year 2000, the most acceptable form of international military involvement were peacekeeping missions – including an armament for self-defensive purposes. This trend is confirmed impressively in 2001: When asked what kind of mission abroad they prefer, 49% (+7%) name peacekeeping missions while the purely supportive involvement is favored by 31% (-7%).

Combat missions outside of Swiss territory are still only conceivable for 7% ($\pm 0\%$). Similarly, the share of people for whom a foreign mission of Swiss military is generally inconceivable has rested at the same level (12%, +1%).

In summing up, we can observe that roughly nine out of ten Swiss can live with one of three possible forms of military missions out of territory. This mirrors the results of the last three surveys. For the first time, however, peacekeeping tasks including an armament for self-defense are the preferred type of engagement.

Swisscoy in Kosovo: After a slight decrease in the year 2000, the approval rate for the Swiss military unit in Kosovo has bounced back to the high level of 1999. 80% (+5%) welcome the decision of the government to deploy 160 unarmed volunteer soldiers to Kosovo. It is opposed by only 19% (-5%). As was the case in the two preceding years, three quarters of the surveyed persons are in favor of arming the soldiers for self-defensive purposes (73%, -2%). Only 22% (+1%) believe that the Kosovo unit should remain unarmed.

30% (-1%) adhere to the view that an out-of-territory assignment of the Swiss military can contribute to diminish the number of refugees from that specific area. This figure is comparable to that of last year but is clearly above that of 1999 when in

January merely 11% and in August 22% wanted to accept the existence of a causal relationship between peacekeeping missions and the number of refugees.

New Military Law – “The Arming of Swiss Soldiers in International Missions” – The Popular Ballot of 10 June 2001: In February, 52% (-5%) agreed that Swiss soldiers should be armed when on peacekeeping missions. 31% (+8%) agreed, in principle, but had certain reservations. 15% (-2%) opposed an armament of Swiss soldiers in peacekeeping missions while 2% declined to answer. During the campaign for the popular ballot the high general support for an armament decreased to a slight relative majority as could be observed in two additional surveys. Shortly before the ballot, 47% of the questioned men but only 29% of the questioned women were in favor of the armament. While in February merely 53% (+7%) knew about the revision of the military law, when surveyed a few days before the ballot nine out of ten Swiss said they had knowledge of the ballot. The revised law was eventually passed by a slight majority of 50.7%.

The following aspects played a role in the forming of opinions prior to the vote: In February, a large majority (72%, -2%) made a distinction between an armament for self-defensive purposes and one that served a combatant function. The knowledge that only volunteers could be subject to peacekeeping missions raised the support for the armament. In February, 78% approved of the statement that “Soldiers abroad are volunteers. An armament is justified because the risks are well-known to them”. Accordingly, a majority of 57% (-3%) supported the declaration that it would be irresponsible to deploy unarmed soldiers on peacekeeping missions. The rather harshly phrased view that “our soldiers should be able to accomplish their mission even if they have to use their weapons” is met with approval by 45% (-2%). However, in February many Swiss citizens did not have a clear idea of the term “mission” in the military sense, as became clear in pretests to this survey carried out in 2000.

In February, 64% (-3%) supported the statement that “armed peacekeeping missions are in accordance with neutrality”. On the other hand, 45% (-4%) also endorsed the opposite, namely, that neutrality is violated when armed soldiers take on missions abroad. This obvious contradiction hints at an uncertainty in the interpretation of the relationship between the maxim of neutrality and armed missions abroad. As our additional surveys show, this uncertainty has most likely grown stronger in the course of the ballot campaigns. In February, two thirds (69%, +1%) stated that an armament for self-defensive purposes did not disagree with neutrality. Yet, it seems that the issue of neutrality was the main impediment against an unconditional approval of the revisions of the military law on 10 June 2001.

The strong support of an armament of Swiss soldiers abroad, observed some time before the actual ballot, was diminished considerably during the ballot campaign.

Additional surveys imply that the opponents of the revised military law were successful during an emotionally charged campaign in raising doubts, especially among the female population. However, an actual swing of opinion concerning different attitudes towards the revision of the military law does not seem to have taken place. The argument of neutrality was taken into noticeably, but not decisively, greater account.

Military Expenditure: Between 1986 and January 1999 the statement that Switzerland was spending too much on its defense was supported by a majority. While in August of 1999 and in the year 2000 military spending was considered too high by only 50%, the number of people who criticize the amount of money spent on defense is at 53% again.

National Defense: The approval of the military as an indispensable institution has remained at the same high level (71%, $\pm 0\%$). However, the attitude towards the military is strongly dependent on the age of the persons questioned. E.g., 54% (-2%) of the 18 to 29 year-olds consider the military absolutely or rather necessary. The same attitude is much more common in the age group of the 30 to 59 year-olds (68%), and is even more frequent among those who are past the age of sixty. It should not be neglected, however, that less than half of the 18 to 29 year-olds supported the military in 1999. That taken into account, the current support of 54% of the youngest age group questioned must be considered comparatively strong.

Militia Cadre: The prestige of military cadre positions has further diminished. The number of people questioned who would advise an acquaintance to accept an appointment as corporal, is at merely 52% (1985: 64%; 1998: 60%). The same holds true for an appointment as officer (1976: 70%, 1998: 63%, 2001: 56%). In addition, the amount of people who are convinced that military leadership experience leads to advantages in civil life is shrinking (1983: 85%; 2001: 60%). Nearly three out of four believe that a possible future lack of militia cadre personnel should be compensated by professional cadre personnel (1998: 75%; 2001: 73%). These figures reflect the growing difficulties the military faces in finding sufficient young militia cadre personnel of good quality.

Militia and Conscription: Since August 1999, the supporters of a professional army are as numerous as those who still see the militia army as the most apt military format of the future (both groups make up 45% of the people polled; -1%). The preference of one or the other army format bears a relation to the age of the questioned persons. While the 18 to 29 year-olds clearly prefer a professional army (60% in favor of a professional army versus 33% favoring a militia army), those aged 60 and older are in strong support of the militia principle (57% in favor of the militia versus 32% in favor of a professional army). Among the 30-59 year-olds both options

have an equal share of supporters (45% in favor of the militia format and 45% in favor of the professional army format).

1 CHRONOLOGIE POTENZIELL MEINUNGSBILDENDER EREIGNISSE 2000/2001

Wie sich in früheren Jahren gezeigt hat, kann das Interesse der SchweizerInnen an sicherheitspolitischen Themen – das Sicherheits- und Bedrohungsempfinden, die internationale Kooperationsbereitschaft wie die Neutralitätsauffassung – kurzfristigen Schwankungen unterliegen, die von tagesaktuellen Ereignissen im In- und Ausland geprägt sind. Der Analyse wichtiger Meinungstrends auf Befragungsbasis wird deshalb eine Chronologie meinungsbildender Ereignisse vorangestellt. Die Auswahl der Ereignisse ist naturgemäss selektiv und auf die Wahrnehmung in der öffentlichen Debatte ausgerichtet. Die Angaben beruhen auf der Chronologie zur schweizerischen Sicherheitspolitik, welche die Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse als Teil der Homepage zur Schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik auf dem Internet unterhält.⁷

1.1 Aussenpolitik 2000: Präsenz und Kooperation als konzeptionelle Leitgedanken

Nur gerade 17 Monate nach der Publikation des Sicherheitspolitischen Berichts 2000 „Sicherheit durch Kooperation“ (10.06.99) präsentierte der Bundesrat den Aussenpolitischen Bericht 2000 „Präsenz und Kooperation: Interessenwahrnehmung in einer zusammenwachsenden Welt“ (15.11.00). Der Bericht bestätigt die Bedeutung einer intensivierten Kooperation und einer verstärkten Öffnung für die Schweiz. Adäquate Antworten auf die Herausforderungen durch zunehmend globalisierte Problemlagen können nur noch in Zusammenarbeit mit anderen Staaten gefunden werden. Aufgrund der gemeinsamen Werte, Traditionen und Interessen sind die wichtigsten Partnerländer der Schweiz die europäischen Nachbarstaaten. Als wichtige strategische Ziele postuliert das Grundlagendokument den Beitritt zur Uno in der laufenden Legislaturperiode (1999–2003) und den Entscheid über die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit der EU in der nächsten Legislaturperiode (2003–2007).

⁷ <http://www.ssn.ethz.ch/>

Bereits vor der Publikation des aussenpolitischen Berichts hatte sich der Bundesrat bemüht, die öffentliche Diskussion über einen Uno-Beitritt zu lancieren. Ein vom Eidgenössischen Departement für Auswärtige Angelegenheiten (EDA) durchgeführtes Vernehmlassungsverfahren (28.06–05.10.00) zeigte, dass der Uno-Beitritt heute in den Parteien, in den Verbänden und in der schweizerischen Öffentlichkeit über einen starken Rückhalt verfügt. Anlässlich der Besuche von zwei Bundesräten bei der Uno bekräftigte der Bundesrat seinen Willen, die Uno-Beitrittsinitiative Volk und Ständen im Jahre 2002 vorzulegen. Bundespräsident Adolf Ogi besuchte den Millenniumsgipfel und sprach als erster Schweizer Bundespräsident vor der Generalversammlung der Vereinten Nationen (06.09.00). Wenige Tage danach besuchte Aussenminister Joseph Deiss den New Yorker Hauptsitz der Weltorganisation und berichtete der Schweizer Presse von seinem positiven Eindruck (15.09.00). Den dreitägigen Besuch Kofi Annans in der Schweiz Ende März 2001 nutzte Bundesrat Deiss, um die Unterstützung der Wirtschaft im Hinblick auf die bevorstehende Abstimmung zu gewinnen. Anfang April (05.04.01) zogen dann die Aussenpolitischen Kommissionen beider Räte eine positive Bilanz zur Frage des Uno-Beitritts.

Gleichzeitig bekräftigte der Bundesrat seinen Willen, die Aktivitäten der Schweiz im Bereich der zivilen und militärischen Friedensförderung zu stärken. Die Landesregierung beschloss, den Swisscoy-Einsatz im Kosovo auch im Jahre 2001 fortzuführen (25.10.00). Mit Blick auf die zivile Konfliktbearbeitung gab der Bundesrat die Schaffung eines Schweizerischen Expertenpools für zivile Friedensförderung in der Grössenordnung von 500–600 Personen bekannt (04.12.00). Angestrebt wird dabei der gleichzeitige Einsatz von 100 Fachleuten aus den Bereichen Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte, Presse und Medien, Wahlen sowie Zivilpolizei in verschiedenen Missionen unter einem Uno- oder OSZE-Mandat.

1.2 Vom Konzept zur Umsetzung:

Aussenpolitische Kontroversen rund um die Initiative „Ja zu Europa“

Wurden die Uno-Beitrittsbemühungen seitens der Landesregierung aktiv vorangetrieben, so kamen die EU-Beitrittsbemühungen aufgrund der Abstimmungsniederlage der Initiative „Ja zu Europa“ ins Stocken. Dabei gestaltete sich die Ausgangslage rund um die Volksinitiative, die vom Bundesrat EU-Beitrittsverhandlungen „ohne Verzug“ verlangte, im Herbst 2000 äusserst komplex. Unklar war insbesondere, ob das Parlament mittels Gegenvorschlag das Beitrittsziel rechtlich fixieren würde. Kurz vor den Parlamentsdebatten beschlossen die 14 EU-Staaten das Ende der Sanktionen gegen Österreich (13.09.00). Dies bestätigte den

Bundesrat in seiner Haltung gegenüber Österreich und beseitigte ein äusserst kontroverses Element in der schweizerischen Haltung zur EU. Nur wenige Tage darauf stimmte der Nationalrat mit 97 zu 83 Stimmen knapp für den Gegenvorschlag zur Initiative „Ja zu Europa“ (20.09.00). Der Gegenvorschlag entfiel dann aber aufgrund der Ablehnung durch den Ständerat mit 26 zu 15 Stimmen definitiv (28.09.00). Bereits einige Tage vorher hatte das Initiativ-Komitee bekräftigt, dass es die Initiative „Ja zu Europa“ nicht zurückziehen werde (21.10.00).

Parallel zum einsetzenden Abstimmungskampf ernannte der Bundesrat Staatssekretär Franz von Däniken zum Koordinator der bilateralen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über die sogenannten „Left-overs“ (Verarbeitete Landwirtschaftsprodukte, Jugend und Bildung, Umwelt, Dienstleistungen, Pensionen, Statistik und Medien) (20.12.00). Nach ersten Sondierungsgesprächen Anfang des neuen Jahres forderte der Bundesrat Brüssel in einem Schreiben zur Vorbereitung einer neuen Runde bilateraler Verhandlungen auf (21.02.01). Die Schweiz erklärte sich darin bereit, die von der EU eingebrachten Themen (Zollbetrug und Zinsbesteuerung) in die Verhandlungen einzuschliessen, vorausgesetzt, die EU werde ihrerseits die von der Schweiz eingebrachten Themen aufnehmen (verstärkte polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit).

Volk und Stände, inklusive die Westschweizer Kantone, lehnten kurze Zeit später die Initiative „Ja zu Europa“ mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 76,7% deutlich ab (04.03.01). Mit Ausnahme der politisch Linken stimmten alle Bevölkerungs- und Gesellschaftsschichten, auch die Jungen, gegen sofortige Beitrittsverhandlungen. Umstritten blieb allerdings, ob und inwieweit das Nein zur Initiative auch ein Nein zur EU bedeutete. Sowohl der Bundesrat als auch die Schweizerische Volkspartei (SVP) erklärten sich deshalb zu den Gewinnern der Abstimmung. Während die SVP das Abstimmungsergebnis als deutliche Absage an einen EU-Beitritt interpretierte, sah sich der Bundesrat in seiner langfristigen europapolitischen Planung bestätigt. Die Landesregierung treibt nun in erster Priorität die Umsetzung und Weiterverhandlung der bilateralen Verträge voran. Langfristig will sie aber am Beitrittsersuchen festhalten.

In der Frage der Beziehungen zur EU wird daher vorderhand weiterhin auf den Bilateralismus gesetzt. Volk und Stände scheinen vor weitergehenden Entscheiden abwarten zu wollen, wie sich die bilateralen Verträge auswirken. In der Europafrage stehen der Schweiz auf jeden Fall auch in Zukunft schwierige und kontroverse Debatten bevor. Dabei ist oft unklar, ob und wie sehr sich ein spezifisches aussenpolitisches Ereignis negativ oder positiv auf die Haltung der Schweizer Bevölkerung gegenüber der EU auswirkt. Als Beispiel kann die durchwegs negative Wahrnehmung der Verhandlungen zwischen Bundesrat Leuenberger und dem deutschen Verkehrsminister über die Frage der Fluglärmbelastung süddeutscher Gemeinden in der Schweizer Presse dienen (23.04.01).

1.3 Vom Konzept zur Umsetzung: Verteidigungs- und armeetpolitische Kontroversen rund um die Halbierungsinitiative und die Militärgesetzreferenden

Weiterhin kontrovers präsentierten sich die Diskussionen über die ersten konkreten Schritte bei der Umsetzung der sicherheitspolitischen Kooperationsstrategie. Dabei verliefen die Debatten im Zusammenhang mit dem Reformprojekt der Armee XXI in zwei Phasen: Im Herbst 2000 konzentrierte sich die öffentliche Aufmerksamkeit auf die Kostenfrage der zukünftigen Armee; im ersten Halbjahr 2001 rückten die Diskussionen um Auslandseinsätze von Schweizer Soldaten und das Militärgesetz in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Sowohl Umverteilungsinitiative als auch die Militärgesetzreferenden stellten beträchtliche Hürden für eine erfolgreiche Umsetzung der Armee XXI und damit der „Sicherheit durch Kooperation“ dar.

Die parlamentarischen Diskussionen des Rüstungsprogramms 2000 nahmen ihren Auftakt vor dem Hintergrund der von der Sozialdemokratischen Partei der Schweiz (SPS) und den Grünen unterstützten Umverteilungsinitiative, die eine Reduktion der Armeeausgaben innert zehn Jahren auf die Hälfte des Niveaus von 1987 und damit auf rund 3.1 Milliarden Schweizer Franken forderte. Bereits Mitte des Jahres hatte der Ständerat dem Rüstungsprogramm 2000 inklusive der umstrittenen Beschaffung von 186 Schützenpanzern zugestimmt (21.06.00). Gegen den Widerstand der SPS und der Grünen hiess drei Monate später auch der Nationalrat mit 116 zu 55 Stimmen das Rüstungsprogramm 2000 im Umfang von 1.551 Milliarden Schweizer Franken gut (26.09.00).

Die Kampagne gegen die Umverteilungsinitiative wurde von Bundesrat Ogi, von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP), der SVP und von vielen Wirtschaftsvertretern geführt. Mit einem Nein-Stimmen-Anteil von 62,4% lehnten die Schweizer StimmbürgerInnen die Umverteilungsinitiative klar ab (26.11.00). Abgesehen von den Kantonen Waadt, Neuenburg, Genf und Jura lehnten auch alle Stände das Begehren ab. Offensichtlich honorierte das Stimmvolk die bereits erfolgten Einsparungen im militärischen Bereich und war gewillt, der Regierung den für die Umsetzung der eingeleiteten Armee reform notwendigen finanziellen Spielraum zu gewähren.

Die erste Hürde auf dem Weg zur Armee XXI wurde damit noch unter der Leitung von Verteidigungsminister Ogi genommen. Kurze Zeit später kam es dann allerdings zu gewichtigen personellen und organisatorischen Veränderungen im VBS. Samuel Schmid, Mitglied der SVP Bern, setzte sich in sechs Wahlgängen gegen die zwei offiziellen Kandidaten der SVP (Rita Fuhrer und Roland Eberle) durch und gewann die Wahl zum neuen Bundesrat (06.12.00). Die Übergabe des VBS an Bundesrat Schmid erfolgte Ende des Jahres (29.12.00). Bereits kurze Zeit vorher

hatte der Bundesrat die Bildung einer Direktion für Sicherheitspolitik im VBS beschlossen (11.12.00). Sie umfasst den Bereich Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus dem Generalsekretariat, den Strategischen Nachrichtendienst, die Federführung in der Koordination der Aktivitäten innerhalb der Partnership for Peace (PfP), die Führung der Genfer Zentren für Sicherheitspolitik, humanitäre Minenräumung und demokratische Kontrolle von Streitkräften und die administrative Führung des Nachrichtenkoordinators.

Die Überwindung der zweiten Hürde auf dem Weg zur Armee XXI – die Zustimmung von Volk und Ständen zur vom Bundesrat vorgeschlagenen Teilrevision des Militärgesetzes – gestaltete sich ungleich schwieriger und kontroverser als dies bei der Umverteilungsinitiative der Fall gewesen war. Diese Entwicklung ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass die Gegnerschaft aus dem rechts-konservativen Lager und aus pazifistisch-linken Kreisen die Vorlage zu einer politischen Schicksalsfrage über ein Ja oder ein Nein zur politischen Öffnung der Schweiz und zur künftigen Form und den Aufgaben der Armee hochstilisierte.

Die vom Bundesrat im Oktober 1999 vorgeschlagene Teilrevision des Militärgesetzes umfasste zwei Teile: der erste Teil betraf eine Vereinfachung der militärischen Ausbildungszusammenarbeit, der zweite die Frage der Bewaffnung ganzer Truppenkontingente bei friedensfördernden Einsätzen im Ausland. Insbesondere der zweite Teil des Gesetzesentwurfs gab bereits während der ersten Jahreshälfte 2000 Anlass zu heftigen Diskussionen im Parlament und in der Öffentlichkeit. Die im Oktober 2000 den Räten präsentierte überarbeitete Vorlage hielt fest, dass Einsätze zur Friedensförderung auf der Grundlage eines Uno- oder OSZE-Mandates angeordnet werden können, die den Grundsätzen der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik entsprechen. Der Bundesrat würde im Einzelfall entscheiden, welche Bewaffnung für den Schutz der eingesetzten Personen und Truppen und die Erfüllung des Auftrages erforderlich wäre. Die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung wäre ausgeschlossen. Im Interesse einer möglichst breiten innenpolitischen Abstützung der Vorlage hatte sich der Bundesrat im Verlaufe der parlamentarischen Debatten mit gewichtigen Einschränkungen des Gesetzestextes einverstanden erklärt: Der Antrag des Bundesrates aus dem Jahre 1999 hatte ursprünglich Einsätze zur Friedensförderung auch mit blosser Zustimmung der betroffenen Staaten (d.h. ohne vorgängiges Uno-oder OSZE-Mandat) vorgesehen und die Teilnahme an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung nicht explizit ausgeschlossen. Die Anpassungen am ursprünglich vorgeschlagenen Gesetzestext verschafften dem Parlament eine erweiterte Kontrollbefugnis

In der Herbstsession hiessen der Ständerat mit 38 gegen 2 und der Nationalrat mit 109 gegen 59 Stimmen die Vorlage über die Teilnahme von bewaffneten Schweizer Soldaten an multinationalen Friedensoperationen gut. Die Vorlage zur Ausbildungskooperation mit ausländischen Truppen wurde vom Ständerat einstimmig und

vom Nationalrat mit 126 gegen 46 Stimmen angenommen (06.10.00). Bereits zu diesem Zeitpunkt war klar, dass die Gruppe Schweiz ohne Armee (GsoA) und die Grünen gegen die Bewaffnungsvorlage und die Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (Auns) gegen beide Vorlagen antreten würden. Anfang des neuen Jahres reichten ein links-grünes Komitee unter der Leitung der GSoA und ein rechts-bürgerliches Komitee unter der Leitung der Auns ihre Referenden ein unter dem Motto „Solidarität statt Soldaten“ respektive „Kriegsabenteuer nein – humanitäre Präsenz ja“ (23.01.01).

Damit war der Abstimmungskampf auf beiden Seiten lanciert. Die Grünen machten an ihrer Delegiertenversammlung in Delsberg deutlich, dass sie eine Politik der Friedensförderung ohne Einsatz militärischer Mittel verfolgten (05.05.01). Die GSoA befürchtete, dass durch die vermehrte Auslandpräsenz eine Legitimationsbasis für die Armee geschaffen und diese zudem vermehrt in von der Nato geführte Kriegseinsätze hineingezogen werde. Die Delegierten der SVP lehnten die Auslandeinsätze mit 376 zu 79 Stimmen und die Ausbildungszusammenarbeit mit 380 zu 83 Stimmen klar ab (28.04.01). Sie folgten dabei der Argumentation Christoph Blochers, die Revisionsvorlage bedeute die Abkehr von einer 200-jährigen Friedenstradition und die Aufgabe der Neutralität. Der Berner Flügel der SVP befürwortete dagegen beide Vorlagen. Ebenso umstritten war die Vorlage auf der linken Seite des politischen Spektrums. Die SPS sprach sich an der Delegiertenversammlung mit 137 zu 74 Stimmen bei sieben Enthaltungen für bewaffnete Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten aus (31.03.01).

Insbesondere von der Auns und der SVP wurde der Abstimmungskampf bewusst emotional geführt. In der zweiten Jahreshälfte 2000 vermehrten sich die Meldungen, dass der Einsatz angereicherter Uran-Munition durch die Nato zu einer deutlichen Zunahme an Krebserkrankungen von im Balkan eingesetzten Militärpersonen geführt habe. Anfang des neuen Jahres beschloss der Generalstab, alle Schweizer Militärangehörigen, die auf dem Balkan zum Einsatz gekommen waren, medizinisch untersuchen zu lassen (07.01.01). Zwar stellte eine Expertengruppe der Uno fest, dass die Strahlenbelastungen zu gering sei, um von einer ernststen Gefährdung der Gesundheit sprechen zu können (14.03.01). Gleichwohl nutzten die rechten Kreise die Affäre, um die Unverantwortbarkeit von Auslandeinsätzen zu belegen. Das Schlagwort „Mischt euch nicht in fremde Händel“ und die historisch problematische Warnung vor einem „Nato-Anschluss“ machten die Runde.

Der Schweizer Souverän stimmte der Bewaffnung von Friedenstruppen im Ausland mit 50.7% und der Ausbildungszusammenarbeit mit ausländischen Streitkräften mit 51.2% Ja-Stimmen zu (10.06.01). Dabei setzte sich das Ja der bevölkerungsstarken Kantone gegen das Nein aus dem konservativ-ländlichen Raum und aus der Westschweiz durch. Nach dem knappen Wahlausgang werden sich die Diskussionen einerseits wieder auf die Frage der politischen Öffnung konzentrieren. Die Befür-

worter eines Uno-Beitritts scheinen durch das positive Abstimmungsergebnis insgesamt gestärkt. Andererseits rückt mit Blick auf die Verteidigungspolitik nun wiederum das Reformprojekt Armee XXI ins Zentrum. Hier wird sich zeigen müssen, inwieweit das vorliegende Leitbild aufgrund der Abstimmungsergebnisse Abänderungen erfahren wird.

Bereits Ende des vergangenen Jahres hatte der Bundesrat die seitens des VBS vorgelegten Eckwerte für das Armeeleitbild gutgeheissen (20.12.00). Anfang des neuen Jahres entschied sich die Landesregierung, den Entwurf zum Armeeleitbild XXI zu veröffentlichen, um eine möglichst breite öffentliche Debatte zu ermöglichen (22.02.01). Anlässlich der Präsentation des Vorentwurfs bekräftigte Bundesrat Schmid, dass trotz der Ausweitung der internationalen Kooperationsmöglichkeiten am Neutralitätsprinzip und am Milizsystem festgehalten werde. Die in Aussicht genommene Abschaffung des Trains und der Radfahrer wurde im Rahmen des Abstimmungskampfes zum teilrevidierten Militärgesetz teilweise mit nostalgischem Bedauern kommentiert. Neu am Vorentwurf war insbesondere, dass der Generalstabschef als Armeechef dem Chef des Heeres und dem Chef der Luftwaffe übergeordnet wurde (27.02.01).

Nur etwas mehr als zwei Monate später präsentierte Bundesrat Schmid das überarbeitete und leicht modifizierte Leitbild zur Armee XXI. Der Bundesrat hielt daran fest, dass der Train und die Radfahrer ausgemustert werden sollten. Er will in Zukunft auf die Stufen Armeekorps, Division und Regiment verzichten und das Heer in acht Kampfbrigaden und vier Territorialzellen gliedern. Dabei sollen die Bataillone allerdings nicht mehr den Lehrverbänden sondern den Kampfbrigaden unterstellt werden. Mit Blick auf die Dauer der Rekrutenschule hielt der Bundesrat am 24-Wochen-Modell fest. Die zwischenzeitlich diskutierte Reduktion der Armeekosten um 300 Millionen Schweizer Franken lehnte er jedoch ab. Die Landesregierung hält einen jährlichen Kostenrahmen von 4.3 Milliarden Schweizer Franken für gerechtfertigt. Bundesrat Schmid machte in diesem Zusammenhang deutlich, dass mit Blick auf die Erreichung eines glaubwürdigen und modernen Ausrüstungsstandes mit einem Weiterentwicklungsbedarf von 29 Milliarden Schweizer Franken in den nächsten 15 Jahren gerechnet werden muss (02.05.01).

1.4 Vom Konzept zur Umsetzung:

Stille Reformen im Bereich Bevölkerungsschutz und innere Sicherheit

Der Bevölkerungsschutz konzentriert sich auf die Bewältigung ziviler Katastrophen und ist ausser bei kriegerischen Handlungen und nuklearen Katastrophen Sache der

Kantone (26.02.01). Er wird durch das neue Leitbild zu einer Verbundaufgabe von Polizei, Feuerwehr, Gesundheitswesen, technischen Betrieben und Zivilschutz. Im Gegensatz zu den die Medien beherrschenden aussen- und verteidigungspolitischen Kontroversen vollzogen sich die Reformen im Bevölkerungsschutz im Stillen.

Auch im Bereich der inneren Sicherheit stehen zahlreiche Erneuerungen an. Sie hinken zeitlich etwas hinter den Reformen im Bereich der Armee her. Seit November 1999 laufen die Arbeiten der Projektorganisation zur Überprüfung des Systems der inneren Sicherheit der Schweiz (USIS). Der erste USIS-Bericht deckte wesentliche Schwächen der Schweiz in diesem Bereich auf (05.04.01). Die kantonalen und städtischen Polizeiorgane stossen bei sicherheitspolizeilichen Aufgaben, bei der internationalen Zusammenarbeit in der Verbrechensbekämpfung und bei der Bewältigung der illegalen Migration an ihre Grenzen. Darüber hinaus wirkt sich der Abschluss vom Schengener Informationssystem und vom Erstasylabkommen von Dublin nachteilig auf die Schweiz aus. Diese Nachteile können durch die bilateralen Verträge nicht wettgemacht werden.

Die bereits in Angriff genommenen Reformen im Bereich der inneren Sicherheit weisen folgende Stossrichtungen auf: *Erstens* wird eine Gewichtsverlagerung von der kantonalen auf die nationale Ebene in den Bereichen organisierte Kriminalität, Wirtschaftskriminalität, Geldwäscherei und Korruption angestrebt. Mit dem Projekt Polizei XXI wird *zweitens* eine Reorganisation der Polizei auf kantonaler Ebene, auf der Ebene der Zusammenarbeit zwischen den Kantonen und dem Bund sowie für die Zusammenarbeit mit dem Ausland angestrebt. *Drittens* wurden auf Bundesebene die Strafverfolgungsorgane neu strukturiert und der Polizeiapparat stark erweitert. Die Umstrukturierungen, die Neugründungen und die Personalaufstockung sind noch nicht abgeschlossen und werden in den kommenden Jahren fortgeführt werden. Auch hier zeichnen sich aber vorderhand noch keine grossen Kontroversen ab, die vergleichbar wären mit jenen im Bereich der Aussen- und Verteidigungspolitik.

2 UNTERSUCHUNGSDESIGN

Seit etwas mehr als einem Jahrzehnt führen die Dozentur für Militärsoziologie an der *Militärischen Führungsschule (MFS) an der ETH* und die *Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse der ETH Zürich* zusammen in regelmässigen Abständen bevölkerungsrepräsentative Befragungen zur Wahrnehmung von Fragen der nationalen Sicherheit im weitesten Sinne durch.

Ziel dieser Erhebungen ist die Ermittlung von Trends und Tendenzen in Bezug auf:

- das allgemeine Sicherheits- und Bedrohungsempfinden,
- das Vertrauen in Institutionen und Behörden,
- den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Kooperationsbereitschaft,
- die Neutralität allgemein und die verschiedenen Auffassungen von Neutralität,
- die Einschätzung der Verteidigungsausgaben,
- die Einstellung zur militärischen Landesverteidigung,
- das sicherheitspolitische Interesse und den sicherheitspolitischen Informationsstand.

Neben einem Kern von stets oder in unregelmässigen Abständen gestellten Fragen werden jährlich auch solche zu aktuellen sicherheitspolitischen Themen gestellt. Dieses Jahr betreffen diese:

- das selbstdeklarierte Abstimmungsverhalten im Fall einer Wiederauflage der „Blauhelm-Vorlage“ vom Juni 1994,
- die Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Rahmen von Missionen im Ausland,
- das Prestige einer milizmilitärischen Karriere.

3 DATENBASIS

Soweit nichts anderes angegeben wird, handelt es sich um eigene Erhebungen. Auf von Dritten erhobene Daten wird verwiesen.

Die Daten 2001 beruhen auf einer telefonischen Repräsentativbefragung (CATI: Computer Assisted Telephone Interview) von 1235 SchweizerInnen der deutschen, französischen und italienischen Schweiz. Die Interviews wurden von Ende Januar bis Ende Februar durch das Institut ISOPUBLIC durchgeführt. Die Stichprobenauswahl erfolgte nach der „Random-Quota“-Methode

Die Häufigkeitsverteilungen der Antworten auf die gestellten Fragen sind im Anhang III aufgeführt.

Der mögliche Stichprobenfehler bei einem Sicherheitsgrad von 95% beträgt im ungünstigsten Fall $\pm 3\%$.

Wo nicht anders erwähnt, sind sämtliche angegebenen Zusammenhangsgrößen mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5% signifikant ($p < 0.05$).

Zusätzliche Informationen zur Methodik und zu den verwendeten Einstellungstypologien finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

Die \pm -Prozentwerte geben Veränderungen im Vergleich zur letzten Erhebung an.

Auf zwei Sondererhebungen zu den Militärvorlagen zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten bei Auslandseinsätzen und zur militärischen Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland vom 10. Juni 2001 wird bei der Analyse der Meinungsbildung zu den Militärvorlagen eingegangen. Die Befragungen wurden anfangs Mai (01.05.01–11.05.01) bei 1002 und anfangs Juni (29.05.01–04.06.01) bei 803 StimmbürgerInnen aller Landesteile durchgeführt.

4 SICHERHEITS- UND BEDROHUNGSEMPFINDEN

4.1 Allgemeines Sicherheitsempfinden

Betrachtet man die Entwicklung des Sicherheitsempfindens der SchweizerInnen über die inzwischen vorliegenden neun Messzeitpunkte hinweg, so ist trotz aller Schwankungen insgesamt eine deutliche Zunahme der Zahl jener festzustellen, die sich „sehr“ oder „eher sicher“ fühlen (+18% seit 1991, siehe Abbildung 4.1). Im Jahr 2001 gehören beinahe neun von zehn befragten Personen zur Gruppe der sich „sehr“ oder „eher sicher“ fühlenden (87%, +4%). Eine im Dezember 2000 in der Bundesrepublik Deutschland durchgeführte StimmbürgerInnenbefragung bei 2413 Personen stellte die im Wortlaut identische Frage ebenfalls: 68% bezeichneten sich dort als „sehr“ oder „eher sicher“ und 29% als „sehr“ bzw. „eher unsicher“ (Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, 2000).

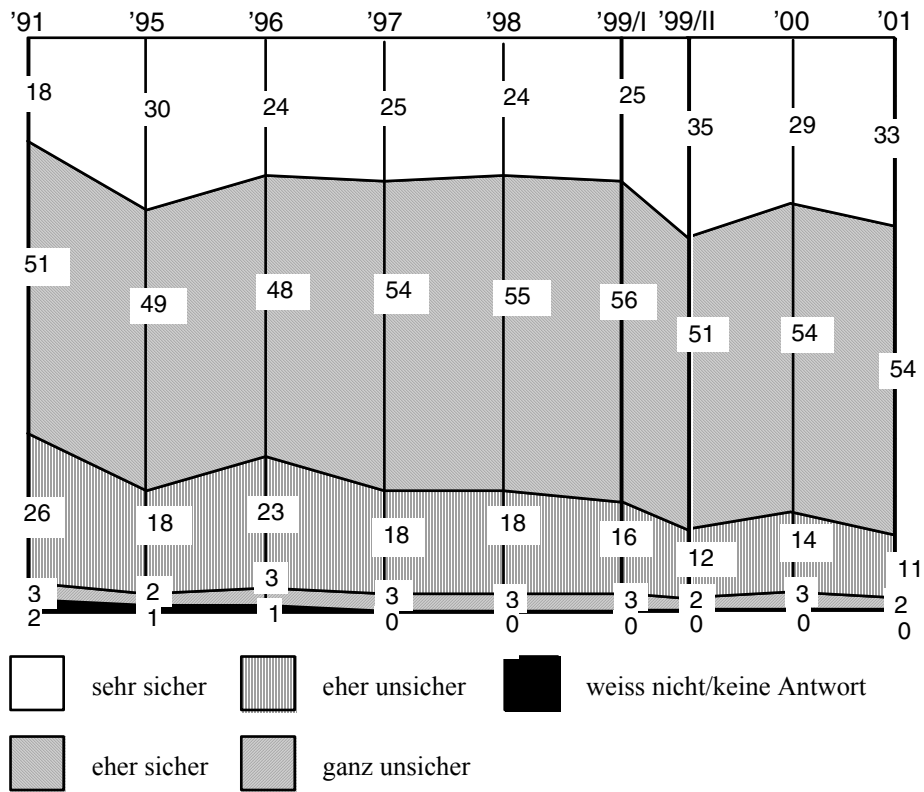
Das Sicherheitsgefühl steht in der Regel in Zusammenhang mit der Einschätzung sowohl der weltpolitischen Lage als auch der Zukunft der Schweiz. In diesem Jahr liegen die diesbezüglichen Zusammenhangswerte bei $CC= 0.12$ bzw. $\gamma= 0.42$. Es liegt daher nahe zu vermuten, dass das in den letzten Jahren gestiegene Sicherheitsgefühl der SchweizerInnen seine Ursache in der guten binnenwirtschaftlichen Lage einerseits und einer auch global geringen Bedrohungswahrnehmung andererseits hat.

Ein Phänomen, auf welches im Rahmen der Studien „Sicherheit“ mit grosser Regelmässigkeit hingewiesen wird, ist das unterschiedlich stark ausgeprägte Sicherheitsgefühl von Frauen und Männern. Mehr Männer als Frauen geben an, sich „sehr“ oder „eher sicher“ zu fühlen. Der Zusammenhang zwischen dem Geschlecht der Befragten und der Stärke des Sicherheitsgefühls fällt in diesem Jahr allerdings vergleichsweise gering aus ($CC=0.06$; $p<0.05$). 89% der Männer und 58% der Frauen bezeichnen sich als „sehr“ oder „eher sicher“.

Abbildung 4.1

Allgemeines Sicherheitsgefühl

„Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/371/01/P6/sr

Ein weit deutlicherer Zusammenhang ist dagegen zwischen dem Bildungsgrad der befragten Personen und ihrem Sicherheitsgefühl auszumachen ($\gamma = 0.40$): Je höher die Bildung, desto ausgeprägter das Gefühl der Sicherheit. 77% der SchweizerInnen mit tiefem Bildungsgrad (Primar-, Real-, Bezirksschulabschluss) fühlen sich „sehr“ oder „eher sicher“ gegenüber 86% jener mit mittlerem Bildungsgrad (Berufsschul-, Gewerbeschul-, Mittelschul-, Gymnasiumsabschluss) und 94% derjenigen, die über einen hohen Bildungsgrad verfügen (Hochschul-, Fachhochschul-, Lehrerseminarabschluss). Ebenfalls zum wiederholten Male zeigt sich, dass das Sicherheitsgefühl

je nach Alter der Befragten variiert ($\gamma=0.31$). Dabei ist zu beachten, dass es die Gruppe der über 60-Jährigen ist, die sich durch ein geringeres Sicherheitsgefühl sowohl von der mittleren als auch von der jüngsten Altersgruppe unterscheidet. Die 18-29- und die 30-59-Jährigen fühlen sich dagegen beide zu neun Zehnteln sicher (18-29 Jahre: 89%, 30-59 Jahre: 90%, 60+ Jahre: 78%). Ebenfalls unter dem Durchschnitt liegt das Sicherheitsgefühl der nicht erwerbstätigen Personen (78% fühlen sich „sehr“ oder „eher sicher“).

4.2 Einschätzung der Wichtigkeit verschiedener Aspekte von Sicherheit

Die Befragten wurden in unserer Erhebungsreihe in diesem Jahr erstmals gebeten – auf einer Skala von 1 („völlig unwichtig“) bis 10 („ausserordentlich wichtig“) – zehn sicherheitsrelevante Aspekte ihres Lebensalltags in ihrer subjektiven Wichtigkeit einzuschätzen (siehe Tabelle 4.1). Unter den verschiedenen Sicherheitsaspekten rangiert die „familiäre Geborgenheit“ ganz zuoberst (56% „ausserordentlich wichtig“) gefolgt von der „Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität“ (42%) sowie der „sozialen Sicherheit“ (40%) und der „Gewährleistung der demokratischen Grundrechte“ (40%). Es folgen die „soziale und ökologische Sicherheit“ sowie die „Arbeitsplatzsicherheit“. Demgegenüber findet sich die „militärische Sicherheit“ am Schluss von zehn Vorgaben (für 16% „ausserordentlich wichtig“). Ob man die „militärische Sicherheit“ mit dem eigenen Sicherheitsempfinden in Verbindung bringt, ist übrigens nicht zuletzt eine Altersfrage ($\gamma=0.31$). So sind mehr als drei Viertel (76%) der über 60-Jährigen der Ansicht, „eine schlagkräftige Armee erhöhe auch ihre eigene Sicherheit“. Sie teilen diese Auffassung allerdings mit nur 48% der 18-29-Jährigen und mit 46% der 30-59-Jährigen.

Wiederum kann zu Vergleichszwecken die bereits oben genannte Bevölkerungsbefragung aus der Bundesrepublik Deutschland herangezogen werden (SOWI, 2000). In dieser Befragung beurteilten deutlich über die Hälfte der Befragten die „Sicherheit des Arbeitsplatzes“, die „soziale Sicherheit“ und die „Sicherheit des Einkommens“ als „ausserordentlich wichtig“. Die „militärische Sicherheit“ wurde von immerhin 43% als „ausserordentlich wichtig“ eingestuft.⁸

⁸ Die Antwortskalen der Deutschen und der Schweizer Befragung sind allerdings nicht absolut deckungsgleich. So wurde in unserer Befragung eine Zehner- in der deutschen eine Siebnerskala verwendet.

Tabelle 4.1

Prozentanteil der Befragten, die den genannten Sicherheitsaspekt als „ausserordentlich wichtig“ beurteilen.

Sicherheitsaspekt	Relative Häufigkeit
1. Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit	56%
2. Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität	42%
3. Soziale Sicherheit (z.B. AHV, Arbeitslosenversicherung)	40%
4. Sicherheit der demokratischen Grundrechte	40%
5. Ökologische Sicherheit, Umweltschutz	37%
6. Sicherheit des Arbeitsplatzes	36%
7. Sicherheit des Einkommens	34%
8. Verkehrssicherheit	30%
9. Ruhe und Ordnung	25%
10. Militärische Sicherheit	16%

Eine einfache Korrespondenzanalyse⁹ verschafft mehr Klarheit darüber, welche dieser Sicherheitsaspekte einander – immer in der Einschätzung der befragten Personen – inhaltlich nahe stehen und welchen grundlegenden Bedeutungsdimensionen sie zugeordnet werden können. Wie sich zeigt, lässt sich mit zwei Dimensionen fast die gesamte Varianz in der Wichtigkeitsbeurteilung der verschiedenen Aspekte erklären (siehe Abbildung 4.2). Die horizontale Dimension wird stark durch die Pole „militärische Sicherheit“ und „Ruhe und Ordnung“ auf der einen versus „Ökologie/Umweltschutz“ und „Verkehrssicherheit“ auf der anderen Seite bestimmt.

Die vertikale Dimension ist vor allem durch den Gegensatz „gesellschaftlich versus individuell“ geprägt mit den Aspekten „Arbeitsplatzsicherheit“, „finanzielle Sicherheit“ und „familiäre Geborgenheit“ auf dem individuellen und den Bereichen „Sicherung der demokratischen Grundrechte“ sowie „soziale Sicherheit“ auf dem

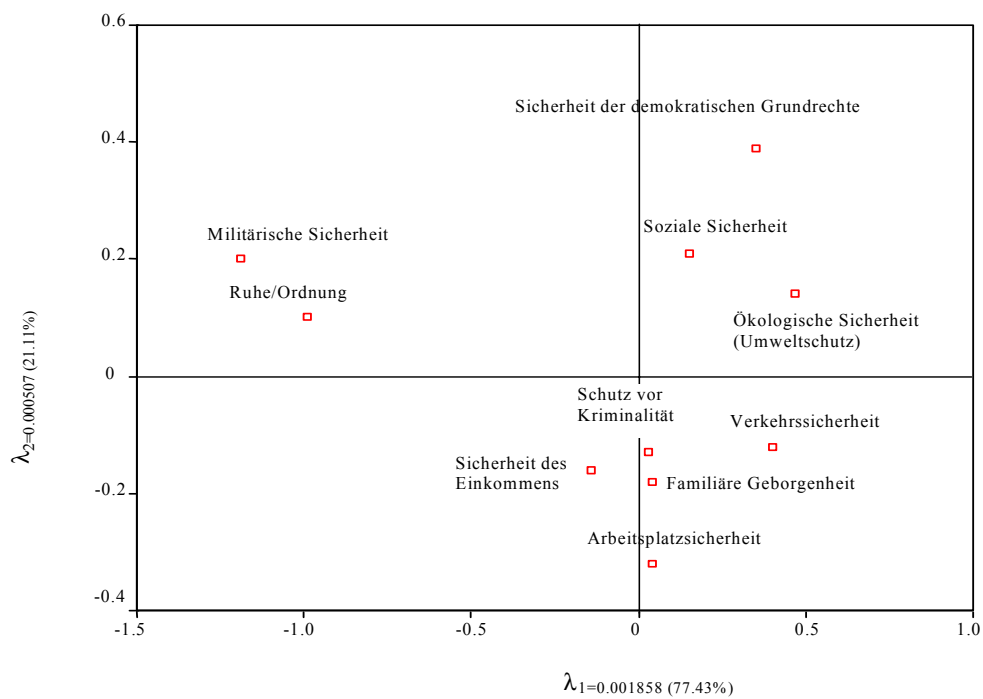
⁹ Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse im allgemeinen sowie die Kennwerte der hier durchgeführten Anwendung finden sich im Anhang I bzw. im Anhang II.

sozialen Pol. Zum besseren Verständnis der inhaltlichen Bedeutung der Distanzen zwischen zwei Punkten dient das folgende Beispiel:

Die relative Nähe zwischen den Aspekten „Ruhe und Ordnung“ und „Militärische Sicherheit“ bedeutet, dass Personen, die diesen beiden Aspekten ausserordentliche Wichtigkeit beimessen, auch alle anderen Sicherheitsaspekte ähnlich beurteilen.

Abbildung 4.2

Grafische Darstellung einer zweidimensionalen Korrespondenzanalyse verschiedener Aspekte von Sicherheit (Erläuterung im Text)



5 WAHRNEHMUNG DER SCHWEIZ UND DER WELT

5.1 Zukunftseinschätzung der Schweiz

Zum dritten Mal in Folge ist die Zahl der SchweizerInnen, welche die Zukunft ihres Landes optimistisch einschätzen auf eine neue Höchstmarke geklettert. 78% (+7%) sind der Überzeugung, dass die nächsten fünf Jahre für die Schweiz positiv verlaufen werden. Zum Vergleich: Noch 1996 waren lediglich 48% der Befragten optimistisch (siehe Abbildung 5.2).

Während sich der Zukunftsoptimismus 2000 quer durch alle Bildungsgruppen zog, ist heuer, wie 1999, festzuhalten, dass Personen mit Primar-, Sekundar-/Real- oder Bezirksschulabschluss weniger Optimismus (zu 69% optimistisch) an den Tag legen als StimmbürgerInnen, die mindestens einen Berufsschul- oder Gewerbeschulabschluss mitbringen¹⁰. Besonders deutlich fällt der Anstieg des Optimismus in der Romandie aus. Noch 2000 war ein markanter Unterschied zwischen Deutsch- und Westschweiz festgestellt worden: während 61% der WestschweizerInnen optimistisch waren, betrug der Anteil der OptimistInnen in der Deutschschweiz mehr als 70%. Innert Jahresfrist hat sich dieser Unterschied aufgelöst (+16% optimistisch Gestimmte in der Westschweiz!). 2000 war die Vermutung geäußert worden, dass der geringere Optimismus in der welschen Schweiz im Zusammenhang mit der von der deutschweizerischen Mehrheitsmeinung abweichenden Auffassung zur europäischen Integration stehen könnte (vgl. Haltiner et al., 2000). Interessant ist deshalb, dass auch in dieser Frage seitdem eine deutliche Annäherung der Positionen in den beiden Landesteilen stattgefunden hat (siehe Kapitel 7).

5.2 Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage

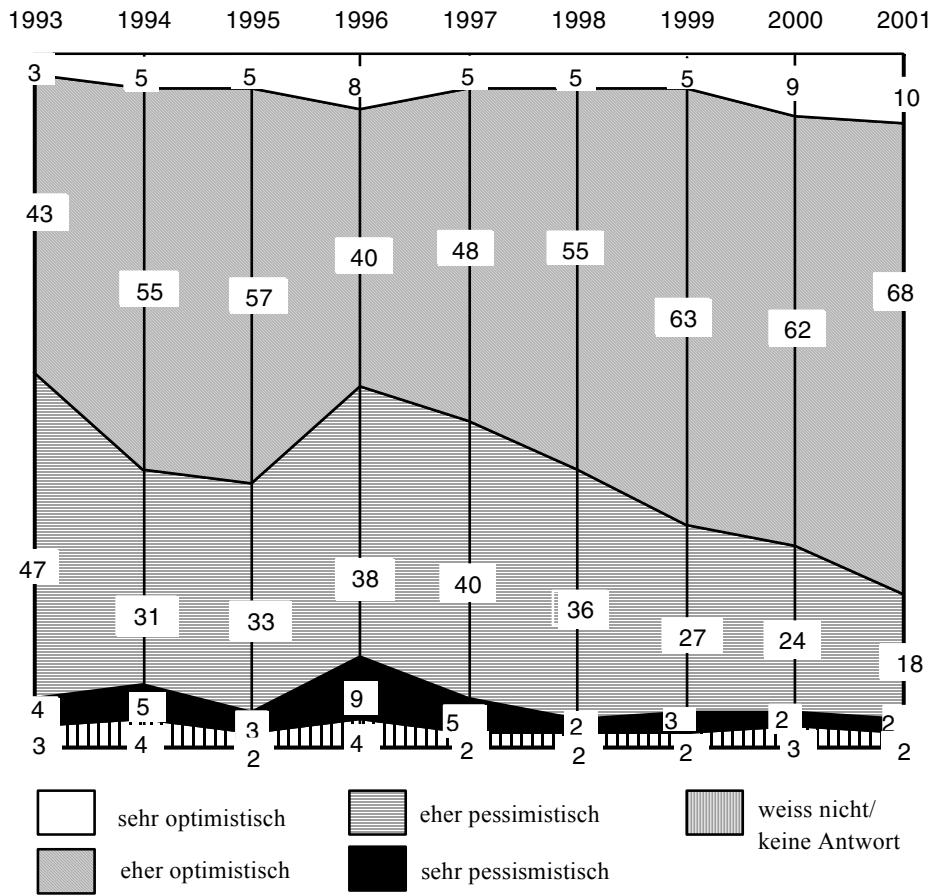
Personen, die die Zukunft der Schweiz optimistisch einschätzen, beurteilen tendenziell auch die Entwicklung der weltpolitischen Lage positiv (CC=0.27). Im Vergleich zur Binnenwahrnehmung hat sich die Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage nur geringfügig – allerdings in die gleiche Richtung – verändert. 59% (+3%) erwarten eine Verbesserung oder zumindest keine Verschlechterung des weltpolitischen Klimas (siehe Abbildung 5.3).

¹⁰ χ^2 -Test nach Pearson: $\chi^2 = 20.8$, $df=6$, $p < 0.01$

Abbildung 5.2

Einschätzungen der näheren Zukunft der Schweiz

„Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz?“
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/370/01/P3/sr

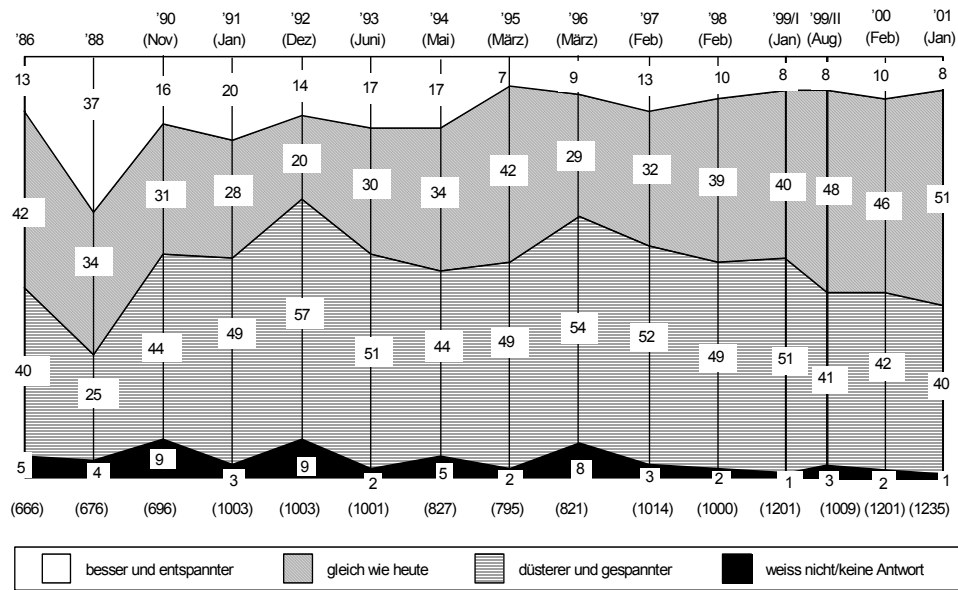
Bereits in den beiden Vorjahren war darauf hingewiesen worden, dass Männer bezüglich der weltpolitischen Entwicklung positivere Erwartungen hegen als Frauen. Sie sind zu 63% optimistisch eingestellt, während unter den Frauen nur 54% eine stabile oder verbesserte weltpolitische Lage erwarten.¹¹

Was weiter oben zum Zusammenhang von Bildungsgrad und Einschätzung der näheren Zukunft der Schweiz festgestellt worden war, gilt auch für die Beurteilung der globalen Entwicklung: Personen, die als zuletzt besuchte Schule die Primar-, Real-, Sekundar- oder Bezirksschule angeben, erwarten nur zu 44% eine gleichbleibende oder verbesserte Lage. Zum Vergleich: Personen mit Berufs-/ Gewerbeschulabschluss oder mit einem Mittelschulabschluss sind zu 60% optimistisch und unter den AbsolventInnen einer Fachhochschule, eines Universitätsstudiums oder eines Lehrerseminars machen die Optimisten fast zwei Drittel aus (64%).

Abbildung 5.3

Einschätzung der weltpolitischen Lage

„Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten fünf Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/372/01/P4/sr

¹¹ $\chi^2=10.9, df=2, p<0.01$

5.3 Bedrohungswahrnehmung und Sicherheitspolitik

Gibt es einen Zusammenhang zwischen der lokalen bzw. globalen Zukunftseinschätzung und der Einstellung zu verschiedenen Aspekten der Sicherheitspolitik? Grundsätzlich ist der These, dass Zukunftspessimismus und Armeeakzeptanz Hand in Hand gehen, eine gewisse Plausibilität nicht abzusprechen. Tatsächlich ist es aber so, dass in dieser Hinsicht keine nennenswerten Zusammenhänge bestehen. Weder die Einschätzung der Armeenotwendigkeit noch die Bewertung der Rüstungsausgaben oder die Befürwortung des Milizprinzips sind durch optimistische bzw. pessimistische Entwicklungsprognosen bestimmt.

Das bereits früher gezogene Fazit hat deshalb nichts von seiner Gültigkeit eingebüsst (vgl. Haltiner, 1995): Die Armeeakzeptanz wird vornehmlich durch das innenpolitische Geschehen und nicht durch die Bedrohungswahrnehmung bestimmt.

6 VERTRAUEN IN BEHÖRDEN UND INSTITUTIONEN

6.1 Vertrauensindex

Der Vertrauensindex ermittelt die Vertrauensintensität auf einer von 1 bis 10 Punkten reichenden Skala (siehe Tabelle 6.1). Der Wert 1 steht dabei für „überhaupt kein Vertrauen“, der Wert 10 für „volles Vertrauen“ in die jeweilige Institution. Der Index gibt den Mittelwert der Antwortenden wieder.

Sieben Institutionen (Bundesrat, Parlament, Gerichte, Polizei, Armee, Medien, Schweizer Wirtschaft) wurden von den befragten Personen nach ihrer Vertrauenswürdigkeit beurteilt.

Tabelle 6.1

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen 1997-2001

(Mittelwerte auf einer Skala 1-10; 1=kein Vertrauen, 10=volles Vertrauen)

	1997	1998	1999	2000	2001	Saldo 00/01
Bundesrat	5.49	5.82	6.45	6.26	6.90	0.64
Eidg. Parlament	5.17	5.37	5.90	5.76	6.32	0.56
Gerichte allgemein	-	6.34	-	6.42	6.74	0.32
Polizei	6.47	6.54	6.70	6.80	6.99	0.19
Armee	6.13	6.18	6.14	6.27	6.37	0.10
Medien	4.84	4.80	4.79	4.71	4.96	0.25
Schweizer Wirtschaft	5.60	5.65	6.26	6.08	6.76	0.68

© K. W. Haltiner 397/01

Im Überblick zeigt sich, dass alle genannten Institutionen an Vertrauen dazu gewonnen haben, ein Ergebnis, das gut mit der positiven Grundstimmung unter den Schweizer StimmbürgerInnen im Einklang steht. Langjährige Spitzenreiterin in der Vertrauensrangliste ist die Polizei, die in diesem Jahr einen Durchschnittswert von fast 7 Vertrauenspunkten erreicht (6.99, +0.19). Die grössten Vertrauenszuschüsse verzeichnen die Schweizer Wirtschaft (6.76, +0.68), sowie Bundesrat und Parlament (6.90, +0.64 bzw. 6.32, +0.56). Ebenfalls recht deutliche Zugewinne verzeichnen die Gerichte (6.74, +0.32) und die Medien (4.96, +0.25), was allerdings nichts daran ändert, dass letztere das Schlusslicht der Vertrauensrangliste bilden.

Die geringste Vertrauensänderung ist für die Armee zu vermelden (6.37, +0.10), die hinter der Polizei und der Justiz an dritter Stelle rangiert.¹²

6.2 Institutionenvertrauen und Sicherheitsempfinden

Das Vertrauen in öffentliche Institutionen steht in einem gewissen Zusammenhang zum allgemeinen Sicherheitsgefühl, der Einschätzung der Zukunft der Schweiz und der Befürwortung bzw. Ablehnung eines EU-Beitritts (siehe Tabelle 6.2). Wer sich sicher fühlt und die nationale Entwicklung positiv sieht, schenkt dem Bundesrat tendenziell mehr Vertrauen. Optimistisch gestimmte Befragte haben auch mehr Vertrauen ins eidgenössische Parlament und in die Wirtschaft. Ein weiterer erwähnenswerter Zusammenhang zeigt sich zwischen der Befürwortung bzw. Ablehnung eines EU-Beitritts und dem Vertrauen in die Armee: EuroskeptikerInnen haben eher mehr Vertrauen in die Armee als BefürworterInnen eines Schweizer EU-Beitritts.

Tabelle 6.2

Index des Vertrauens in öffentliche Institutionen nach dem allgemeinen Sicherheitsgefühl, der Zukunftseinschätzung der Schweiz und der Befürwortung eines EU-Beitritts (Gamma-Koeffizienten) in den Jahren 2000 und 2001

	Sicherheitsgefühl		Zukunftsoptimismus		Befürwortung EU-Beitritt	
	2000	2001	2000	2001	2000	2001
Bundesrat	0.23	0.20	0.29	0.24	0.09	0.14
Eidg. Parlament	0.18	0.14	0.23	0.24	0.06	0.11
Polizei	0.03	0.006*	0.08	0.17	-0.08	-0.08
Armee	-0.13	-0.11	0.07	0.08*	-0.22	-0.23
Gerichte	0.23	0.15	0.17	0.17	0.11*	0.12
Medien	0.12	0.04*	0.12	0.11	0.17	0.14
Schweizer Wirtschaft	0.14	0.13	0.16	0.24	-0.08	0.05*

* = $p > 0.05$

© K.W. Haltiner Si/418/01

¹² Bei einer vergleichbaren Fragestellung im Rahmen einer Eurobarometer-Befragung in allen Mitgliedstaaten der EU gehörte das Militär zu den vertrauenswürdigsten Institutionen. 71% der befragten EuropäerInnen vertrauen dem Militär „eher“. Am wenigsten Vertrauen wird dem Militär in Spanien (65%), Dänemark (66%), Italien (67%), Belgien (67%) und Frankreich geschenkt. Am meisten Vertrauen geniesst das Militär in Finnland (91%). Am Ende der Vertrauensliste finden sich die politischen Parteien (18%), Grossunternehmen (35%) und die Presse (38%) (Manigart, 2001).

7 ÖFFNUNG VERSUS AUTONOMIE – DIE WAHRNEHMUNG AUSSEN- UND SICHERHEITSPOLITISCHER OPTIONEN

7.1 Eine skalenartige Fragenbatterie als Grundlage

Für die Ermittlung des Grades an internationaler Kooperationswilligkeit in der schweizerischen Bevölkerung wurde 1993 ein Index entwickelt, der seither für die Trendermittlung in unseren Befragungsstudien „Sicherheit“ Verwendung findet (vgl. Haltiner & Spillmann, 1994). Ihm liegt die folgende Überlegung zugrunde:

Theoretisch ist ein Einstellungskontinuum in der Bevölkerung denkbar, das von einer maximalen Öffnungswilligkeit der Schweiz bis hin zu einer maximalen Autonomiebetonung reicht. Wer den Beitritt des Landes zu supra- bzw. internationalen Institutionen (in unserem Fall: EU, Uno, Nato) gutheisst, kann als maximal öffenungsbereit gelten. Umgekehrt: Wer die Meinung vertritt, die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen jeglicher Art fernhalten, kann als maximal autonomiebetonend gelten.

Zwischen diesen gegensätzlichen Extrempositionen sind sinnvolle mindere Grade an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung denkbar. Ein geringerer Grad an Öffnungsbereitschaft manifestiert sich beispielsweise in der Bereitschaft, den Beitritt der Schweiz zu bestimmten Institutionen (z.B. der Uno, der EU oder der Nato) gutzuheissen, zu anderen hingegen nicht. Als noch geringer ist ein Grad an Öffnungsbereitschaft zu bezeichnen, der anstelle von Beitritten nur eine autonome Annäherung der Schweiz an Institutionen (z.B. durch Nachvollzug von wirtschaftspolitischen Massnahmen, durch einseitige Anpassung von Recht) billigt.

Auf der anderen Seite unterscheidet sich eine mildere Autonomiebetonung von einer maximalen beispielsweise durch die Forderung, die Schweiz solle *möglichst* unabhängig bleiben, mit anderen Worten, die Beibehaltung nationaler Souveränität sei zu optimieren, nicht zu maximieren. Eine Annäherung oder gar ein Beitritt zu einzelnen supra- bzw. internationalen Institutionen wird dabei nicht ausgeschlossen.

Die Neutralitätsauffassung der Befragten – so die Hypothese – kann als eine Art Scharnier definiert werden, das den Winkel der Öffnungs- bzw. der Autonomieperspektive bestimmt. Zu erwarten ist, dass wer eine Öffnung der Schweiz fordert, eher den Verzicht auf die Neutralität oder zumindest eine differenzielle Neutralität (klare Stellungnahme der Schweiz bei politischen, nicht jedoch bei militärischen

Konflikten) billigt, als wer sich für das Festhalten an der nationalen Souveränität unter Verzicht auf internationale Bindungen ausspricht.

Mit anderen Worten: Das in der folgenden Abbildung 7.1 dargestellte Kontinuum geht von der Vermutung aus, dass die Frage „Öffnung versus Autonomie der Schweiz“ in der befragten Bevölkerung nicht „Entweder-oder“- , sondern „Sowohl-als-auch“-Charakter hat. Die Öffnungsbereitschaft der Bevölkerung lässt sich deshalb auch nicht mit einer Einzelfrage, beispielsweise nach der Bereitschaft der EU beizutreten, angemessen erfassen und wiedergeben. Eine Öffnungsbereitschaft verschiedener Grade lässt sich mit unterschiedlichen Graden der Autonomie- und Neutralitätsbetonung vereinbaren.

Der Ermittlung des Grades an Öffnungsbereitschaft bzw. Autonomiebetonung dienen seit 1993 insgesamt 19 Fragen, sogenannte Indikatoren. Sie alle sind als Zielvorgaben formuliert („Die Schweiz sollte...“). Sieben der 19 aussenpolitischen Postulate wurden bereits in den Jahren 1989 und 1991 erfragt, die Vorgabe zur Beibehaltung der Neutralität schon 1983. Sie dienen als Grundlage für die Bildung einer Typologie der internationalen Kooperationswilligkeit. Die methodischen Grundlagen der Typologie finden sich im Anhang II. Vertieft wird das Thema der sicherheitspolitischen Kooperation in Kapitel 9 behandelt.

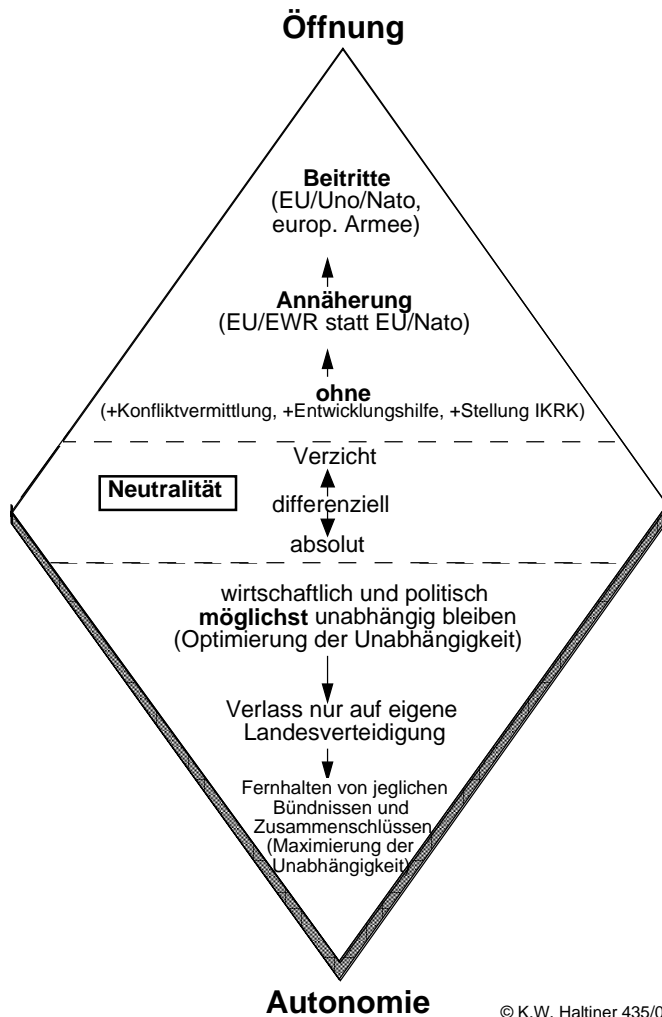
7.2 Die 19 Indikatoren der Öffnungswilligkeit bzw. der Autonomiebetonung im Trend

Die 19 Indikatoren sind gegliedert nach der

- Willigkeit zur internationalen Kooperation durch institutionelle Annäherung bzw. Beitritt zur EU bzw. zum EWR (siehe Abbildung 7.2) sowie zur Nato bzw. zur Uno (siehe Abbildung 7.3),
- Bereitschaft zur Öffnung der Schweiz ohne institutionelle Bindungen an inter- bzw. supranationale Institutionen (siehe Abbildungen 7.5),
- Einstellung zur Beibehaltung verschiedener Grade der Neutralität (siehe Abbildung 8.1, Kapitel 8),
- Betonung verschiedener Grade nationaler Autonomie (siehe Abbildung 7.6).

Abbildung 7.1

Kontinuum von maximaler Öffnungsbereitschaft zu maximalem Autonomismus



7.3 Internationale Kooperation durch Bindung und Annäherung: EU, EWR und die Frage der europäischen Armee

Während unsere Erhebungen im Zeitraum zwischen 1994 und 1999 eine stetige Zunahme der Annäherungsbereitschaft an die EU zeigten, ist seit 2000 eine Umkehr dieses Trends festzustellen. Im August 1999 wollten noch sieben von zehn SchweizerInnen und im Januar 2000 noch 66% denn eine weitere Annäherung an die EU. Im Januar 2001 – im Vorfeld der Abstimmung zur Initiative „Ja zu Europa“ – liegt die Annäherungsbereitschaft noch bei 59% (siehe Abbildung 7.2). In Kenntnis des Abstimmungsergebnisses vom 4. März 2001 (die sofortige Aufnahme von Beitrittsverhandlungen wurde mit einem Neinstimmen-Anteil von 77% massiv verworfen) kann nicht überraschen, dass ein EU-Beitritt derzeit nur bei 40% der Befragten Anklang findet (-8%).¹³

Anlässlich der letzten Befragung wurde bereits darauf hingewiesen, dass ein EU-Beitritt im welschen Landesteil zwar nach wie vor eine Mehrheit findet, diese jedoch knapper geworden war (vgl. Haltiner et al., 2000). Dieser Trend hat sich 2001 deutlich verstärkt: 58% der welschen StimmbürgerInnen befürworteten den Beitritt zur Europäischen Union – 13% weniger als 2000! Dieser Zustimmungsrückgang ist deutlich grösser als derjenige in der deutschen Schweiz (35%, -8% pro EU-Beitritt), aber vergleichbar mit demjenigen im Tessin (34%, -15%).

Die Aufschlüsselung nach weiteren soziodemographischen Merkmalen lässt folgende Differenzierungen zu: Am meisten Support findet ein Schweizer EU-Beitritt unter den politisch links stehenden (68%, -4%). Interessanterweise finden sich auch signifikant mehr Frauen als Männer unter den BefürworterInnen des Beitritts.¹⁴ Ebenfalls deutlich mehr Sympathisanten als in der Gesamtbevölkerung – wenn auch deutlich weniger als im Vorjahr – gibt es unter den Personen mit hoher Bildung (Fachhochschul-, Hochschul-, Lehrseminarabschluss; 45%, -13%) und den 18-29-Jährigen (47%, -8%).

Dass die EU-Skepsis im rechten politischen Spektrum besonders stark ausgeprägt ist, zeigt sich auch in der diesjährigen Befragung. Nur 26% (+1%) derjenigen, die sich als politisch rechts stehend einstufen, möchten einen Schweizer EU-Beitritt.

¹³ Die Vox-Analyse, die vom Forschungsinstitut GfS in Zusammenarbeit mit dem Institut für Politikwissenschaft der Universität Bern durchgeführt wurde, lässt den Schluss zu, dass das Votum eindeutig gegen die Aufnahme *sofortiger Beitrittsverhandlungen* mit der EU und nicht grundsätzlich gegen die Politik des Bundesrates gerichtet war, der nach wie vor am strategischen Ziel „EU-Beitritt“ festhält (*Neue Zürcher Zeitung*, Montag 21. April 2001; siehe auch <http://www.nzz.ch/dossiers/2001/abstimmung0304/2001.04.21-il-article7CFEF.html>).

¹⁴ 45% versus 36%; $\chi^2=15.2$, $df=3$, $p<0.01$

Deutlich geringer als im Vorjahr – aber ziemlich genau dem Durchschnitt entsprechend – ist der Anteil der Beitrittswilligen in der politischen Mitte (38%, -10%).

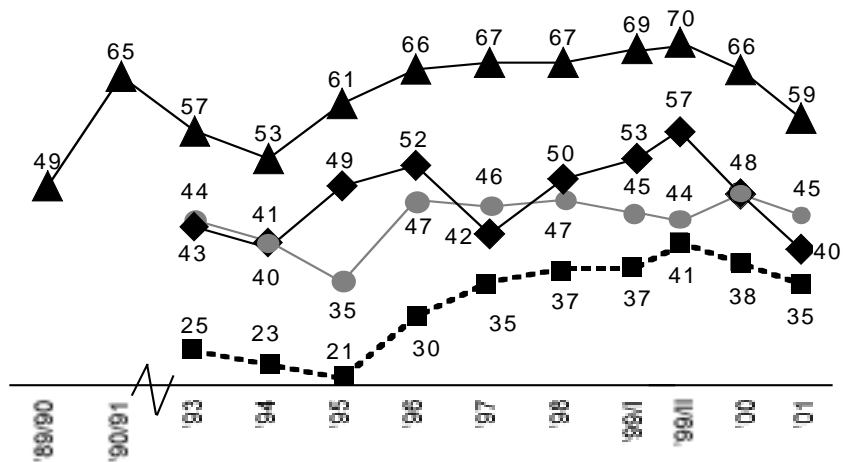
Bittet man die Befragten um eine Prognose für eine fiktive – in zehn Jahren stattfindende – Abstimmung über einen EU-Beitritt, so sind über zwei Drittel (67%) der Überzeugung, eine Mehrheit werde dannzumal den Beitritt befürworten. Diese Überzeugung zieht sich quer durch alle soziodemographischen Gruppen hindurch (Alter, Bildung, politische Stellung).

Abbildung 7.2

Europäische Integration (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)

Die Schweiz sollte ...

- ... beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen
- ... dem EWR, nicht aber der EU beitreten
- ▲— ... sich mehr als bisher der EU politisch annähern
- ◆— ... sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und vorbehaltlos der EU beitreten



© K.W. Haltiner Si/373/01P2/sr

Was einen EWR-Beitritt angeht, so zeigt sich das Stimmungsbarometer im Vergleich zum Vorjahr relativ stabil. Insgesamt 45% (-3%) der Befragten sympathisieren mit einer Schweizer Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum. Dieser Gesamtanteil setzt sich zusammen aus 46% (-1%) in der deutschen, 42% (-7%) in der welschen und 52% (+5%) in der italienischen Schweiz.

Die Mitwirkung der Schweiz beim Aufbau einer europäischen Armee stösst nach wie vor auf wenig Zustimmung (35%, -3%). Die positivste Einstellung zu diesem Thema herrscht in der welschen Schweiz (50%, -5%) und unter den 18-29-Jährigen (44%, -6%). Dagegen ist links von der politischen Mitte kaum noch mehr Unterstützung für einen Schweizer Beitrag an eine europäische Armee zu finden als in der Gesamtbevölkerung (39%, -9%). Am wenigsten Gefallen an der Mitwirkung der Schweiz an einer gemeinsamen europäischen Verteidigung finden die Rechten (22%, -3%) und die über 60-Jährigen (22%, -6%).¹⁵

7.4 Internationale Kooperation durch Bindung oder Annäherung an die Nato bzw. die Uno

Zwischen 1994 und 1999 stieg der Anteil der SchweizerInnen, die einen Uno-Beitritt befürworteten um insgesamt 26% an (Abbildung 7.3). Im August 1999 wollten zwei von drei Befragten die Schweiz als Mitglied der Vereinten Nationen sehen. Von diesem Spitzenwert fiel die Zustimmungsrate auf 57% im Jahr 2000 zurück und liegt nun wieder bei 60%. Auf stabil hohem Niveau bewegt sich die Zahl jener, die der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen wollen (68%, -3%). Seit 1997 haben nie weniger als zwei Drittel der SchweizerInnen diese Vorgabe unterstützt.

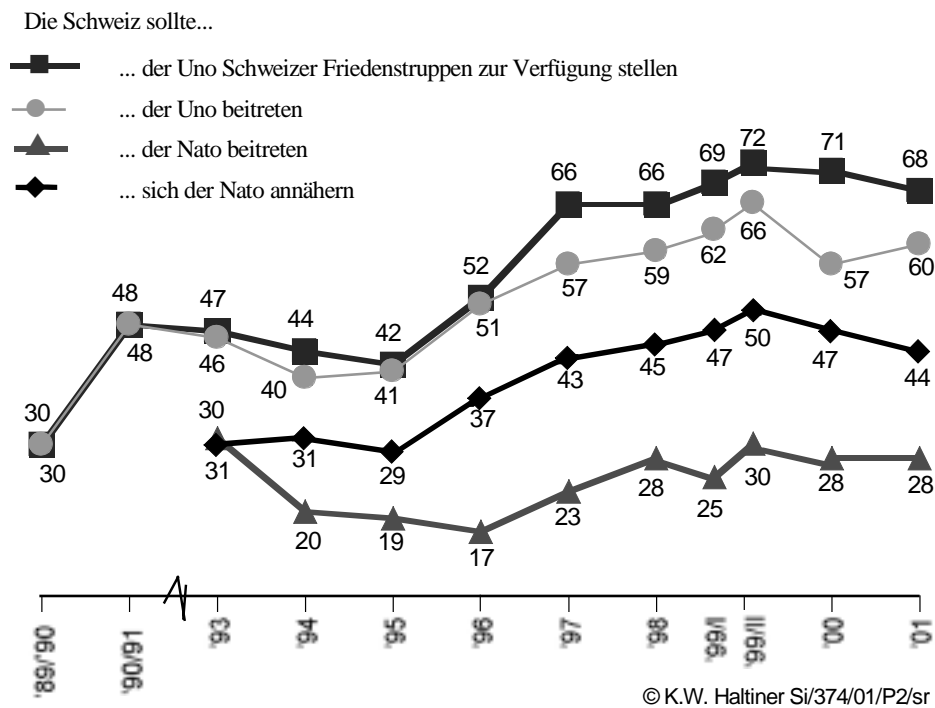
Die leicht höhere Akzeptanz eines Uno-Beitritts in der Gesamtbevölkerung spiegelt sich in der Einzelbetrachtung verschiedener soziodemographischer Gruppen wieder. Am meisten Sympathien geniessen die Vereinten Nationen unter den politisch links stehenden (79%, +5%), StimmbürgerInnen mit hohem Bildungsgrad (72%, +4%) und den 18-29-Jährigen (69%, +6%). Die Befürworter einer Schweizer Uno-Mitgliedschaft stammen zudem häufiger aus der Romandie (68%, +5%). Dagegen

¹⁵ Die Eurobarometer-Befragung Ende 2000 liefert Vergleichswerte aus der Europäischen Union: Demnach geben von 15 900 Befragten aus EU-Mitgliedsländern 37% ihre Zustimmung zu einer permanenten „Schnellen Eingreiftruppe“ zusätzlich zu den nationalen Armeen. 18% votierten für die offiziell vorgesehene Form einer „Schnellen Eingreiftruppe“, die nur im Bedarfsfall gebildet würde. Der Aufbau einer einzigen gemeinsamen europäischen Armee, welche die nationalen Armeen ersetzen würde, wird von 19% favorisiert, während 12% jegliche europäische Armee ablehnen (Manigart, 2001).

liegt die Zustimmung bei älteren Befragten (über 60-Jährige), auf der Seite der politischen Rechten und bei Personen mit tieferen Bildungsabschlüssen nur bei rund 50% (51% bzw. 52% bzw. 52%).¹⁶

Abbildung 7.3

Einstellung zu Uno/Nato (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



¹⁶ Die aussenpolitische Kommission des Ständerates stellte sich am 17. Mai 2001 mit einem Stimmenverhältnis von 10 zu 1 hinter die Volksinitiative für einen Uno-Beitritt der Schweiz (*Neue Zürcher Zeitung*, Nr. 114, 18. Mai 2001, S. 14). Der Ständerat folgte dem Antrag der Kommission am 21.6.2001 mit 37 zu 2 Stimmen.

Als sehr stabile Variable zeigt sich über die letzten fünf Messzeitpunkte die Annäherungsbereitschaft an die Nato. Sie liegt heuer bei 44% (-3%). Ebenfalls nur sehr geringe Meinungsschwankungen sind in den letzten Jahren bezüglich eines Nato-Beitritts zu beobachten. 28% ($\pm 0\%$) befürworten einen solchen.

Frauen stehen einer Annäherung an die Nato skeptischer gegenüber als Männer (40% Zustimmung versus 49% Zustimmung). Junge (18-29-Jährige: 52%) und höher Gebildete (50%) sind gegenüber einer solchen Annäherung positiver eingestellt.

Ein eigentlicher Nato-*Beitritt* erhält noch am ehesten von den 18-29-Jährigen (40%) und den Romands (39%) Suktors. Eine Mehrheit für den Nato-Beitritt existiert allerdings nach wie vor in keiner der grösseren soziodemographischen Subgruppen.

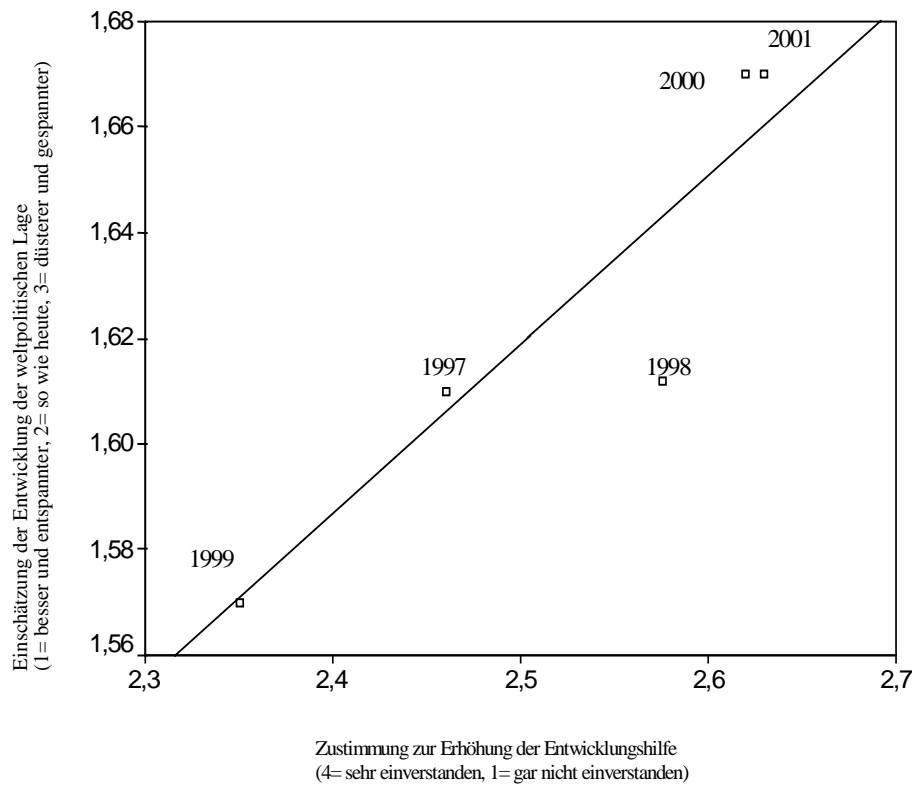
7.5 Internationale Kooperation ohne institutionelle Bindung

Drei von vier erhobenen Parametern der internationalen Kooperation ohne institutionelle Einbindung sind unverändert geblieben (siehe Abbildung 7.5). Leicht zugenommen hat die Zahl der SchweizerInnen, die der Meinung sind, ihr Land solle häufiger in Konflikten vermitteln (72%, +5%). Gleich viele Personen wie im Vorjahr wünschen sich, dass die Schweiz eine aktivere Rolle bei internationalen Konferenzen spielt und ihren Stellenwert als Sitz des IKRK mehr ins Spiel bringt (77% bzw. 70%, $\pm 0\%$). Unverändert im Vergleich zu 2000 ist auch die Zahl jener, die eine Erhöhung der Entwicklungshilfe wünschen (55%). Die Einstellung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe hängt im Übrigen sehr eng mit der Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage zusammen (siehe Abbildung 7.4). Korreliert man die Mittelwerte dieser beiden Variablen aus den letzten fünf Jahren, so ergibt sich ein Koeffizient von $r=0.90$ ¹⁷. Vereinfacht ausgedrückt: Investiert (Erhöhung der Entwicklungshilfe) wird nur in ein Produkt, dem man eine positive Entwicklung zutraut (stabile oder sich entspannende politische Weltlage).

¹⁷ Produkt-Moment-Korrelation nach Pearson; $p < 0.05$)

Abbildung 7.4

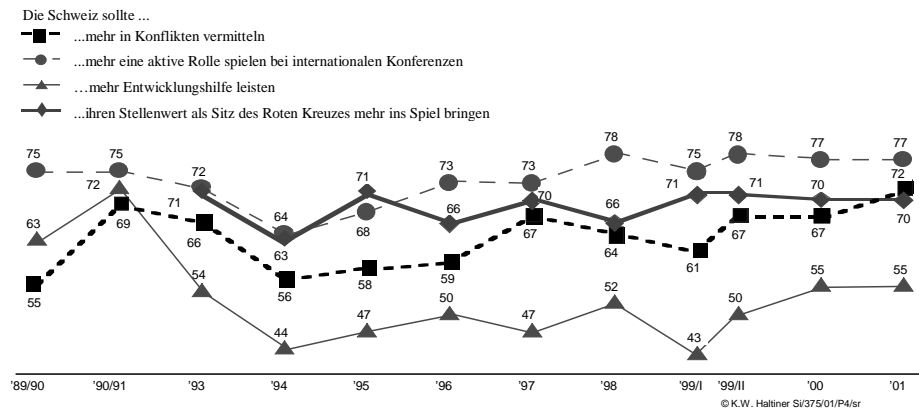
Der Zusammenhang zwischen den Mittelwerten in der Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage und der Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe in den Jahren 1997 bis 2001¹⁸



¹⁸ Produkt-Moment-Korrelation nach Pearson: $r=0.90$, $p<0.05$. Die Gleichung für die Regressionsgerade mit der Zustimmung zur Erhöhung der Entwicklungshilfe als abhängige Variable x und der Einschätzung der Entwicklung der weltpolitischen Lage als unabhängige Variable y lautet: $x=-1.53+2.50 * y$.

Abbildung 7.5

Indikatoren der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsbereitschaft ohne institutionelle Bindungen („weiche“ Kooperation – Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



7.6 Betonung der nationalen Autonomie

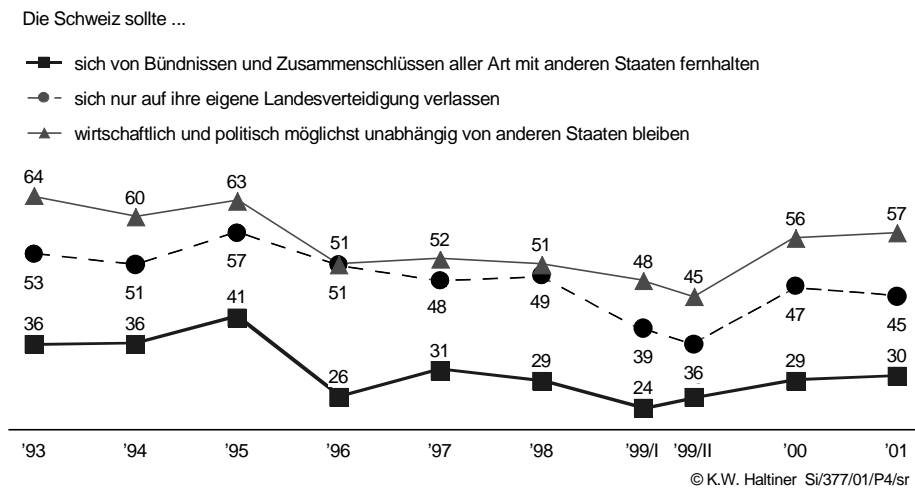
Was die Indikatoren nationaler Autonomie angeht, so sind im Vergleich zum Vorjahr keine Veränderungen festzustellen (siehe Abbildung 7.6). Im Jahr 2000 war bei allen drei diesbezüglichen Vorgaben ein signifikanter Zustimmungsanstieg zu verzeichnen gewesen. Dass die Betonung der nationalen Autonomie trotz der deutlichen Ablehnung der Initiative „Ja zu Europa“ nicht stärker geworden ist, lässt Zweifel daran aufkommen, dass sie je wieder den starken Rückhalt der Jahre 1993-1995 erreicht. 30% der Befragten finden, die Schweiz solle sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art fernhalten (+1%). Eine Mehrheit der Stimmberechtigten glaubt zudem, dass eine Strategie möglichst grosser wirtschaftlicher und politischer Unabhängigkeit für die Schweiz richtig ist (57%, +1%). Was die Autonomie im sicherheitspolitischen Bereich angeht, so sind 46% (-1%) der Auffassung, die Schweiz solle sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.

Das Alter der Befragten und ihre politische Stellung sind soziodemographische Faktoren, die mit dem Autonomismus zusammenhängen. Dabei ist die Zustimmung zur autonomen Landesverteidigung eher vom Alter als von der politischen Stellung

abhängig¹⁹, während die Einstellung zur wirtschaftlichen und politischen Unabhängigkeit stärker mit der Links-/Rechts-Positionierung zusammenhängt²⁰. Die Betonung dieser drei Indikatoren nationaler Autonomie ist zudem in der Deutschschweiz und im Tessin stärker ausgeprägt als in der Romandie.

Abbildung 7.6

Indikatoren der Betonung nationaler Autonomie (Zustimmung „sehr“ und „eher“ einverstanden in Prozent)



¹⁹ Je älter die Befragten, umso positiver sind sie eingestellt; Partialkorrelation unter Kontrolle der politischen Stellung: $r=0.24$, $p<0.001$.

²⁰ Partialkorrelation unter Kontrolle des Lebensalters: $r=0.21$ bzw. $r=0.18$, $p<0.001$.

7.7 Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? Die Kooperationsstypen im Trend 1993-2001

Wie in den vorangegangenen Abschnitten von Kapitel 7 bereits dargestellt, blieben grosse Veränderungen in den Einstellungen zur aussenpolitischen Öffnung der Schweiz im Vergleich zum Vorjahr weitgehend aus. (Die Ausnahme bildet die EU-Beitrittswilligkeit, die heuer deutlich geringer ausgeprägt ist). Angesichts dieser Tatsache kann nicht überraschen, dass auch die Verteilung auf die drei Kooperationsstypen nur geringste Verschiebungen aufweist. Der *Index der internationalen Kooperationsbereitschaft*, der sich aus 19 Fragen zusammensetzt, bildet die Grundlage der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationsstypologie (vgl. Abschnitt 7.2). Nicht alle befragten Personen lassen sich eindeutig einem bestimmten Kooperationsstypus zuordnen. 21% der Gesamtstichprobe sind deshalb in der Kooperationsstypologie nicht berücksichtigt. Die Prozentanteile der verschiedenen Typen beziehen sich also nicht auf die Grundgesamtheit aller Befragten, sondern auf die Gesamtheit der „typologisierungsfähigen“ Personen (zur Methode vgl. Anhang II). Die eigentlichen Anteile der Bevölkerung, die einem bestimmten Typ zugeordnet werden können, sind in eckigen Klammern angefügt.

Inhaltlich lassen sich die drei Kooperationsstypen folgendermassen beschreiben: VertreterInnen einer „weichen“ Öffnung befürworten weitere Annäherungen an inter- und supranationale Institutionen (EU, Nato), ohne diesen beitreten zu wollen. Als „harte“ Öffnungswillige werden jene Personen bezeichnet, die zugunsten einer verbesserten Kooperation mit dem Ausland auch institutionelle Bindungen und Souveränitätseinbussen in Kauf nehmen wollen. Autonomistisch orientierte Personen lehnen jeglichen Ausbau internationaler Bindungen ab. Wie im Vorjahr vereinigen die drei Typen je einen Drittel der Befragten auf sich.²¹ Damit bleibt die Patt-situation in der öffentlichen Meinung zur aussenpolitischen Kooperation der Schweiz bestehen (siehe Abbildung 7.7).

²¹ Autonomismus: 34% [27%], $\pm 0\%$; „weiche“ Öffnung: 34% [27%], +2%; „harte“ Öffnung: 32% [25%], -2%

Abbildung 7.7

Wie viel Öffnung braucht die Schweiz? – aussenpolitische Kooperationstypen im Vergleich



© K.W. Halber SH24/01/mz

Grundsätzlich sind nach wie vor zwei Drittel der typologisierbaren Befragten (66%, ±0%) und eine knappe Mehrheit der befragten SchweizerInnen insgesamt (52%, +1%) einer Öffnung des Landes und einer intensiveren internationalen Kooperation gegenüber positiv eingestellt, wenn auch in unterschiedlichen Ausprägungsgraden. Gleichzeitig scheint sich die autonomistische Grundhaltung nach steten Anteilsverlusten zwischen 1994 und 1999 auf dem Ein-Drittel-Niveau zu stabilisieren. Bereits 2000 war davon die Rede gewesen, dass es die Anhänger einer „weichen“ Öffnung sind, die in der Frage der aussenpolitischen Öffnung der Schweiz eine massgebende Rolle spielen werden. Diese „politische Mitte“ hat es in der Hand, für Mehrheiten auf der öfnungsbereiten oder der autonomistischen Seite zu sorgen. Was die europäische Integration angeht, neigt sie zur Zeit eher zum Autonomismus als zur Öffnung.

7.8 Die Kooperationstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen und nach der politischen Selbsteinstufung

Die Zustimmung zu einer „harten“ Öffnung der Schweiz ist bekanntermassen im französischsprachigen Landesteil weit grösser als in der übrigen Schweiz. Dass allerdings auch in der Romandie eine deutliche Abnahme der Zahl der „harten“ Öffnungswilligen zu verzeichnen ist, wurde bereits im Jahr 2000 festgestellt.²² Der im Zusammenhang mit der Abstimmung „Ja zu Europa“ vom 4. März 2001 häufig diskutierte europapolitische Stimmungsumschwung in der Romandie war somit schon 2000 erkennbar. Im Tessin und in der Deutschschweiz hat der Anteil „harter“ Öffnungswilliger deutlich bzw. leicht abgenommen (25%, -8%; 28%, -3%). Skeptischer als im Vorjahr sind auch Personen mit hohem Bildungsgrad (40%, -12%) und die 18-29-Jährigen (41%, -4%). Die politische Linke ist zur Zeit die einzige grössere soziodemographische Gruppe, die sich eindeutig für eine kompromisslose politische Öffnung des Landes ausspricht (62%, +3%).

Die autonomistische Haltung findet im Tessin in den letzten Jahren zunehmende Unterstützung.²³ Dagegen bleibt die Anhängerschaft des Autonomismus in den beiden anderen Landesteilen in ihrer Grösse stabil (Deutschschweiz: 36%, ±0%; französische Schweiz: 25%, -1%). Personen ab 60 Jahren (46%, +1%) und politisch rechts stehende bekennen sich überdurchschnittlich häufig zur autonomen Schweiz. Interessanterweise fühlen sich unter den politisch rechts stehenden weniger Personen der autonomistischen Grundhaltung verpflichtet als 2000 (46%, -9%). Dieser zahlenmässige Rückgang wurde kompensiert durch eine gewachsene Zahl von Autonomisten in der grossen Gruppe der politischen Mitte (36%, +4%). Die autonomistische Grundhaltung ist also keineswegs eine reine Bastion der Rechten, im Gegensatz zur „harten“ Öffnungsbereitschaft, die sehr eindeutig „linkslastig“ ist.

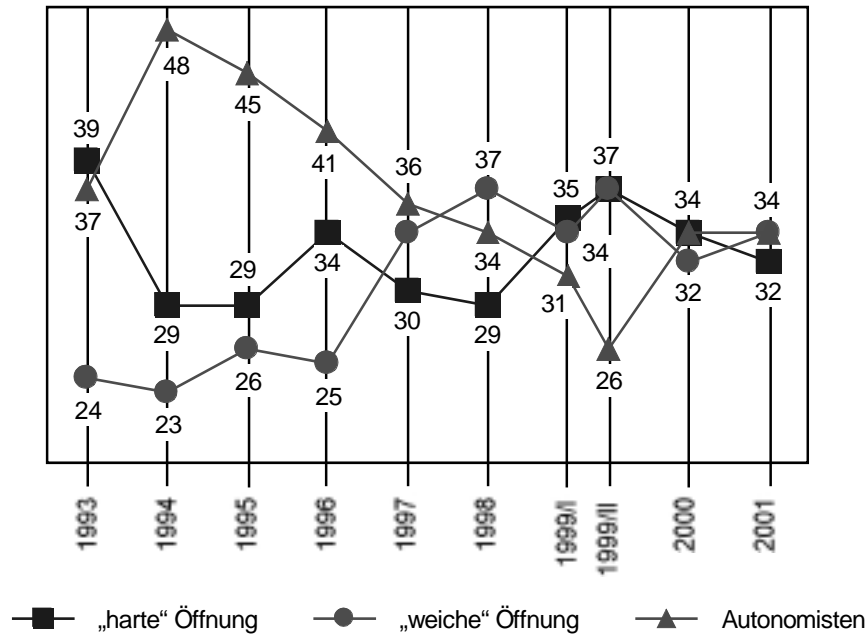
Die Entwicklung der weltpolitischen Lage wurde in den letzten drei Erhebungen stets von jenen Personen optimistischer eingeschätzt, welche sich stärker öffenungsbereit zeigten. Ein solcher Zusammenhang besteht auch in diesem Jahr ($\gamma=0.19$, -0.03). Dass er nicht stärker ausgeprägt ist, kann unter anderem darauf zurückgeführt werden, dass sich Autonomisten und „weiche“ Öffnungsbereite in ihrer Zukunftseinschätzung nur geringfügig unterscheiden (45% bzw. 41% Pessimisten). Beide Gruppen sind deutlich pessimistischer eingestellt als die „harten“ Öffnungswilligen (29% Pessimisten).

²² Januar/Februar 1999: 50%, August 1999: 55%, 2000: 43%. Zwischen Januar 2000 und Januar 2001 kam es dagegen kaum noch zu nennenswerten Verschiebungen (+2%).

²³ Januar 1999: 34%, August 1999: 30%, Januar 2000: 37%, Januar 2001: 45%.

Abbildung 7.8

Die Kooperationstypen und ihre anteilmässige Veränderung 1993-2001
(Angaben in Prozent)



7.9 Öffnungsbereitschaft und EU-Beitritt

Erwartungsgemäss zeigen sich die unterschiedlichen Grade an Öffnungsbereitschaft besonders deutlich in der Haltung zu einem allfälligen EU-Beitritt der Schweiz. Neun von zehn „harten“ Öffnungswilligen unterstützen die Vorgabe, die Schweiz solle sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten (89%, -5%). Ebenso klar, aber unter umgekehrten Vorzeichen, ist die Haltung der autonomistisch orientierten Personen. Für lediglich 9% von ihnen kommt ein EU-Beitritt zum jetzigen Zeitpunkt in Frage (-5%). Am deutlichsten zugenommen hat die EU-kritische Haltung unter den „weichen“ Öffnungswilligen: Nur noch drei von zehn sprechen sich für einen EU-Beitritt der Schweiz aus (-10%). Damit bestätigt sich das bereits in Abschnitt 7.7 gezogene Fazit, dass die politische Mitte in der Schweiz zur Zeit stärker dem Autonomismus als der aussenpolitischen

Öffnung des Landes zuneigt. Noch 1999 hatte sich eine Mehrheit der „weichen“ Öffnungswilligen für einen EU-Beitritt ausgesprochen (Januar 1999: 57%, August 1999: 52%).

7.10 Mögliche Gründe für die ausserpolitische Grundhaltung und die Meinungsbildung gegenüber der EU

Die Einschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung der Schweiz im Falle eines EU-Beitritts steht in engem Zusammenhang mit der Einstellung zum EU-Beitritt überhaupt ($\gamma=0.62$). BeitrittsbefürworterInnen versprechen sich von einer EU-Mitgliedschaft eine Verbesserung oder zumindest keine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage, während EU-BeitrittsgegnerInnen von negativen wirtschaftlichen Konsequenzen eines EU-Beitritts ausgehen. Die gute wirtschaftliche Situation der Schweiz trägt somit sicherlich ihren Teil zur skeptischen Beurteilung eines EU-Beitritts bei. So glaubt nur noch jeder bzw. jede fünfte Befragte an eine bessere wirtschaftliche Entwicklung im Falle eines EU-Beitritts (-14%) (siehe Abbildung 7.9). Dagegen sind 43% inzwischen der Ansicht, ein EU-Beitritt würde sich wirtschaftlich ungünstig auswirken (1999: 33%). Selbst unter den „harten“ Öffnungswilligen glaubt nur noch eine Minderheit an einen positiven wirtschaftlichen Effekt eines EU-Beitritts der Schweiz (39%, -21%!), eine Meinung, die unter den „weichen“ Öffnungswilligen gar nur noch 15% teilen (-14%). Dass die Autonomisten zu fast drei Vierteln negative wirtschaftliche Folgen für den Fall eines EU-Beitritts befürchten, kann deshalb nicht erstaunen (+8%).

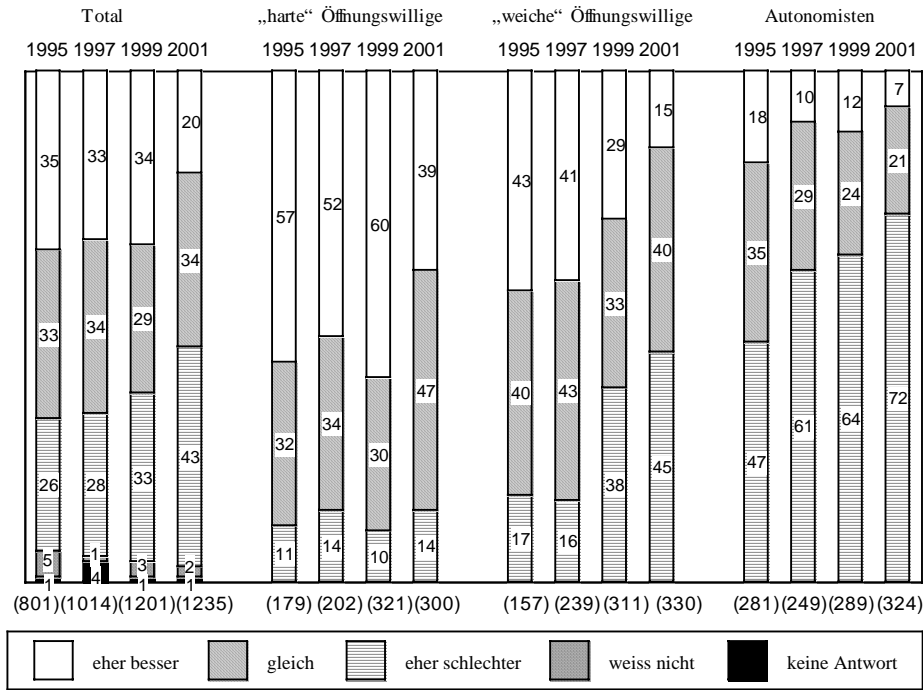
In der Romandie waren bisher die wirtschaftlichen Aussichten im Falle eines EU-Beitritts als recht rosig wahrgenommen worden. Noch 1999 versprachen sich dadurch 46% Verbesserungen. Diese Zahl ist inzwischen auf 30% geschrumpft, liegt aber immer noch deutlich über den entsprechenden Anteilen in der deutschen und der italienischen Schweiz (17% bzw. 12%).

Neben dem wirtschaftlichen Aspekt steht die Öffnungsbereitschaft auch in einem gewissen Zusammenhang mit dem allgemeinen Sicherheitsgefühl ($\gamma=0.28$, +0.03). So geben autonomistisch orientierte Personen viermal so häufig an, sich sehr oder eher unsicher zu fühlen als „harte“ Öffnungswillige (21% versus 5%). Dementsprechend bezeichnen sich auch mehr EU-Gegner denn Befürworter als sehr oder eher unsicher (15% versus 9%; $\gamma=0.24$).

Abbildung 7.9

Wahrnehmung der wirtschaftlichen Folgen eines EU-Beitritts der Schweiz

„Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der EU beitreten: Wie glauben Sie, würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land verlaufen?“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/295/01/P2/sr

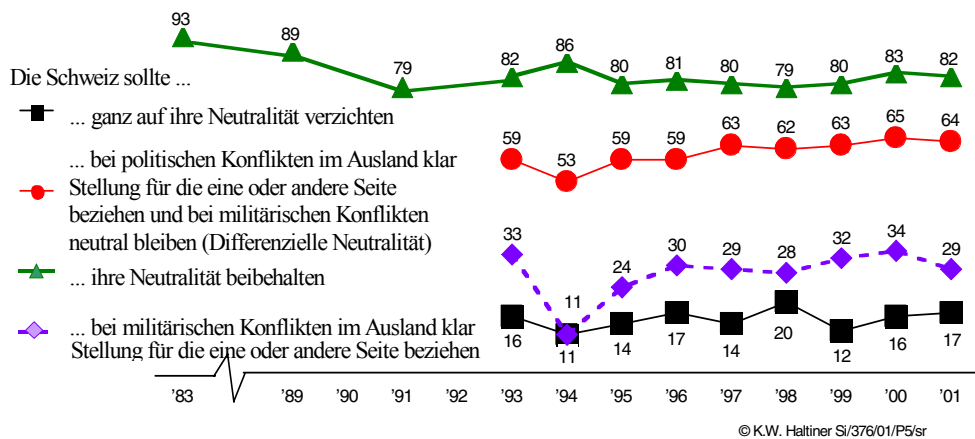
Wie man über die aussenpolitische Öffnung denkt, hat schliesslich auch damit zu tun, wie man die weltpolitische Entwicklung einschätzt ($\gamma=0.19$). Unter den Autonomisten gehen immerhin 46% der Befragten von einer Verdüsterung der politischen Grosswetterlage aus, während nur 30% der „harten“ Öffnungsbereiten diese pessimistische Prognose teilen.

8 DIE NEUTRALITÄT

Die traditionell hohe Zustimmung zur Neutralität als Prinzip schweizerischer Aus- und Sicherheitspolitik ist im Jahr 2001 so ausgeprägt wie in den Vorjahren und liegt bei 82% (-1%, siehe Abbildung 8.1). Der Anteil der Befragten, welche ganz auf die Neutralität verzichten wollen, liegt bei 17% (+1%). Dies ist der zweithöchste Wert seit Beginn der Fragestellung im Jahr 1993. Er verharrt aber immer noch auf sehr tiefem Niveau. Es fällt auf, dass die welsche Schweiz überdurchschnittlich stark auf die Neutralität verzichten möchte (27%; CC= 0.18), wohingegen vor allem die italienische Schweiz nur zu 12% mit der Aussage einverstanden ist, dass die Schweiz auf die Neutralität verzichten soll. Am häufigsten wollen diejenigen die Neutralität aufgeben, welche in die Schweizer Armee kein Vertrauen haben die Neutralität aufgeben (34%). Auf der Gegenseite sind nur 11% der SchweizerInnen, welche in unsere Armee Vertrauen haben, bereit, auf die Neutralität zu verzichten.

Abbildung 8.1

Verschiedene Einstellungen zur Neutralität (Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)



Die Neutralität als Staatsmaxime steht bei älteren Personen (ab 60-Jährige: 90%, -1%), bei Befragten mit selbstbekundeter rechter politischer Einstellung (90%, -2%) und bei Personen mit tieferem Bildungsniveau (89%, +5%) überdurchschnittlich

hoch im Kurs. Regionalspezifisch gesehen fällt wiederum die deutlich geringere Zustimmung der französischen Schweiz (73%, -2%) zum „Prinzip Neutralität“ auf.

Die differenzielle Auffassung der Neutralität, nach der die Schweiz bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen soll, also eine Beschränkung der Neutralität auf militärische Aspekte, findet wiederum bei knapp zwei Dritteln (64%, -1%) Zustimmung, wobei der autonomistische Kooperationsstyp (vgl. Kapitel 7) erwartungsgemäss die differenzielle Neutralität nur zu 53% unterstützt. Nachdem im Februar 2000 noch 34% der befragten SchweizerInnen sich eine Schweiz vorstellen konnten, welche auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite bezieht, sinkt die Zustimmungsrates für diese im Endeffekt De-facto-Aufhebung der Neutralität wieder unter die 30%-Grenze (29%, -5%). Vor allem ab 60-Jährige (19%) und politisch rechts stehende (25%) unterstützen eine differenzielle Neutralität nicht.

Wie schon letztes Jahr festgestellt, lässt sich bei der praktischen Umsetzung der Neutralität bei den SchweizerInnen eine gewisse Verunsicherung feststellen, denn immer noch stimmt eine klare Mehrheit (64%, -3%) der Aussage zu, dass eine Bewaffnung bei Friedenseinsätzen mit der Neutralität vereinbar ist. Ebenso billigen 45% (-4%) indes die Gegenvorgabe, nämlich dass die Neutralität durch die Entsendung bewaffneter Soldaten ins Ausland verletzt würde. Diese Meinung teilen vor allem bildungstiefe Personen zu 64%, wohingegen nach Ansicht der höher gebildeten SchweizerInnen eine allfällige Bewaffnung schweizerischer Soldaten im Ausland mit der Neutralität vereinbart werden kann (71%). Eine Neuinterpretation der Neutralität scheint sich anzubahnen. Wie im Bericht 2000 festgestellt, ist wiederum eine klare Mehrheit von 69% (+1%) der Auffassung, dass eine primär dem eigenen Schutz dienende Bewaffnung von Schweizer Soldaten in Friedenseinsätzen im Ausland die Neutralität nicht tangiere. Während sich im letzten Jahr bei dieser Frage geschlechterspezifische Unterschiede feststellen liessen, differieren in der diesjährigen Untersuchung nur noch die Landesregionen²⁴ und die Bildungsschichten²⁵. Dabei ist eine Angleichung der einzelnen soziodemographischen Ausprägungen festzustellen.

Fazit: Es lässt sich feststellen, dass das „Prinzip Neutralität“ eine langjährige ungebrochene hohe Zustimmung um die 80% der Befragten geniesst und dass sich daneben eine pragmatisch differenzielle Neutralitätsauffassung zu etablieren beginnt, welche von knapp zwei Dritteln der schweizerischen Bevölkerung geteilt wird.

²⁴ Deutschschweiz: 74%, +2%; französische Schweiz: 70%, +12%; Tessin: 60%, +1%; CC= 0.13.

²⁵ Tief: 64%, +7%; mittel: 73%, +4%; hoch: 74%, ±0%; $\gamma = 0.09$.

8.1 Indikatoren für verschiedene Neutralitätsfunktionen

Die schweizerische Neutralität diene bekanntlich stets verschiedenen Zielen. StaatsrechtlerInnen sprechen daher von Neutralitätsfunktionen. Unser Interesse gilt seit 1993 der Wahrnehmung der verschiedenen Aufgaben der Neutralität in der Bevölkerung. Mit anderen Worten: Ermittelt wird, welche Vor- bzw. Nachteile die SchweizerInnen in der Neutralität sehen. Vereinfachend unterscheiden wir dabei die

Solidaritätsfunktion:
(2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.2)

Gute Dienste als Vermittler in Konflikten.

Identitätsfunktion:
(2 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.3)

Symbolische Verknüpfung mit dem Staat „Schweiz“, Vorbildwirkung der schweizerischen Neutralität.

Sicherheitspolitische Funktion:
(3 Fragevorgaben gemäss Abbildung 8.4)

Verschonung vor dem Einbezug in internationale Konflikte, Stabilitätsbeitrag für Europa, Vereinbarkeit der Zusammenarbeit mit der Nato, Rückfallposition im Falle eines Krieges auf westeuropäischem Boden.

Zusätzlich wird erhoben, ob die Neutralität ihrem Wesen nach als Instrument der Aussenpolitik wahrgenommen wird, oder ob die Durchschnittsbevölkerung ihr instrumentellen Charakter zuschreibt (eine Fragevorgabe Abbildung 8.2 unten).

Die Vorgaben sind als positive bzw. negative Lageeinschätzungen formuliert. Bei der Formulierung der Fragen wurde beachtet, dass eine entsprechende Fachterminologie bei den zu Befragenden nicht vorausgesetzt werden darf. In diesem Bericht liegt der thematische Schwerpunkt wie letztes Jahr mehr auf den Auslandseinsätzen der Schweizer Armee und der Revision des Militärgesetzes. Deshalb haben wir die einzelnen Neutralitätsfunktionen in diesem Jahr nur verkürzt, d.h. mittels sieben Items erhoben. Der Index umfasst in der Regel 13 Vorgaben. Wir haben dabei jene Neutralitätsmeinungen erhoben, welche es uns ermöglichen, anhand einer Clusteranalyse wie in den früheren Studien verschiedene Neutralitätstypen (vgl. Abschnitt 8.4) zu bilden. Deshalb fehlen wie im Jahr 2000 in den Abbildungen 8.2 bis 8.4 einige Prozentangaben für das Jahr 2001.

8.2 Die Neutralitätsindikatoren im Trend 1993-2001

Die Solidaritäts- und Identitätsfunktion der schweizerischen Neutralität ist in der Bevölkerung fest verankert. Wie die Abbildungen 8.2 bis 8.4 zeigen, werden die positiv formulierten Solidaritäts- und Identitätsfunktionen in unterschiedlichem

Grade gutgeheissen, die. Die Werte dieser Funktionen bewegen sich im langjährigen Mittel und deuten auf eine gleichbleibende Wahrnehmung der „Neutralität als Prinzip“ seit der ersten Befragung im Jahr 1993. Hingegen wird die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität zunehmend in Frage gestellt. Bei zwei von drei erhobenen Fragen glaubt eine knappe Mehrheit der schweizerischen Bevölkerung nicht mehr an diese Funktion. Dies könnte eine Wende in der Wahrnehmung der autonom zu leistenden Sicherheitsmöglichkeiten der schweizerischen Armee und zugleich ein möglicher Vertrauensverlust in die Fähigkeiten des Militärs als sicherheitspolitisches Instrumentarium bedeuten. Dies korrespondiert mit der schon in den Sicherheitsberichten 1999 und 2000 genannten Vermutung, dass durch die fortschreitende Technisierung der Kriegsführung und die im Kosovo-Konflikt gemachten Erfahrungen der Nato eine veränderte Wahrnehmung der Möglichkeiten militärischer Schutzmassnahmen durch die Schweiz bei der Schweizer Bevölkerung entstanden ist.

8.2.1 Die Solidaritätsfunktion der Neutralität

Nach dem die positiv formulierte Solidaritätsfunktion im letzten Jahr noch einen Höchststand erreichte, sinkt sie dieses Jahr – allerdings in den Grenzen des Stichprobenfehlers – wieder leicht (siehe Abbildung 8.2, obere Hälfte). Dennoch sieht eine überwältigende Mehrheit von 84% (-2%) die Beziehung zwischen der Neutralität und der internationalen Vermittlerrolle der Schweiz in Konflikten als gegeben an. Am skeptischsten gegenüber der positiven Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität zeigen sich Personen mit einer politisch links stehenden Einstellung (78%), die harten Öffnungswilligen (73%) und vor allem Schweizer BürgerInnen, welche kein Vertrauen in die Armee haben (65%). Dies deutet darauf hin, dass die Neutralität der Schweiz vor allem über die Institution Militär definiert wird, denn Personen, welche kein Vertrauen in diese Institution legen, möchten überdurchschnittlich stark auf die Neutralität verzichten.

Während in den letzten Jahren die negativ formulierte Solidaritätsfunktion, die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln, vermehrt Zuspruch erhielt, teilen dieses Jahr nur noch 40% (-6%) der Bevölkerung diese Meinung. Es scheint, dass im Gegensatz zur Befragung 2000 sich wiederum die Überzeugung breit macht, dass die Schweiz auch als neutrales Land mit den europäischen Nachbarstaaten gut zusammenarbeiten kann, wie dies das Beispiel im Kosovo zeigt. Während im Jahr 2000 noch die französische und italienische Schweiz mehrheitlich die Neutralität als Hindernis solidarischen Handels betrachtete, sind es heute nur noch politisch links stehende Personen (54%, +2%).

Die Unterschiede zwischen den drei internationalen Kooperationstypen sind noch ausgeprägter als im letzten Jahr²⁶. Bei den Kooperationstypen sind es vor allem die „harten“ Öffnungswilligen, welche die schweizerische Neutralität unter dem Gesichtspunkt internationaler Solidarität hinterfragen (60%, -4%). Auf der anderen Seite sehen nur noch 27% (-9%) der Autonomisten und 33% (-11%) der „weichen“ Öffnungswilligen die Solidaritätsfunktion negativ. Es ist somit festzustellen, dass die schweizerische Neutralität allgemein wieder verstärkt als kompatibel mit solidarischem und kooperativem Handeln betrachtet wird.

Auch wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bieten würde, sind nur mehr 28% (-5%) der Bevölkerung damit einverstanden, sie deshalb aufzugeben. Diese negative instrumentelle Nutzenbetrachtung der Neutralität (siehe Abbildung 8.2, untere Hälfte) wird seit Beginn der Befragungsreihe im Jahr 1993 noch nie so klar verworfen. Die Bereitschaft, auf die Neutralität zu verzichten, falls sie keinen Nutzen mehr bringt, ist signifikant gesunken. Wenn zu diesem Befund zugleich die negativen Nutzenbetrachtungen der Solidaritäts- und Identitätsfunktionen, welche ebenfalls im Jahr 2001 weniger Zustimmung erhalten, beigezogen werden, ist festzustellen, dass die Bevölkerung mögliche negative Auswirkungen der schweizerischen Neutralität wesentlich geringer einstuft als im Jahr zuvor.

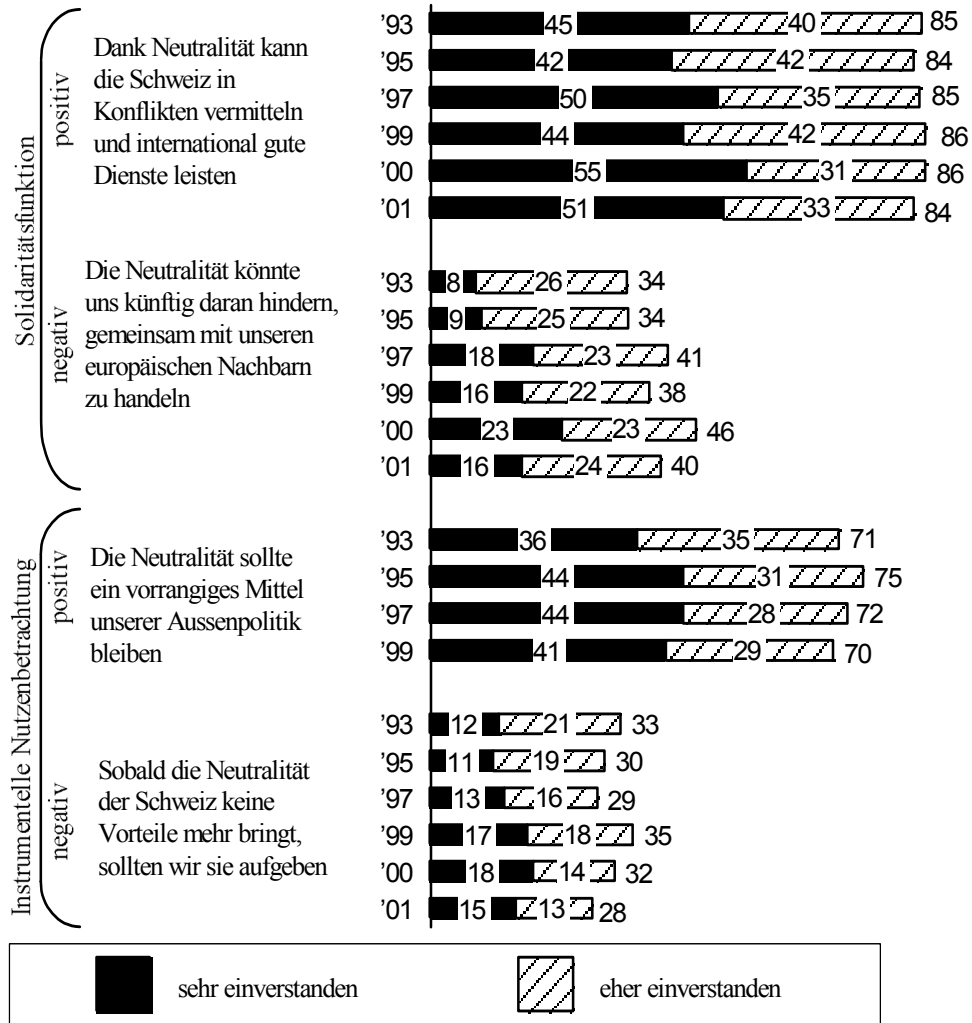
Die 18-29-Jährigen bejahen wie letztes Jahr überdurchschnittlich die Vorgabe, die Neutralität aufzugeben, wenn sie keine Vorteile mehr bringt (38%, -4%), während die über ab 60-Jährigen nur zu 23% (+1%) diese Ansicht teilen ($\gamma=0.19$). Vor allem die französische Schweiz (41%) und Personen mit einer politisch links stehenden Einstellung (41%) betrachten die Neutralität stärker aus einer Nutzenperspektive und sind eher gewillt, diese bei sinkenden Vorteilen aufzugeben.

Fazit: Es lässt sich feststellen, dass die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität sich heuer stärker akzentuiert als im letzten Jahr. Die Neutralität wird immer weniger aus einer rein instrumentellen Kosten-Nutzen-Abwägung sondern derzeit wieder vermehrt als ein Wert an sich betrachtet.

²⁶ 2000: CC= 0.26; 2001: CC= 0.31

Abbildung 8.2

Die Wahrnehmung der Solidaritätsfunktion und des instrumentellen Stellenwertes der Neutralität (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/279/01/P4/sr

8.2.2 Die Identitätsfunktion der Neutralität

Über zwei Drittel der Befragten (67%, -2%) sind der Ansicht, dass die Neutralität untrennbar mit dem schweizerischen Staatsgedanken verbunden ist (siehe Abbildung 8.3). Diese positive Bewertung der Identitätsfunktion der Neutralität bleibt weiterhin auf einem hohen Niveau stabil. Vor allem die ältere Generation²⁷ teilt diese Meinung weiterhin überdurchschnittlich, während die jüngste Generation ihr nur zu 64% zustimmt (+2%). Festzustellen ist aber dabei, dass sich die jüngste Generation nicht mehr so stark von den beiden anderen Alterskohorten abhebt, wie dies besonders im Jahr 1999 (57%) der Fall war. Auffallend ist, dass vor allem die italienische Schweiz (86%) die Neutralität in enger Verbindung mit dem schweizerischen Staatswesen sieht. Ebenfalls teilen die politisch rechts stehenden (80%, -3%) und die bildungstieferen Schichten (79%) diese Ansicht überdurchschnittlich häufiger. Auf der anderen Seite stehen politisch links positionierte Personen (57%, +1%). Am deutlichsten zeigt sich aber der Unterschied bei den Kooperationsstypen²⁸, bei denen neu nur noch eine Minderheit der „harten“ Öffnungswilligen die Neutralität mit dem Staatsgedanken verbindet.

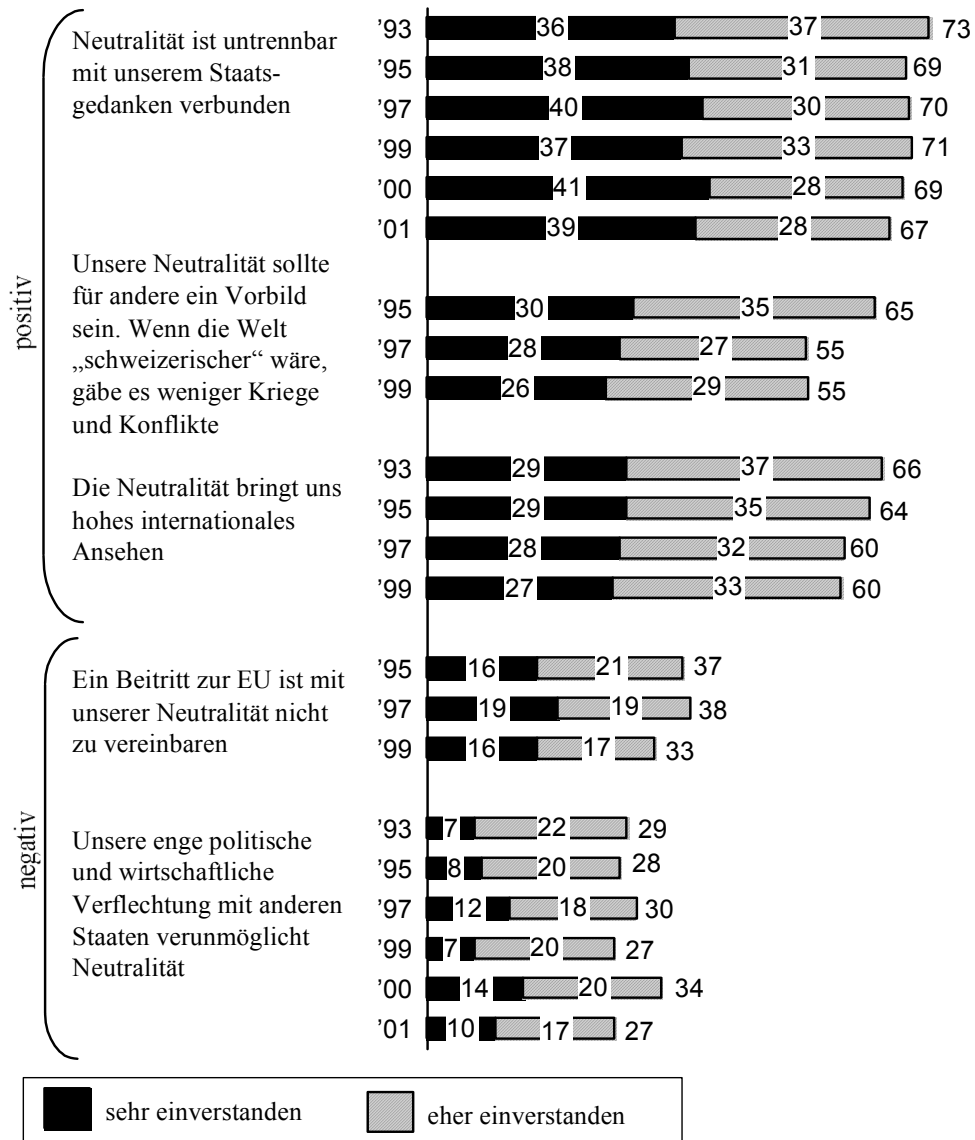
Nur noch 27% (-7%) aller befragten SchweizerInnen sind der Meinung, dass unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten die Neutralität verunmöglicht. Somit wird die negative Identitätsfunktion weiterhin konstant niedrig eingestuft. Die im Bericht „Sicherheit 2000“ aufgestellte Hypothese, wonach die Einsicht steige, dass durch die Globalisierung der Märkte und die wachsende politische Vernetzung die Beibehaltung der traditionellen schweizerischen Neutralität immer stärker erschwert werde, scheint für das Jahr 2001 ihre Gültigkeit verloren zu haben. Die These behält aber eine gewisse Gültigkeit bei den sich politisch links positionierenden SchweizerInnen (43%, -3%) und den „harten“ Öffnungswilligen (42%, -4%), welche die Neutralität eher als unvereinbar mit den wirtschaftlichen und politischen Verflechtungen sehen. Am stärksten lehnen die Autonomisten (19%) und politisch rechts stehende Personen (20%, -6%) diese Aussage ab und sehen keine Bedeutungsabnahme der Neutralität infolge der weltweit zunehmenden Interdependenzen auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet.

²⁷ 81%, +3%; $\gamma = -0.29$

²⁸ „Harte“ Öffnungswillige: 44%, -9%; „weiche“ Öffnungswillige: 73%, -6%; Autonomisten: 85%, -1%; $CC = 0.39$

Abbildung 8.3

Wahrnehmung der Identitätsfunktion der Neutralität (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/278/01/P1/sr

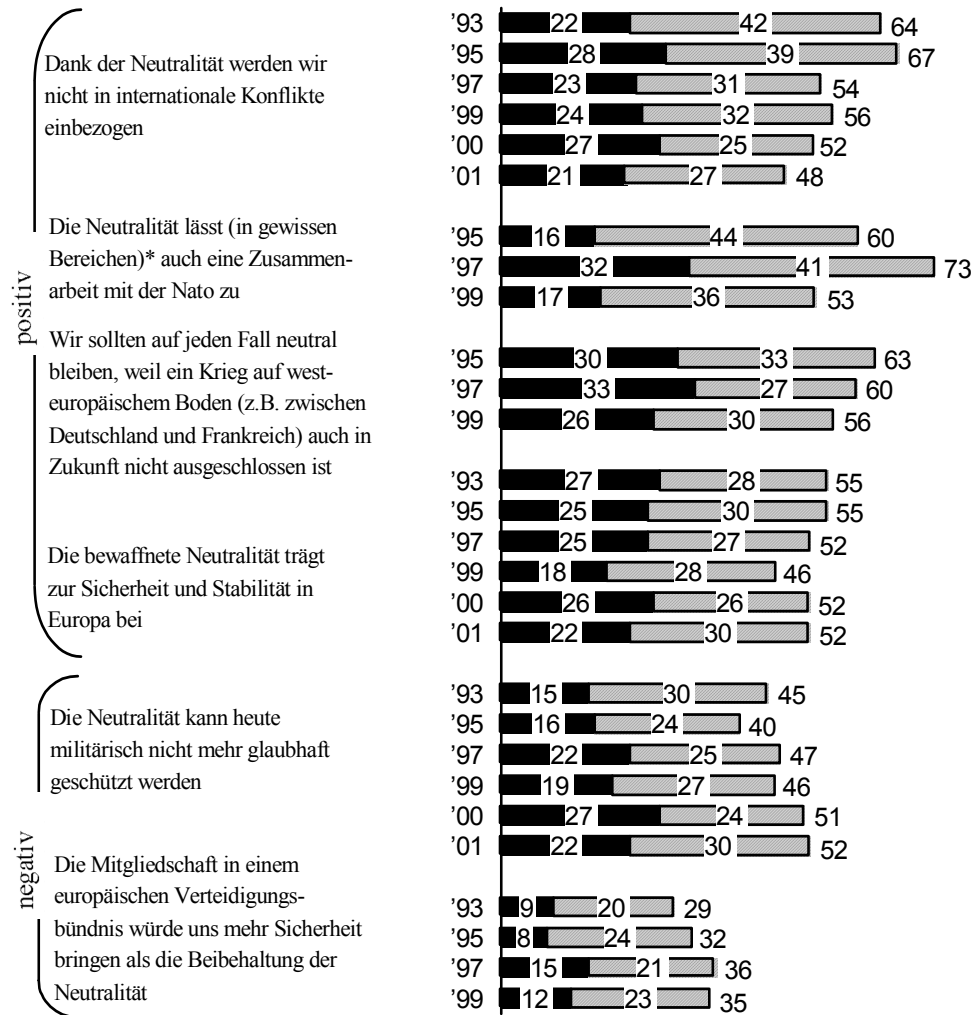
8.2.3 Die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität

Während noch im Jahre 2000 die schweizerische Bevölkerung knapp an die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität glaubte, ist dies im Jahre 2001 nicht mehr der Fall. Erstmals seit Beginn der Erhebung im Jahr 1993 wird die positive sicherheitspolitische Wirkung der Neutralität in Frage gestellt (siehe Abbildung 8.4). So teilen nur noch 48% (-4%) die Auffassung, dass die Schweiz Dank der Neutralität in keine internationalen Konflikte einbezogen wird. Der zweiten in diesem Jahr erhobenen Frage zur positiven sicherheitspolitischen Wahrnehmung der schweizerischen Neutralität wird knapp zugestimmt. 52% ($\pm 0\%$) sehen in der bewaffneten Neutralität ein Element der Sicherheit und Stabilität in Europa. Dieser Sicherheitswert der bewaffneten Neutralität wird aber unterschiedlich eingeschätzt. Keine Mehrheit findet diese Aussage bei den „harten“ Öffnungswilligen (40%, -2%) und vor allem bei politisch links stehenden Befragten (35%, -9%). Auf der anderen Seite unterstützen die ab 60-Jährigen (71%, +2%), politisch rechts positionierte SchweizerInnen (64%, -3%), und Befragte mit einem tieferen formalen Bildungsstand (64%) diese Vorgabe überdurchschnittlich stark. Regionale Unterschiede, welche in früheren Umfragen offensichtlich hervortraten, gleichen sich im Jahre 2001 an. Ähnlich verhält sich die Antwortverteilung zur Aussage „Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte einbezogen“. Hier sind es vor allem die 30-59-Jährigen (44%), politisch links stehende (40%) und Personen mit einem höheren Bildungsabschluss (42%, +1%), die dieser Aussage mehrheitlich nicht mehr zustimmen können. Am klarsten unterscheiden sich aber die internationalen Kooperationstypen²⁹.

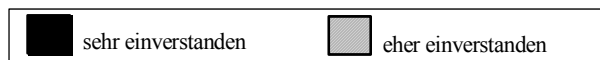
²⁹ „Harte“ Öffnungswillige: 30%; „weiche“ Öffnungswillige: 53%; Autonomisten: 62%; CC=0.31.

Abbildung 8.4

Wahrnehmung der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität
(Angaben in Prozent)



* Die abgeschwächte Formulierung wurde 1995 und 1997 verwendet.



Diese zwei Vorgaben zur positiven sicherheitspolitischen Funktion beziehen sich unter anderem auf die Bewaffnung und Schlagkraft der Armee. Es scheint deshalb, dass – wie letztes Jahr festgestellt – der Glaube an die autonome Verteidigung der Schweiz in gewissen Bevölkerungsschichten gebrochen ist. Unterstützt wird diese Vermutung dadurch, dass die negativ formulierte Lagebeurteilung von einer knappen Mehrheit von 52% (+1%) angenommen wird. Die Erfahrungen des Kosovokonfliktes, bei welchem die Geschlossenheit der europäisch-amerikanischen Allianz eindrücklich gezeigt wurde, haben wahrscheinlich dazu beigetragen, dass hier zu Lande gewisse Zweifel am sicherheitspolitischen Wert der Neutralität aufgekommen sind. Seit der Augustbefragung 1999 erhält nämlich die Aussage „Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden“ die Zustimmung einer Mehrheit der befragten Personen. Die Glaubwürdigkeit der autonomen Verteidigungsfähigkeit der Schweiz ziehen die „harten“ Öffnungswilligen (74%, +3%) in Zweifel. Weiter überdurchschnittlich kritisch stehen politisch links stehende (69%, +3%) und die französische Schweiz (67%) dem militärischen Schutzwert der Neutralität gegenüber.

Fazit: Es lässt sich festhalten, dass die Identitäts- und Solidaritätsfunktionen der Neutralität im Bewusstsein der Bevölkerung nach wie vor stark verankert sind. Im Gegensatz zu den letzten beiden Jahren scheint es gar, dass sie einen noch höheren Stellenwert geniessen. Vor allem mögliche Negativwirkungen der Neutralität werden weniger als früher wahrgenommen. Konträr dazu erodiert die Überzeugung in die sicherheitspolitische Funktion der Neutralität als dissuasiven Faktor. Nur noch eine Minderheit der schweizerischen Bevölkerung ist der Ansicht, dass der Neutralitätsstatus der Schweiz diese vor dem Einbezug in internationale Konflikte schützt.

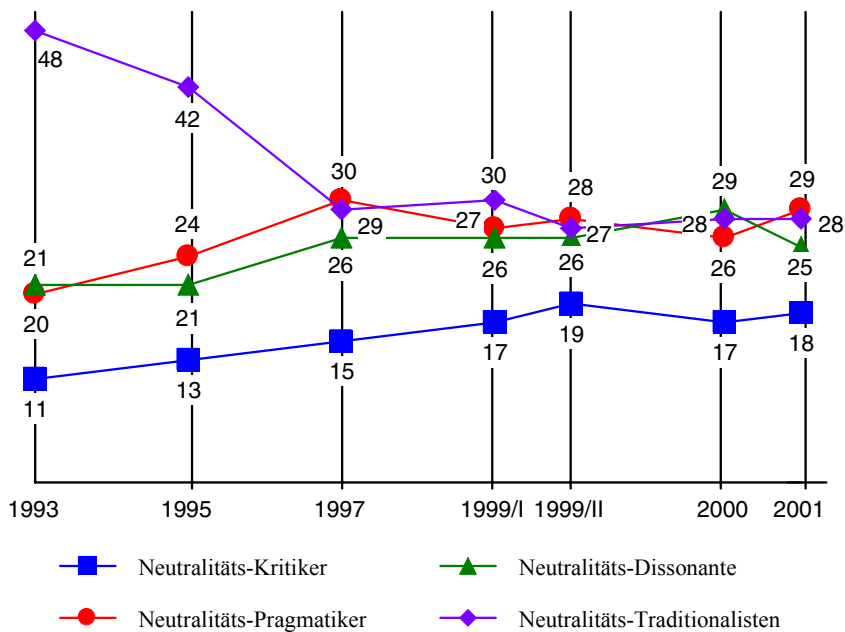
8.3 Neutralitätsauffassungen – eine Typologie

Wie bei der grundsätzlichen aussenpolitischen Kooperationsbereitschaft kann auch bei den Neutralitätsauffassungen erwartet werden, dass sich verschiedene Auffassungstypen mit Hilfe einer Clusterbildung erkennen lassen (siehe Abbildung B im Anhang II). Die Neutralitätsauffassungen indizieren alle Neutralitätsfunktionen in positiver (links in der Abbildung) und in negativer Besetzung (rechts in der Abbildung). Eine angemessene befriedigende Lösung zur Erklärung der Variation bildet eine 4-Cluster-Variante (vgl. Anhang I). Ihr lassen sich von 1235 Befragten deren 1002 eindeutig zuordnen. Die vier Typen können wie folgt charakterisiert werden:

Neutralitätskritiker: Personen dieses Meinungstypus stehen der positiven Solidaritätsfunktion kritisch gegenüber und lehnen die positive sicherheitspolitische Funktion und die positive Identitätsfunktion klar ab (siehe Abbildung B im Anhang II). Sie bestreiten die Glaubwürdigkeit der bewaffneten Neutralität, welche nach ihrer Meinung nicht zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann und meinen auch, dass die Schweiz nicht nur wegen ihrer Neutralität von Konflikten weitgehend verschont bleibt. Hingegen befürworten sie alle negativen Neutralitätsfunktionen. Eine nützlichkeitsorientierte Bewertung der Neutralität billigen sie deutlich, d.h. die Maxime soll dann über Bord geworfen werden, wenn sie keine Vorteile mehr bringt. Knapp billigen sie auch die Aussage, dass unsere enge internationale Verflechtung die Neutralität verunmögliche. Die Kritiker halten die schweizerische Neutralität offensichtlich für ein nationalegoistisches Konzept, das die Schweiz daran hindert, ihre internationale Mitverantwortung zu übernehmen. Es lässt sich somit folgern, dass aus ihrer Sicht die Neutralität den heutigen politischen Gegebenheiten, nämlich der internationalen Verflechtung der Schweiz und den sich daraus ergebenden Forderungen an solidarischem Handeln nicht mehr entspricht.

Abbildung 8.5

Neutralitätsauffassung (Typen) und ihre anteilmässige Veränderung 1993-2001
(Angaben in Prozent)



Der Typus des Neutralitätskritikers hat sich anteilmässig im Beobachtungszeitraum 1993 bis 2001 von 11% auf 18% ([15%]³⁰; +1%) aller gültigen Befragten erhöht (siehe Abbildung 8.5). Seit 1999 ist sein Anteil an den Neutralitätstypen konstant geblieben.

Neutralitätspragmatiker: Sie glauben an die internationale Solidaritätsfunktion der schweizerischen Neutralität (siehe Abbildung B im Anhang II). Auch der Identitätsfunktion stimmen sie knapp zu. Gegenüber der sicherheitspolitischen Funktion der Neutralität sind sie hingegen kritischer eingestellt. Vor allem glauben sie nicht, dass die Schweiz dank ihrer Neutralität von Konflikten verschont bleibe und dass die bewaffnete Neutralität zur Sicherheit und Stabilität in Europa beitragen kann. Diese Meinung teilen sie mit den Neutralitätskritikern. Uneins sind sie sich in der Beurteilung, ob die Neutralität heute militärisch noch glaubhaft geschützt werden könne. Die Neutralitätspragmatiker betrachten die Neutralität nicht nur aus der Sicht einer rein instrumentellen Nutzenbetrachtung. So wollen sie die Neutralität nicht sogleich aufgeben, wenn sie der Schweiz keinen Nutzen mehr bringt. Sie sind sich aber uneins, ob die Neutralität eng mit der schweizerischen Staatsidee verbunden ist. Anders als die Kritiker teilen sie aber die Meinung nicht, die internationale Verflechtung der Schweiz verunmögliche die Neutralität. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die Pragmatiker die Solidaritäts- und Identitätsfunktionen akzeptieren, aber an der sicherheitspolitischen Schutzwirkung der Neutralität eher zweifeln.

Die Neutralitätspragmatiker haben im Beobachtungszeitraum 1993-2001 von 20% auf 29% ([23%]; +3%) der Befragten zugenommen. Damit stellen sie wie 1997 und 1999 anteilmässig die grösste Gruppe unter den Neutralitätstypen.

Neutralitätsdissonante: Personen dieses Auffassungstypus beantworten fast alle positiven und alle negativen Neutralitätsfunktionen zustimmend (siehe Abbildung B im Anhang II). Besonders hohe Zustimmung erhält die Solidaritätsfunktion, aber auch die Identitätsfunktion erfreut sich eines hohen Stellenwerts. Dass die Neutralität eine positive Wirkung auf die europäische Sicherheit und Stabilität ausübe, wird von einer Mehrheit geglaubt. Der sicherheitspolitische Nutzen der Neutralität ist in dieser Meinungsgruppe kaum bestritten. Gleichzeitig stimmen Personen dieses Typus indessen auch den gegenteiligen Vorgaben zu, die Neutralität könne militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden und sie könne die Schweiz vom gemeinsamen Handeln mit den europäischen Nachbarn abhalten. Uneins sind sie sich,

³⁰ 19% der Befragten lassen sich keinem Neutralitätstypus zuordnen. Die erstgenannte Prozentzahl nennt deshalb den Anteil eines Typus an allen Personen, die einem Typus zugeordnet werden können. In eckigen Klammern wird der Anteil eines Typus an der Gesamtstichprobe von 1235 Personen angegeben.

ob sie auf die Neutralität verzichten wollen, wenn klar wäre, dass sie der Schweiz keine Vorteile mehr bringen würde. Ebenfalls unklar ist für diesen Typus, ob die internationale Verflechtung die Neutralität verunmöglicht. Mit dieser widersprüchlichen Haltung bringt der Dissonanz-Typus in jedem Fall ein erhebliches Mass an Verunsicherung in Neutralitätsfragen zum Ausdruck. Um diese Widersprüchlichkeit analysieren zu können, wurden schon im Bericht „Sicherheit 97“ zwei mögliche Erklärungen vorgeschlagen, welche hier wiederum genannt werden: Personen dieser Auffassungsrichtung sehen die sich verstärkenden objektiven Hindernisse für die schweizerische Neutralität, möchten aber subjektiv und emotional an ihr festhalten. Sie sind sich der Unvereinbarkeit ihrer Haltung bewusst und nehmen ihre kognitive Dissonanz wahr. Oder aber sie sind sich ihrer gegensätzlichen Haltung gar nicht bewusst, sind eher apolitisch und haben sich noch kaum eingehend mit Fragen der Neutralität auseinandergesetzt.

Anteilmässig erhöhten sich die Neutralitätsdissonanten im Zeitraum 1993-2001 von 21% auf 25% ([20%]; -4%). Nachdem die Dissonanten im Jahr 2000 noch die grösste Gruppe stellte, sinkt ihr Anteil am stärksten. Dies kann somit als Zeichen gedeutet werden, dass sich die Schweizer Bevölkerung im Jahr 2001 eine klarere Meinung in Bezug auf die Neutralität bildet.

Neutralitätstraditionalisten: Im Vergleich zu den anderen Neutralitätstypen erfahren insbesondere die Solidaritätsfunktion und die Identitätsfunktion eine überdurchschnittlich hohe Zustimmung. Die Traditionalisten nehmen wie in den vorherigen Jahren alle Neutralitätsfunktionen als überaus positiv wahr und lehnen noch klarer jegliche Negativaussagen ab (siehe Abbildung B im Anhang II). Vor allem die Solidaritätsfunktion wird sehr hoch bewertet, denn der Glaube an die Guten Dienste dank der Neutralität ist ungebrochen, und die Traditionalisten sind überhaupt nicht damit einverstanden, dass die schweizerische Neutralität ein Hindernis für gemeinsames Handeln mit anderen europäischen Staaten darstellen könnte. Eine rein instrumentelle Betrachtung der Neutralität lehnen sie besonders stark ab. Auch wenn die Neutralität aus ihrem Blickwinkel keine Vorteile mehr bringen sollte, würden sie diese nicht aufgeben wollen. Damit wird der Neutralität eine hohe symbolische Wirkung zugeschrieben und wertmässig zum Selbstzweck erhoben. Dies wird dadurch unterstrichen, dass die Traditionalisten den schweizerischen Staatsgedanken mit der Neutralität emotional verbinden und die Schweiz mit „Neutralität“ gleichsetzen.

Im Zeitverlauf 1993-2001 ist der Anteil der Neutralitätstraditionalisten stark, nämlich von 48% auf 28% ([23%]; +/-0%) der Befragten, gesunken (siehe Abbildung 8.5). Seit 1997 scheint sich der Anteil der Traditionalisten konstant auf dem Niveau von rund 30% eingependelt zu haben.

Fazit: Im Zeitverlauf sind die vier Neutralitätsauffassungen seit 1997 ziemlich konstant geblieben. Die grossen Schwankungen zwischen den Jahren 1993 und 1997 haben sich geglättet, der früher dominierende Einfluss der Neutralitätstraditionalisten ist heute gebrochen. Wiederum stehen sich drei in etwa gleich grosse Blöcke gegenüber (Dissonante, Pragmatiker, Traditionalisten). Dabei hat sich heuer der Anteil der Dissonanten vermindert, die pragmatische Sichtweise der Neutralität hingegen hat zugenommen. Der vierte Block, die Kritiker, bildet gemessen an seinem Umfang seit der ersten Typologiebildung im Jahre 1993 das Schlusslicht. Diese Gruppe unterscheidet sich von den drei ersteren vor allem darin, dass sie der Solidaritätsfunktion und der Identitätsfunktion der Neutralität ablehnend gegenübersteht.

8.3.1 Die Neutralitätstypen nach wichtigen soziodemographischen Merkmalen

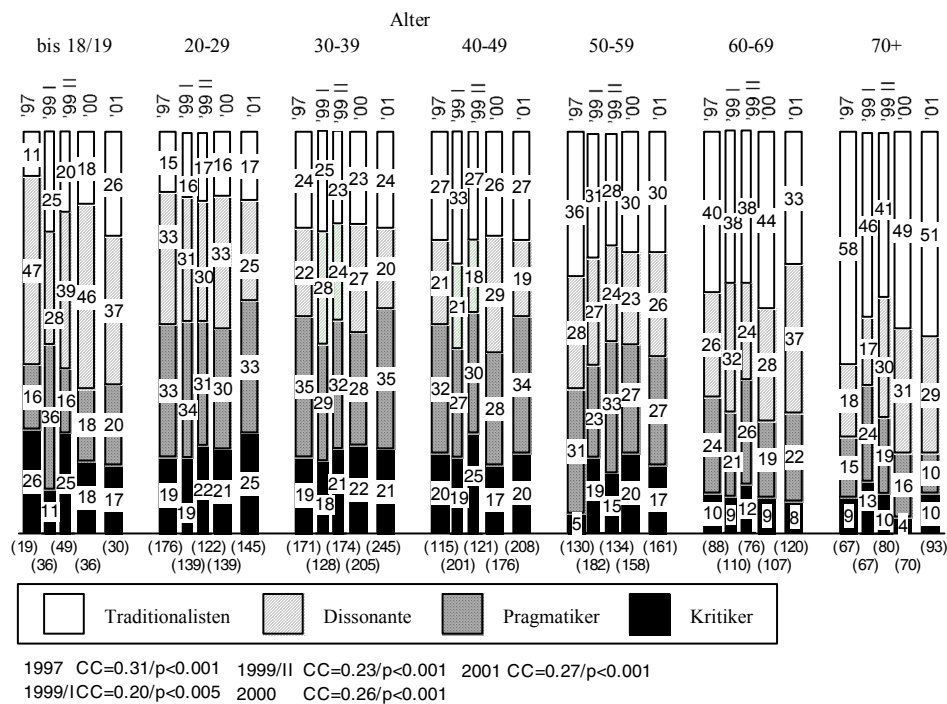
In Abbildung 8.6 und Abbildung 8.7 werden die Neutralitätstypen nach ausgewählten soziodemographischen Eigenschaften dargestellt. Die in den Abbildungen aufgeführten Merkmale Alter, Bildung und Sprachregion unterscheiden sich jeweils signifikant bezüglich ihrer Verteilung auf die verschiedenen Neutralitätstypen. Neben diesen Merkmalen differiert wiederum die politische Einstellung markant nach den einzelnen Typen. Vor allem die politisch links und politisch rechts Stehenden unterscheiden sich klar in Bezug auf ihre Häufigkeitsanteile am Kritiker- und Traditionalistentypus ($CC = 0.25$). 35% (+3%) der sich links positionierenden Personen lassen sich dem Kritikertypus zuordnen. Kohärent dazu unterstützen nur 13% (+1%) der politisch links Stehenden die traditionalistische Sichtweise. Umgekehrt sieht der statistische Befund bei den politisch rechts stehenden Befragten aus. Dort sind nur noch 8% (-3%) der Neutralität kritisch gegenüber eingestellt und 36% (-8%) teilen eine traditionalistische Neutralitätsauffassung. Bemerkenswert ist dabei der hohe Rückgang um 8% bei der traditionalistischen Auffassung. Dies kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass in Neutralitätsfragen sich eine klare Links-rechts-Trennung ausmachen lässt. Ebenfalls signifikant unterscheiden sich die Geschlechter. In Bezug auf die traditionelle Sichtweise kann festgestellt werden, dass sich die prozentuale Differenz zwischen Frauen und Männern im Vergleich zum letzten Jahr vergrössert hat. Die Frage, ob sich dieser Trend so weiterentwickelt, kann erst zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.

Wie in der Abbildung 8.6 dargestellt, unterscheiden sich die verschiedenen Altersgruppen wie in den letzten Jahren signifikant voneinander. Es lässt sich feststellen, dass mit steigendem Alter die traditionalistische Neutralitätsauffassung generell zunimmt. Ferner zeigen die Daten, dass bei den 20-29-Jährigen der Anteil der Kritiker (25%, +4%) und der Pragmatiker (33%, +3%) grösser wurde. Während sich

bei der ältesten Generation (über 70-Jährige) der immer noch kleine Anteil der Neutralitätskritiker mehr als verdoppelt (von 4% im Jahr 2000 auf 10%) hat, teilt wiederum wie schon 1997 die absolute Mehrheit dieser Altersklasse die traditionalistische Sichtweise (51%, +2%). Die vergleichsweise grössten Veränderungen innerhalb der verschiedenen Alterskohorten lassen sich aber bei den 60-69-Jährigen feststellen. Der bislang dominierende Traditionalistentypus büsst dieses Jahr stark an Bedeutung ein. Konnten noch im Jahr 2000 44% diesem Typus zugeordnet werden, so sind dies heuer nur noch 33% (-11%). Hingegen steigt der Anteil der Dissonanten deutlich an (37%, +9%).

Abbildung 8.6

Neutralitätsauffassungen nach verschiedenen Altersgruppen (Angaben in Prozent)

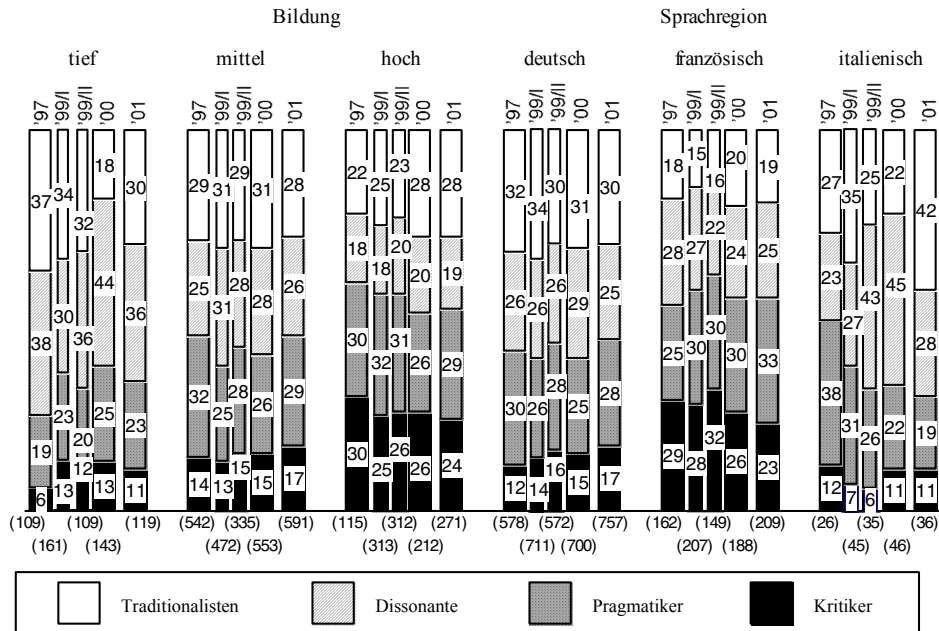


Die höchsten Bildungsschichten können nach wie vor überdurchschnittlich stark dem Kritikertypus zugeordnet werden (24%, -2%; siehe Abbildung 8.7), zugleich gewinnt die pragmatische Sichtweise wieder an Bedeutung (29%, +3%). Grosse

Veränderungen erfährt die tiefste Bildungsschicht. Während sich im Jahr 2000 auf Grund des hohen Anteils an Dissonanten eine Verunsicherung über die Neutralitätsinterpretation feststellen liess und vor allem der Traditionalistenanteil massiv an Zustimmung verlor, zeigt sich im Jahr 2001 ein anderes Bild. Auf Kosten einer dissonanten Neutralitätsauffassung (36%, -8%) gewinnen traditionalistische Sichtweisen vermehrt an Akzeptanz (30%, +12%). So ist die Einstellung der tieferen Bildungsschichten gegenüber der schweizerischen Neutralität ähnlich wie in den Jahren 1997 und 1999.

Abbildung 8.7

Neutralitätsauffassungen nach ausgewählten soziodemographischen Merkmalen (Angaben in Prozent)



© K. W. Haltiner 290/01/P2/sr

Signifikante Unterschiede bestehen zwischen den einzelnen Sprachregionen. Während die deutsche Schweiz weiterhin am stärksten die traditionalistische Neutralitätsauffassung teilt (30%, -1%), ist der pragmatische Neutralitätstypus in der französischen Schweiz Ton angehend (33%, +3%). Von den stärksten Schwankungen ist die italienische Schweiz betroffen. Der Anteil der Traditionalisten hat sich

fast verdoppelt und stellt mit Abstand den höchsten Wert dar (42%, +20%). Gleichzeitig reduziert sich anteilmässig die Zahl der Dissonanten auf 28% (-17%). Es lässt sich somit ein Wiederaufflackern des Traditionalismus in der italienischen Schweiz feststellen.

Fazit: Die Neutralitätsauffassungen variieren nach dem Alter, der Bildung, der Sprachregion, aber auch nach der politischen Einstellung und dem Geschlecht. Die verschiedenen Auffassungen nach soziodemographischen Merkmalen haben sich im Vergleich zu den Vorjahren kaum verschoben. Weiterhin gilt: Jüngere und mittlere Altersgenerationen, politisch links stehende, die französische Schweiz und Personen mit hohem Bildungsstand sind in der Regel neutralitätskritischer eingestellt, wohingegen ältere Personen, die italienische und deutsche Schweiz, politisch rechts positionierte und Befragte mit tiefem Bildungsstand sich überdurchschnittlich zum Neutralitätstraditionalismus hingezogen fühlen.

8.3.2 Der Zusammenhang zwischen der Neutralitätseinstellung und der Haltung zur aussenpolitischen Kooperation

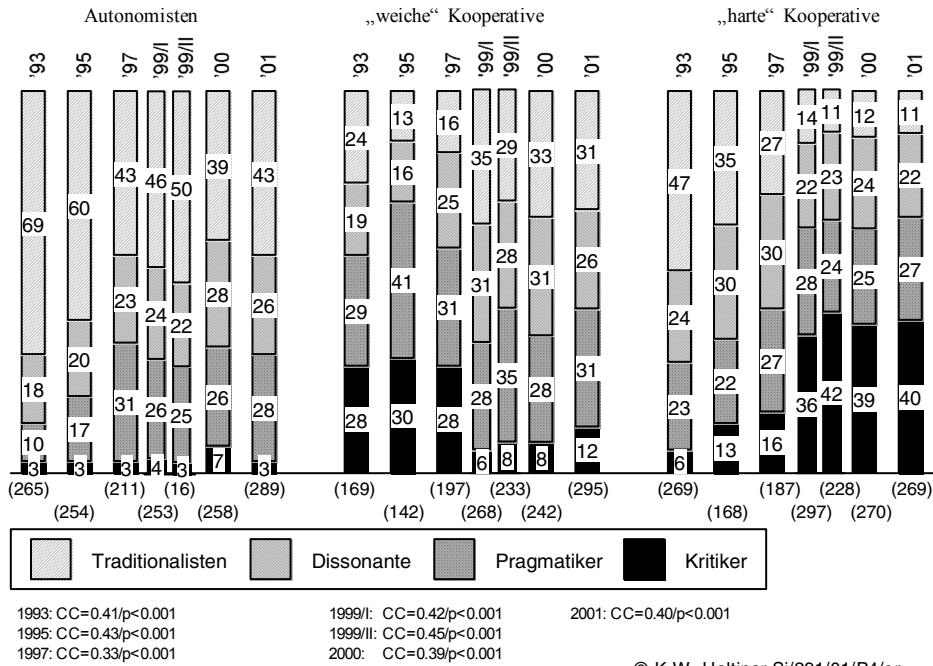
In ihrer Beurteilung der Neutralität unterscheiden sich Autonomisten und „harte“ Öffnungswillige immer mehr (siehe Abbildung 8.8). Der Anteil der „harten“ Öffnungswilligen mit einer kritischen Neutralitätsauffassung beträgt nach einem relativ stetigen Anstieg seit 1993 nunmehr 40% (+1%), während von ihnen bloss noch 11% (-1%) eine traditionalistische Auffassung teilen. Im Gegensatz dazu dominiert unter den Autonomisten eine traditionalistische Sichtweise. Nur noch 3% (-4%) unter ihnen lassen sich zu den Neutralitätskritikern zählen. Der Gesinnungswandel der Autonomisten, der im Balken 00 von Abbildung 8.8 anklingt, scheint demnach nur von kurzer Dauer gewesen zu sein.

Die „weichen“ Kooperativen tendieren wieder stärker zu einem pragmatischen Neutralitätsverständnis (31%, +3%). Vermehrt gewinnt bei den „weichen“ Öffnungswilligen der Kritikertypus an Boden (12%, +4%), ist aber von den Werten der Jahre 1993 bis 1997 noch weit entfernt.

Fazit: Auf der einen Seite tritt die zunehmende Unvereinbarkeit des Wunsches nach „harter“ aussenpolitischer Öffnung bei gleichzeitiger traditioneller Neutralitätsauffassung immer mehr zu Tage. Auf der anderen Seite gehen die traditionelle Sichtweise und Autonomiebetonung weiterhin, ja gar zunehmend Hand in Hand. Die pragmatisch orientierte Auffassung der „weichen“ Öffnungswilligen nimmt eine Mittlerposition ein.

Abbildung 8.8

Neutralitätsauffassung nach Kooperationstypen (Angaben in Prozent)



8.4 Die Schweizer Neutralität während des Zweiten Weltkrieges – Diskussion um das Geschichtsbild

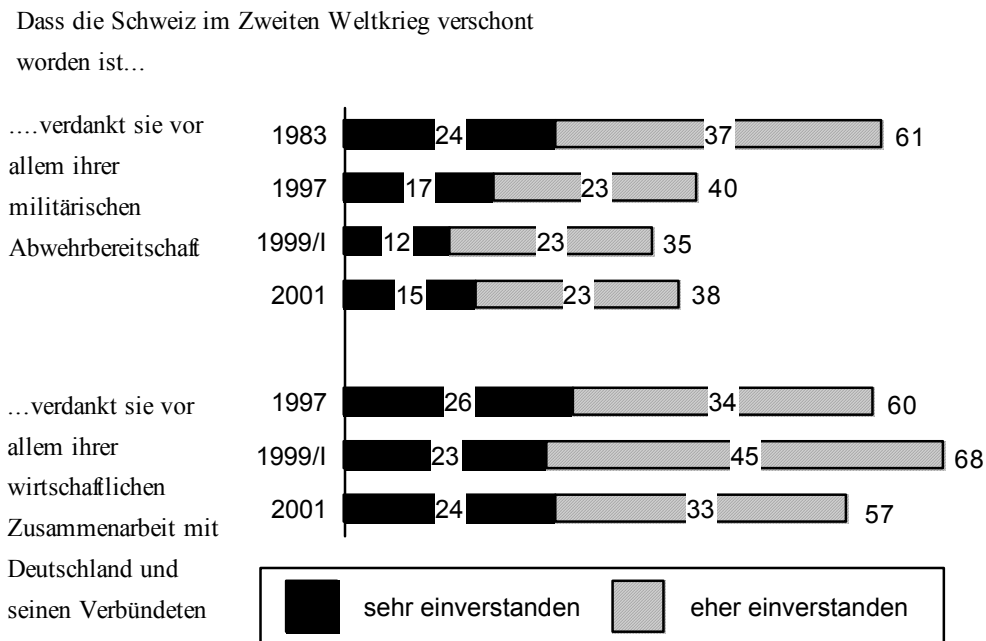
Um die Rolle der Schweiz im Zweiten Weltkrieg entbrannte 1996 eine öffentliche Diskussion. Das bisherige Geschichtsbild geriet ins Wanken. Die Thematik ist 2001 weiterhin aktuell und wird mit Interesse verfolgt. Die Diskussion um die „Solidaritätsstiftung“ und die damit verbundene Frage der AHV-Goldinitiative der SVP zeigen dies auf indirekte Weise.

Die Diskussion konzentriert sich unter anderem auf die Gründe der Verschonung der Schweiz vor kriegesischen Verwicklungen. Während die einen insbesondere die Neutralität und die militärische Abwehrbereitschaft herausstreichen, weisen andere auf die enge finanz- und wirtschaftspolitische Zusammenarbeit der Schweiz mit Deutschland und seinen Verbündeten hin.

Wie schon 1997 und 1999 wurden beide Haltungen den Befragten in der Form von zwei Vorgaben vorgelegt. Die Einstellung zur Vorgabe „Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft“ wurde bereits 1983 erstmals in einer eigenen Befragung erhoben, die Aussage „Dass die Schweiz im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten“ hingegen wurde 1997 erstmals gestellt (siehe Abbildung 8.9).

Abbildung 8.9

Wahrnehmung der Ursache der Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg
(Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/256/01/P4/sr

Der Glaube an die militärische Abhaltewirkung hat bis anhin im Zeitverlauf abgenommen, bereits vor der 1996 einsetzenden Diskussion. In diesem Jahr ist eine leichte Zunahme dieses Meinungsbildes zu konstatieren (38%, +3%), die allerdings im Rahmen des möglichen Stichprobenfehlers liegt. Unter den Neutralitätstraditionalisten teilt diese Auffassung eine Mehrheit (55%). Auch Personen, welche sich

politisch eher rechts positionieren, sind mehrheitlich von der militärischen Abwehrbereitschaft der Schweiz überzeugt (53%). Am häufigsten teilen diese Sichtweise die ab 60-Jährigen (61%, +10%). Eher schwer tun sich mit dieser Interpretation die 18–29-Jährigen (29%, +4%), die Höhergebildeten (24%, -3%), die Neutralitätskritiker (19%) und politisch links stehende Personen (18%, -4%).

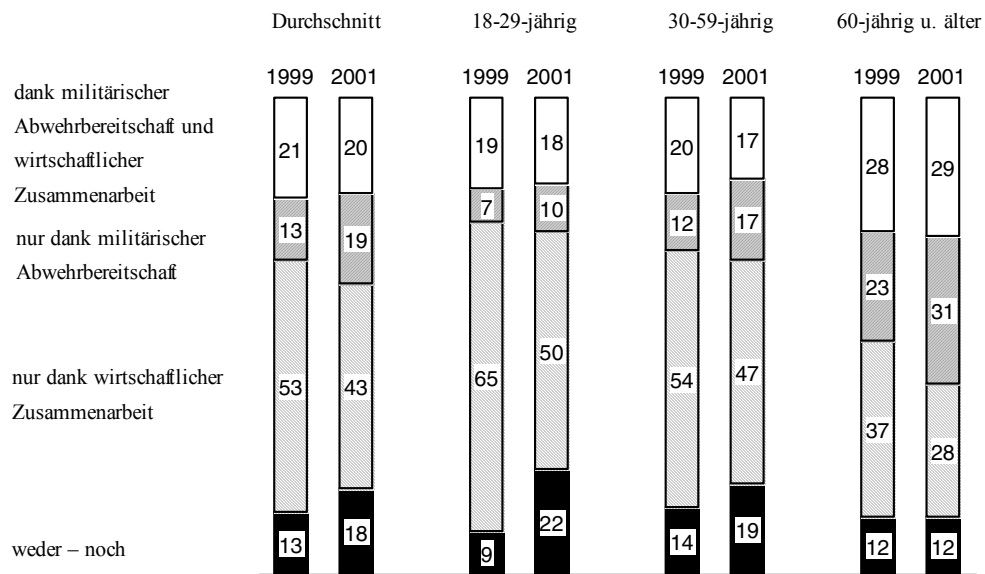
Während der Anteil jener, welche die militärische Abwehrstärke der Schweiz als Ursache der Verschonung im Zweiten Weltkrieg betonen, in etwa gleich geblieben ist, reduzierte sich hingegen der Anteil der Personen, welche die Ursachen der Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg in ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten sehen, signifikant von 68% auf 57% (-11%). Vor allem die Antwortkategorie „eher einverstanden“ verzeichnet einen grossen Rückgang (-12%). Überdurchschnittlich sind logischerweise die Neutralitätskritiker zu 80% mit dieser Interpretation der Geschichte einverstanden. Eine gewisse Verunsicherung bei der Frage nach den Ursachen der Verschonung des Landes im Zweiten Weltkrieg ist am hohen Anteil an „Weiss nicht“-Antworten auszumachen (8%). Dieser ist bei den Frauen (12%) und den unteren Bildungsschichten (12%) überdurchschnittlich hoch.

Die Verunsicherung zeigt sich vor allem darin, dass 20% (1999: 21%) der Befragten mit beiden Vorgaben gleichermaßen einverstanden sind, obwohl diese mit der Formulierung „vor allem“ bewusst prioritätensetzend, d.h. sich gegenseitig ausschliessend, formuliert waren (siehe Abbildung 8.10). Keine Mehrheit (43%, 1999: 53%) mehr findet die Vorgabe, dass die Schweiz ausschliesslich dank der wirtschaftlichen Zusammenarbeit verschont geblieben sei. Zugleich steigt der Anteil derjenigen, welche nur die militärische Abwehrbereitschaft als ausschlaggebend betrachten, von 13% auf 19%. Die Hervorhebung der militärischen Abwehrbereitschaft nimmt mit steigendem Alter zu. So sieht eine relative Mehrheit von 31% (+8%) der ab 60-Jährigen die militärische Abwehrbereitschaft als alleinigen Grund für die Verschonung der Schweiz während des Zweiten Weltkrieges. Dass nur wirtschaftliche Gründe die Schweiz vor einem Angriff durch Deutschland und seine Verbündete schützten, vermögen im Vergleich zu 1999 auch die 18–29-Jährigen (50%, -15%) sowie die 30–59-Jährigen (47%, -7%) weniger glauben. In diesen beiden Alterskategorien fällt besonders auf, dass sich eine zunehmende Zahl weder für die eine Sichtweise noch für die andere Perspektive festlegen möchten. Die hier präsentierten Daten stimmen weitgehend mit den Ergebnissen von 1997 überein, als die öffentliche Geschichtsdebatte erst richtig ins Rollen kam.

Abbildung 8.10

Gründe für die Verschonung der Schweiz im Zweiten Weltkrieg

Kreuztabellierung der Vorgaben „militärische Abwehrbereitschaft“ und „wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten“ (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner 292/01/P4/sr

Fazit: Es lässt sich aber feststellen, dass alle soziodemographischen Subgruppen mehrheitlich die Aussage unterstützen, dass die Schweiz dank ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und dessen Verbündeten im Zweiten Weltkrieg verschont worden ist. Im Gefolge der öffentlichen Debatte von 1996 bis 1998 wurde diese Ansicht immer häufiger vertreten – seit Februar 1999 ist die Popularität dieser Sichtweise wieder deutlich gesunken.

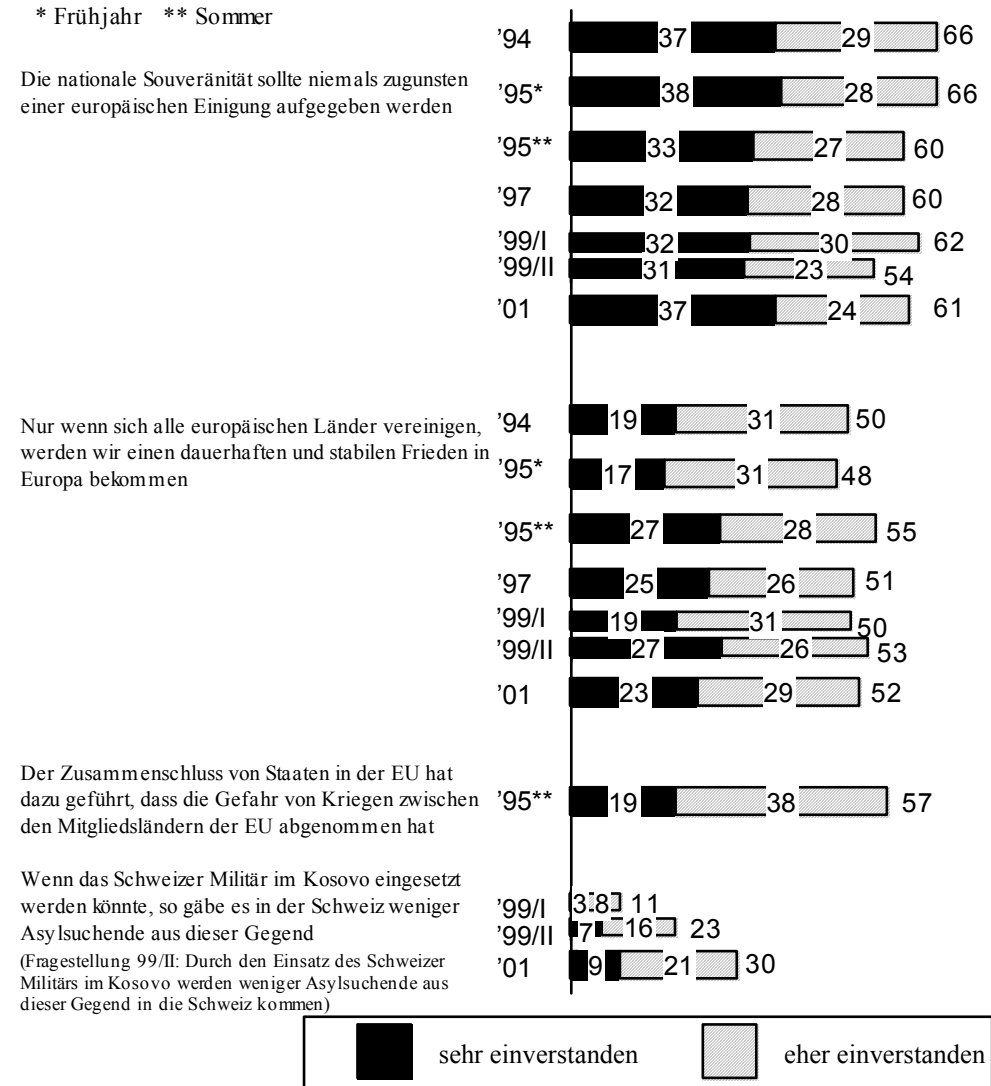
9 SICHERHEITSPOLITISCHE ASPEKTE DER INTERNATIONALEN KOOPERATION

9.1 Sicherheitspolitische Aspekte der internationalen Kooperation

Nach wie vor kann sich die schweizerische Bevölkerung nicht vorstellen, die nationale Souveränität zugunsten einer europäischen Einigung aufzugeben (61%; siehe Abbildung 9.1). Diese Meinung ist seit der Erstbefragung 1994 mit Ausnahme der Augustbefragung 1999 ungebrochen hoch und pendelt zwischen 60% und 66%. Die kritische Haltung gegenüber der europäischen Union bleibt bestehen und zeigt sich auch in der Ablehnung der „Ja zu Europa“-Initiative im März 2001 durch das Schweizer Stimmvolk. Besonders die ab 60-Jährigen (74%), politisch rechts stehende Personen (75%), Neutralitätstraditionalisten (83%) und Personen mit autonomistischer Einstellung (76%) sind sich in der Ablehnung der Souveränitätsaufgabe einig. Hingegen stimmen die Neutralitätskritiker dieser Aussage wie schon 1999 (38%) nicht mehr zu („sehr“ und „eher einverstanden“: 31%, -7%). Ebenfalls findet diese Meinung bei den „harten“ Öffnungswilligen (39%) und sich politisch links positionierenden Befragten (41%) keine Mehrheit mehr. Gerade umgekehrt ist das Antwortverhalten bei der Aussage „Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen“, welcher eine knappe Mehrheit von 52% zustimmt. Damit sind 74% der „harten“ Öffnungswilligen einverstanden, unter den Autonomisten hingegen nur 32%. Auch die französische Schweiz (74%) und politisch links Stehende (62%) bejahen diese Vorgabe überdurchschnittlich stark.

Abbildung 9.1

Sicherheitspolitische Aspekte der europäischen Integration (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/321/01/P2/sr

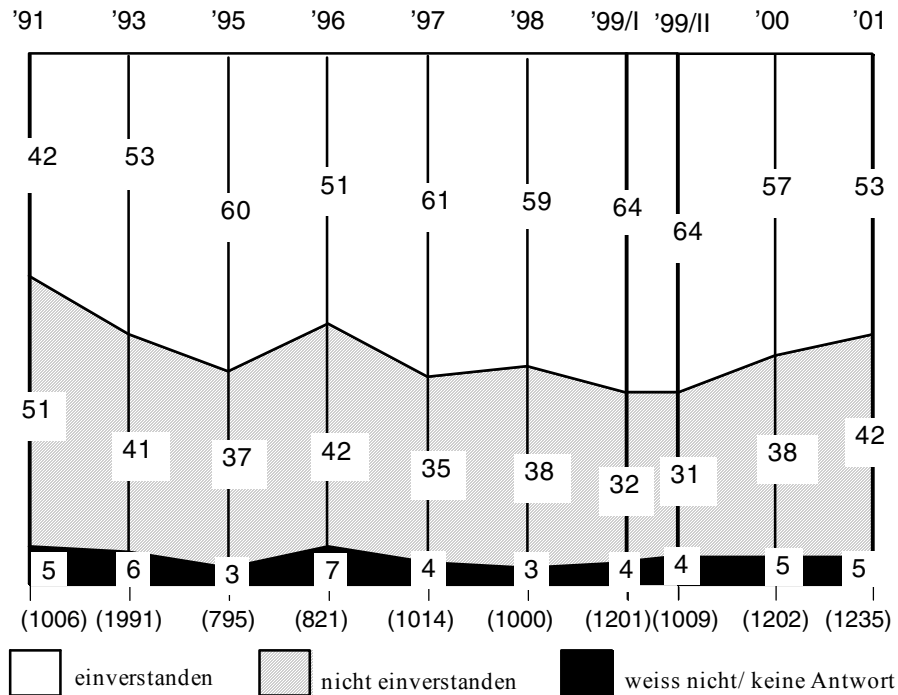
9.2 Wahrnehmung der nationalen Sicherheitsautonomie

Das Bewusstsein für die sicherheitsrelevante Vernetzung und die zunehmende Begrenztheit nationaler Sicherheitsautonomie ist, wie schon letztes Jahr, in der Bevölkerung zurückgegangen (siehe Abbildung 9.2). Nur mehr 53% (-4%) aller Befragten sind heuer der Meinung, dass die schweizerische nationale Sicherheit immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von der Schweiz selbst bestimmt werde. Es lässt sich somit ein grösseres Vertrauen in die selbstständige Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Schweiz feststellen.

Abbildung 9.2

Wahrgenommene nationale Sicherheitsautonomie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt“



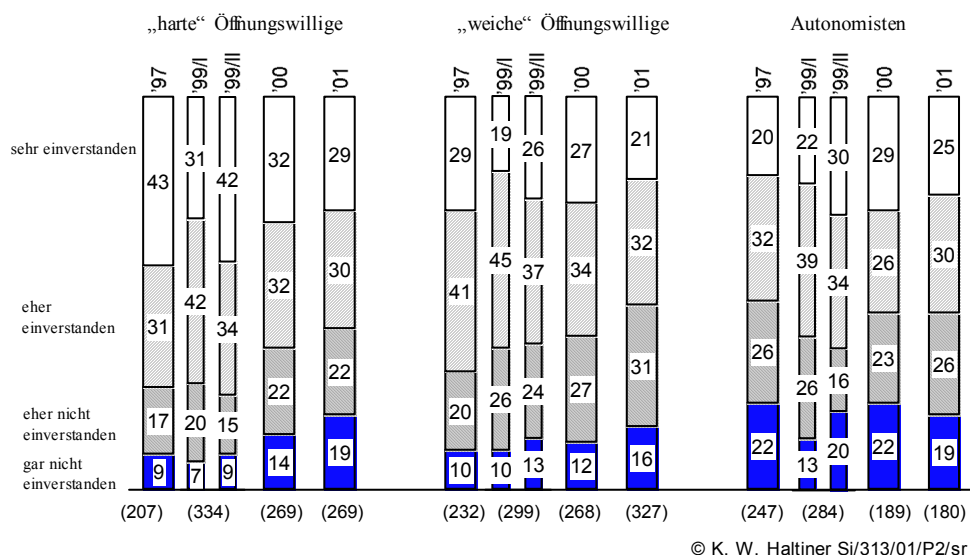
© K. W. Haltiner Si/379/01/P3/sr

Bei dieser Vorgabe lassen sich signifikante Unterschiede nach den soziodemographischen Ausprägungen erkennen. Allgemein fällt auf, dass auch wie letztes Jahr politisch links Stehende (60%, -3%), Personen mit höherer Bildung (61%, -2%), Neutralitätskritiker (68%, +1%) und Neutralitätsdissonante (65%, -5%) unterdurchschnittlich an die schweizerische Sicherheitsautonomie glauben. Besonders die französische Schweiz weist mit 66% (+5%) eine deutlich skeptischere Haltung auf als im Jahr 2000.

Abbildung 9.3

Bewusstsein für die Grenzen nationaler Sicherheitsautonomie der internationalen Kooperationstypologie (Angaben in Prozent)

„Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns bestimmt“.



© K. W. Haltiner Si/313/01/P2/sr

Innerhalb der drei internationalen Kooperationstypen ergeben sich ebenfalls Unterschiede (siehe Abbildung 9.3). Während die Autonomisten, wie letztes Jahr, zu 55% damit einverstanden sind, dass die Schweiz nur eine begrenzte eigene nationale Sicherheitsautonomie habe, sinkt der Anteil der „harten“ Öffnungswilligen bei dieser Frage von 64% im Jahre 2000 auf 59% und der Anteil der „weichen“ Öffnungswilligen auf 53% (-8%). Offensichtlich hat die autonome Verteidigungsfähigkeit der Schweiz in der Wahrnehmung der Bevölkerung wiederum leicht an

Wert gewonnen. Dies deckt sich mit der Renaissance der Befürwortung der Neutralität. Das internationale Engagement der Schweiz im Kosovo könnte zur Erkenntnis geführt haben, dass durch eine aktive Konflikt- und Krisenbewältigung in Kooperation mit anderen die eigene Sicherheitsautonomie durchaus gesteigert werden kann.

9.3 Abkommen mit der Nato: „Partnership for Peace“ (PfP)

Im Dezember 1996 hat die Schweiz den Vertrag über die sogenannte „Partnerschaft für den Frieden“, abgekürzt PfP, unterzeichnet. Das Partnerschaftsangebot ist so konzipiert, das jeder Partnerstaat seine Zusammenarbeit mit dem Atlantischen Bündnis selber bestimmen und auch jederzeit wieder aufkündigen kann. Die Schweiz beschränkt ihre Zusammenarbeit im geltenden Vertrag mit der Nato auf Ausbildungszusammenarbeit und unbewaffnete Kooperationsmodi im Rahmen humanitärer und ziviler Einsätze.

Mit denselben Vorgaben wie 1995, 1997 und 1999 ist im Jahre 2001 die Haltung der Bevölkerung zu verschiedenen Graden der sicherheitspolitischen Kooperation, wie sie im PfP-Programm vorgesehen sind, erhoben worden. Da bei den Befragten weder die Kenntnis des Begriffes „Partnership for Peace“ noch ein detailliertes Wissen über die Inhalte des Übereinkommens vorausgesetzt werden dürfen, sind einige Kernanliegen der PfP in einer grundsätzlichen Weise, d.h. nicht direkt auf das Abkommen mit der Nato bezogen, erhoben worden. Konkret wurde gefragt, ob man sich die in der Abbildung 9.4 aufgelisteten Möglichkeiten einer Zusammenarbeit der Schweizer Armee mit Armeen anderer europäischer Länder vorstellen könnte³¹. Die Intensität der Kooperationsbelange in Abbildung 9.4 nimmt von oben nach unten ab.

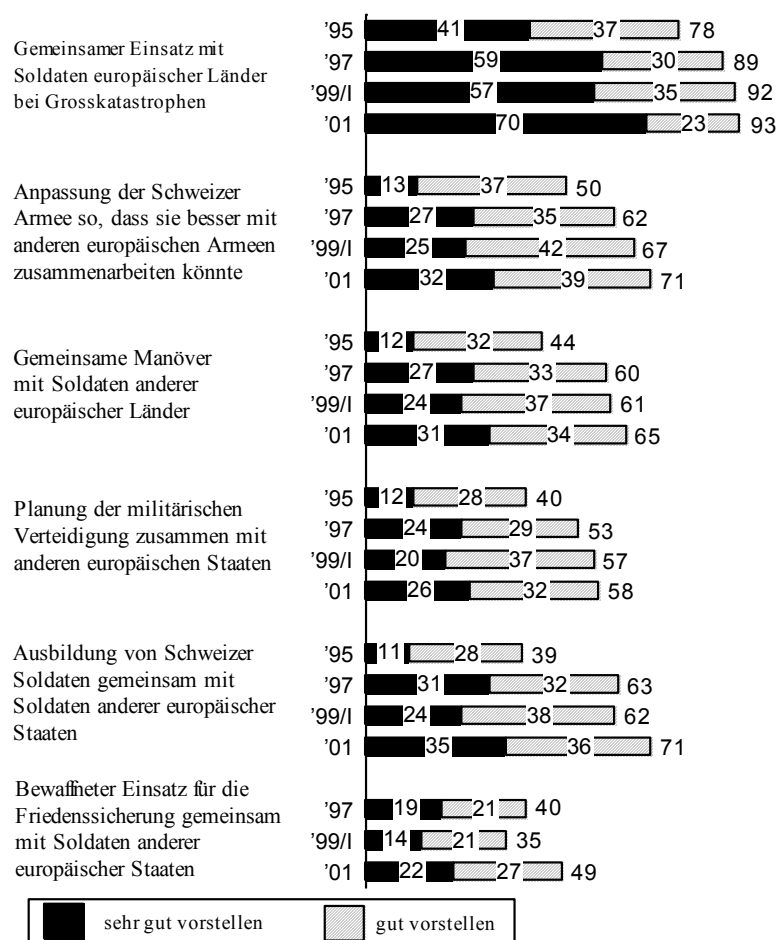
Allgemein lässt sich feststellen, dass alle Vorgaben positiver beantwortet werden als im Jahr 1999 und insgesamt ein steter Anstieg in der internationalen Kooperationsbereitschaft zu beobachten ist. Den grössten Zuwachs an Zustimmung erreicht der bewaffnete Einsatz zur Friedenssicherung mit Soldaten anderer Staaten (49%, +14%). Dies ist zugleich der höchste bis anhin festgestellte Zustimmungswert bei dieser Frage. Die Vorgabe wird dennoch nur von einer relativen Mehrheit bejaht. Hingegen erreichen die anderen fünf erhobenen Items eine absolute Mehrheitszustimmung der SchweizerInnen. Mit Abstand die höchste Billigung erfährt ein allfälliger Einsatz mit Soldaten europäischer Länder bei Grosskatastrophen (93%). Im Januar 2001 befürworteten auch sieben von zehn Befragten die Ausbildungs-

³¹ Antwortkategorien: „sehr gut vorstellen“, „gut vorstellen“, „eher nicht vorstellen“, „gar nicht vorstellen“.

zusammenarbeit und damit einhergehend die Anpassung der schweizerischen Armee an andere europäische Armeen. Insgesamt billigen zum Teil deutliche Mehrheiten die verschiedenen Formen der nonkombattanten Zusammenarbeit im Rahmen der PfP. Dieser Trend hat sich seit 1999 auf hohem Niveau stabilisieren können. Von daher bot sich den beiden Militärvorlagen vom 10. Juni 2001 eine gute Ausgangslage.

Abbildung 9.4

Einstellung zur Zusammenarbeit mit anderen Armeen, wie sie die Nato-Initiative PfP vorsieht (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner Si/257/01/P6/sr

1999 stimmte trotz signifikanten Unterschieden beim Antwortverhalten zu den fünf nonkombattanten Vorgaben jeweils eine Mehrheit von mindestens 50% der verschiedenen Bildungsschichten, Sprachregionen und Generationen diesen Aussagen zu. Im Jahr 2001 lässt sich hingegen feststellen, dass die italienische Schweiz der allfälligen Anpassung der schweizerischen Armee (43%) und der Durchführung gemeinsamer Manöver mit europäischen Ländern (49%) nicht mehr zustimmt. Keine Mehrheit findet ferner bei den tieferen Bildungsschichten (46%) und den ab 60-Jährigen (49%) die Möglichkeit, die militärische Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten zu planen. Vom positiven Grundtrend in der Kooperation lassen sich somit Rückschlüsse beobachten.

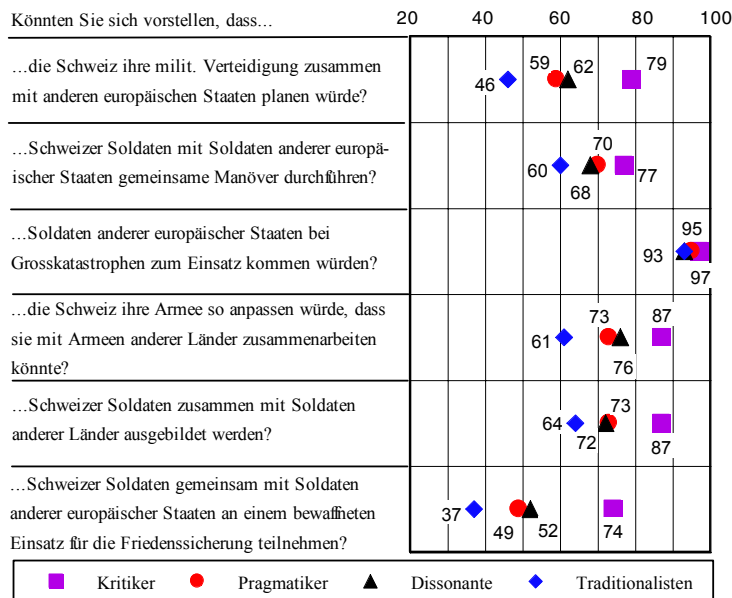
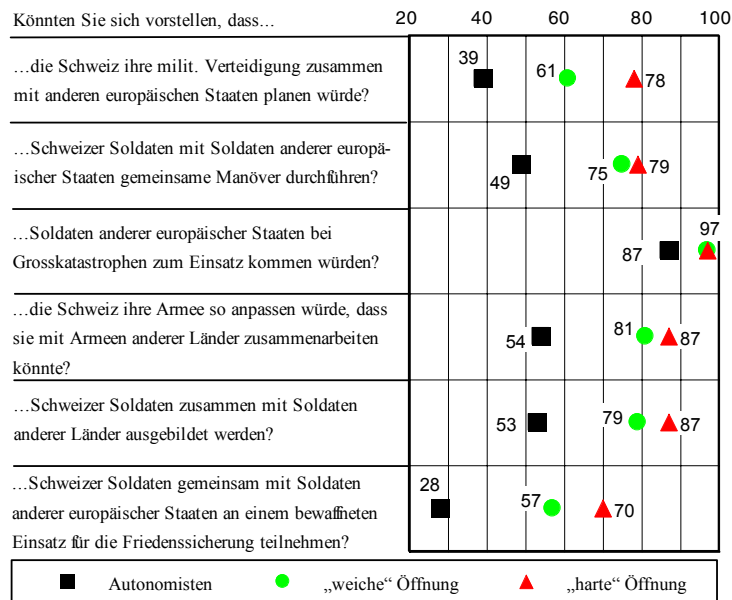
Der bewaffnet-kombattante Einsatz ist nach wie vor unvorstellbar für die absolute Mehrheit der SchweizerInnen. Der Anstieg der Zustimmung auf 49% (+14%) lässt sich möglicherweise auf den erfolgreichen Einsatz der Swisscoy im Kosovo zurückführen (vgl. Abschnitt 9.7). Eine Mehrheit findet die Vorgabe des bewaffnet-kombattanten Einsatzes in der französischen Schweiz (67%, +9%). Ebenfalls ist ein intergenerationeller Unterschied bei der kombattanten Friedenssicherung sichtbar: Sowohl die 18–29-Jährigen (60%) wie auch die 30–59-Jährigen (55%) können sich mehrheitlich einen bewaffneten Einsatz zumindest vorstellen, während nur ein Drittel (32%) der ab 60-Jährigen eine solche Möglichkeit in Betracht zieht. Der dabei festgestellte Unterschied ist hoch signifikant ($\gamma=0.25$).

9.4 Europäische Kooperationsbereitschaft nach internationalen Kooperationsstypen und Neutralitätstypen

Die sicherheitspolitische Bereitschaft zur Zusammenarbeit lässt sich nach den bereits bekannten Typologien der internationalen Kooperation und der Neutralitätsauffassungen aufschlüsseln. „Harte“ und „weiche“ Öffnungswillige und Personen, welche die Neutralität pragmatisch oder kritisch bewerten, sollten der sicherheitspolitischen Kooperation mit dem europäischen Ausland mehr Sympathien entgegenbringen als solche, die auf nationale Autonomie plädieren und eine eher traditionalistische Neutralitätsauffassung teilen. Wie die Abbildung 9.5 zeigt, trifft diese Erwartung zu. Unbestritten ist die Zusammenarbeit bei Grosskatastrophen bei allen Typen. Bei den Kooperationsstypen distanzieren sich die Autonomisten mehrheitlich von einer gemeinsamen Verteidigungsplanung und wollen nicht, dass Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsame Manöver durchführen. Der gemeinsamen Ausbildung stimmen sie nur knapp zu, ebenso der Anpassung der Schweizer Armee zwecks besserer Zusammenarbeit. Die „harten“ Öffnungswilligen indes unterstützen alle Vorgaben ganz klar (Zustimmungsrate zwischen 70% bis 97%).

Abbildung 9.5

Internationale militärische Kooperationsbereitschaft nach den internationalen Kooperationsstypen und den Neutralitätstypen (Angaben „könnte ich mir gut bzw. sehr gut vorstellen“ in Prozent)



Weniger polarisierend präsentiert sich das Einstellungsmuster nach der Neutralitätstypologie (siehe Abbildung 9.5). Bei den nonkombattanten Fragevorgaben heissen nur die Traditionalisten die gemeinsame Verteidigungsplanung nicht gut, ansonsten wird allen anderen Items mehrheitlich zugestimmt. Verglichen mit den Werten von 1997 und 1999 sind die einzelnen Typen in ihrem Einstellungsverhalten ziemlich robust, das heisst, ihre Zustimmung oder Ablehnung zu den einzelnen Vorlagen variiert über die Jahre nicht so stark wie bei den Kooperationsstypen. Von allen Typen scheinen die Neutralitätskritiker am stärksten die sicherheitspolitischen Zusammenarbeitsformen zu begrüessen, denn jede Antwortvorgabe wird zu mindestens 74% unterstützt.

Fazit: Es lässt sich feststellen, dass die Formen der sicherheitspolitischen Kooperation, wie sie das PfP-Programm vorsieht, in leicht steigendem Masse mehrheitlich akzeptiert werden, dass indes sich innerhalb einzelner soziodemographischer Ausprägungen (Sprachregion, Bildung, Alter) die Unterschiede im Antwortverhalten vergrössert haben. Weiterhin bleibt ein kombattanter Einsatz für eine Mehrheit der Befragten ausgeschlossen.

9.5 Sicherheitspolitische Kooperation im Allgemeinen und mit der Uno im Speziellen

Die Frage „Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“³² wird seit 1993 im Rahmen der Befragungen „Sicherheit“ gestellt (siehe Abbildung 9.6). Damit soll die Bereitschaft der Schweizer Bevölkerung für eine allgemeine sicherheitspolitische Kooperation im Ausland gemessen werden, ohne diese Frage mit einem Uno-Beitritt zu verbinden. Von 1993 bis 1999 zog eine relative Mehrheit der befragten Personen einen rein *unterstützenden* Einsatz (z.B. medizinische Versorgung) von Schweizer Soldaten im Ausland allen anderen Einsatzarten vor. Im Jahr 2000 war erstmals der *friedenssichernde* Einsatz, der zum Selbstschutz auch eine Bewaffnung vorsieht, jene Form des internationalen Engagements durch Schweizer Soldaten, die man sich am ehesten vorstellen und bejahen konnte. Dieser Trend bestätigt sich 2001 deutlich: Mit 49% (+7%) wird der friedenssichernde Auslandseinsatz am häufigsten genannt. Der Trend schwächt sich indes im Vorfeld der Abstimmung über die Militärvorlagen vom 10. Juni bis zum Mai wieder ab auf 45%. Der rein unterstützende Einsatz wird von 31% (-7%) bzw. 30% bevorzugt. Die

³² Bis 1999 lautete die Fragestellung wie folgt: „Könnten Sie sich vorstellen, dass Schweizer Soldaten einmal ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“

Akzeptanz von *Kampfeinsätzen* ausserhalb der Landesgrenzen liegt dagegen weiterhin bei weniger als einem Zehntel (7%, $\pm 0\%$). Auch der Anteil jener, die sich einen Auslandseinsatz von Schweizer Truppenangehörigen gar nicht vorstellen können, bleibt im Vergleich zum Vorjahr zunächst unverändert (12%, +1%), steigt aber bis im Mai 2001 auf 16% an.

Beträchtliche Unterschiede bestehen innerhalb der verschiedenen soziodemographischen Gruppen. Überdurchschnittlich viele Personen, welche dem italienischsprachigen Teil der Schweiz angehören (22%, -1%), sich politisch rechts positionieren (21%, +1%) und 60 Jahre und älter sind (19%, $\pm 0\%$) sind mit Auslandseinsätzen prinzipiell nicht einverstanden. Am deutlichsten opponieren mit 25% (+1%) Personen mit einer autonomistischen Kooperationsauffassung gegen Auslandseinsätze. Hingegen findet die friedenssichernde Aufgabe, welche eine Bewaffnung der Schweizer Soldaten zulässt, im Januar 2001 bei den Männern (53%), in der deutschen Schweiz (53%, +7%), bei den 18–29-Jährigen (53%) und bei Personen mit höherem Bildungsabschluss (54%, +7%) eine absolute Mehrheitszustimmung. Konträr zu den Autonomisten unterstützen die „harten“ Öffnungswilligen (59%, +8%) sowie die „weichen“ Öffnungswilligen (57%, +7%) am deutlichsten friedenssichernde Aufgaben.

Wie schon im Bericht 2000 ausgeführt, kann festgestellt werden, dass sich eine grosse Mehrheit der SchweizerInnen (87%) mit einer der drei Formen des Auslandseinsatzes von Schweizer Soldaten einverstanden erklären können. Doch es bestehen unterschiedliche Meinungen darüber, in welcher Form ein solcher Einsatz erfolgen soll. Was die bevorzugte Art des militärischen Engagements im Ausland angeht, so schlägt das Meinungspendel in Richtung friedenssichernder Aufgaben mit einer Bewaffnung zum Selbstschutz.

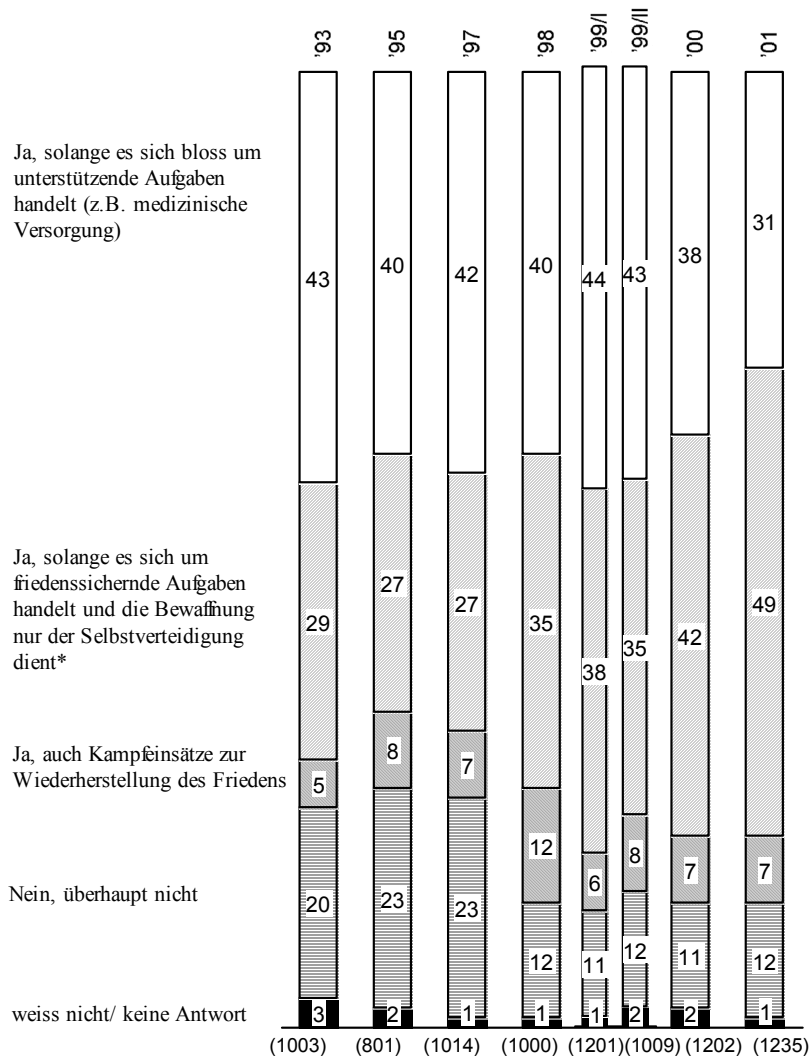
Die direkte sicherheitspolitische Kooperationsbereitschaft mit der Uno wird anhand der Vorlage „Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen“ gemessen. 68% (-3%) aller Befragten sind mit dieser Aussage sehr oder eher einverstanden. Überdurchschnittliche Zustimmung erhält die Vorgabe von den 18–29-Jährigen (75%, -2%) und von Personen aus einer höheren Bildungsschicht (77%, -1%). Offensichtlicher ist indes der Unterschied innerhalb der politischen Ausrichtung³³. Die deutlichsten Differenzen bestehen aber folgerichtig bei den drei internationalen Kooperationsstypen. Während beinahe alle „harten“ Öffnungswilligen (91%, $\pm 0\%$) der Überzeugung sind, dass die Schweiz der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen soll, heissen nur noch 42% (-6%) der Autonomisten diese

³³ Links: 82%; Mitte: 70%; Rechts: 61%; CC=0.19.

Abbildung 9.6

Auslandeinsätze von Schweizer Soldaten (Angaben in Prozent)

„Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?“



*1998: Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt.

© K.W. Haltiner Si/378/01/P3/sr

Sichtweise gut. Der Anteil jener Befragten, welcher die Meinung teilt, dass die Schweiz nicht mehr länger abseits stehen könne, wenn immer mehr Nationen mit Hilfe ihres Militärs die Konflikte auf dieser Welt einzudämmen versuchen, sinkt von 55% im Jahr 2000 auf heuer 51%. Das neutrale Abseits stehen in internationalen Konflikten wird für einen zunehmend grösseren Teil der Bevölkerung wieder eine durchaus prüfenswerte Option.

9.6 Einstellung zu einer allfälligen Blauhelm-Vorlage

Bei einer allfälligen Wiederholung der Abstimmung über die Blauhelm-Vorlage von 1994 würden zwei Drittel der befragten Personen (65%, -1%) diese „sicher“ oder „eher annehmen“. Dieses selbstbekundete Stimmverhalten ist seit 1998 unverändert hoch (siehe Tabelle 9.1). Der sicherheitspolitische Spielraum für friedenssichernde Massnahmen in Zusammenarbeit mit der Uno scheint in breiten Bevölkerungskreisen vorhanden zu sein. Während aber 79% der 18–29-Jährigen bei einem allfälligen Urnengang Ja zu Blauhelmen stimmen würden, nimmt die Generation der ab 60-Jährigen bloss zu 56% diese Vorlage an.

Zugleich lassen sich zwischen den einzelnen Kooperationstypen hochsignifikante Unterschiede feststellen ($CC=0.42$). Ein Ja in die Urne würden fast neun von zehn „harten“ Öffnungswilligen legen (88%, -2%). Mit einer Dreiviertelmehrheit (76%, -1%) unterstützen die „weichen“ Öffnungswilligen bei einer fiktiven Abstimmung die Schaffung eines Schweizer Blauhelmkontingents. Die Autonomisten lehnen jedoch die Vorlage ab, denn nur 42% (-2%) würden ihr an einem allfälligen Urnengang zustimmen. Sie scheinen eine schleichende Einbindung und Verwicklung in bewaffnete Einsätze zu befürchten. Möglicherweise vermuten sie zugleich eine schrittweise Aushöhlung der schweizerischen Neutralität. Dennoch wächst auch unter den Autonomisten die Einsicht, dass eine Entsendung von Schweizer Soldaten ins Ausland für friedenssichernde Massnahmen mit der Neutralität kompatibel sein kann.

Tabelle 9.1

Blauhelm-Vorlage

Bei einer Wiederholung der Abstimmung von 1994 über die Schaffung eines schweizerischen Blauhelm-Batallions würde...

	'98 ...ich selbst %	'99/II ...ich selbst %	'00 ...ich selbst %	'01 ...ich selbst %	'98 ...die Mehrheit des Volkes %	'99/II ...die Mehrheit des Volkes %	'00 ...die Mehrheit des Volkes %	'01 ...die Mehrheit des Volkes %
...sicher annehmen	42	42	41	42	4	6	10	6
...eher annehmen	24 ⁶⁶	24 ⁶⁶	25 ⁶⁶	23 ⁶⁵	34	34	32	40
...eher ablehnen	13	12	12	11	44	37	34	37
...sicher ablehnen	16	15	16	19	15 ⁵⁹	15 ⁵²	20 ⁵⁴	13 ⁵⁰
...weiss nicht/ keine Antwort	4	7	6	5	3	3	4	4

© K.W. Haltiner SI/394/01/sr

Neben der eigenen Stimmabsicht wurde auch die erwartete Mehrheitsmeinung erfragt. So sind 50% aller Befragten der Meinung, dass bei einer erneuten Abstimmung das Schweizer Volk eine Blauhelmvorlage „eher“ oder „sicher ablehnen“ würde. Die selbstbekundete Stimmabsicht und die subjektiv wahrgenommene Mehrheitsmeinung in der Bevölkerung klaffen somit stark auseinander. Die eigene zustimmende Meinung scheint man der Mehrheit der Stimmenden nicht zuzutrauen.

60% (-6%) der Autonomisten sind überzeugt, dass die Schweizer Bevölkerung eine allfällige Blauhelmvorlage an der Urne nicht annehmen würde. Der Vergleich zum Vorjahr zeigt aber deutlich, dass sie zunehmend unsicherer in Bezug auf eine mögliche Mehrheitsmeinung des Stimmvolkes sind.

9.7 Swisscoy – Der Einsatz der Schweizer Armee im Kosovo

Für die Befriedung und den Wiederaufbau im Kosovo stellt die Schweiz ein Kontingent von 160 freiwilligen und unbewaffneten Soldaten der Schweizer Armee der internationalen Kfor-Truppe zur Verfügung. Die Schweizer Kompanie (Swisscoy) erfüllt logistische Aufgaben.

Nachdem im Jahr 2000 ein leichter Rückgang in der Befürwortung eines Schweizer Armeekontingents im Kosovo zu konstatieren war (1999: 81%, 2000: 75%), bewegen sich die Zustimmungswerte 2001 wieder auf dem hohen Niveau von 1999. 80% (+5%) begrüßen den Entscheid des Bundesrates, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee im Kosovo einzusetzen „sehr“ bzw. „eher“. Nur

19% (-5%) sprechen sich dagegen aus. Wie schon in den beiden Vorjahren stimmen fast drei Viertel der Befragten einer Bewaffnung der Soldaten im Kosovo zum Selbstschutz zu (73%, -2%). Nur 22% (+1%) sind der Meinung, die Schweizer Soldaten sollten unbewaffnet bleiben.

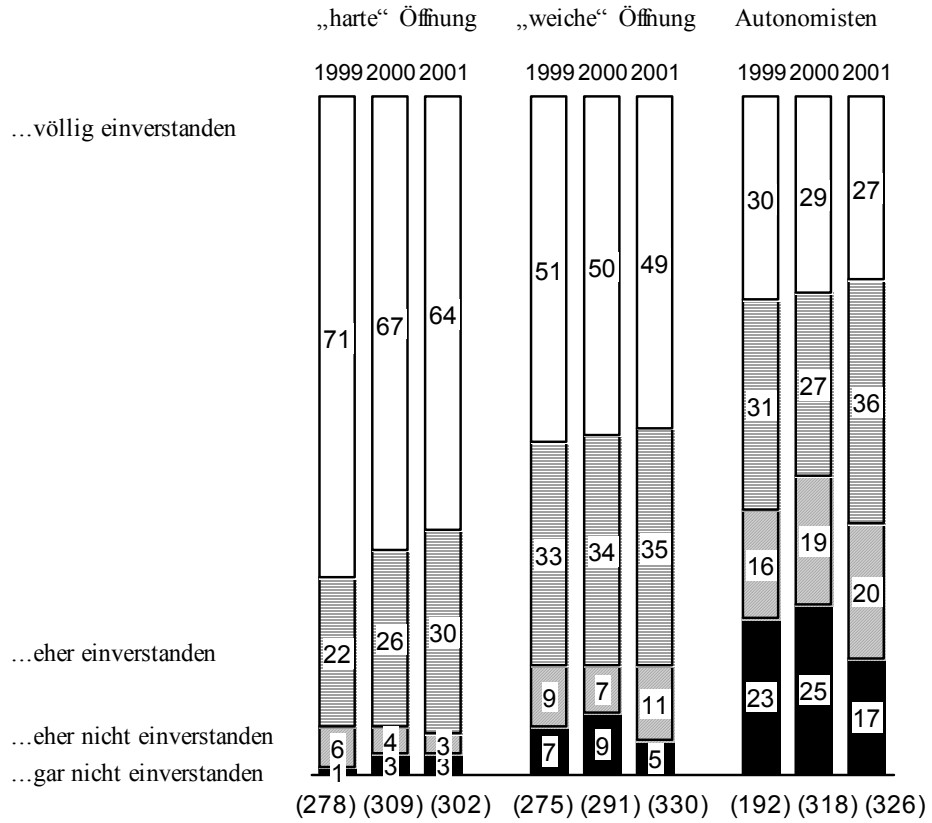
Die Neutralitätstraditionalisten sind mit diesem Einsatz unterdurchschnittlich häufig einverstanden (76%, +6%). Noch weniger stark zustimmen können die ab 60-jährigen Befragten (72%) sowie Personen mit einer tieferen Bildung (69%, -2%). Obwohl Befragte mit einer selbstbekundeten politisch eher rechts stehenden Meinung weiterhin unterdurchschnittlich stark mit dem Kosovoeinsatz der Schweizer Armee einverstanden sind (73%), fällt auf, dass im Vergleich zum Jahr 2000 ihre Zustimmungsraten um 13% gestiegen sind. Es scheint, als ob sie sich dem Eindruck eines insgesamt positiven Verlaufs dieses Einsatzes nicht völlig entziehen könnten. Überdurchschnittliche Zustimmungsraten erhält der Einsatz der Schweizer Soldaten im Kosovo wie letztes Jahr vor allem von politisch links stehenden Personen (90%, +1%), von den höher Gebildeten (86%, -1%) und den 18–29-Jährigen (86%). Diese Gruppen verharren in ihrer Zustimmung auf dem Niveau des Vorjahres.

Die grössten Differenzen bei der Zustimmung zum Swissscoy-Einsatz lassen sich aber weiterhin zwischen den einzelnen Kooperationstypen ausmachen (siehe Abbildung 9.7; CC=0.34). Während der Anteil der „harten“ Öffnungswilligen bei der Zustimmung zur militärischen Friedenssicherung und Wiederaufbauhilfe durch die Schweizer Armee im Kosovo bei 93% ($\pm 0\%$) liegt, können nur 63% (+7%) der Autonomisten diese Entscheidung des Bundesrates unterstützen. Zum Zeitpunkt der Befragung (Ende Januar, Anfang Februar 2001) befürworteten dennoch alle verschiedenen Kooperationstypen das Vorgehen des Bundesrates und sind einverstanden mit der Entsendung von unbewaffneten Schweizer Soldaten in den Kosovo.

Abbildung 9.7

Akzeptanz des Swisscoy-Kontingentes in Kosovo nach Kooperationstypen
(Angaben in Prozent)

„Der Bundesrat hat entschieden, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee in den Kosovo zu schicken. Sind Sie mit dieser Entscheidung...“



© K. W. Haltiner SI/515/01/P2/sr

Zur Frage der Bewaffnung der Schweizer Soldaten im Kosovo zum Selbstschutz scheint die Schweizer Bevölkerung eine klare Meinung zu vertreten. Wie oben schon erwähnt, heissen 73% der Befragten die Vorlage gut, dass sich das bis anhin unbewaffnete Truppenkontingent zum Selbstschutz bewaffnen kann. Die Notwendigkeit einer Bewaffnung zum Selbstschutz sehen am stärksten die „harten“ Öffnungswilligen (83%) und Personen, welche grosses Vertrauen in die Armee haben (83%). Konträr dazu befürworten die Autonomisten (65%) und Personen, welche kein Vertrauen in die Schweizer Armee haben (58%) diese Vorlage am wenigsten.

30% (+7%) der Befragten sind der Auffassung, ein Einsatz von Schweizer Soldaten im Ausland könne den Flüchtlingsstrom aus dem Ausland vermindern. Dieser Wert bewegt sich im Rahmen des Vorjahres, liegt aber deutlich über jenen des Jahres 1999, als im Januar 11% und im August 23% einen ursächlichen Zusammenhang zwischen Friedenseinsatz und Eindämmung des Flüchtlingsstroms gelten liessen. Scheinbar überraschend stimmen mit 37% die ab 60-Jährigen überdurchschnittlich dieser Aussage zu. Doch dies ist eine logische Schlussfolgerung davon, dass diese Alterkategorie allgemein sehr starkes Vertrauen in die Armee hat und somit deren Einsatz auch mit einem Erfolg verbinden. So sind sie signifikant mehr davon überzeugt, dass eine schlagkräftige Armee ihre persönliche Sicherheit erhöht (78%). Im Gegensatz dazu stimmen diesem persönlichen Sicherheitsgewinn durch die Armee nur 54% aller Befragten zu. Gar nur 49% der 18–29-Jährigen und 46% der Personen mit einer hohen Bildung teilen diese Meinung. Die grössten Unterschiede treten aber bei Personen mit unterschiedlicher politischer Einstellung auf³⁴.

Fazit: Im Januar/Februar 2001 unterstützt die Schweizer Bevölkerung mit grosser Mehrheit den Entscheid des Bundesrates auf freiwilliger Basis unbewaffnete Schweizer Soldaten in den Kosovo zu schicken, damit sie dort beim Wiederaufbau helfen und einen Beitrag zur militärischen Friedenssicherung leisten können. Zugleich ist eine Dreiviertelmehrheit damit einverstanden, dass auf Grund der schwierigen Situation vor Ort die Soldaten zum Selbstschutz bewaffnet werden sollten. In den Augen der Bevölkerung scheint dies nicht im Widerspruch zur Neutralität zu stehen. Zudem ist von 1999 bis 2001 ein Anstieg in der Meinung zu beobachten, der Einsatz von Schweizer Militär im Kosovo bewirke, dass weniger Flüchtlinge den Weg in die Schweiz finden. Skeptischer hingegen beurteilen Personen, welche dem autonomistischen Kooperationstypus zugerechnet werden können, dieses Engagement der Schweizer Armee ausserhalb der Landesgrenze. Dabei herrscht möglicherweise die Angst vor, dass die Schweiz durch solche Einsätze

³⁴ „Sehr“ und „eher einverstanden“: Links: 28%; Mitte: 57%; Rechts: 69%; CC= 0.28.

langsam aber sicher in eine allgemeine europäische Sicherheitsstruktur eingebunden werden kann, mithin die Befürchtung, dass dadurch längerfristig ein Nato-Beitritt präjudiziert wird.

10 ZUR BEWAFFNUNG VON SCHWEIZER SOLDATEN IN INTERNATIONALEN EINSÄTZEN

Die in der Schweiz politisch diskutierte Frage der Bewaffnung von Schweizer Truppen in Auslandseinsätzen findet in der diesjährigen Februar-Befragung wiederum ein besonderes Augenmerk. Gegen die Gesetzesvorlage wurde von rechter wie auch von linker Seite das Referendum ergriffen. Zum Zeitpunkt der Befragung (Ende Januar/Anfang Februar 2001) wurde dieser Sachverhalt in der breiten Öffentlichkeit noch nicht stark wahrgenommen. Der eigentliche Abstimmungskampf begann später. Die in diesem Kapitel aufgeführten Daten und Analysen geben einen Einblick in das Meinungsbild der Schweizer Bevölkerung zu einem Zeitpunkt, als die Thematik der Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland noch nicht im Mittelpunkt der politischen Kampagnen stand.

10.1 Die Meinungsbildung zu den Militärvorlagen vom 10. Juni 2001

Kaum eine Abstimmungsvorlage wurde in den letzten Jahren derart stark bekämpft wie das Referendum zu den beiden Militärgesetzänderungen vom 10. Juni dieses Jahres. Die „Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz“ (Auns), die das Referendum ergriffen hatte, machte ihre Drohung wahr und bekämpfte die Vorlagen mit einer aufwändigen Kampagne. Aus demoskopischer Sicht bot sich damit die Chance für eine Fallstudie zur Meinungsbildung in einer stark umstrittenen ausen- und sicherheitspolitischen Entscheidungsfindung. Die Ausgangslage war deshalb besonders interessant, weil die Vorlagen Aspekte der schweizerischen Selbstauffassung – Neutralität und Alleingangstradition – ansprachen. Vorlagen dieser Art hatten in den letzten 10 Jahren hohe emotionale Wellen geworfen und keine Chancen angenommen zu werden. Die Ablehnungsserie reicht vom verworfenen Uno-Beitritt von 1986 über das Scheitern des EWR 1992 und der Blauhelm-Vorlage im Juni 1994 bis zum eindrücklichen Volksnein in diesem Frühjahr zur Verhandlungsaufnahme für einen Beitritt der Schweiz zur EU.

Ein besonderes Interesse an der Meinungsbildung ergab sich auch deshalb, weil unsere Studien einen zwar zaghaften und immer wieder durch Rückschläge unterbrochenen (z.B. Anstieg der antihegemonialen Reflexe im Gefolge der EU-Sanktionen gegen Österreich), aber letztlich anhaltenden Zustimmungstrend zu einer stärkeren Öffnung der Schweiz belegen. Insbesondere die sicherheitspolitische

internationale Kooperation – Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Rahmen der Partnership for Peace, potenzielles Stellen von UN-Blauhelmtrouppen, Einsatz des schweizerischen Swisscoy-Truppenkontingents im Kosovo – erfuhr eine steigende Billigung. Auch Fragen nach der Bewaffnung von Schweizer Soldaten und der Ausbildungszusammenarbeit mit dem Ausland erzielten, wie etwa Abschnitt 9.3 belegt, hohe bzw. steigende Zustimmungsraten. Umgekehrt zeigte sich konstant über die letzten Jahre hinweg bloss eine Minderheit von rund 40% davon überzeugt, dass zum Beispiel eine Neuauflage der 1994 verworfenen Blauhelm-Vorlage eine Chance hätte, vom Volk akzeptiert zu werden. Mit anderen Worten: Man zeigte sich zwar selber zunehmend bereit, ein grösseres sicherheitspolitisches Auslandsengagement der Schweiz zu bejahen, zweifelte aber daran, dass diese Einstellung vorderhand mehrheitsfähig sei (vgl. Abschnitt 9.6). Würden sich die Meinungsumfragedaten im Abstimmungskampf als stabil erweisen oder würden sie einbrechen? Umfragen zur Stimmabsicht weisen hier zu Lande aus verschiedenen Gründen notorisch einen zweifelhaften Prognosewert auf (vgl. Haltiner 1998, S. 55/56 sowie Haltiner et. al. 2000, S. 139ff.).

Aussen- und sicherheitspolitische Anliegen – dies eine Erfahrung der letzten Jahre – scheinen infolge ihres geringen Ich-Bezugs und ihrer Abstraktheit und Komplexität zur Instabilität zu neigen. Vor allem dann, wenn sie keinen Individualnutzen und bloss einen als gering eingeschätzten Sozialnutzen aufzuweisen haben. Oft zerrt erst eine kontradiktorisch geführte Debatte solche Vorhaben für die im Durchschnitt nur mittelmässig politisch interessierten NormalbürgerInnen ins Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit und regt zur ernsthaften Reflexion an. Letzteres vermag eine rasch hingeworfene Frage im Rahmen der Meinungsforschung nicht zu leisten. Der Abstimmungskampf bewirkt in der Regel eine Sensibilisierung zu den anstehenden Sachfragen in der öffentlichen Meinung, die ihrerseits meinungsbildend wirken kann. Das heisst aber auch, dass offenbar solcherart instabile Einstellungen im Rahmen von Abstimmungskämpfen bei Teilen der Bevölkerung, erfahrungsgemäss in erster Linie bei politisch wenig Interessierten, revidiert werden können. Damit eröffnen sich für gut geführte Kampagnen besondere Chancen. Hinzu kommt, dass es schwerer ist, das Stimmvolk von in ihren Folgen noch unbekanntem Innovationen zu überzeugen als von der Beibehaltung des bekannten Status quo. Für das Ja und das Nein besteht in der Regel nicht Chancengleichheit. Häufig genügt es, erfolgreich Zweifel an einem Vorhaben zu wecken, um ein Nein zu erreichen. Man könnte in diesem Zusammenhang von einem „Im Zweifel: Nein“-Effekt sprechen.

Diese Ausgangslage bei der Meinungsbildung – eigene Einstellung eher positiv aber grosse Zweifel an der Mehrheitsfähigkeit der eigenen Haltung – gilt als ideal für die Wirkungsweise des sogenannten „Bandwagon“-Effekts. Er unterstellt, dass unsichere StimmbürgerInnen sich bei ihrer Meinungsbildung weniger an kontradiktorischen Argumenten als vielmehr an den wahrgenommenen Mehrheitsver-

hältnissen orientieren. Das heisst, sie schätzen das öffentliche Meinungsklima unablässig ein. Wird eine Meinung oder eine Partei als mehrheitsfähig *wahrgenommen*, so steigen die Chancen für deren Annahme bzw. deren Wahlsieg. Meinungslose bzw. unsichere StimmbürgerInnen – so die theoretische, aber vor allem im Ausland schon vielfach empirisch untermauerte These – unterstellen dabei implizit, dass die (wahrgenommene) Mehrheit ja wohl nicht falsch liegen könne. Sie orientieren sich bei Verunsicherung bei ihrem Stimmverhalten eher an jenen MeinungsmachernInnen, die es im Vorfeld einer Abstimmung/Wahl glaubwürdig verstehen darzutun, als sei die Mehrheit der Stimmbevölkerung ohnehin auf ihrer Seite. Menschen möchten letztlich in ihrer Meinung nicht alleine dastehen. (Darum können z.B. Meinungsumfragen, die den Sieg einer Meinung/Partei prognostizieren, diesen verstärken bzw. im kritischen Fall gar herbeiführen. Das Stichwort hierfür wäre die sich selbst erfüllende Prognose). Um die Wirkungsweise des „Bandwagon“-Effekts zu untersuchen, wird in der Regel nicht nur nach der eigenen Stimmabsicht im Falle einer Abstimmung am nächsten Sonntag gefragt, es wird auch eine Einschätzung darüber verlangt, ob die Vorlage eine Chance hat, von der Mehrheit angenommen zu werden. Bei der sogenannten Umverteilungsinitiative, die eine Halbierung der Rüstungsausgaben verlangte und im letzten November zur Abstimmung gelangt war, war in allen Vorbefragungen jeweils die Mehrheits- und die Eigenmeinung in der Ablehnung deckungsgleich gewesen (Haltiner et. al, 2000). Ihre Chancen waren damit gering, eine Prognose, die sich als ebenso einfach wie richtig erwies.

Bei den Militärvorlagen stellte sich nicht nur die Ausgangslage anders dar mit Bezug auf den „Bandwagon“-Effekt, sie boten auch eine gute Ausgangslage für den „Im Zweifel: Nein“-Effekt. Waren doch hier schweizerische Identifikationswerte wie etwa Neutralität und nationale Unabhängigkeit indirekt betroffen – Werte, die sich beide in den letzten Jahren erfolgreich hatten gegen Öffnungsvorhaben jedwelcher Art mobilisieren liessen.

Um Aufschluss über den Prozess der Meinungsbildung zu den Militärvorlagen zu erhalten, wurden zusätzlich zur Jahresbefragung „Sicherheit 2001“ im Februar zwei kleinere ergänzende Repräsentativerhebungen zur Vorlage der Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Auslandseinsatz durchgeführt: Eine erste anfangs Mai, als die abstimmungsbezogenen Medienberichte zu den Vorlagen sich verdichteten und die Plakatekampagne begann, eine zweite Ende Mai/anfangs Juni, nachdem die „Arena“-Sendung³⁵ zu den Vorlagen gesendet worden war und der Abstimmungskampf auf den Höhepunkt zulief. Bei beiden handelte es sich um telefonische

³⁵ Diskussionssendung des Schweizer Fernsehens. Zu jeder Abstimmungsvorlage wird in der Regel eine solche Sendung veranstaltet.

StimmbürgerInnen-Befragungen in allen Landesteilen. Im Folgenden werden die wichtigsten Stadien der Meinungsbildung kurz skizziert.

10.1.1 Kenntnis der Vorlagen

Im Februar 2000 bekannten nur 46% der Befragten, schon je etwas von der Absicht des Bundesrates gehört zu haben, das Militärgesetz so zu ändern, dass ganze Truppenkontingente bei ihrem Auslandseinsatz bewaffnet werden könnten. Vor allem Frauen schienen davon wenig gehört zu haben (37%, Männer: 56%). Bis Februar 2001 stieg der Kenntnisgrad nur wenig an (53%, bei Frauen: 44%). Anfangs Mai kannten dann bereits 66% die Vorlagen. Auch bei der weiblichen Bevölkerung stieg der Kenntnisstand markant auf 56%, die fast 20%-ige Geschlechterdifferenz blieb indes bestehen. Das änderte sich schlagartig innert den 14 Tagen von Mitte bis Ende Mai. Anfangs Juni bekannten sich über neun von zehn Befragten informiert (Männer 97%, Frauen 92%). Es dürfte insbesondere der gegnerischen Kampagne zu verdanken sein, dass unmittelbar vor dem Abstimmungstag fast alle StimmbürgerInnen sensibilisiert waren.

10.1.2 Grundsätzliches Einverständnis zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Jahrestrend Februar 2000 bis Mai 2001

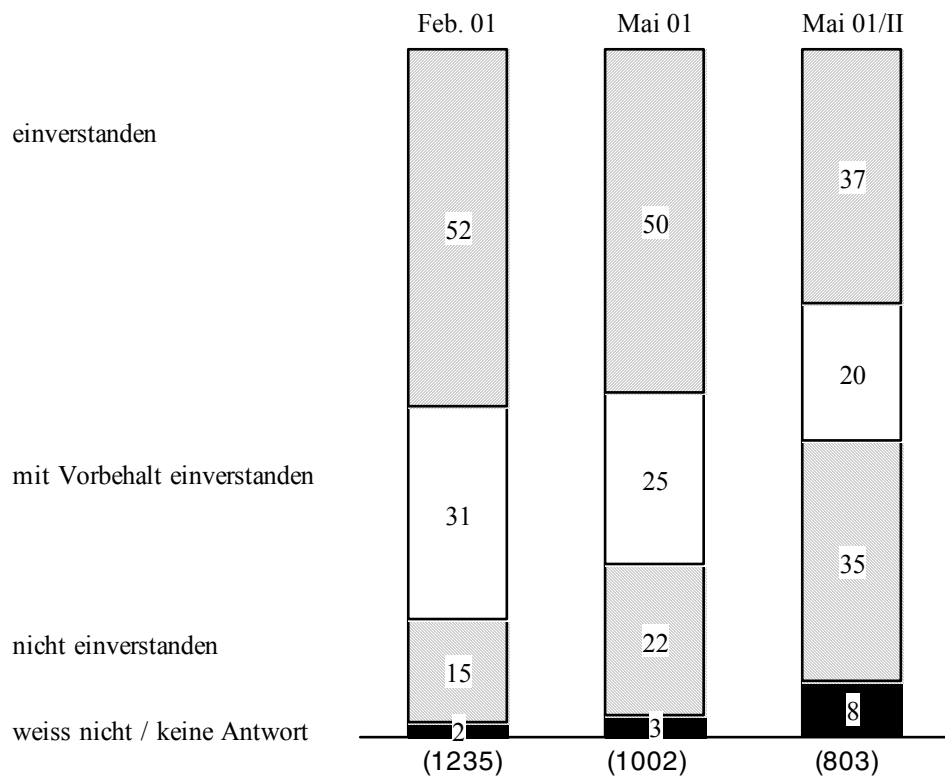
Waren es im Februar des Vorjahres rund 79% der Befragten, die sich mit der Bewaffnung einverstanden erklärten, davon 56% ohne, 23% mit Vorbehalten, so lag die Zustimmung im Februar dieses Jahres bei 83%, davon bei 31% mit Vorbehalten. Innert Jahresfrist hatte sich der Vorbehalts-Anteil signifikant um 8% erhöht, aber die grundsätzliche Zustimmung blieb hoch. Bis anfangs Mai stiegen nun nicht mehr bloss die Vorbehalte an, wohl aber der Anteil der Ablehnenden auf 22% (+7%). Ein eigentlicher Zustimmungseinbruch erfolgte erst in den letzten beiden Wochen vor dem Abstimmungsdatum. Anfangs Juni bekannten sich nur noch 37% mit der Bewaffnungsmöglichkeit vorbehaltlos einverstanden. Die Ablehnung stieg von 22% auf 35%, auch erhöhte sich die „Weiss nicht“-Rate von 3% auf 8% (siehe Abbildung 10.1).

Dabei fällt insbesondere der Stimmungsumschwung bei den weiblichen Befragten besonders ins Auge. Die Geschlechterdifferenz bei der ungeteilten Zustimmung („einverstanden“) vergrösserte sich von Befragung zu Befragung. Lag sie bis im Februar dieses Jahres bei 5%-6%, so betrug sie anfangs Mai 2001 bereits 10% und weitete sich bis anfangs Juni 2001 auf 18% (Männer 47%, Frauen 29%). Ende Juni erklärte sich fast jede zweite weibliche Befragte nicht einverstanden mit der Bewaffnungsvorlage (38%) oder wusste nicht, was sie davon halten sollte (10%).

Abbildung 10.1

Einstellung zur Frage der Bewaffnung von Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland (Angaben in Prozent)

„Sind Sie einverstanden, dass Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland bewaffnet werden können?“



© K.W Haltiner Si/587/01/P4/sr

Gezielt wurden ferner die eigene Stimmabsicht sowie die Einschätzung des Mehrheitsverhaltens in den beiden Ergänzungsbefragungen zu den Vorlagen erhoben: 60% gaben anfangs Mai an, sie würden „sicher“ oder „eher“ Ja stimmen; 62% derjenigen, die sicher gewillt waren, zur Urne zu gehen. Dabei zeigten sich Unterschiede nach Regionen, Sprache und Alter. Insbesondere waren die italienische und die Westschweiz zu jeder Zeit skeptischer als die deutsche Schweiz. Auch billigten

die über 55-Jährigen die Vorlagen erheblich geringer als die übrigen Altersgruppen. Aber all diese Differenzen wurden vom Gegensatz zwischen den Geschlechtern dominiert. Die Männer hiessen die Vorlage zu 65%, die Frauen hingegen nur zu 54% gut. Innert zweier Wochen erfolgte nun bei der Stimmbevölkerung ein als dramatisch zu bezeichnender Zustimmungseinbruch: Bloss noch 46% bekannten sich anfangs Juni zur Vorlage, 42% lehnten sie ab, wobei der Anteil der „sicher“ Ablehnenden sich um 14% erhöhte. Während die Männer die Vorlage immer noch mehrheitlich mit 53% billigten, lehnte eine relative Mehrheit der Frauen sie nun ab (dafür 37%, dagegen 46%). Bei den über 55-Jährigen sprach sich in der Erhebung von anfangs Juni sogar eine absolute Mehrheit gegen die Vorlage aus (53%).

Während die eigene Stimmabsicht im Abstimmungskampf in bemerkenswert hohem Masse kippte, blieb die Einschätzung des Mehrheitsverhaltens pessimistisch konstant. Nur etwas mehr als 40% aller Befragten glaubte je daran, dass die Vorlagen angenommen werden würden. Die Chancen für ein Urnen-Ja waren damit am Vorabend der Abstimmung auf ein Minimum zusammengeschrumpft. Da die Stimmbereiten eher hinter der Vorlage standen als die Stimmbastinenten, konnte nur eine tiefe bis mittlere Stimmbeteiligung die Militärgesetzrevision noch retten. Das traf dann wider Erwarten ein, so dass die Vorlagen mit einem hauchdünnen Ja von 50.7% (Bewaffnung) bzw. 50.9 % (Ausbildungszusammenarbeit) die Hürden letztlich schafften.

10.1.3 Einstellungsveränderungen bei wichtigen, die Militärvorlagen betreffenden Argumenten im Verlaufe des Abstimmungskampfes

Vergleicht man die wichtigsten Einstellungen zur Bewaffnungsvorlage beim Stimmvolk zwischen der Befragung anfangs Februar (N=1235) und anfangs Mai (N=1202), so fallen bloss geringfügige Netto-Verschiebungen auf (siehe Tabelle 10.1): Die Zustimmung zur Beibehaltung der Neutralität der Schweiz und zur Neutralitätswidrigkeit von bewaffneten Schweizer Soldaten verstärkte sich geringfügig innerhalb der drei Monate (+4%). Die Billigung von Schweizer UN-Soldaten nahm relativ deutlich ab (-10%). Gleichzeitig entwickelte sich das internationale Solidaritätsgefühl, nämlich dass die Schweiz bei friedenserhaltenden Einsätzen nicht länger abseits stehen dürfe (+5%). Alle übrigen abstimmungsrelevanten Argumente erfuhren indes keine signifikante Veränderung. Die interessanteste Feststellung betrifft die Intensität der Zustimmung bzw. Ablehnung in der Nuancierung zwischen „sehr“ und „eher“: Die „sehr“-Betonung hat auf Kosten der „eher“-Betonung häufig an Gewicht gewonnen. So stieg zum Beispiel die Antworthäufigkeit „sehr einverstanden“ bei der Vorgabe „die Schweiz sollte die Neutralität beibehalten“ um 8%.

Tabelle 10.1

Zustimmung zu wichtigen, die Militärvorlagen vom 10. Juni 2001 betreffenden Einstellungen im Verlaufe des Abstimmungskampfes (Vergleich anfangs Februar – anfangs Mai 2001; Zustimmung „sehr“ und „eher einverstanden“ in Prozent)

	Zustimmung Febr. 2001			Zustimmung Mai 2001			Netto-Differenz Total
	Sehr einv.	Eher einv.	Total einv.	Sehr einv.	Eher einv.	Total einv.	
Entsendung von bewaffneten Soldaten ins Ausland widerspricht unserer Neutralität	26	19	45	31	18	49	+4
Neutralität beibehalten	60	22	82	68	18	86	+4
Der Uno Friedenstruppen zur Verfügung stellen	34	35	69	32	27	59	-10
Die Schweiz sollte sich der Nato annähern	16	28	44	17	24	41	-3
Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen	23	23	46	31	17	48	+2
Zwischen Bewaffnung zum Selbstschutz und der Friedenserzwingung besteht ein Unterschied	52	19	71	53	19	72	+1
Bei friedensunterstützenden Einsätzen soll der Auftrag notfalls mit Waffengewalt durchgesetzt werden	22	23	45	21	23	43	-2
Eine Bewaffnung bei friedensunterstützenden Einsätzen setzt unsere Soldaten grösserem Risiko aus	28	24	52	36	20	56	+4
Auch unbewaffnete Soldaten können wirkungsvolle Friedensarbeit leisten	51	31	82	54	26	80	-2
Bei Freiwilligen ist Bewaffnung zumutbar. Sie kennen die Risiken	51	27	78	57	24	81	+3
Wenn immer mehr Nationen mit Militär die Konflikte dieser Welt einzudämmen versuchen, so kann die Schweiz nicht länger abseits stehen	25	25	50	31	24	55	+5

© K.W. Haltiner Si/664/01/sr

Der Abstimmungskampf dürfte somit eher zu einer Akzentuierung bestehender Meinungsdivergenzen geführt haben, weniger zu eigentlichen Meinungswechseln. Von einem eigentlichen Meinungsumschwung im Verlaufe des Abstimmungskampfes kann keine Rede sein. Damit gewinnt die These, dass nicht neue Argumente, sondern eine nachhaltige Verunsicherung die früher höheren Zustimmungsraten zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Ausland vor dem Urnengang schrumpfen liess, hohe Plausibilität.

Fazit: Sowohl der „Bandwagon“- als auch der „Im Zweifel: Nein“-Effekt bieten sich als Erklärungen für das knappe Resultat der Militärvorlagen an. Anders lassen sich die Zustimmungseinbrüche zu Öffnungsschritten kaum erklären, die über Jahre

hinweg eine hohe grundsätzliche Billigung gefunden hatten. Es ist der Kampagne der Vorlagengegner, insbesondere der rechtskonservativ argumentierenden Auns mit ihrer professionell und mit erheblichem finanziellem Aufwand geführten, buchstäblich omnipräsenten Emotionskampagne offensichtlich gelungen, *erstens* schulbuchmässig nach dem Muster der oben beschriebenen Funktionsweise des „Bandwagon“-Effekts eine Atmosphäre zu schaffen, als seien die Mehrheitsverhältnisse beim Schweizervolk ohnehin klar, nämlich ablehnend, und dabei *zweitens* insbesondere die weibliche Bevölkerung und ältere Personen in hohem Masse zu sensibilisieren, und zwar im negativ-zweifelnden Sinne. Die Saat des gesäten Zweifels dürfte zeitgerecht aufgegangen sein. Einzig die erwartete, aber nicht eingetretene hohe Stimmbeteiligung sowie die womöglich unterdurchschnittliche Abstimmungsteilnahme der weiblichen Bevölkerung dürften die Ablehnung verhindert haben. Für diese Erklärungen spricht insbesondere, dass ein eigentlicher Zustimmungseinbruch im Vorfeld zur Abstimmung nur in der deutschen, nicht jedoch in der lateinischen Schweiz zu konstatieren war. Die Auns-Kampagne hatte ihren Schwerpunkt in der deutschen Schweiz. Die lateinischen Landesteile zeigten gegenüber den Vorlagen schon anfangs Jahr eine grössere, grossenteils militärkritisch begründete Reserviertheit und dabei ist es geblieben. Die Behörden wären gut beraten, diese Effekte und die Zielgruppen, bei denen diese vorab ansetzen, in künftigen Abstimmungsstrategien besser im Auge zu behalten und frühzeitig entsprechende Massnahmen nicht bloss auf der Ebene der rationalen Argumentation, sondern auch auf jener der symbolischen Kommunikation und Aktion zu prüfen und allenfalls im Rahmen ihrer begrenzten Möglichkeiten vorzusehen.

10.2 Soziodemographische Merkmale zur Bewaffnungsfrage im Vorfeld der Abstimmung

Während im Jahr 2000 bei allen erhobenen soziodemographischen Merkmalen und den Neutralitätstypen eine absolute Mehrheit der befragten Personen vorbehaltlos damit einverstanden waren, dass Schweizer Soldaten in friedensunterstützenden Einsätzen bewaffnet werden können, war dies im Januar 2001 nicht mehr der Fall. Bildungstiefe Personen unterstützten vorbehaltlos nur noch zu 49% und sich politisch links positionierende Befragte nur noch zu 48% die Bewaffnung der Schweizer Soldaten im Ausland. Auch die Neutralitätspragmatiker verhielten sich der vorbehaltlosen Bewaffnung gegenüber kritischer (48%). Zu 21% bzw. zu 20% erklärten sich politisch rechts stehende und Neutralitätstraditionalisten nicht mit einer Bewaffnung einverstanden.

Dennoch erklärte sich im Februar eine absolute Mehrheit (51%, -3%) der Neutralitätstraditionalisten mit einer Bewaffnung vorbehaltlos einverstanden. Wie letztes

Jahr schon vermutet wurde, sind die Traditionalisten zwar grundsätzlich gegen Auslandseinsätze eingestellt. Werden diese aber dennoch durchgeführt, so halten sie es als mehrheitlich unverantwortlich (61%), Schweizer Soldaten unbewaffnet in solche Einsätze zu entsenden.

Nur 47% (+2%) der TessinerInnen erklärten sich vorbehaltlos mit der Bewaffnung einverstanden. Das Tessiner Nein vom 10.6.2001 zeichnete sich somit ab. Während sich Personen aus der deutschen Schweiz in dieser Frage in etwa gleich äusserten wie früher (54%, -2%), sank der Anteil vom Februar 2000 zum Februar 2001 in der französischen Schweiz signifikant um 6% auf 54%.

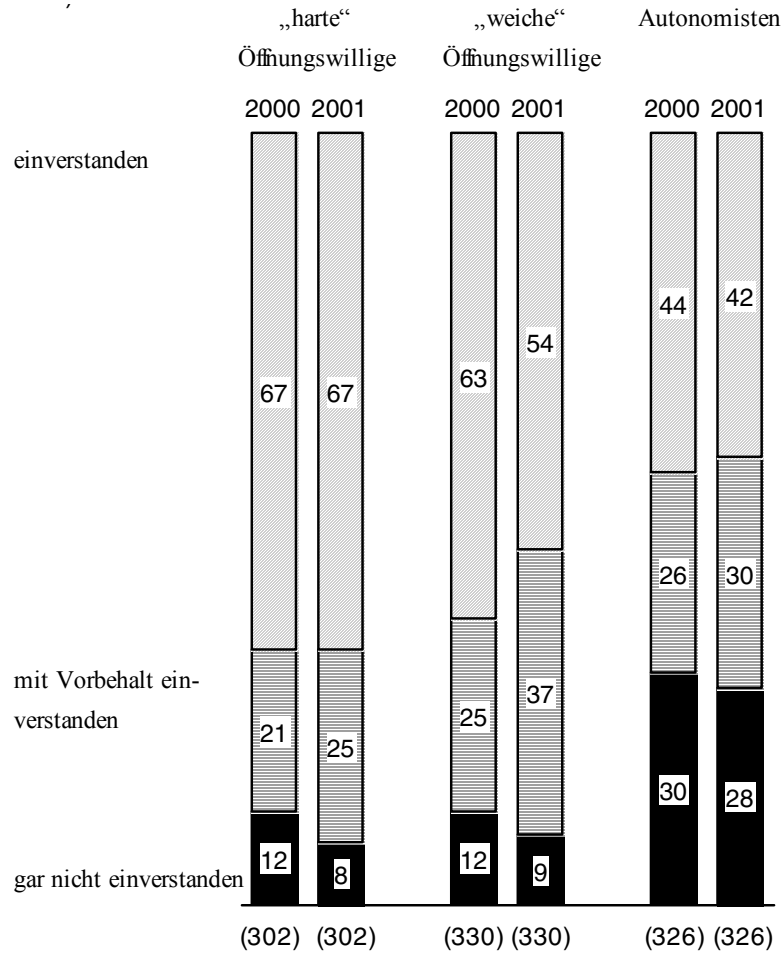
Die grössten Unterschiede in der Einstellung zur Bewaffnung von Schweizer Truppen bei friedensunterstützenden Einsätzen liessen sich bei den internationalen Kooperationstypen feststellen (siehe Abbildung 10.2). Zwei Drittel (67%, ±0%) der „harten“ Öffnungswilligen unterstützten vorbehaltlos die Bewaffnungsvorlage. Das Meinungsbild bei den „weichen“ Öffnungsbereiten änderte sich in Jahresfrist. Obwohl immer noch eine absolute Mehrheit (54%, -9%) der Kategorie „vorbehaltlos“ zustimmte, wurden die Vorbehalte in dieser Gruppe zusehends gewichtiger. Der Anstieg um 12% auf 37% verdeutlicht diesen Sachverhalt. Zwar konnten sich mehr Autonomisten als im Vorjahr mit einer Bewaffnung unter bestimmten Umständen anfreunden (30%, +4%), aber die relative Mehrheit sagte hierzu nein (42%, -2%).

Fazit: Die Meinungsbildung in der Stimmbevölkerung verlief einerseits weitgehend entlang der gezeichneten Typologie „Autonomismus“, „weiche“ und „harte“ Öffnung und der Neutralitätstypologie. Die Differenzierung beim Zweck der Bewaffnung bzw. die Unterscheidbarkeit von Formen und Zwecken des Waffengebrauchs stellte eine wichtige Determinante für die Haltung gegenüber der Bewaffnung dar. Die Angst vor einer unkontrollierbaren Eskalation verband sich mit der neutralitätsbegründeten ablehnenden Haltung in der Bewaffnungsfrage. Insgesamt aber dürfte die Annahme der Militärvorlagen am 10. Juni 2001 nicht zuletzt der Tatsache zu verdanken sein, dass es den Autonomisten nicht gelang, die „weichen“ Öffnungswilligen völlig auf ihre Seite zu ziehen.

Abbildung 10.2

Bewaffnungsfrage nach Kooperationstypen (Angaben in Prozent)

„Sind Sie einverstanden, dass Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland bewaffnet werden?“



© K. W. Haltiner Si/601/01/P3/sr

10.3 Entsendung von bewaffneten Soldaten und die Neutralität

Eine Reihe von positiven und negativen Aussagen diente dazu, Reaktionen auf die Bewaffnungsabsicht in Bezug auf die Neutralität zu testen. Die negativ formulierte Vorgabe „Die Entsendung von bewaffneten Soldaten ins Ausland widerspricht in jedem Fall unserer Neutralität“ erhielt im Februar geringeren Zuspruch als im Vorjahr. Nur noch 45% (-4%) sahen darin eine Verletzung der Neutralität, während eine Mehrheit mit dieser Aussage nicht einverstanden war.³⁶ Dennoch bedeutet dies, dass auch Personen, welche zu einer Bewaffnung zum Selbstschutz Ja sagten, mögliche Bedenken bezüglich einer Neutralitätsverletzung hegten. Die Analyse nach soziodemographischen Merkmalen und der Neutralitätstypologie zeigt signifikante Unterschiede auf. Eine Unvereinbarkeit zwischen der schweizerischen Neutralität und bewaffneten Auslandseinsätzen von Schweizer Soldaten erkannten eine Mehrheit der Personen aus der italienischsprachigen Schweiz (60%), die ab 60-Jährigen (57%), Befragte mit einem tiefen Bildungsstand (64%) und 60% (-6%) der Autonomisten. Die vier Neutralitätstypen unterscheiden sich erwartungsgemäss in dieser Grundsatzfrage, wie die Abbildung 10.3 aufzeigt. Zu einem geringeren Anteil als im Jahr 2000 betonten die Kritiker (35%, -2) und Pragmatiker (40%, -3%) die Unvereinbarkeit der Neutralität mit einer Entsendung bewaffneter Soldaten. Überraschenderweise fand bei den Neutralitätstraditionalisten ein Umdenken statt. Nur noch eine Minderheit (48%, -4%) sah eine Verletzung der Neutralität bei solchen Einsätzen gegeben.

Wird aber der gleiche Sachverhalt mit den positiven Aussagen „Eine Bewaffnung unserer Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen im Ausland lässt sich mit unserer Neutralität vereinbaren“ („sehr“ oder „eher einverstanden“: 64%, -3%) und „Solange wir unsere Soldaten bei ihren friedenserhaltenden Einsätzen nur zum Selbstschutz bewaffnen, verletzen wir unsere Neutralität nicht“ („sehr“ oder „eher einverstanden“: 69%, +1%) erhoben, stimmten jeweils zwei Drittel aller Befragten diesen zu. Beachtenswert dabei ist, dass auch im Jahr 2001 bei allen soziodemographischen Merkmalen wie auch bei den Kooperationstypen und Neutralitätstypen die Befürworter die Mehrheit stellten. Wie lässt sich diese offensichtliche Diskrepanz zwischen den drei – die Neutralität und die Bewaffnung betreffenden – erhobenen Vorgaben erklären? Es scheint, dass im Januar/Februar 2001 die Bevölkerung zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten für Auslandseinsätze noch keine klare Meinung gebildet hatte, denn die Widersprüchlichkeiten der Vorgaben machten ein erhebliches Mass an Verunsicherung sichtbar. Für viele bestand eine Art Dissonanz zwischen der Neutralitätswahrnehmung und der Bewaffnung von Schweizer

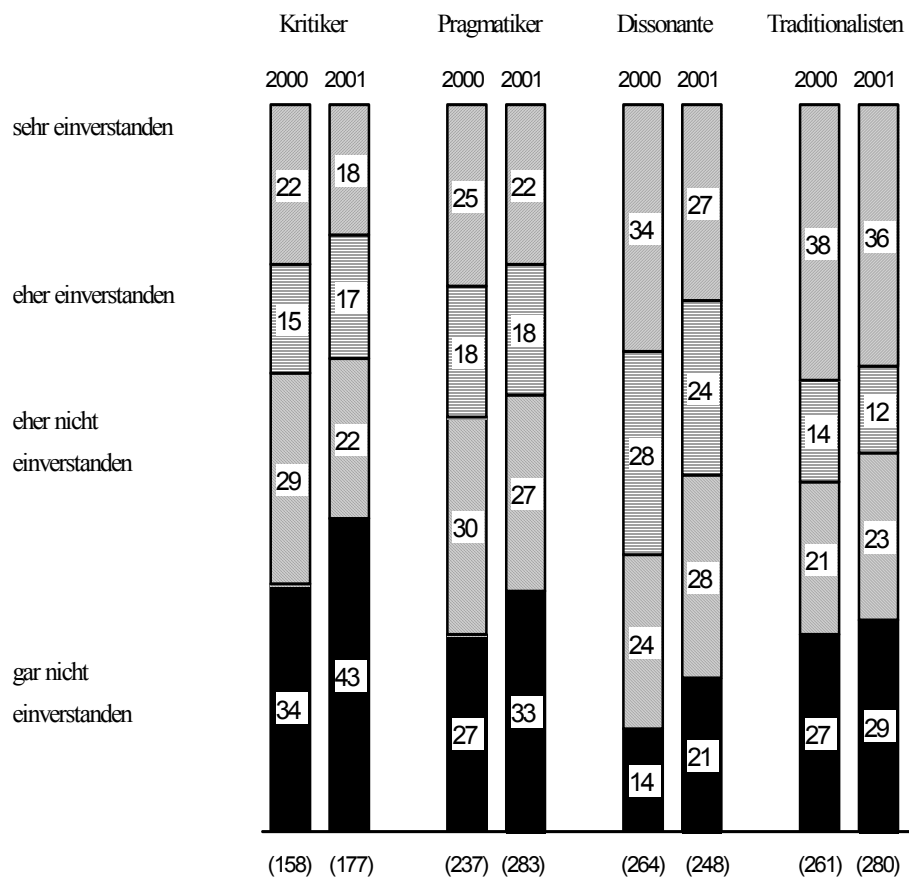
³⁶ „Eher nicht einverstanden“ und „gar nicht einverstanden“: 52% (+4%).

Truppen, obwohl durch den Einsatz im Kosovo das Bewusstsein verbreitet war, dass Schweizer Soldaten im Ausland tätig sind.

Abbildung 10.3

Entsendung von bewaffneten Soldaten nach Neutralitätstypen (Angaben in Prozent)

„Die Entsendung von bewaffneten Soldaten widerspricht in jedem Fall unserer Neutralität.“



© K. W. Haltiner Si/602/01/P2/sr

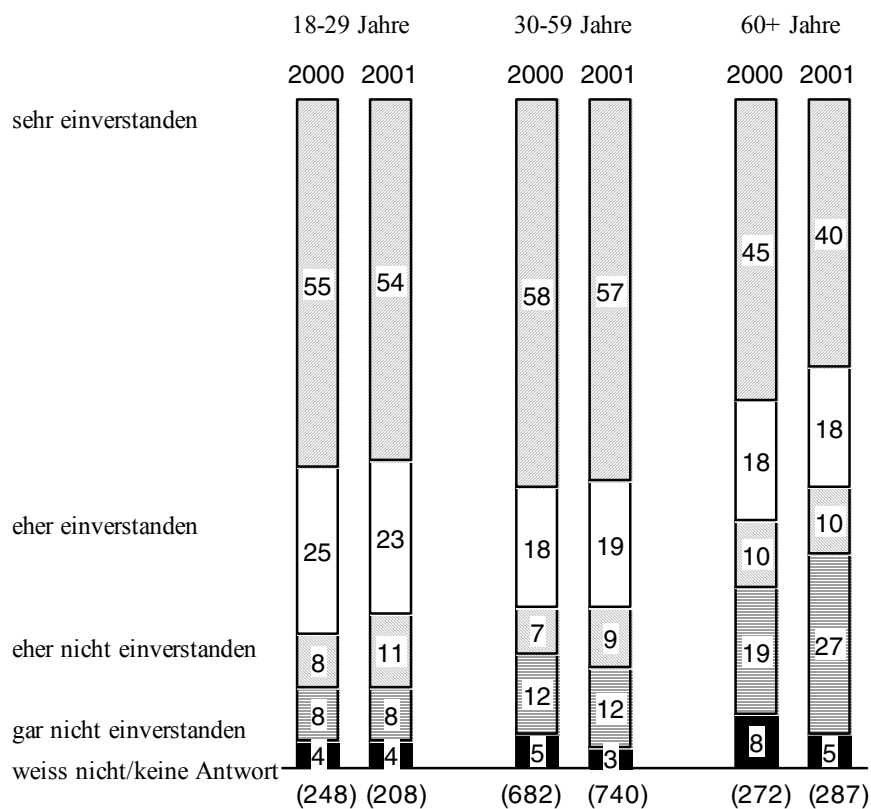
10.4 Der Zweck der Bewaffnung und die Bedeutung der Freiwilligkeit

Die grosse Mehrheit (72%, -2%) machte einen Unterschied zwischen einer Bewaffnung, die dem Eigenschutz dient, und einer, die kombattanten Charakter hat. Wie die Abbildung 10.4 verdeutlicht, waren die ab 60-Jährigen hierzu am kritischsten

Abbildung 10.4

Unterschiedliche Bewertung der Bewaffnung für Friedenseinsätze nach Alter
(Angaben in Prozent)

„Es ist ein Unterschied, ob wir unsere Soldaten für ihre Friedenseinsätze im Ausland nur zum Selbstschutz bewaffnen oder ob wir sie in die Lage versetzen, den Frieden zwischen den Konfliktparteien zu erzwingen.“



© K. W. Haltiner Si/603/01/P2/sr

eingestellt. Sie befürworteten diese nur zu 58% (-5%). Dieses Resultat mag darauf hindeuten, dass die ältere Generation bereits im Februar sich nicht mehr so sicher war, ob bei Friedenseinsätzen mit ihren komplexen Strukturen und verschiedenen Konfliktparteien eine exakte Unterscheidung zwischen Selbstschutz und durch Kampf erzwingende Massnahmen gezogen werden könne. Die jüngste und die mittlere Generation nahmen hingegen diese Unterscheidung klar vor (77%, -3%, bzw. 76%, ±0%).

Um die Verlässlichkeit der gestellten Vorlage überprüfen zu können, wurde die Gegenfrage „Waffen sind Waffen: Einen Unterschied zwischen Bewaffnung zum Selbstschutz und Bewaffnung zum Kampf gibt es nicht“ den Befragten ebenfalls vorgelegt. Die beiden Vorlagen erzeugten ein komplementäres Antwortverhalten, denn nur ein Drittel (32%) stimmte der letzteren Vorgabe zu. Die SchweizerInnen vermochten demzufolge in der Frage des Bewaffnungszweckes sehr wohl zu differenzieren. Es lässt sich feststellen, dass wer zwischen Bewaffnung zum Selbstschutz einerseits und Bewaffnung zum Kampf andererseits unterscheidet, Waffen nicht gleich Waffen sind.

Das Wissen um die Freiwilligkeit solcher Einsätze begünstigte die Zustimmung zur Bewaffnung. 78% (-4%) der Befragten billigten die Vorgabe „Soldaten im Ausland sind Freiwillige, da ist eine Bewaffnung zumutbar, denn die Risiken sind bekannt“. Konsequenterweise wurde die Behauptung, es sei unverantwortlich, unbewaffnete Soldaten in Friedenseinsätze zu schicken, ebenfalls deutlich gutgeheissen (57%, -4%). Wiederum fällt auf, dass vor allem die ab 60-Jährigen es überdurchschnittlich unverantwortlich fanden, wenn Soldaten unbewaffnet in Friedensmissionen geschickt wurden (67%, ±0%). Umgekehrt bekannte sich eine Mehrheit von 52% (-2%) zur Meinung, wenn die Soldaten bei Friedenseinsätzen bewaffnet würden, so seien sie einem höheren Gefahrenrisiko ausgesetzt. Vor allem Personen mit einer tieferen formalen Bildung teilten diese Meinung signifikant öfters (66%). Doch sobald die Situation am Ort des Friedenseinsatzes als gefährlich eingestuft wurde, wie dies offensichtlich beim Kosovokonflikt der Fall ist, änderte sich die Einstellung zur Bewaffnung wiederum. So fand es nur noch eine Minderheit von 40% (-5%) der Befragten als verantwortbar, wenn die Schweizer Soldaten unbewaffnet ihren Einsatz antreten. Aus diesen Zahlen wird deutlich, dass Freiwilligen, die sich der Risiken ihres Einsatzes bewusst sind, nach Meinung der Schweizer Bevölkerung eine Bewaffnung zum Selbstschutz erlaubt sein sollte.

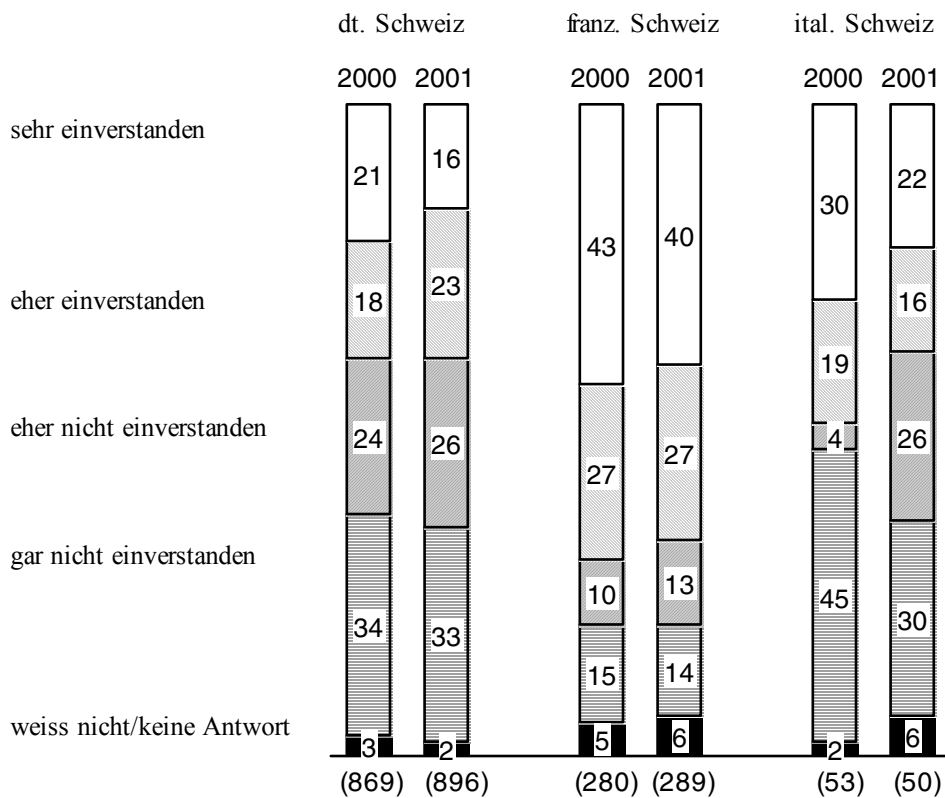
42% (-4%) stimmten der Vorlage „Es ist unehrenhaft, wenn sich die unbewaffneten Schweizer Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen von Soldaten anderer Nationen schützen lassen müssen“ zu. Hier war gewiss ein wenig Stolz mit von der Partie, vor allem bei der älteren Generation (51%, -6%), welche dadurch unter Umständen die Ehre der Schweizer Armee verletzt sah. Dass Schweizer Soldaten in Friedenseinsätzen auch unbewaffnet wirkungsvolle Arbeit leisten können, wird von der

Schweizer Bevölkerung fast nicht bezweifelt. An den Erfolg eines Einsatzes von Schweizer Soldaten im Ausland glaubten im Februar 82%, auch wenn dieser nicht bewaffnet erfolgen würde.

Abbildung 10.5

Friedenseinsatz mit Waffengewalt nach Regionen (Angaben in Prozent)

„Bei ihren Friedenseinsätzen sollten unsere Soldaten ihren Auftrag auch mit Waffengewalt durchsetzen können, wenn das nötig ist.“



© K. W. Haltiner Si/604/01/P2/sr

Die zugespitzte Vorgabe, wonach „unsere Soldaten einen Auftrag auch mit Waffengewalt durchsetzen sollten, wenn das nötig ist“, erhielt die Billigung von 45% (-2%). Mit dem militärischen Begriff „Auftrag“ wussten, wie schon die Vortests zur Befragung im Jahr 2000 gezeigt hatten, viele SchweizerInnen wenig anzufangen. Daran änderte sich auch im Jahr 2001 wenig. Am deutlichsten unterschieden sich die verschiedenen Landesregionen in der Frage der Auftragserfüllung (siehe Abbildung 10.5). Die französische Schweiz befürwortete mit 67% (-3%) die Erfüllung des Auftrags, wohingegen sich 59% (+2%) der Befragten aus der deutschen Schweiz dagegen aussprachen.

Fazit: Es lässt sich festhalten, dass bereits im Februar gewisse Widersprüche im Antwortverhalten und insbesondere bei der Frage der Vereinbarkeit der Bewaffnung mit der Neutralität eine gewisse Verunsicherung und Unentschiedenheit in der Bevölkerung auszumachen waren. Anfangs Mai schien sich ein Grossteil der Stimmbevölkerung noch keine abschliessende Meinung zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten in Auslandseinsätzen gemacht zu haben. Dass nur Freiwillige für bewaffnete militärische Auslandseinsätze vorgesehen sind, wirkte sich indes positiv auf die Einschätzung der Risiken aus, die mit dem bewaffneten Einsatz verbunden sein können. Daraus leitete sich für die BefürworterInnen eine erhöhte Zumutbarkeit ab. Vom Argument der internationalen Solidarität schien indessen wenig direkte Mobilisierungswirkung auszugehen. Nationale Interessen wie etwa die Migrationsfrage oder der unmittelbare Schutzwert der Neutralität für die Schweiz bestimmten weitaus stärker die Haltung zu Art und Intensität eines bewaffneten militärischen Auslandengagements.

11 VERTEIDIGUNGS-AUSGABEN

In diesem Jahr wird einzig die allgemeine Einschätzung der Verteidigungsausgaben ermittelt. Eine vertiefte Erfassung des Zusammenhangs zwischen der Bewertung der Rüstungsausgaben und des Wissens um deren Höhe findet sich in der letztjährigen Studie (Haltiner et al., 2000).

Rund jede zweite Befragte bzw. jeder zweite Befragte – insgesamt eine relative Mehrheit – ist im Februar 2001 wie schon in den letzten drei Jahren der Meinung, die Schweiz gebe „zu viel“ bzw. „viel zu viel“ aus für ihre Verteidigung (53%, +3%). 39% (-3%) halten die Ausgaben für „gerade richtig“ (siehe Abbildung 11.1).

Im Vergleich zu den beiden Vorjahren bedeutet dies einen leichten Wiederanstieg in der Ausgabenkritik, im Vergleich zum Mittel der Jahre 1992-1997 ein jedoch noch immer tieferes Mass an Rüstungskritik. Während von 1986 bis 1990 die Zahl derjenigen, welche die Armee knapper halten wollten, deutlich zunahm und die Rüstungskritik 1990 mit 71% einen Höhepunkt erreichte, ist seit 1992 eine Stabilisierung in der Ausgabenkritik auf tieferem Niveau eingetreten. Der vorläufige Tiefpunkt wurde 2000, im Jahr der Abstimmung über die sogenannte Umverteilungsinitiative, im November erreicht.

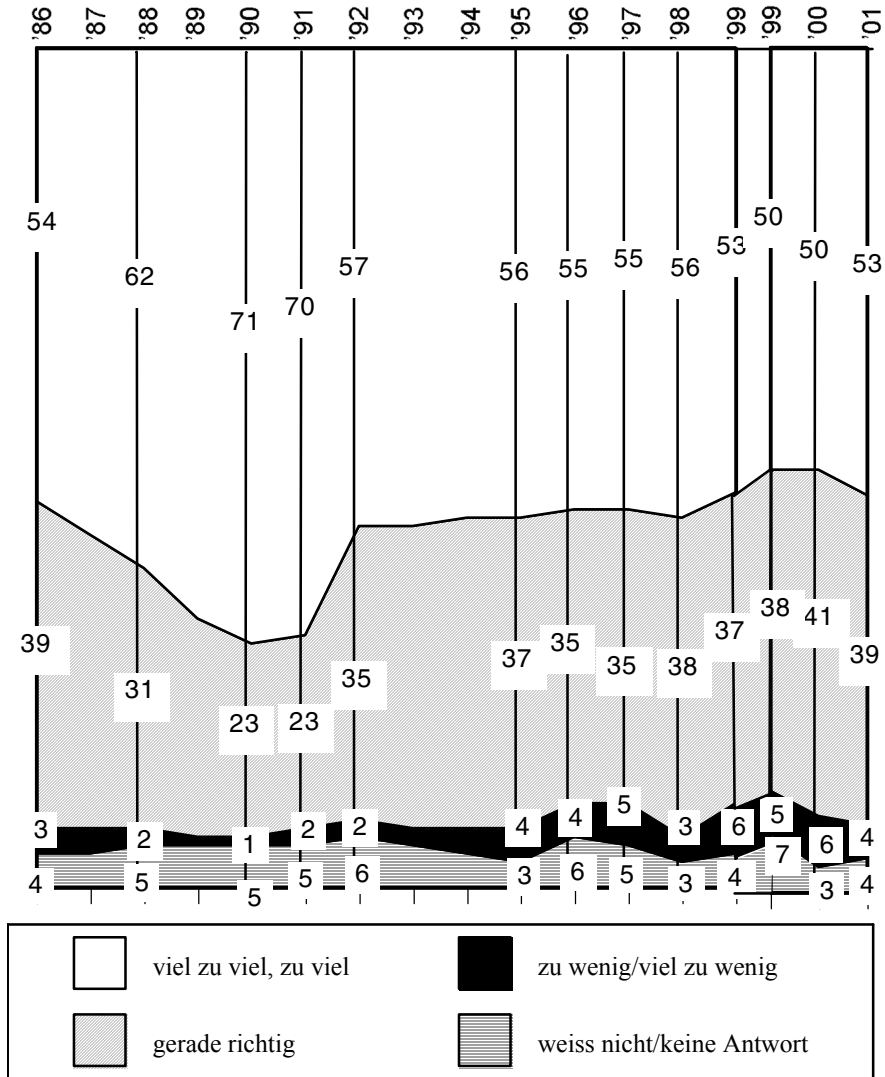
Überdurchschnittlich hoch ist – auch dies eine Konstante über die Jahre hinweg – die Kritik an den Rüstungsausgaben bei politisch links orientierten Personen, in der italienischen Schweiz, bei Frauen und bei jüngeren Personen. Bei den über 55-Jährigen und den politisch rechts Eingestellten sind 54% (+3%) bzw. 53% ($\pm 0\%$) der Meinung, die Ausgaben für Verteidigung lägen derzeit „gerade richtig“. Wer der Meinung ist, die Schweiz gebe zu viel aus für die Rüstung, befürwortet überdurchschnittlich hoch eine Verkleinerung der Armee (siehe Abbildung 12.4; $CC=0.50$).

Alles in allem haben sich die Meinungsrelationen bei der Beurteilung der Verteidigungsausgaben in der Bevölkerung in den letzten drei Jahren kaum verändert. Für die eine Hälfte sind sie zu hoch, die andere beurteilt sie als richtig, zu tief oder enthält sich des Urteils.

Abbildung 11.1

Allgemeine Einstellung zu den Verteidigungsausgaben (Angaben in Prozent)

„Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz viel zu viel, zu viel, gerade richtig oder zu wenig, viel zu wenig Geld für die Verteidigung aus?“



© K.W. Haltiner SI/380/01/P2/sr

12 WEHRSTRUKTUR UND ARMEE

12.1 Militärische Landesverteidigung

Folgende Aspekte werden in die Trendanalyse einbezogen:

- die allgemeine Akzeptanz der Armee in der Schweiz – Trend 1970-2001,
- die Beurteilung der Wehrstruktur – Trend 1983-2001,
- Prestigewert und Bedeutung einer Militrkarriere in der Milizarmee – Trend 1983 – 2001.

12.2 Armeekzeptanz und -umfang

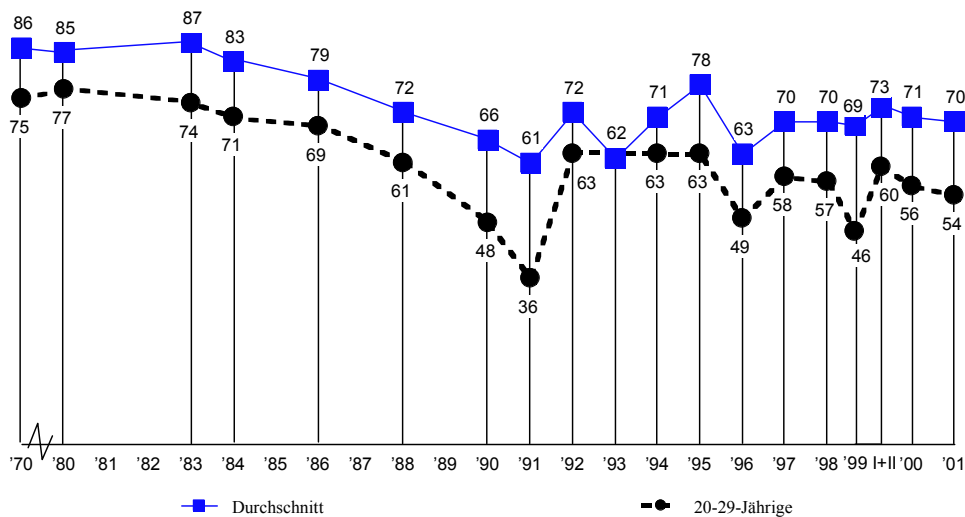
Die Frage nach der Notwendigkeit der Schweizer Armee gilt in unserer Studienreihe als Hinweis für die Akzeptanz der schweizerischen Landesverteidigung schlechthin. Sie wird seit 1970 in unregelmässigen, seit 1990 in regelmässigen Abständen gestellt.

Nach einer Periode hoher Akzeptanzraten im Bereich von jeweils über 80% bis 1984 konnte in der zweiten Hälfte der 80er Jahre ein steter Rückgang in der Armeebefurwortung beobachtet werden (siehe Abbildung 12.1). Seit dem bisherigen Tiefpunkt im Jahre 1991 (61%) machte sich eine gewisse Entkrampfung im Verhältnis zur Armee bemerkbar. Im Frühling 1995 lag die durchschnittliche Akzeptanzrate erstmals seit 1988 wieder bei 78%. Nach einem erneuten „Taucher“ um 15 Prozentpunkte 1996 pendelt sie seit 1997 um die 70%-Rate. Die 73-prozentige, nur schwach signifikant angestiegene Zustimmung im August 1999 ist mit einem Stimmungsanstieg zugunsten der Sicherheitspolitik zu erklären, der im Gefolge des Kosovo-Krieges auch in anderen Datenbeständen festgestellt werden konnte (vgl. Haltiner et al., 1999).

In der Befragung vom Februar 2001 halten 70 von 100 Befragten die Armee für „sehr“ oder „eher“ notwendig (-1%). Unterdurchschnittliche Zustimmung findet die Armee in der Regel bei Personen, die sich als links stehend einstufen. Mit 38% ist bei diesen gegenüber dem Vorjahr wieder ein markanter Einbruch von 10% zu verzeichnen, nachdem die sich als „links“ Bezeichnenden 2000 die Armee noch zu 48% als notwendig bezeichnet hatten. Mit den 38% Zustimmenden linker Provenienz liegt die diesjährige Zustimmung wieder in der Grössenordnung früherer Jahre (1998: 34%).

Abbildung 12.1

Notwendigkeit der Schweizer Armee (Angaben in Prozent)



© K.W. Haltiner SI/364/01/P4/sr

Regelmässig unterdurchschnittlich befürwortet auch die Wehrgeneration der 18-29-Jährigen das Militär (54%, -2%). Ferner liegt die Armeekzeptanz bei den WestschweizerInnen (59%, +1%) sowie bei Personen mit hoher Bildung (Hoch- und Fachhochschule: 64%, +5%) unter dem Bevölkerungsmittel. Dieses soziodemographische Profil ist weitgehend zeitkonstant.

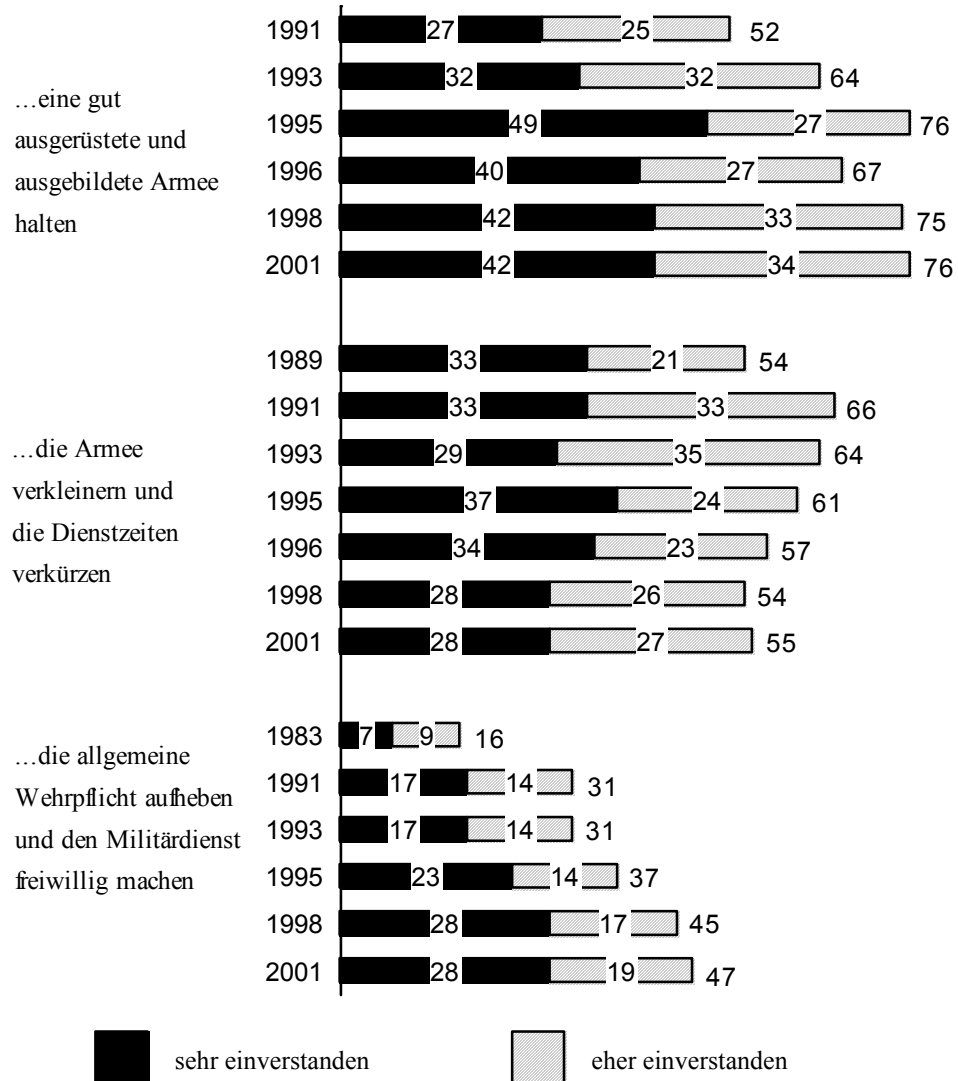
Der hohen Militärakzeptanz entspricht die hohe Zustimmung zur Vorgabe, die Schweiz solle eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee halten (76%, +1%; siehe Abbildung 12.2). Bei dieser Vorgabe ist seit 1991 ein bloss 1996 unterbrochener Zustimmungsanstieg zu beobachten.

Erstmals nach acht Jahren, in denen die Zahl jener stets gesunken ist, die sich eine verkleinerte Armee mit verkürzten Dienstzeiten wünschten, sind es dieses Jahr 55% (+6%), welche die Vorgabe billigen. Darin dürfte die Zustimmung zu einer Verkleinerung der Miliz im Rahmen der Reform „Armee XXI“ zum Ausdruck kommen.

Abbildung 12.2

Armeeumfang und Wehrstruktur (Angaben in Prozent)

Die Schweiz soll...



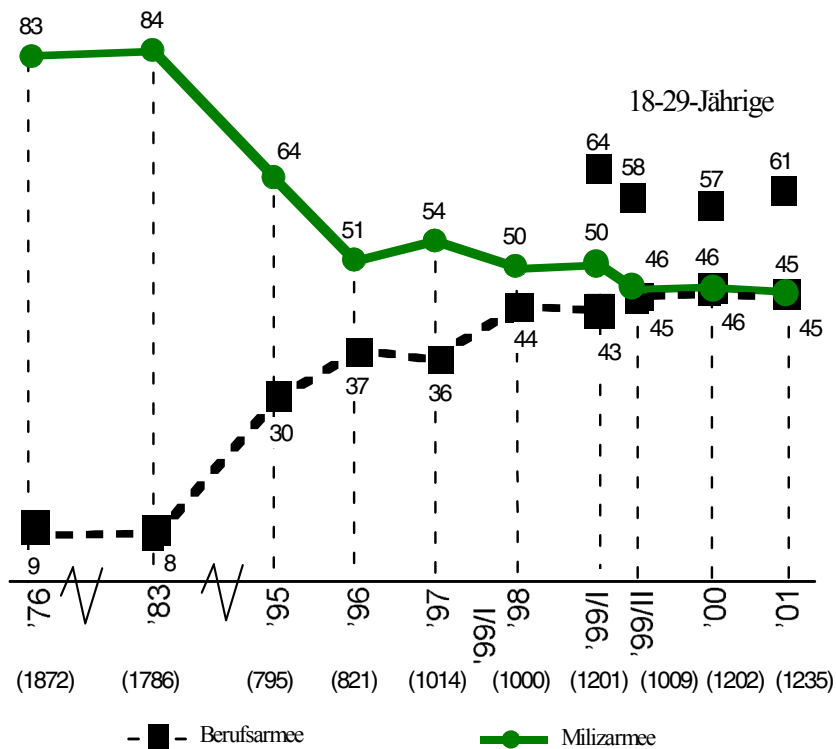
12.3 Wehrstruktur: Miliz- versus Berufsarmee

Während die Notwendigkeit der Schweizer Armee unbestritten ist, so gilt das nicht für die Wehrform. Die sich seit 1995 verstärkende Tendenz zur Befürwortung einer Freiwilligenarmee setzt sich 2001 insofern fort, als sich wie schon in den beiden Vorjahren die BefürworterInnen der Miliz und jene einer Berufsarmee die Waage

Abbildung 12.3

Milizarmee versus Berufsarmee (Angaben in Prozent)

„Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann, oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?“



© K.W. Haltiner Si/381/01/P1/sr

halten (siehe Abbildung 12.3): 45% sehen im Februar in der Miliz die ideale Wehrform für die Zukunft (-1%). Für eine Berufsarmee sprechen sich gleich viele Befragte, nämlich auch 45% (-1%) aus. Rund 10% der Befragten haben dazu keine Meinung.

Bei der militärtragenden Alterskohorte der 18–29-Jährigen und bei den militärisch Eingeteilten überwiegen die BefürworterInnen einer Berufsarmee seit 1998 diejenigen der Miliz. Die jungen Erwachsenen wünschen sich weitaus stärker als alle übrigen soziodemografischen Gruppen eine Freiwilligenarmee. Ihre AnhängerInnen machen in dieser Altersgruppe sechs von zehn aus (61%, +1%). Männer befürworten die Freiwilligenarmee leicht stärker (46%, -3%) als Frauen (44%, ±0%). Zugleich ist bei den Frauen die diesbezügliche Verunsicherung grösser: Rund 13% (+4%) der weiblichen Befragten geben zur Frage der bevorzugten Wehrform keine Antwort oder weichen in die Antwortkategorie „Weiss nicht“ aus – gegenüber 6% bei den Männern. Allgemein ist die Forderung nach einer Berufsarmee eher ein linkes (48%, -4%), weniger ein rechtes Anliegen (40%, -1%). Seit 1999 hat aber die Idee einer Berufsstreitkraft auch bei den politisch Rechten Fuss gefasst³⁷. Zudem findet eine Berufsarmee in der französischen (57%, -6%) und italienischen Schweiz (46%, +1%) grössere Anhängerschaft als in der deutschen Schweiz (41%, ±0%).

Die Sympathie für eine Freiwilligenarmee ist zudem, wie schon in den Vorjahren, verbreitet bei Personen, die eine Verkleinerung der Armee fordern (CC=0.28), ferner auch überdurchschnittlich bei den BefürworterInnen von Schweizer Blauhelm-Truppen sowie tendenziell auch bei solchen, die eine Nato-Annäherung (CC=0.13) oder gar einen Beitritt (CC=0.20) billigen.

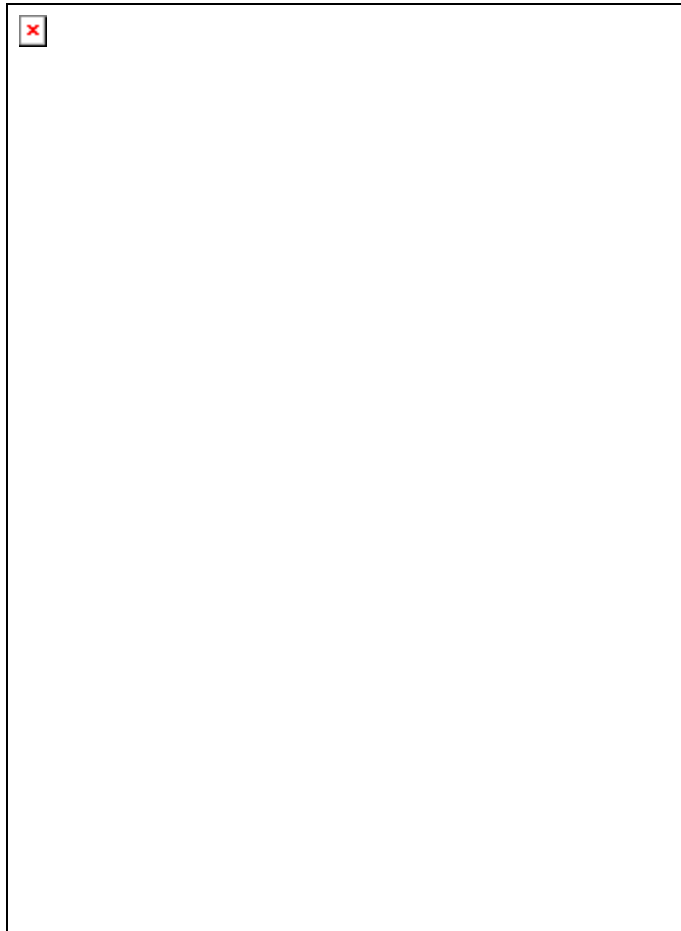
Die Antwortverteilung bei der Frage nach einer Berufs- anstelle einer Milizarmee spiegelt sich exakt bei der Vorgabe, ob die allgemeine Wehrpflicht aufzuheben und der Militärdienst freiwillig werden solle (siehe Abbildung 12.2).³⁸ Die Zustimmung zu dieser Vorgabe steigt seit 1983 stetig an und erreicht in diesem Jahr mit 46% (+1%) ihre bisher höchste Zustimmung. Auch hier fordert mit 66% die jüngste Altersgruppe der 18–29-Jährigen mehr als andere Befragtengruppen die Aufhebung der Wehrpflicht. Die Frauen fordern ihre Suspendierung stärker als Männer (51% versus 41%), Linke mehr als Rechte (69% versus 27%).

³⁷ 1998: 34%; Januar 1999: 41%; August 1999: 39%; Februar 2000: 41%.

³⁸ Obwohl die Gegner der Militärvorlagen mit dem Begriff „Widerstandsarmee“ an die schweizerische Volksheertradition appellierten, blieben die Wehrstruktur-Zahlen vom Abstimmungskampf unberührt. In der Zusatzbefragung der ersten Maihälfte sprachen sich 44% der Befragten für die Aufhebung der Wehrpflicht aus. Ebenso blieb die Mehrheit, die eine Verkleinerung der Armee fordern (siehe Abbildung 12.4) weitgehend unverändert (Februar: 55%, Mai: 56%). Neutralitätspolitische Bedenken dürften somit für den Abstimmungsausgang eine grössere Bedeutung gehabt haben als wehrpolitische.

Abbildung 12.4

*Beurteilung der Wehrstruktur 2001 nach Beurteilung der Verteidigungsausgaben
(Angaben in Prozent)*



Zwischen der Einstellung zur Bewaffnung von Schweizer Soldaten im Auslandseinsatz – Vorlage vom 10. Juni 2001 – und der bevorzugten Wehrform besteht kaum ein Zusammenhang. Die Ablehnenden bzw. Zustimmenden sind bei den AnhängerInnen beider Wehrformen etwa gleichermassen zu finden.

Neben jüngeren Personen und solchen, die für eine Intensivierung der internationalen Militärkooperation eintreten, machen sich über dem Mittel auch solche für eine

Berufsarmee stark, die auf eine Senkung der Rüstungsausgaben pochen (siehe Abbildung 12.4). So halten von jenen, die eine Berufsarmee fordern, fast zwei Drittel die Verteidigungsausgaben für zu hoch, während dies bei den Anhängern der Milizwehrform nur 44% sind. Ein wichtiges Motiv für den Ruf nach einer Abkehr von der Miliz ist offensichtlich die Meinung, die Militärausgaben liessen sich dadurch nachhaltig senken.

Fazit: Bei der seit Mitte der neunziger Jahre steigenden Zustimmung für eine Berufsarmee handelt es sich – wie bereits letztes Jahr festgestellt – nicht um ein Strohfeder. Die Tatsache, dass zwei unabhängig voneinander gestellte Fragen praktisch die gleiche Antwortverteilung erzielen, lässt auf eine gewisse Stabilität in der diesbezüglichen Meinungsbildung schliessen. Die Spaltung in zwei ungefähr gleich grosse Lager der MilizanhängerInnen auf der einen und den VerfechterInnen einer Berufsarmee auf der anderen Seite hat sich in den letzten Jahren verfestigt. Gründe dafür dürften einerseits eine gewisse „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung bei der wehrtragenden jungen Generation sein. Zum anderen stellen aber auch jene die bestehende Wehrform häufiger in Frage, die auf eine Intensivierung der internationalen Sicherheitskooperation setzen, und solche, die sich von der Abkehr von der Milizmassenarmee eine deutliche Kostenreduktion bei den Verteidigungsausgaben erhoffen. Die Meinungsdivergenzen über den Grad an aussen- und sicherheitspolitischer Öffnung werden sich in der Diskussion um die Struktur der „Armee XXI“ bemerkbar machen. Der Ausbau an freiwilligem Personal, sei es als Durchdiener oder als Zeitsoldaten, dürfte in der öffentlichen Meinung kaum auf nennenswerten Widerstand stossen. In der Favorisierung einer Freiwilligenarmee dürfte sich aber auch latent der Streit um Umfang und Grösse der zukünftigen schweizerischen Streitkraft spiegeln. Hinter dem Ruf nach einer Berufsarmee steckt die Forderung nach deutlicher personeller und ressourcenmässiger Reduzierung des Militärs und einer Ausrichtung auf funktionsspezifische innen- und aussenpolitische Zwecke. Im Ruf nach der Beibehaltung der Miliz steckt umgekehrt das Pochen auf fortgesetzte Volksnähe des Militärs und eine tief sitzende Angst vor einer Entfremdung zwischen Bevölkerung und Armee.

In *Schweden*, einem Land mit ähnlicher Miliztradition wie die Schweiz, macht sich eine ähnliche Entwicklung wie in der Schweiz bemerkbar (Stütz 2000). Die Beibehaltung einer starken Verteidigung stösst mehrheitlich auf Akzeptanz (63%, 1999: 67%, 1998: 71%). Knapp die Hälfte der Schweden will die Wehrpflicht beibehalten (49%), eine starke Minderheit jedoch möchte sie aufgeben (42%). Infolge einer neuen Einberufungspolitik, die nicht mehr alle jungen Männer zum aktiven Dienst einzieht, hat die politische Debatte über die Zukunft der Wehrpflicht in Schweden Auftrieb erhalten.

12.4 Prestigewert einer milizmilitärischen Kaderposition

Der Fortbestand des Milizwehrmodells lässt sich in der Schweiz nur so lange und nur in dem Masse gewährleisten, als sich auch weiterhin genügend partizipationswillige Wehrpflichtige für die Übernahme von Kaderpositionen finden lassen. Seit einigen Jahren aber steigen vor allem auf der Stufe Unteroffiziere und Subalternoffiziere die Defizite. Die Sollbestände an jungen Subalternoffizieren können derzeit zu mehr als einem Drittel nicht mehr gedeckt werden, verpflichtete Korporalsanwärter rücken nicht in die Unteroffiziersschule ein, der Eskapismus hat kritische Ausmasse erreicht. Die Frage nach dem Wert, den man allgemein einer militärischen Karriere beimisst, ist insofern von grosser Bedeutung, als ein angemessenes Prestige der militärischen Kaderposition in der Schweizer Bevölkerung eine wichtige Voraussetzung dafür darstellt, dass sich überhaupt genügend freiwillige Interessenten dafür in der Miliz finden lassen. Denn nur bei einem intakten Ansehen einer militärischen Kaderposition werden sich jüngere Männer noch für einen militärischen Beförderungsdienst entscheiden und dabei Unterstützung an ihrem zivilen Arbeitsplatz finden.

Tabelle 12.1

Prestigewert einer Militärkarriere

„Stellen Sie sich vor, dass ein fähiger guter Bekannter von Ihnen gegenwärtig in der Rekrutenschule ist. Er ist vorgeschlagen worden, sich zum Korporal (bzw. zum Leutnant) ausbilden zu lassen und wünscht Ihren Rat, wie er sich entscheiden soll. Empfehlen Sie ihm.“

	zum Korporal				zum Leutnant					
	1985	1995	1998	2001	1976	1983	1995	1998	2001	
– auf jeden Fall annehmen	22	23	17	17		24	26	20	19	
	64	59	60	52		68	63	63	56	
– eher annehmen	42	37	43	35	70	44	37	43	37	
– eher ablehnen	10	15	17	17		8	11	14	14	
	15	21	25	29		13	17	22	25	
– auf jeden Fall ablehnen	5	6	8	12	13	5	6	8	11	
– weiss nicht/ keine Antwort		12	19	15	19	17	13	20	15	19

© K.W. Haltiner SI/389/01/sr

Rund fünf von zehn Befragten, fast 12% weniger als anlässlich der letzten diesbezüglichen Erhebung 1998, würden im Jahr 2001 einem Bekannten auf die Frage, ob er zum Korporal weitermachen solle, eine positive Empfehlung abgeben (siehe

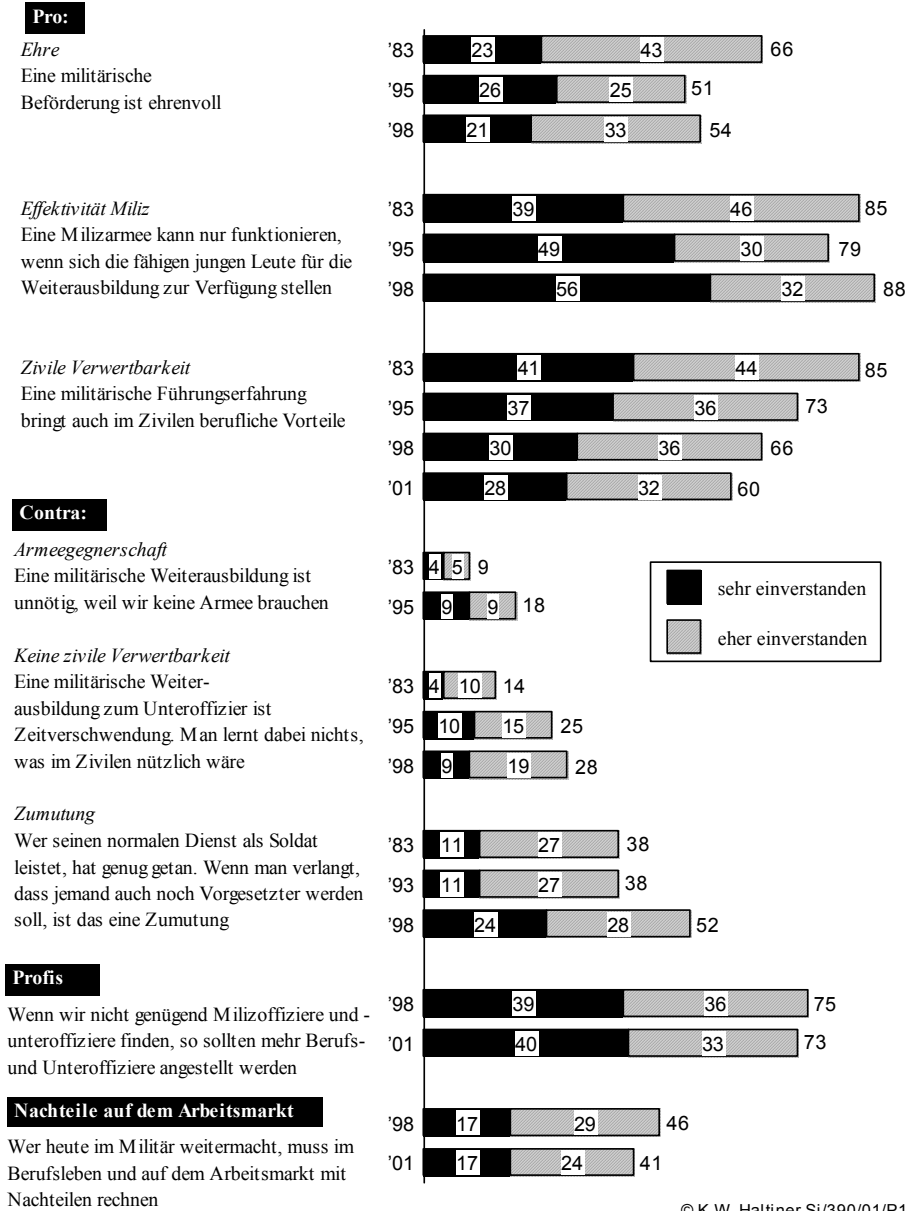
Tabelle 12.1). Im Vergleich dazu ist auch die zwar leicht schwächere, aber im Trend gleichlaufende Abschwächung in der Zustimmung bei der Empfehlung zur Leutnantsausbildung zu beobachten (siehe Tabelle 12.1). Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere hat sich vor allem in den letzten drei Jahren deutlich abgeschwächt.

Etwas tiefer bewerten seit jeher die Altersgruppe der 18–29-Jährigen und höhere Bildungsschichten mit Hoch- bzw. Fachhochschulabschluss die Kaderpositionen (Korporal 46%, -8%; Leutnant 51%, -7%), während mittlere und tiefe sie in höherem Ausmass empfehlen würden. Die Einschätzung des Prestigewertes durch alle Bildungsschichten hat sich indes insgesamt verschlechtert.

Allgemein nimmt der Prestigewert einer Kaderposition mit steigendem Alter der Befragten zu, das heisst, er ist bei der älteren Generation noch intakt, bei den Jüngeren weitgehend geschwunden. Der Tiefpunkt in der Zustimmung zur Empfehlung, einen Vorschlag zum Korporal anzunehmen, lässt sich bei den 18–29-Jährigen ausmachen. Es würde unter ihnen nur eine Minderheit einem Freund das Weitermachen zum Korporal empfehlen (42%, -2%). Entgegen dem Durchschnittstrend würden hingegen heute hingegen wieder 10% mehr junge Leute als 1998 ein Weitermachen zum Leutnant empfehlen (1998: 36%, 2001: 46%) Ob sich hier eine echte Tendenzwende abzeichnet, bleibt abzuwarten. Die in früheren Studien festgestellten Unterschiede zwischen den Sprachregionen – sie hatten sich 1998 abgeschwächt – lassen sich 2001 wieder deutlich ausmachen. In der Suisse Romande wird ein Weitermachen zum Korporal von weniger Befragten gutgeheissen als in der Deutschschweiz (43% versus 54%), in der italienischen Schweiz dagegen in höherem Masse (62%). Beim Weitermachen zum Leutnant betragen die entsprechenden Zustimmungswerte 46% in der französischen, 59% in der deutschen und 66% in der italienischen Schweiz (infolge der kleinen Befragtenzahl im Tessin, N=50, ist der Unterschied zwar statistisch signifikant aber mit Unsicherheiten behaftet).

Abbildung 12.5

Einstellung zu den Beförderungsdiensten in der Armee



© K.W. Haltiner Si/390/01/P1/sr

In der diesjährigen Befragung konnten nur wenige der früher gestellten Fragen zu den Motiven für das Weitermachen wiederholt werden (siehe Abbildung 12.5.). Bei den möglichen Erwägungen für oder gegen ein Weitermachen überwogen bisher in der Zustimmung die Pro-Argumente bei weitem die Contra-Argumente. Indessen haben im Zeitverlauf die positiven Erwägungen etwas an Gewicht eingebüsst, die Contra-Argumente dagegen zugenommen. Bemerkenswert und im Widerspruch dazu ist, dass relativ trendstabil die Einsicht, die Miliz könne nur funktionieren, wenn sich fähige junge Leute zur Verfügung stellen, zwar gross mehrheitlich vorhanden ist (1998: 88%), aber die eigene Bereitschaft oder Empfehlung dazu erheblich tiefer ausfällt. Man befürwortet das Prinzip „Miliz“, nimmt sich selber aber davon aus. Auch hier macht sich offensichtlich etwas von jener bereits im vorangehenden Abschnitt konstatierten „Ja-aber-ohne-mich“-Haltung bemerkbar. So sind unter den AnhängerInnen einer Berufsarmee weniger Befragte geneigt, eine Leutnantskarriere zu empfehlen als unter den Supportern der Miliz (CC=0.21).

Eines der bis heute nachgewiesenermassen wichtigsten Karrieremotive – der zivile Nutzen des Weitermachens – steht im Begriffe, weiter an Zugkraft zu verlieren. Der Rückgang von 85% Zustimmung im Jahre 1983 auf 60% in diesem Jahr spricht eine deutliche Sprache (siehe Abbildung 12.5). Bei den 18–29-Jährigen glauben nur noch etwas mehr als die Hälfte an die zivile Verwertbarkeit einer militärischen Führungserfahrung (50%, -8%). Umgekehrt sehen vier von zehn Befragten, etwas weniger als 1998, mögliche Nachteile des Weitermachens auf dem Arbeitsmarkt (41%, -5%). Männliche Befragte stimmen dieser Einschätzung erheblich stärker zu (47%, -6%) als weibliche (36%, -3%), was auf entsprechende Erfahrungen in der männlichen Arbeitsbevölkerung schliessen lässt. Dabei scheint sich aber vor allem bei Hochschul- oder FachhochschulabsolventInnen die Situation etwas entspannt zu haben. Zwar geben sie deutlich häufiger (51%, -12%) als BerufsschulabsolventInnen (37%, -5%) an, mit Nachteilen zu rechnen, aber deutlich seltener als bei der Befragung 1998 (-12%). Es vermag deshalb wenig zu erstaunen, wenn drei von vier Befragten keine Mühe damit bekunden, wenn das militärische Kader in stärkerem Masse als heute professionalisiert würde (73%, -2%). Es sind bei dieser Haltung kaum Unterschiede nach dem Alter oder dem militärischen Rang auszumachen.

Die zivile Verwertbarkeit einer militärischen Karriere stellt für eine positive Empfehlung zum Weitermachen nach wie vor ein wichtiges Motiv dar, die möglichen Nachteile auf dem Arbeitsmarkt indessen ein gewichtiges negatives.³⁹

³⁹ Für Leutnant CC=0.27, für Korporal CC=0.23.

Fazit: Der gesellschaftliche Prestigewert einer Militärkarriere war lange Zeit stabil, nimmt nun aber tendenziell ab. Trotz allgemein verbreiteter Einsicht in einen qualitativ hochstehenden Kaderbedarf als funktionaler Voraussetzung für das Milizsystem haben die karrierebegünstigenden Erwägungen an Gewicht weiter eingebüsst. Das Argument der zivilen Verwertbarkeit militärischer Führungserfahrungen verliert weiter an Zugkraft. Breite Akzeptanz erhält die mit der Armereform XXI geplante Erweiterung des professionellen Kaders.

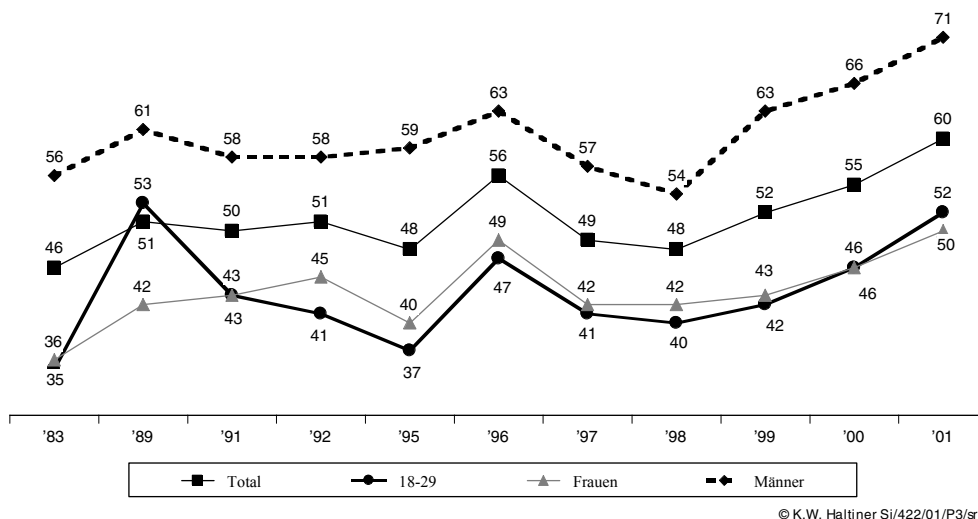
13 SICHERHEITSPOLITISCHES INTERESSE

Nur wer sich für Sicherheitspolitik interessiert, wird relevante Informationen aufnehmen und sich sicherheitspolitisch engagieren. Für eine Sicherheitspolitik, die auf ein hohes Mass an Bürgerengagement angewiesen ist, bleibt die öffentliche Anteilnahme am sicherheitsrelevanten Geschehen von hoher politischer Bedeutung.

Abbildung 13.1

Sicherheitspolitisches Interesse („sehr“ bzw. „recht starkes“ sicherheitspolitisches Interesse in Prozent)

„Einmal abgesehen davon, ob Sie für oder gegen die Gesamtverteidigung eingestellt sind: Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit und der Gesamtverteidigung?“



Wie Abbildung 13.1 zu entnehmen ist, liegt im Februar 2001 das sicherheitspolitische Interesse beim Durchschnitt der BürgerInnen deutlich über dem Mittel der vorangehenden Jahre (60%, +5%). Seit 1998 ist nach einem Zwischenhoch 1996 ein konstanter Anstieg zu beobachten. Dazu dürften innenpolitische Fragen, wie die nach dem Umbau der Armee, aber etwa auch die Einsätze unter schweizerischer

Beteiligung auf dem Balkan und ganz allgemein die gestiegene Aktualität von kriegerischen Konflikten im europäischen Umfeld und im Nahen Osten beigetragen haben.

Generell interessieren sich Männer zeitkonstant stärker als Frauen und junge Erwachsene für sicherheitspolitische Belange.

Bei allen soziodemographischen Gruppen ist aber ein Interessenanstieg im Vergleich zum Vorjahr zu beobachten. Nicht auszuschliessen ist ferner, dass im Vorfeld der Abstimmungen um die beiden Vorlagen zur Änderung des Militärgesetzes vom 10. Juni 2001 bereits im Februar eine sicherheitspolitische Sensibilisierung stattgefunden hat, die an jene der Umverteilungsinitiative von Dezember 2001 anschliesst. Dafür spricht unter anderem die Tatsache, dass das Interesse für Sicherheitspolitik vor allem bei Personen überdurchschnittlich stark angestiegen ist, die sich als politisch rechts oder links einstufen (Zunahme +13% bzw. +11%). Allgemein interessieren sich politisch als rechts bezeichnende Personen stärker für Sicherheitspolitik als links orientierte („sehr“ und „recht stark“: 80%, +13% versus 55%, +11%).

Zwischen dem sicherheitspolitischen Interesse und der Frage, ob man von Bekannten und Freunden häufig um Rat und Auskunft zu politischen Themen angegangen werde – mithin der Meinungsführerfunktion – besteht ein hochsignifikanter statistischer Zusammenhang⁴⁰: So behaupten von jenen, die angeben, sie würden „öfters“ um politischen Rat angegangen, 79% (-1%), sich „recht“ (39%, +3%) bzw. „sehr stark“ (40%, -4%) für Sicherheitspolitik zu interessieren, während unter jenen, die behaupten, das geschähe „nie“, sich bloss 40% (+7%) „sehr“ bzw. „recht stark“ für Sicherheitspolitik interessieren. Wie frühere Studien gezeigt haben (Haltiner, 1985), muss die erhöhte Zuwendung zu sicherheitspolitischen Belangen als Ausdruck eines überdurchschnittlichen Interesses für Politik ganz allgemein gesehen werden.

⁴⁰ 2001: $\gamma=0.37$; 2000: $\gamma=0.47$.

LITERATURVERZEICHNIS

- Bacher, J. (1994). Clusteranalyse. München: Oldenbourg.
- Backhaus, K., Erichson, B., Plinke, W. & Weiber, R. (1990). Multivariate Analysemethoden. Eine anwendungsorientierte Einführung (6. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1984). Lehrbuch der empirischen Forschung. Berlin: Springer.
- Bortz, J. (1993). Statistik. Für Sozialwissenschaftler (4. Aufl.). Berlin: Springer.
- Bundesamt für Polizeiwesen (Hrsg.) (1998). Polizeiliche Kriminalstatistik. Bern: Eidg. Justiz- und Polizeidepartement.
- Buri, Ch., Haltiner, K.W. & Spillmann, K.R. (1991). Sicherheit 1991: Ergebnisse einer Repräsentativbefragung. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 18. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.
- Giller, J. (1999). Sicherheitspolitische Diskussion und öffentliche Meinung. Darstellung und Interpretation empirischer Daten zu aktuellen Fragen der österreichischen Sicherheitspolitik. Wien: Österreichische Gesellschaft für Landesverteidigung und Sicherheitspolitik.
- Greenacre, M. (1990). SimCA User's Manual. Pretoria: University of South Africa, Department of Statistics (unveröffentlicht).
- Haltiner K.W. (1985). Der Bürger und seine Verteidigung. Auswertung einer Repräsentativbefragung. Arbeitsberichte des Instituts für Soziologie der Universität Bern. Bern: mimeo.
- Haltiner, K.W. (1994). Sicherheit '94. Unveröffentlichte Bevölkerungsrepräsentativbefragung. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1995). Sicherheit '95. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr.1. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Sicherheit '96. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 3. Au/Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.
- Haltiner, K.W. (1996). Das Militär im Wandel der Wertvorstellungen. In: L. Carrel (Hrsg.). Schweizer Armee – heute und in Zukunft (S. 435-447). Thun: Ott Verlag.

Haltiner, K.W.(1998). Sicherheit '98. Sicherheits- und verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Beiträge und Berichte – Militärische Führungsschule, Heft Nr. 4. Au-Wädenswil: Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Haltiner, K.W. & Spillmann, K.R. (1994). Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 32. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L., Spillmann, K.R. (1996). Internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralität. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 38. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner, K.W., Bertossa, L. & Spillmann, K.R. (1997). Sicherheit '97. Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik und Konfliktforschung, Heft Nr. 42. Zürich: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ.

Haltiner K.W., Wenger A., Bennett J. & Szvircev T. (1999). Sicherheit 1999 – Aussen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitische Meinungsbildung im Trend. Zürich und Au/Wädenswil: Forschungsstelle für Sicherheitspolitik und Konfliktanalyse ETHZ und Militärische Führungsschule an der ETHZ.

Kolodziejczyk, A. (1998). The Perception of Security and Danger. In S. Spangenberg & P. Klein (Eds.), Security-Nation-Partnership. A Comparative Research On Value Change and On Attitudes Towards Security, Army and Military Co-operation in the Czech Republic, Poland and Germany (S. 237-264). Strausberg: Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr.

Manigart Ph. (2001). Public Opinion and European Defence: Results of a European Opinion Survey (unveröffentlichtes Manuskript).

Martinovits A. (2000). UniVox Teil IVB Verteidigung/Sicherheit 2000 – Trendbericht. Bern/Zürich: GfS-Forschungsinstitut.

Meyer, R. (1976). Befragung über Werte und Wertordnungen in der Schweizer Bevölkerung. Unveröffentlichte Randauszählung. Bern: Soziologisches Institut der Universität Bern.

Meyer, R., Haltiner, K.W., Hofer, R., Iff & H., Rüegg, W. (1982). Fragen an die Zukunft. Die Bedeutung von Beruf, Bildung und Politik für die zwanzigjährigen Schweizerinnen und Schweizer. Pädagogische Rekrutenprüfungen, Wissenschaftliche Reihe Band 6. Aarau: Sauerländer.

Noelle-Neumann, E. (1982, erweiterte Ausgabe 1996). Öffentliche Meinung – Die Entdeckung der Schweigespirale. Frankfurt a. Main: Ullstein.

- Riklin, A., Frei, Ch. (1986). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Laggner, B. (1988). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A., Hafen, Th. (1990). Bericht zum UniVox-Thema IVb „Verteidigung“. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Riklin, A. (1991). Neutralität im Wandel. NZZ, Nr. 219, 21./ 22. Sept.
- Riklin, A. (1992). Die Neutralität in der Schweiz. In: Bewaffnete Neutralität heute, Beilage der Allgemeinen Schweizerischen Militärzeitschrift. Frauenfeld.
- Scheufele D.A., Moy P. (1999). Twenty-Five Years of the Spiral of Silence: A Conceptual Review and Empirical Outlook. International Journal of Public Opinion Research, Vol. 12, No. 1, S. 3-28.
- Schroter W., Meier A. (2000). UniVox Teil II D Staatsfinanzen 2000 – Trendbericht. Zürich: GfS-Forschungsinstitut.
- Schloeth, D. (1994). Regierungsvertrauen: Auf die Parteisympathie kommt's drauf an. Staatsbürger, Magazin für Wirtschaft und Politik, 6, S. 22-24.
- SOWI, Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (2000). Ergebnisse der Bevölkerungsbefragung 2000 (unveröffentlicht).
- Stadelmann, J., Haltiner, K.W. (1992). Motivationsstudie '91. Bern: Stab GA.
- Stütz, G. (2000). Opinion 00, Svenskarnas syn på samhället, säkerhetspolitiken och försvaret hösten 2000. Stockholm: Styrelsen för Psykologiskt Försvar.

ANHANG I

I. Die Qualität der Variablen

Eine Menge von Objekten, die mittels einer Zahl dargestellt werden können, bezeichnet der Statistiker als Skala. Je nachdem, welche Eigenschaften und Beziehungen der Zahlen auf die Menge der Objekte sinnvoll übertragbar sind, unterscheidet man Skalen von verschiedenem Niveau. In der Statistik spricht man vom Skalenniveau der Variablen oder der Merkmale.

Eine Skala, die nur Identifikationen, nicht aber eine Zählung zulässt, heisst *Nominalskala* (z.B. Automarke, Beruf), eine deren Zahlen lediglich „grösser-kleiner“-Relationen abbilden, *Ordinalskala* (z.B. militärische Grade, Bildungsgrade). Eine Skala, bei der gleiche Zahlendifferenzen auch gleiche Merkmalsdifferenzen repräsentieren, wird als *Intervallskala* bezeichnet (z.B. Körpertemperatur, Metermass) (vgl. Bortz, 1984).

II. Korrelationen und Koeffizienten

Zusammenhangsmasse sind wichtige Instrumente der beschreibenden Statistik. Als geeignete Masse haben sich sogenannte Korrelationskoeffizienten erwiesen, die Werte zwischen 0 und 1 annehmen können, wobei Werte nahe bei 0 auf einen geringen, Werte nahe bei 1 auf einen engen Zusammenhang hinweisen.

Viele Korrelationskoeffizienten geben zusätzlich noch die Richtung des Zusammenhangs an, indem sie positive Werte annehmen, wenn sich die beteiligten Variablen gleichläufig verhalten, oder negative, wenn sich die Variablen gegenläufig verhalten. Stimmt also beispielsweise die Mehrheit der Befragten, die der Frage A zustimmt, auch der Frage B zu, und lehnen gleichzeitig diejenigen, die Frage A ablehnen, auch Frage B mehrheitlich ab, so wird man von einem positiven Zusammenhang sprechen. Eine negative Korrelation ergäbe sich dann, wenn die Personen, die A zustimmen, B mehrheitlich ablehnen und umgekehrt.

Es gibt eine ganze Reihe von unterschiedlichen Korrelationskoeffizienten, die sich für unterschiedliche Arten der Fragestellung und Beschaffenheit von Daten eignen. In dieser Studie werden als Masse für nominalskalierte Variablen (Merkmale, die sich nur qualitativ voneinander unterscheiden lassen, wie z.B. die Staatszu-

gehörigkeit, die Religion oder der Beruf) und ordinalskalierte Variablen (d.h. solche mit Rangcharakter, wie z.B. „grösser als...“ oder „wichtiger als...“) der sogenannte Kontingenzkoeffizient (CC) und der Gamma-Koeffizient (γ) verwendet.

Der *Kontingenzkoeffizient*, abgekürzt CC, erfasst den Zusammenhang (die Assoziation) zweier nominalskalierter Merkmale. Der Wertebereich von CC variiert zwischen 0 und 1 (nur positive Koeffizienten). Dabei bedeutet 0 völlige Unabhängigkeit und 1 einen absoluten Zusammenhang zwischen den Merkmalen.

Der *Gamma-Koeffizient* (γ) gelangt zur Anwendung, wenn die zu analysierenden Variablen Ordinalcharakter aufweisen. Der Wertebereich vom Gamma-Koeffizienten variiert zwischen -1 und +1.

Signifikanz: Korrelationskoeffizienten sind ein Mass für den Zusammenhang zweier oder mehrerer Variablen. Dieser kann aber manchmal bloss zufälligen Charakter haben. Das heisst, eine festgestellte Korrelation ist in der Stichprobe gegeben, kann aber nicht auf die Grundgesamtheit übertragen werden. Anders ausgedrückt: Der Schluss von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit ist statistisch nicht gesichert. Konkret würde das in unserem Fall bedeuten, dass eine Verallgemeinerung eines zwischen zwei Variablen gegebenen Zusammenhangs von unserer 1200-Personen-Stichprobe auf die Gesamtheit der schweizerischen Bevölkerung unsicher ist. Ist die Verallgemeinerung von Merkmalen einer Untergruppe (Stichprobe) auf die Grundgesamtheit hingegen möglich, so ist der festgestellte Zusammenhang zwischen den Variablen signifikant. Dies wird in der Regel mit $p < 0.05$ (signifikanter Zusammenhang), $p < 0.01$ (sehr signifikanter Zusammenhang) oder $p < 0.001$ (hochsignifikanter Zusammenhang) ausgedrückt. Bei $p > 0.05$ ist die Wahrscheinlichkeit, dass der Zusammenhang bloss zufällig ist, grösser als 5% (vgl. Bortz, 1984; Meyer/ Haltiner/ Hofer/ Iff/ Rüegg, 1982).

III. Das Testen von Unterschiedshypothesen mittels χ^2 -Test

Der im Rahmen dieses Berichtes ebenfalls verwendete χ^2 -Test beruht auf dem k-l- χ^2 -Verfahren zur Überprüfung von Unterschiedshypothesen, wobei k die Zahl der zu vergleichenden Stichproben und l die Zahl der Ausprägungen des zu untersuchenden Merkmals bezeichnet (Bortz, 1993, S. 160). Es wird geprüft, ob sich k voneinander unabhängige Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B in unterschiedlicher Weise verteilen. Ein signifikantes Ergebnis bedeutet, dass die Unterschiede in der Verteilung von k unabhängigen Stichproben auf die Ausprägungen eines Merkmals B mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit (in der Regel höchstens 5%) nicht durch Zufall zustande gekommen sind.

IV. Die Clusteranalyse

Die Clusteranalyse ist ein statistisches Datenreduktionsverfahren zur systematischen Klassifizierung von Objekten einer gegebenen Menge. Die durch eine bestimmte Anzahl von Merkmalen beschriebenen Objekte werden nach Massgabe ihrer Ähnlichkeit in Gruppen (Cluster) zusammengefasst, wobei die Cluster untereinander möglichst homogen und extern möglichst gut voneinander unterscheidbar sein sollen. Mit anderen Worten: Es sollen die Elemente eines Clusters möglichst ähnlich sein, und jedes Element eines Clusters soll sich möglichst stark von den Objekten anderer Cluster unterscheiden. Ziel der Clusteranalyse ist es also, Gruppen so zu bestimmen, dass die Korrelationen der Variablen einer Gruppe zu den Variablen aller anderen Gruppen möglichst niedrig sind.

Es gibt zwei grosse Familien von clusteranalytischen Verfahren: die optimierenden und die hierarchischen. In der Regel muss bei den ersteren eine Startgruppierung vorgegeben werden. Das heisst, das erste Objekt jedes Clusters (Startwert) und die Anzahl der gewünschten Cluster gibt der Anwender vor. Er versucht dann, diese Startgruppierung durch schrittweise Verschiebung jedes neu in Betracht gezogenen Objekts von einem Cluster zu einem anderen zu verbessern; er verfährt so lange, bis keine Verbesserung mehr möglich ist. Die ständige Verbesserung der Elementeverteilung ist der Vorteil der optimierenden gegenüber den hierarchischen Verfahren, bei welchen keine Startgruppierung notwendig ist.

Für unsere Berechnungen haben wir ein optimierendes Verfahren gewählt. Die Prozedur QUICK CLUSTER,⁴¹ welche auf dem K-Means-Verfahren basiert, eignet sich besonders bei grossen Fallzahlen. Es wird dabei wie folgt vorgegangen: In einem ersten Schritt werden die Startwerte für die Clusterzentren bestimmt. Im zweiten Schritt wird bei nur einem Durchgang durch die Daten nacheinander jeder Fall dem nächstgelegenen Clusterzentrum zugeordnet. Nach jeder Zuordnung wird die Lage des Clusterzentrums so neu berechnet und korrigiert, dass es zum Schwerpunkt der zugehörigen Fälle wird. Im dritten Schritt schliesslich werden die Fälle wiederum dem (verschobenen) Zentrum zugeordnet, das nunmehr am nächsten liegt. Unter einem Clusterzentrum hat man sich nun aber nicht ein konkretes Objekt vorzustellen, sondern ein künstliches. Man könnte sich das bildlich als Sonnensystem vorstellen. Dabei wäre das Zentrum des Clusters die Sonne, und die anderen Clusterobjekte würden die um die Sonne schwebenden Planeten darstellen.

Nach der Durchführung der Clusteranalyse verfügen wir über zwei wichtige Informationen: Wir wissen, welche Werte die einzelnen Clusterzentren aufweisen und

⁴¹ QUICK CLUSTER ist eine Prozedur innerhalb der Statistik-Software SPSS.

welchem Cluster jedes Objekt angehört. Die Clusterzugehörigkeit kann somit als eine neue Variable betrachtet werden, mit der sich arbeiten lässt (vgl. Bortz, 1989; Bacher, 1994).

V. Die Korrespondenzanalyse

Die einfache Korrespondenzanalyse ist eine Hauptkomponentenanalyse kategorialer Daten. Eine Hauptkomponentenanalyse erklärt die Varianz einer bestimmten Datenmatrix durch rechtwinklige, das heisst voneinander unabhängige, Hauptachsen. In der Korrespondenzanalyse wird die Gesamtvarianz einer Datenmatrix durch das in Kreuztabellen übliche χ^2 gemessen, welches den Grad der Unabhängigkeit von Reihen und Kolonnen angibt. Es ist also das χ^2 , welches durch die Hauptachsen erklärt wird. Genau genommen, wird die *Inertia* erklärt, welche dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen) entspricht.

In der klassischen Hauptkomponentenanalyse bestimmen Reihen und Kolonnen eine einzige Punktwolke im mehrdimensionalen Raum. Die Hauptachsen zeigen auf, welche Subdimensionen diesen Punkten am nächsten kommen. Die Korrespondenzanalyse kennt dagegen zwei Punktwolken – sogenannte Reihen- und Kolonnenprofile. Diese Profile entsprechen der Zellgrösse dividiert durch das jeweilige Reihen- bzw. Kolonnen-total.

Eine Besonderheit der Korrespondenzanalyse ist die Masse jedes Reihen- und Kolonnenpunkts. Jeder Variable wird aufgrund ihrer Auftretenshäufigkeit ein gewisses Gewicht beigemessen, welches proportional zur jeweiligen Reihen- oder Kolonnen-summe ist. In der klassischen Hauptkomponentenanalyse dagegen fliesst in der Regel jede Variable mit dem gleichen Gewicht in die Analyse ein. Ähnlich wie in der Hauptkomponentenanalyse Faktorladungen angegeben werden, berechnet die Korrespondenzanalyse die Korrelationen zwischen Reihen bzw. Kolonnen und den Hauptachsen.

Bei Variablen mit mehr als einer Antwortmöglichkeit werden die einzelnen Antworten als eigenständige Variablen betrachtet (vgl. Greenacre, 1990).

ANHANG II

I. Die Typologien der aussen- und sicherheitspolitischen Kooperationswilligkeit und der Neutralitätsauffassung

Ein Verfahren zur Typenbildung von Personen mit verwandten Eigenschaften bietet die Clusteranalyse. Sie erlaubt es, Befragte mit einem weitgehend ähnlichen Einstellungsprofil zu Typen zusammenzufassen. Der eine Typ soll dabei zu Typen mit anderen Einstellungsprofilen möglichst wenig Ähnlichkeit aufweisen. Die Typenbildung erfolgt in einem Optimierungsprozess, d.h., es gibt mehr oder weniger optimale Lösungen (vgl. Anhang I, Abschnitt IV).

Die hier vorgelegten Typenbildungen wurden erstmals mit den Daten von 1993 vorgenommen. Sie dienen seither als Grundlage für die Ermittlung dominanter Einstellungsmuster mit Blick auf die internationale Kooperationsbereitschaft und Neutralitätsauffassung in der schweizerischen Bevölkerung.⁴²

Im Folgenden sind die Zentren der berechneten Cluster der Typologien „internationale Kooperationsbereitschaft“ und „Neutralitätsauffassung“ für die Daten 2001 numerisch wiedergegeben (siehe Tabellen I und III) und durch die Abbildung A und B grafisch verdeutlicht. Für Vergleichszwecke werden ebenso die numerischen Clusterzentren der Daten 2000 abgebildet (siehe Tabellen II und IV).

⁴² Wer sich für das theoretische Konzept der Typologie näher interessiert, sei auf den Jahresband *Öffnung oder Isolation der Schweiz? Aussen- und sicherheitspolitische Meinungsbildung im Trend* verwiesen (Haltiner & Spillmann, 1994, S. 15ff.).

Tabelle I

*Die Clusterzentren der Kooperationstypen in zentralen aussen- und sicherheitspolitischen Variablen 2001**

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz sollte...			
... sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.63	3.01	3.62
... sich der Nato annähern	2.11	2.39	3.22
... der Uno beitreten	1.30	1.66	3.61
... mehr in Konflikten vermitteln	1.69	1.94	2.38
... mehr Entwicklungshilfe leisten	1.89	2.38	2.79
... dem EWR, nicht aber der EU beitreten	3.16	1.86	2.77
... politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	2.07	2.11	2.46
... die Neutralität beibehalten	2.50	1.37	1.15
... wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	3.09	2.06	1.71

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Abbildung A

Die Clusterzentren der Kooperationstypen in zentralen aussen- und sicherheitspolitischen Variablen 2001

Die Schweiz sollte...

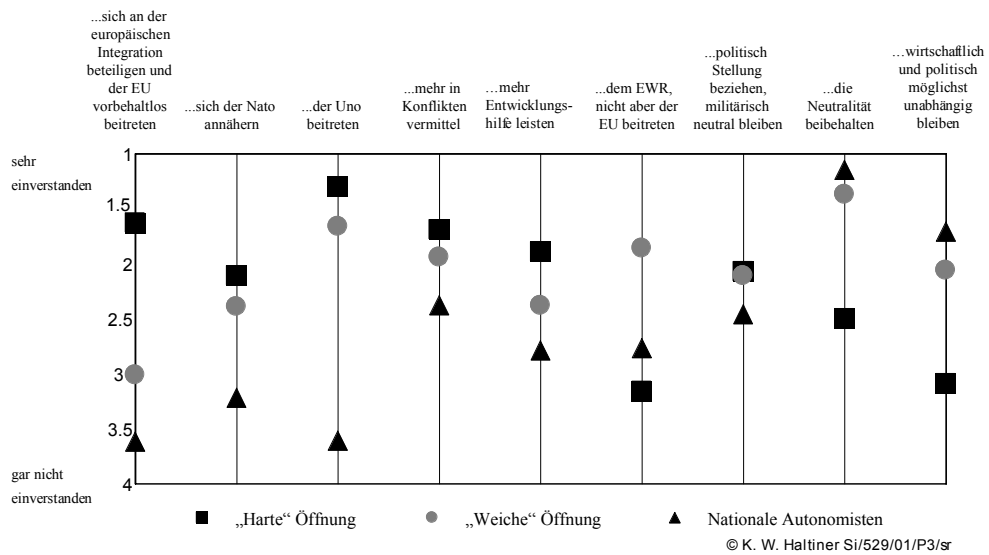


Tabelle II

*Die Clusterzentren der Kooperationstypen in zentralen aussen- und sicherheitspolitischen Variablen 2000**

Variable	Zentrum Cluster 1 („Harte“ Öffnung)	Zentrum Cluster 2 („Weiche“ Öffnung)	Zentrum Cluster 3 (Nationale Autonomisten)
Die Schweiz sollte...			
... sich an der europäischen Integration beteiligen und der EU vorbehaltlos beitreten	1.48	2.78	3.45
... sich der Nato annähern	2.16	2.17	3.43
... der Uno beitreten	1.34	1.88	3.50
... mehr in Konflikten vermitteln	1.72	2.04	2.38
... mehr Entwicklungshilfe leisten	1.74	2.45	2.96
... dem EWR, nicht aber der EU beitreten	3.09	1.73	2.60
... politisch Stellung beziehen, militärisch neutral bleiben	2.03	2.10	2.53
... die Neutralität beibehalten	2.29	1.36	1.18
... wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig bleiben	3.12	2.02	1.67

* 1 = sehr einverstanden, 2 = eher einverstanden, 3 = eher nicht einverstanden, 4 = gar nicht einverstanden

Tabelle III

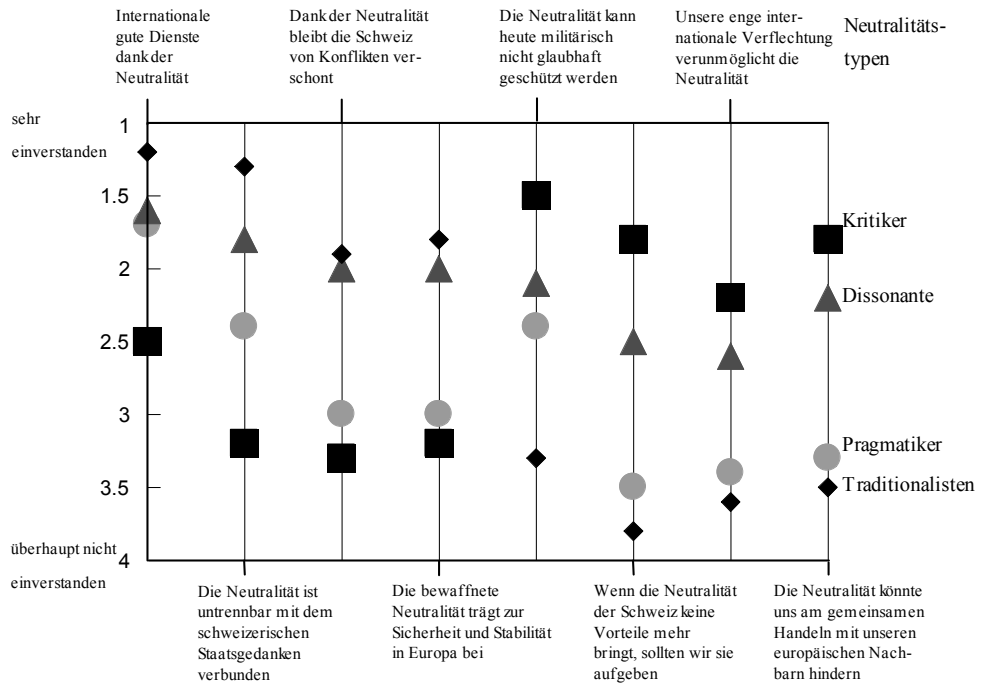
*Die Clusterzentren der verschiedenen Neutralitätstypen in zentralen neutralitätspolitischen Variablen 2001**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.54	1.66	1.59	1.23
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.22	2.37	1.75	1.28
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.27	3.02	2.00	1.94
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.21	2.95	2.03	1.79
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.64	2.35	2.13	3.28
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.78	3.45	2.51	3.76
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.21	3.38	2.64	3.60
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.79	3.27	2.17	3.49

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

Abbildung B

Die Clusterzentren der verschiedenen Neutralitätstypen in zentralen neutralitätspolitischen Variablen 2001



© K.W. Haltiner Si/294/01/P2/sr

Tabelle IV

*Die Clusterzentren der verschiedenen Neutralitätstypen in zentralen neutralitätspolitischen Variablen 2000**

Variable	Zentrum Cluster 1 (Kritiker)	Zentrum Cluster 2 (Pragmatiker)	Zentrum Cluster 3 (Dissonante)	Zentrum Cluster 4 (Traditionalisten)
Internationale gute Dienste dank der Neutralität	2.45	1.58	1.55	1.19
Die Neutralität ist untrennbar mit schweizerischem Staatsgedanken verbunden	3.24	2.11	1.73	1.36
Dank der Neutralität bleibt die Schweiz von Konflikten verschont	3.25	3.07	1.83	1.87
Die bewaffnete Neutralität trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei	3.26	3.00	1.90	1.74
Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden	1.50	2.29	2.12	3.42
Wenn die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt: aufgeben!	1.72	3.54	2.32	3.66
Unsere enge internationale Verflechtung verunmöglicht die Neutralität	2.18	3.14	2.33	3.66
Die Neutralität könnte uns am gemeinsamen Handeln mit unseren europäischen Nachbarn hindern	1.74	2.91	1.96	3.47

* 1= sehr einverstanden, 2= eher einverstanden, 3= eher nicht einverstanden, 4= gar nicht einverstanden

II. Korrespondenzanalyse verschiedener Sicherheitsaspekte

An dieser Stelle werden Kennwerte zur Korrespondenzanalyse in Kapitel 4 angegeben. Näheres zur Methode der Korrespondenzanalyse findet sich im Abschnitt V des Anhangs I. Dort wird auch auf weiterführende Literatur verwiesen.

Tabelle I

Rohdatenmatrix der Korrespondenzanalyse zu verschiedenen Aspekten von Sicherheit

	1	2	3	4	5	sum
	Krim.*	Verk.	Dem.	Fam.	Ruhe	
1 Arbeitsplatz	378	316	328	458	212	1692
2 Militär	176	134	158	208	135	811
3 Soziale Sicherheit	415	344	409	492	237	1897
4 Einkommen	373	304	324	431	216	1648
5 Umwelt	387	330	383	454	205	1759
sum	1729	1428	1602	2043	1005	7807

Bemerkungen: Die Reihenvariablen lauten in voller Länge: Arbeitsplatzsicherheit, militärische Sicherheit, soziale Sicherheit (z.B. AHV, Arbeitslosenversicherung), Sicherheit des Einkommens, ökologische Sicherheit (also Umweltschutz). Die Kolonnenvariablen lauten in voller Länge: Schutz vor Verbrechen und Kriminalität, Verkehrssicherheit, Schutz der demokratischen Grundrechte, Familiäre Geborgenheit, Ruhe und Ordnung. Berücksichtigt wurde lediglich die Antwortkategorie „ausserordentlich wichtig“.

Tabelle II

Reihenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	sum
	Krim.	Verk.	Dem.	Fam.	Ruhe	
1 Arbeitsplatz	22.3	18.7	19.4	27.1	12.5	100.0
2 Militär	21.7	16.5	19.5	25.6	16.6	100.0
3 Soziale Sicherheit	21.9	18.1	21.6	25.9	12.5	100.0
4 Einkommen	22.6	18.4	19.7	26.2	13.1	100.0
5 Umwelt	22.0	18.8	21.8	25.8	11.7	100.0
average	22.1	18.3	20.5	26.2	12.9	100.0

Bemerkungen: Die Reihenprofilpunkte entsprechen der Zellgrösse (siehe Tabelle I) dividiert durch das Reihentotal und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle III

Kolonnenprofilpunkte

	1	2	3	4	5	average
	Krim.	Verk.	Dem.	Fam.	Ruhe	
1 Arbeitsplatz	21.9	22.1	20.5	22.4	21.1	21.7
2 Militär	10.2	9.4	9.9	10.2	13.4	10.4
3 Soziale Sicherheit	24.0	24.1	25.5	24.1	23.6	24.3
4 Einkommen	21.6	21.3	20.2	21.1	21.5	21.1
5 Umwelt	22.4	23.1	23.9	22.2	20.4	22.5
sum	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0	100.0

Bemerkungen: Die Kolonnenprofilpunkte entsprechen der Zellgrösse (siehe Tabelle I) dividiert durch das Kolonnen total und multipliziert mit dem Faktor 100.

Tabelle IV

Inertias der einzelnen Dimensionen und Prozentanteile der gesamthaften Inertia

1	0.001858	77.43%	*****
2	0.000507	21.11%	*****
3	0.000032	1.35%*	
4	0.000003	0.11%	

	0.002400		

Bemerkungen: $\chi^2=18.74$ (df=16); die Inertia entspricht dem χ^2 dividiert durch das Gesamttotal (Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Reihen addiert mit der Gesamtsumme der Auftretenshäufigkeiten in allen Kolonnen).

ANHANG III

SICHERHEIT 2001

FRAGEBOGEN UND PROZENTUALE HÄUFIGKEITEN

Stichprobe:

Random-Quota-Verfahren, N=1235

Deutsche, französische und italienische Schweiz

Befragungszeitraum: Januar-Februar 2001

Befragungsinstitut: ISOPUBLIC, 8603 Schwerzenbach

Sicherheit 2001

Mein Name ist ... vom Forschungsinstitut

Wir führen zur Zeit eine telefonische Umfrage zu sicherheitspolitischen Themen durch und ich möchte Sie fragen, ob Sie bereit wären, dazu einige Fragen zu beantworten? Das Interview dauert rund 20 Minuten.

Zunächst einige Fragen für die Statistik

S1

Wie viele in der Schweiz stimmberechtigte Personen (also Schweizer Bürger oder Bürgerinnen über 18 Jahre) leben normalerweise in Ihrem Haushalt?

..... Personen

INT: Untermieter, Pensionäre, Au Pair, Hausangestellte gelten auch als Haushaltsmitglieder, sofern sie:

1. bei Ihnen (in Ihrem Haus / Ihrer Wohnung wohnen UND
2. mindestens eine Hauptmahlzeit pro Tag bei Ihnen zu Hause einnehmen UND
3. keinen eigenen Telefonanschluss haben.
4. Kinder, die zu Studienzwecken anderswo wohnen und nur am Wochenende zurückkehren, werden hingegen nicht dazu gezählt.

S2

Darf ich Sie fragen, wie alt Sie sind?

... .. Jahre

S3

INT: Geschlecht der befragten Person eingeben (nur im Zweifelsfalle fragen).

Mann.....	1
Frau.....	2

S4

Sind Sie in der Schweiz stimm- und wahlberechtigt?

ja	1
nein	2

---> **bei nein Abbruch!**

Q1.

Ganz allgemein gesprochen, wie sicher fühlen Sie sich in unserer heutigen Zeit?

Fühlen Sie sich:

sehr sicher	4
eher sicher	3
eher unsicher	2
ganz unsicher	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht/keine Antwort	9
---------------------------------	---

Q2.

Sicherheit ist ein ziemlich umfassender Begriff, der viele Aspekte hat. Einige davon lese ich Ihnen gleich vor. Bitte entscheiden Sie, wie wichtig jeder Aspekt für Sie persönlich ist. Benutzen Sie dazu bitte diese Skala. Der Wert 1 bedeutet „völlig unwichtig“, der Wert 10 „ausserordentlich wichtig“. Mit den Werten dazwischen können Sie ihre Meinung abstimmen.

(Reihenfolge a–j zufallsvariieren)

- a) Sicherheit des Arbeitsplatzes

- b) Militärische Sicherheit
- c) Soziale Sicherheit (z.B. AHV oder Arbeitslosenversicherung)
- d) Sicherheit des Einkommens
- e) Ökologische Sicherheit, also Umweltschutz
- f) Sicherheit vor Verbrechen und Kriminalität
- g) Verkehrssicherheit
- h) Sicherheit der demokratischen Grundrechte
- i) Gute, sichere familiäre Beziehungen, Geborgenheit
- j) Ruhe und Ordnung

Q3.

Glauben Sie, dass die weltpolitische Lage in den nächsten 5 Jahren besser und entspannter oder düsterer und gespannter wird? Oder bleibt sie in etwa so, wie sie heute ist?

- eher besser und entspannter 3
- bleibt etwa so wie heute..... 2
- eher düsterer und gespannter 1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/keine Antwort 9

Q4.

Wie sehen Sie die nähere Zukunft – etwa die nächsten fünf Jahre – für die Schweiz? Sehr optimistisch, eher optimistisch, eher pessimistisch oder sehr pessimistisch?

- sehr optimistisch 4
- eher optimistisch..... 3
- eher pessimistisch 2
- sehr pessimistisch 1
- [INT. NICHT VORLESEN]
- weiss nicht/keine Antwort 9

Q5.

Wie kann die Schweiz Ihrer Meinung nach am besten ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen?

Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden.....	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A–N zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte sich aktiv an der europäischen Integration beteiligen und der EU ohne Vorbehalte beitreten.
- B Die Schweiz sollte sich mehr als bisher der EU politisch annähern.
- C Die Schweiz sollte dem EWR, nicht aber der EU beitreten.
- D Die Schweiz sollte ihren Stellenwert als Sitz des Roten Kreuzes mehr ins Spiel bringen.
- E Die Schweiz sollte mehr in Konflikten vermitteln.
- F Die Schweiz sollte mehr eine aktive Rolle spielen bei internationalen Konferenzen.
- G Die Schweiz sollte bei politischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen, bei militärischen Konflikten aber neutral bleiben.
- H Die Schweiz sollte auf ihre Neutralität ganz verzichten.

- I Die Schweiz sollte auch bei militärischen Konflikten im Ausland klar Stellung für die eine oder andere Seite beziehen.
- K Die Schweiz sollte mehr Entwicklungshilfe leisten.
- L Die Schweiz sollte der Uno beitreten.
- M Die Schweiz sollte wirtschaftlich und politisch möglichst unabhängig von anderen Staaten bleiben.
- N Die Schweiz sollte sich von Bündnissen und Zusammenschlüssen aller Art mit anderen Staaten fernhalten.

Q6.

Das Verhältnis der Schweiz zur EU ist ja ein ständiges Diskussionsthema. Wir hätten dazu auch zwei Fragen:

Nehmen wir einmal an, die Schweiz würde jetzt der Europäischen Union (EU) beitreten: Wie glauben Sie würde dann die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land in der näheren Zukunft verlaufen? Eher besser, gleich oder eher schlechter?

eher besser verlaufen	3
gleich verlaufen	2
eher schlechter verlaufen	1
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe	9

Q7.

Angenommen es wird in 10 Jahren über einen Beitritt der Schweiz zur EU abgestimmt. Was glauben Sie, wie wird die Mehrheit dann stimmen?

Die Vorlage wird... [INT VORLESEN]

ganz sicher angenommen	4
ziemlich sicher angenommen	3
ziemlich sicher abgelehnt	2
ganz sicher abgelehnt	1
[INT NICHT VORLESEN]	

weiss nicht	8
keine Angabe	9

Q8.

Eine Frage zu den Verteidigungsausgaben:

Gibt Ihrer Meinung nach die Schweiz „viel zu viel“, „zu viel“, „gerade richtig“, „zu wenig“ oder „viel zu wenig“ Geld für die Verteidigung aus?

viel zu viel.....	5
zu viel.....	4
gerade richtig	3
zu wenig	2
viel zu wenig.....	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht/keine Antwort	9

Q9.

Was meinen Sie zur Schweizer Armee?

Halten sie diese für unbedingt notwendig, eher notwendig, eher nicht notwendig oder überhaupt nicht notwendig?

unbedingt notwendig.....	4
eher notwendig.....	3
eher nicht notwendig.....	2
überhaupt nicht notwendig.....	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht/keine Antwort	9

Q10.

Glauben Sie, dass die Milizarmee, wie wir sie in heute der Schweiz haben, auch in Zukunft unsere Landesverteidigung sicherstellen kann oder wäre Ihrer Meinung nach eine Berufsarmee besser für uns?

Milizarmee auch in Zukunft genügend.....	2
wir würden eine Berufsarmee brauchen	1

[INT. NICHT VORLESEN]
 weiss nicht/keine Antwort 9

Q11.

Ich habe noch einmal einige Meinungen dazu, wie die Schweiz ihre Sicherheit wahren und gleichzeitig zum Frieden in der Welt beitragen könnte. Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr oder eher einverstanden bzw. eher nicht oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden 4
 eher einverstanden 3
 eher nicht einverstanden 2
 gar nicht einverstanden 1

[INT. NICHT VORLESEN]
 weiss nicht 8
 keine Antwort 9

(Reihenfolge A – K zufallsvariieren)

- A Die Schweiz sollte der Uno Schweizer Friedenstruppen zur Verfügung stellen.
- B Die Schweiz sollte eine gut ausgerüstete und ausgebildete Armee unterhalten.
- C Die Schweiz sollte ihre Neutralität beibehalten.
- D Die Schweiz sollte ihre Armee verkleinern.
- E Die Schweiz sollte beim Aufbau einer europäischen Armee mitmachen.
- F Die Schweiz sollte sich der Nato (dem Nordatlantischen Bündnis) annähern.
- G Die Schweiz sollte der Nato beitreten.

- H Die Schweiz sollte sich nur auf ihre eigene Landesverteidigung verlassen.
- I Die Schweiz sollte die allgemeine Wehrpflicht aufheben und den Militärdienst Freiwilligen überlassen.
- K Unsere nationale Sicherheit wird immer mehr von anderen Staaten und immer weniger von uns selbst bestimmt.

Q12.

Sind Sie damit einverstanden, dass Schweizer Soldaten, die sich freiwillig zur Verfügung stellen, ausserhalb des Landes zum Einsatz kommen?

(NUR 1 ANTWORT)

- A Ja, solange es sich bloss um unterstützende Aufgaben handelt (z.B. medizinische Versorgung).1
- B Ja, solange es sich um friedenssichernde Aufgaben handelt und die Bewaffnung nur der Selbstverteidigung dient.2
- C Ja, auch Kampfeinsätze zur Wiederherstellung des Friedens.3
- D Nein, überhaupt nicht.4
- E weiss nicht/keine Antwort.9

Q13.

1994 hat das Schweizer Stimmvolk nein gesagt zu einem Schweizer Uno-Blauhelm-Bataillon. Die Vorlage von 1994 hat vorgesehen, dass die Schweiz der Uno ein Bataillon für friedenserhaltende Einsätze zur Verfügung hätte stellen können. Nur Freiwillige hätten daran teilgenommen, es wäre niemand gegen seinen Willen ins Ausland geschickt worden. Eine leichte Bewaffnung war für den Selbstschutz vorgesehen.

- A) **Wenn am nächsten Sonntag noch einmal über die gleiche Blauhelm-Vorlage wie 1994 abgestimmt würde, wie würde heute die Mehrheit des Schweizer Volkes abstimmen? Was glauben Sie,**

**würde das Volk die Vorlage sicher annehmen, eher annehmen,
eher ablehnen oder sicher ablehnen?**

sicher annehmen 4
eher annehmen 3
eher ablehnen 2
sicher ablehnen 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

**B) Wie würden Sie selbst heute stimmen, wenn die Vorlage am nächsten Sonntag
zur Abstimmung käme?**

sicher annehmen 4
eher annehmen 3
eher ablehnen 2
sicher ablehnen 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

Q14.

A) Der Bundesrat hat letztes Jahr entschieden, 160 freiwillige und unbewaffnete Soldaten der Schweizer Armee in den Kosovo zu schicken. Sie leisten dort bis heute v.a. Wiederaufbauhilfe. Sind Sie mit dieser Entscheidung des Bundesrates sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden?

sehr einverstanden 4
eher einverstanden 3
eher nicht einverstanden 2
gar nicht einverstanden 1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Angabe 9

B) Die Schweizer Soldaten im Kosovo sind unbewaffnet. Aufgrund der schwierigen Situation im Kosovo stehen sie aber unter dem Schutz bewaffneter österreichischer Truppen. Was ist Ihre Meinung? Ist es richtig, dass das Schweizer Truppenkontingent unbewaffnet ist oder sind sie der Meinung, dass die Schweizer Soldaten bewaffnet werden sollten?

Die Schweizer Soldaten...

sollten unbewaffnet bleiben	1
sollten bewaffnet werden	2
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe	9

Q15.

Bis jetzt hatte der Bundesrat nur die Möglichkeit, *einzelne* [INT. BETONEN] Schweizer Soldaten im Ausland zum Selbstschutz zu bewaffnen. Der Bundesrat beabsichtigt nun, das Militärgesetz so zu ändern, dass im Gegensatz zu heute nicht nur einzelne Schweizer Soldaten, sondern *ganze Truppenkontingente* [INT. BETONEN] (z.B. eine ganze Kompanie) bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland zum Selbstschutz und zum Schutz ihres Auftrages bewaffnet werden können.

Haben Sie schon davon gehört?

ja	2
nein	1
keine Antwort	9

Q16.

a) Wie sehen Sie das? Sind Sie einverstanden, mit Vorbehalten einverstanden, oder nicht einverstanden, dass Schweizer Soldaten bei friedensunterstützenden Einsätzen im Ausland bewaffnet werden können?

einverstanden	3
mit Vorbehalten einverstanden	2
nicht einverstanden	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

Q17.

Ich lese Ihnen jetzt einige Behauptungen vor, die man derzeit viel zu hören bekommt. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden 4
eher einverstanden 3
eher nicht einverstanden 2
gar nicht einverstanden 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

[Aussagen A bis G zufallsvariieren]

- A) Die Entsendung von bewaffneten Soldaten ins Ausland widerspricht in jedem Fall unserer Neutralität.
- B) Es ist ein Unterschied, ob wir unsere Soldaten für ihre Friedenseinsätze im Ausland nur zum Selbstschutz bewaffnen oder ob wir sie in die Lage versetzen, den Frieden zwischen den Konfliktparteien mit Waffen zu erzwingen.
- C) Bei ihren Friedenseinsätzen sollten unsere Soldaten ihren Auftrag auch mit Waffengewalt durchsetzen können, wenn das nötig ist.
- D) Wenn wir unsere Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen bewaffnen, so setzen wir sie einem höheren Gefahrenrisiko aus.
- E) Auch unbewaffnete Schweizer Soldaten können wirkungsvolle Friedensarbeit leisten.
- F) Alle Soldaten, die wir ins Ausland schicken, sind Freiwillige. Da ist eine Bewaffnung zumutbar, denn die wissen, welche Risiken sie eingehen.

- G) Wenn immer mehr Nationen mit Hilfe ihres Militärs die Konflikte auf dieser Welt einzudämmen versuchen, so kann die Schweiz nicht länger abseits stehen.

Q18.

Wir haben hier einige Möglichkeiten zusammengestellt, wie die Schweizer Armee mit den Armeen anderer europäischer Länder zusammenarbeiten könnte.

Sagen Sie mir bitte, ob Sie sich eine solche Zusammenarbeit sehr gut, gut eher nicht oder gar nicht vorstellen könnten.

[INT EVTL VORGABEN WIEDERHOLEN]

könnte ich mir sehr gut vorstellen	4
könnte ich mir gut vorstellen	3
könnte ich mir eher nicht vorstellen	2
könnte ich mir gar nicht vorstellen	1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Angabe	9

[Reihenfolge A bis F zufallsvariieren]

Könnten Sie sich vorstellen, dass...

- A ...die Schweiz ihre militärischen Verteidigung zusammen mit anderen europäischen Staaten planen würde.
- B ...Schweizer Soldaten mit Soldaten anderer europäischer Staaten gemeinsame Manöver durchführen würden.
- C ...Schweizer Soldaten zusammen mit Soldaten anderer europäischer Staaten bei Grosskatastrophen zum Einsatz kommen würden.
- D ...die Schweiz ihre Armee so anpassen würde, dass sie mit den Armeen anderer europäischer Staaten besser zusammenarbeiten könnte.

- E ...Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten ausgebildet würden.
- F ...Schweizer Soldaten gemeinsam mit Soldaten anderer europäischer Staaten an einem bewaffneten Einsatz für die Friedenssicherung teilnehmen würden.

Q19.

**Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?
Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden,, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.**

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1

[INT NICHT VORLESEN]

weiss nicht	8
keine Angabe	9

[Reihenfolge A bis C zufallsvariieren]

- A Die nationale Souveränität sollte niemals zugunsten einer europäischen Einigung aufgegeben werden.
- B Nur wenn sich alle europäischen Länder vereinigen, werden wir einen dauerhaften und stabilen Frieden in Europa bekommen.
- C Eine schlagkräftige Armee erhöht auch meine persönliche Sicherheit.

Q20.

Ich lese Ihnen jetzt nochmals einige Behauptungen vor, die man derzeit viel zu hören bekommt. Sagen Sie mir bitte zu jeder, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
--------------------------	---

eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1
[INT. NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Antwort	9

[AUSSAGEN A BIS G ZUFALLSVARIIEREN]

- A) Eine Bewaffnung unserer Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen im Ausland lässt sich mit unserer Neutralität vereinbaren.
- B) Solange wir unsere Soldaten bei ihren friedenserhaltenden Einsätzen nur zum Selbstschutz bewaffnen, verletzen wir unsere Neutralität nicht.
- C) Waffen sind Waffen: Einen Unterschied zwischen Bewaffnung zum Selbstschutz und Bewaffnung zum Kampf gibt es nicht.
- D) Es ist unverantwortlich unbewaffnete Soldaten in Friedenseinsätze zu schicken.
- E) Es ist zu verantworten, dass unsere Soldaten auch bei gefährlichen Friedenseinsätzen, wie jetzt im Kosovo, unbewaffnet sind. Denn unsere Leute sind alles Freiwillige, und die wissen, welche Risiken sie eingehen.
- F) Es ist unehrenhaft, wenn sich die unbewaffneten Schweizer Soldaten bei ihren Friedenseinsätzen von Soldaten anderer Nationen schützen lassen müssen.
- G) Wenn wir Schweizer Militär zur Friedenserhaltung ins Ausland schicken, so kommen weniger Asylsuchende aus diesen Gegenden zu uns.

Q21.

Die Schweiz hat ja immer eine Politik der Neutralität verfolgt. Heute hört man immer mehr auch Meinungen, die den Wert dieser unterschiedlich beurteilen. Welchen der folgenden Aussagen zur Neutralität würden Sie zustimmen?
Sagen Sie mir bitte zu jeder Aussage, ob Sie damit sehr einverstanden, eher einverstanden, eher nicht einverstanden oder gar nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
eher einverstanden	3
eher nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1
[INT NICHT VORLESEN]	
weiss nicht	8
keine Angabe	9
[AUSSAGEN A BIS K ZUFALLSVARIIEREN]	
A) Die Neutralität könnte uns künftig daran hindern, gemeinsam mit unseren europäischen Nachbarn zu handeln.	
B) Die Neutralität ist untrennbar mit unserem Staatsgedanken verbunden.	
C) Unsere enge politische und wirtschaftliche Verflechtung mit anderen Staaten verunmöglicht Neutralität.	
D) Dank der Neutralität kann die Schweiz in Konflikten vermitteln und international gute Dienste leisten.	
E) Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg geschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer militärischen Abwehrbereitschaft.	
F) Die bewaffnete Neutralität der Schweiz trägt zur Sicherheit und Stabilität in Europa bei.	
G) Dank der Neutralität werden wir nicht in internationale Konflikte hineingezogen.	
H) Die Neutralität kann heute militärisch nicht mehr glaubhaft geschützt werden.	
I) Sobald die Neutralität der Schweiz keine Vorteile mehr bringt, sollten wir sie aufgeben.	
K) Dass die Schweiz im letzten Weltkrieg verschont worden ist, verdankt sie vor allem ihrer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland und seinen Verbündeten.	

Q22.

Ich habe noch ein paar Fragen zum Weitermachen in der Armee.

Ein fähiger guter Bekannter von Ihnen ist gegenwärtig in der Rekrutenschule. Er ist vorgeschlagen worden, sich zum Korporal ausbilden zu lassen. Er wünscht Ihren Rat, wie er sich entscheiden soll. Empfehlen Sie ihm, auf jeden Fall anzunehmen, eher anzunehmen, eher abzulehnen oder auf jeden Fall abzulehnen.

(Korporal = unterste Vorgesetztenstufe/Gruppenführer)

auf jeden Fall annehmen	4
eher annehmen	3
eher ablehnen	2
auf jeden Fall ablehnen	1
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q23.

Ein anderer Bekannter soll zum Leutnant ausgebildet werden. Auch er wünscht Ihren Rat, ob er annehmen soll oder nicht. Was empfehlen Sie ihm, auf jeden Fall anzunehmen, eher anzunehmen, eher abzulehnen oder auf jeden Fall abzulehnen.

(Leutnant = unterster Offiziersrang)

auf jeden Fall annehmen	4
eher annehmen	3
eher ablehnen	2
auf jeden Fall ablehnen	1
weiss nicht	8
keine Antwort	9

Q24.

Man kann verschiedener Meinung sein über die Weiterausbildung im Militär. Ich habe hier einige Behauptungen. Sagen Sie mir bitte zu jeder, wie sehr Sie mit ihr einverstanden bzw. nicht einverstanden sind.

sehr einverstanden	4
im Prinzip einverstanden	3
im Prinzip nicht einverstanden	2
gar nicht einverstanden	1
weiss nicht	8
keine Antwort	9

(Reihenfolge A – C zufallsvariieren)

- A Wenn wir nicht mehr genügend Milizoffiziere und -unteroffiziere finden, so sollten mehr Berufsoffiziere und -unteroffiziere angestellt werden.
- B Eine militärische Führungserfahrung bringt auch im Zivilen berufliche Vorteile.
- C Wer heute im Militär weitermacht, muss im Berufsleben und auf dem Arbeitsmarkt mit Nachteilen rechnen.

Q25.

Sie haben in dieser Umfrage einige Fragen zu Sicherheitspolitik beantwortet.

Wie stark interessieren Sie sich für Fragen der nationalen Sicherheit, sehr stark, recht stark, ein bisschen oder überhaupt nicht?

sehr stark	4
recht stark	3
ein bisschen	2
überhaupt nicht	1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

Q26.

Kommt es vor, dass Sie von Ihren Freunden oder Bekannten über politische Fragen um Rat und Auskunft gefragt werden, öfters, gelegentlich, selten oder nie?

öfters 4
gelegentlich 3
selten 2
nie 1

[INT. NICHT VORLESEN]

weiss nicht 8
keine Antwort 9

Q27.

Ich nenne Ihnen zum Schluss einige Einrichtungen des öffentlichen Lebens in der Schweiz und ich möchte wissen, ob diese Ihr Vertrauen geniessen oder nicht. Sagen Sie mir Ihre Meinung bitte anhand einer 10er Notenskala, 10 heisst, dass diese Einrichtung Ihr volles Vertrauen geniess, 1 heisst, dass diese Einrichtung bei Ihnen überhaupt kein Vertrauen bekommt. Mit den Zahlen dazwischen können Sie Ihre Meinung abgestuft benoten.

(NUR 1 ANTWORT PRO ZEILE)

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
überhaupt kein Vertrauen								volles Vertrauen	

(Reihenfolge A – G zufallsvariieren)

Wie ist das mit ...

- A dem Bundesrat
- B dem Parlament in Bern

- C den Gerichten
- D der Polizei
- E der Armee
- F den Medien
- G der Schweizer Wirtschaft

Q28.

Welche Schule haben Sie zuletzt besucht?

- Primarschule 1
- Sekundar-/Real-/Bezirksschule..... 2
- Berufsschule/Gewerbeschule..... 3
- Mittelschule/Gymnasium..... 4
- Technikum/Seminar/Hochschule/Uni, Poly/ETH... 5
- andere.... 6

Q29.

Welches ist Ihre Muttersprache?

- Deutsch 1
- Französisch 2
- Italienisch..... 3
- Rätoromanisch 4
- andere Sprache..... 5

Q30.

Sind Sie voll erwerbstätig, sind Sie teilzeit erwerbstätig oder sind Sie nicht erwerbstätig?

INT: Vorlesen

- voll erwerbstätig 1
- Teilzeit erwerbstätig (mind. 6 Std./W.) 2
- in Ausbildung (ohne Lehrlinge)..... 3

nicht erwerbstätig.....	4
weiss nicht / keine Angabe	9

Q31.

Welches ist Ihr Beruf?

INT: Vorlesen

Lehrlinge.....	1
Ungelernte Arbeiter und Handwerker.....	2
Angelernte Arbeiter und Handwerker.....	3
Gelernte Arbeiter und Handwerker	4
Einfache Angestellte oder Beamte.	5
Abteilungsleiter, Prokura, Leitende Angestellte oder Beamte	6
Direktor, Chefbeamte.....	7
Landwirte, Weinbauern	8
Inhaber von Handwerks- und Gewerbebetrieben.....	9
Selbständige Unternehmer, freie Berufe.....	10

Q32.

Sie sind nicht erwerbstätig? Sind Sie...

INT: Vorlesen

in Ausbildung (Schüler/in, Student/in)	1
pensioniert.....	2
Hausfrau/-mann	3
arbeitslos	4
anderes ..	5

Q33.

Sind Sie im Militär eingeteilt oder eingeteilt gewesen?

INT: Vorlesen

- Ja, bin im Militär eingeteilt..... 1
- Ja, war im Militär eingeteilt..... 2
- Nein, nicht im Militär eingeteilt (gewesen)..... 3

Q34.

(Filter: im Militär eingeteilt)

Welches ist Ihr gegenwärtiger Rang im Militär?

INT: Vorlesen

- MFD, RDK 1
- Soldat, Gefreiter..... 2
- Unteroffizier 3
- Offizier 4

- weiss nicht / keine Angabe 9

Q35.

(Filter: im Militär eingeteilt gewesen)

Welches war Ihr letzter Rang im Militär?

INT: Vorlesen

- MFD, RDK 1
- Soldat, Gefreiter..... 2
- Unteroffizier 3
- Offizier 4

- weiss nicht / keine Angabe 9



Q36.

Nehmen wir an, im Laufe eines Jahres würden 10 Abstimmungen und Wahlen stattfinden. An wie vielen von diesen 10 Abstimmungen und Wahlen nehmen Sie normalerweise teil? Wie oft gehen Sie an die Urne?

- 1mal 1
- 2mal 2
- 3mal 3
- 4mal 4
- 5mal 5
- 6mal 6
- 7mal 7
- 8mal 8
- 9mal 9
- immer 10
- nie 11

- weiss nicht / keine Angabe 99

Q37.

„Links, Mitte und Rechts“ sind Begriffe, die häufig gebraucht werden, um politische Ansichten und Einstellungen zu charakterisieren. Können Sie mir sagen, wo sie selber auf einer Skala von 0 (ganz links) bis 10 (ganz rechts) etwa stehen?

0 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
ganz ganz
links rechts

weiss nicht / keine Angabe 99

Online version provided by the
International Relations and Security Network

A public service run by the
Center for Security Studies at the ETH Zurich
© 1996-2004

